

**Strafvollzug an Frauen in der Schweiz**  
**Esecuzione delle pene per le donne in Svizzera**  
**Exécution pénale pour les femmes en Suisse**

Präsenzexemplar

**Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen**  
**Rapport de la Commission fédérale pour les questions féminines**  
**Rapporto della Commissione federale per i problemi della donna**

**Dokumentationsstelle für**  
**Frauenfragen**  
**Eigerplatz 5**  
**3003 Bern**

**Der Strafvollzug an Frauen in der Schweiz —  
eine Darstellung am Beispiel der Anstalten  
in Hindelbank, ergänzt um ein Exposé über die  
Frauenabteilung der Tessiner Anstalt La Stampa  
und um Vorschläge für Verbesserungen**

**Exécution pénale pour les femmes en Suisse —  
propositions d'améliorations à court et à long  
terme; en même temps, prise de position  
sur la pétition présentée par les détenues  
d'Hindelbank**

**L'esecuzione delle pene per le donne in  
Svizzera — proposte per misure di miglioramenti  
a corta o lunga scadenza e presa di posizione  
sulla petizione delle detenute di Hindelbank**

# INHALTSVERZEICHNIS/INDEX/INDICE

	Seite
Kurzfassung	
Inhaltsverzeichnis	
Einleitung	
Bericht	1 - 68
Anmerkungen	69 - 77
Exposé über die Frauenabteilung der Tessiner Anstalt La Stampa	78 - 84
Resumé	
Index	
Introduction	
Rapport	1 - 28
Exposé sur la section des femmes du pénitencier de La Stampa	29 - 36
Riassunto	
Indice	
Introduzione	
Rapporto	1 - 34
Relazione sulla sezione femminile del penitenziario de La Stampa	35 - 41
Anhang/Annexe 1-3	

DER STRAFVOLLZUG AN FRAUEN IN DER SCHWEIZ -  
EINE DARSTELLUNG AM BEISPIEL DER ANSTALTEN  
IN HINDELBANK, ERGÄNZT UM EIN EXPOSE ÜBER  
DIE FRAUENABTEILUNG DER TESSINER ANSTALT  
LA STAMPA UND UM VORSCHLÄGE FÜR VERBESSERUNGEN

## KURZFASSUNG

### Anlass zum Bericht

Im März 1977 richteten 66 Insassinnen der Anstalten in Hindelbank an den damaligen Bundespräsidenten Furgler eine Petition, die in elf Punkten um Verbesserungen und Erleichterungen des Strafvollzugs bat. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen verstand diese Petition als Signal, sich des Strafvollzugs an Frauen in der Schweiz anzunehmen.

### Aufnahme der Vollzugswirklichkeit in Hindelbank und La Stampa

Die Kommission begann ihre Arbeit mit einer Bestandesaufnahme der Vollzugswirklichkeit in Hindelbank (Teil 1), der einzigen schweizerischen Frauenstrafanstalt ausser der kleinen Frauenabteilung des Tessiner Gefängnisses La Stampa, über welche ein Exposé der Kantonsregierung berichtet (Anhang).

### Vergleich der Hausordnungen: Hindelbank ist keine "leichte" Anstalt

Der Feststellung der Vollzugswirklichkeit folgte ein Vergleich des Hindelbanker Vollzugs, wie er sich aus der Anstaltsordnung ergibt, mit den Verordnungen, Weisungen und Reglementen anderer (Männer)Strafanstalten unseres Landes (Teil 2). Der Vergleich betrifft die Punkte: grundsätzliche Anordnungen zum Vollzugs, Schulung der Insassen, Arbeits- und Berufsbildungsmöglichkeiten, Verdienstanteil, Gesundheitspflege, Geschenke, Besuche, Korrespondenz, Telephon, Urlaub, Gespräche, Beschwerdemöglichkeiten und Disziplinarstrafen. Es zeigt sich, dass die Anstalten in Hindelbank keineswegs als besonders "leicht" gelten dürfen - speziell wenn man berücksichtigt, dass Erstmalige und Rückfällige bis auf wenige Details dem gleichen Regime unterstehen.

### Kriminalität der Frauen

Eine anschliessende Grobanalyse der Strafurteilsstatistik der letzten Jahre (Teil 3) ergab im wesentlichen:

- der Anteil der verurteilten Frauen ist sehr viel kleiner als derjenige der Männer;
- gemessen an der Gesamtbevölkerung kommen geschiedene und ledige Frauen am stärksten, verheiratete und verwitwete Frauen am schwächsten mit dem Strafrecht in Konflikt; das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt wesentlich tiefer als das der Gesamtbevölkerung;
- bei den weiblichen Verurteilten noch mehr als bei den männlichen stehen Vermögensdelikte an erster Stelle; Frauen verüben kaum Gewaltdelikte, wo Körper- oder Sachschäden verursacht werden, geschieht es meist fahrlässig;
- die ausgesprochenen Freiheitsstrafen sind bei den Frauen weniger hart und weniger lang; Frauen erfüllen mehr als Männer die Voraussetzungen für den bedingten Strafvollzug.

### Stellungnahme zur Petition

Im 4. Teil nimmt die Kommission zuerst zur Petition Stellung, deren Bitten sie mit diversen Modifikationen fast alle unterstützt, um dann einige Vorschläge für Verbesserungsmassnahmen zu machen. So empfiehlt sie:

Verbesserungs-  
vorschläge der  
Kommission für  
Frauenfragen

- weitere Frauenanstalten zu schaffen, wenigstens eine in jeder Sprachregion des Landes;
- Frauenanstalten durch Frauen leiten zu lassen;
- das weibliche Strafvollzugspersonal in allen Belangen bei gleicher Arbeit und Qualifikation dem männlichen gleichzustellen;
- das Personal von Frauenanstalten für seine Aufgaben speziell aus- und weiterzubilden;
- den ausschliesslichen Einsatz von Diakonissinnen in der Rückfälligenanstalt zu überprüfen;
- in den Anstalten von Hindelbank eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung vorzunehmen, dem Personal mehr Befugnisse und Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen;
- für jede neu eintretende Gefangene einen Behandlungsplan aufzustellen, der mindestens zu regeln hätte: Zuordnung der ständigen Betreuer, notwendige Massnahmen der Ausbildung und therapeutischen Behandlung, die Arbeit, Freizeitgestaltung, Lockerung des Vollzugs und Vorbereitung der Entlassung;
- den Gruppenvollzug einzuführen;
- für die Insassinnen nach Strafdauer abgestuft Ausbildungsgänge zu schaffen, die zu anerkannten Abschlüssen führen, und die Ausbildung in die Arbeitszeit zu verlegen;
- das Arbeitsangebot zu bereichern;
- die Arbeit marktkonform zu entschädigen und nicht die Entschädigung, sondern nur den in der Anstalt frei verfügbaren Teil davon nach dem allgemeinen Verhalten der Insassin festzusetzen;
- die Arbeit ausserhalb der Anstalt zu fördern;
- den Insassinnen in bestimmten Bereichen ein Mitspracherecht einzuräumen und Mitverantwortung aufzubürden;
- Kinder nicht schon mit 18 Monaten, sondern erst im Kindergartenalter von ihren inhaftierten Müttern zu trennen;
- den Arrest abzuschaffen;
- das Tragen eigener Kleider und Wäsche sowie Schönheitspflege zu erlauben;
- den Vollzug durch Stufenweise vergrösserte Freiheit planmässig zu lockern;
- die Gesprächsmöglichkeiten und den Besucherkreis zu erweitern sowie vermehrt Urlaub zu gewähren;
- die Halbfreiheit dezentral zu vollziehen.

# INHALTSVERZEICHNIS

Seite

	Einleitung	
1	Bestandesaufnahme	1
1.1	Einzugsgebiet der Anstalten von Hindelbank	1
1.2	Beschreibung der Anstalten	1
1.2.1	Lage	1
1.2.2	Verschiedene Abteilungen	1
1.2.3	Schloss	1
1.2.4	Anstalt für Erstmalige	2
1.2.5	Anstalt für Rückfällige	2
1.2.6	Personalhäuser	2
1.2.7	Uebergangsheim "Steinhof" Burgdorf	3
1.2.8	Sicherungseinrichtungen und -vorkehrungen	3
1.3	Insassinnen	4
1.3.1	Dauer der Strafen und Massnahmen	4
1.3.2	Einweisungsgründe	5
1.3.3	Sprachen	6
1.3.4	Schulbildung	6
1.3.5	Exkurs: Vorleben und persönliche Verhältnisse der Insassinnen 1971/72	6
1.4	Anstaltsleitung und Personal	7
1.4.1	Hauptamtliche Beamte und Angestellte	7
1.4.2	Nebenamtliches Personal	8
1.4.3	Schlüsselzahlen	8
1.4.4	Normalarbeitszeit	8
1.4.5	Hut- und Schöpfdienst	8
1.4.6	Besoldung	9
1.4.7	Organisation, Zuständigkeiten	10
1.5	Versorgung der Insassinnen	11
1.5.1	Zellen	11
1.5.2	Duschen, Baden	11
1.5.3	Verpflegung	11
1.5.4	Einkauf	11
1.5.5	Kleider, Wäsche	11
1.5.6	Säuglingsausstattung	12
1.6	Vollzug	12
1.6.1	Eintritt	12
1.6.2	Stufenfolge	12
1.6.3	Urlaub	12
1.6.4	Vergünstigungen	12
1.6.4.1	Exkurs: Zwei Zitate zum System von Vergünstigungen	14
1.6.5	Qualifikationen	15
1.6.6	Disziplin und Disziplinarstrafen	16
1.6.6.1	Zum Arrest	16
1.6.6.2	Strafkompetenz und Rechtsmittel	17
1.6.6	Entlassung, Schutzaufsicht	17
1.7	Betreuung und Behandlung der Insassinnen	17
1.7.1	Audienzen	17
1.7.2	Gespräche	18
1.7.3	Fürsorge	18
1.7.4	Gesundheitsdienst	18

1.8	Freiheit und Kontakte in der Anstalt	19
1.8.1	Tagesordnung an Werktagen	19
1.8.2	Samstag	19
1.8.3	Sonntag	19
1.8.4	Tägliches Alleinsein	20
1.8.5	Verhältnis der Insassinnen zum Personal	20
1.8.6	Verhältnis der Insassinnen untereinander	20
1.8.6.1	Möglichkeiten der Insassinnen, frei miteinander zu sprechen	20
1.9	Arbeit	21
1.9.1	Arbeitszeit	21
1.9.2	Pflicht zur Arbeit	21
1.9.3	Arbeitsmöglichkeiten	21
1.9.4	Arbeitszuweisung, Arbeitsbedingungen	21
1.9.5	Verdienstanteil	22
1.10	Ausbildung, Weiterbildung	22
1.11	Freizeitgestaltung	22
1.12	Verkehr mit der Aussenwelt	23
1.12.1	Besuche	23
1.12.2	Korrespondenz	24
1.12.3	Telephon	24
1.12.4	Urlaub	24
1.12.5	Pakete	24
1.12.6	Freigang	24
2	Vergleich der in Hindelbank geltenden Hausordnung mit derjenigen anderer Strafanstalten	25
2.1	Absicht	25
2.2	Auswahl der Vergleichsanstalten	25
2.3	Schema der Vergleichsanstalten	26
2.4	Bedeutung der Hausordnung	26
2.5	Keine Staffelnung	26
2.6	Vergleichspunkte	27
2.6.1	Planung des Vollzugs	27
2.6.2	Schulung der Insassen	27
2.6.3	Arbeit	28
2.6.4	Verdienstanteil	29
2.6.5	Gesundheitspflege, persönliche Kleider und Wäsche	29
2.6.6	Spaziergänge	30
2.6.7	Geschenkpakete	30
2.6.8	Besuche	30
2.6.9	Korrespondenz, Zensur	31
2.6.10	Telephon	31
2.6.11	Urlaub	31
2.6.12	Aussprache	32
2.6.13	Beschwerdemöglichkeiten	32
2.6.14	Disziplinarstrafen	32
2.6.15	Politische und Persönlichkeitsrechte	32
2.6.16	Tendenzen des Strafvollzugs	33
2.7	Relativierung, Verzicht auf Kommentierung	34

3	Verurteilte Kriminalität der Frauen und Sicherung der Anstalt	35
3.1	Kriminalität	35
3.1.1	Verurteilungen nach dem StGB, demografische Hinweise	35
3.1.2	Deliktgruppen	36
3.1.3	Art und Mass der Strafen	37
3.1.4	Zur Situation weiblicher Straftäter	38
3.1.5	Erklärungsversuch zur geringern weiblichen Kriminalität	38
3.2	Diskrepanz zwischen der leichten Kriminalität der Frauen und dem Sicherungsdanken der Anstalt	39
4	Vorschläge für kurz- und längerfristige Mass- nahmen zur Verbesserung des Strafvollzugs an Frauen, zugleich Stellungnahme zur Petition der Hindelbanker Insassinnen	41
4.1	Modell Preungesheim	41
4.2	Stellungnahme zur Petition der Insassinnen von Hindelbank	43
4.2.1	Wortlaut der Petition	43
4.2.2	Antwort Bundesrat Furglers	44
4.2.3	Stellungnahme der Kommission	44
4.2.3.1	Gegensprechanlage	45
4.2.3.2	"Offene Zellen"	45
4.2.3.3	Verhalten in der Anstalt als Kriterium für den freien verfügbaren Teil des Pekuliums	46
4.2.3.4	Einrichten einer wirklichen Einkaufsmöglichkeit	47
4.2.3.5	Entzug von Vergünstigungen bei Krankheit	47
4.2.3.6	Verzicht auf den Arrest als Disziplinarstrafe	48
4.2.3.7	Ungebührlich langes Eingesperrtsein der Gefangenen über das Wochenende	49
4.2.3.8	Zulassen einer Stunde Geselligkeit pro Tag	49
4.2.3.9	Herabsetzung der Arbeitszeit auf täglich 7 1/2 Stunden	50
4.2.3.10	Weitere Reduktion der täglichen Arbeitszeit um 1/2 Stunde zugunsten eines zweiten Spaziergangs	50
4.2.3.11	Besuche erleichtern, Familienkontakt jedoch vor allem durch Urlaubsgewährung ermöglichen	50
4.2.3.12	Für einen einwandfreien Gesundheitsdienst, aber gegen den Beizug eines Vertrauensarztes	52
4.2.3.13	Zigarettenentzug bei Diät nur auf ärztliches Geheiss	54
4.2.3.14	Verzicht auf eine Beschränkung für den Bezug von Büchern	54
4.2.3.15	Auflegen einiger Tages- und Wochenzeitungen	54
4.2.3.16	Erneuerung der Bücherei, Einrichten eines Lesezimmers	55
4.2.3.17	Neue Zigarettenregelung	55
4.2.3.18	Verbesserung des Ausbildungsangebots	55
4.2.3.19	Ausbildung während der Arbeitszeit	57
4.2.3.20	Unterhaltungsprogramm	57
4.2.3.21	Möglichkeiten fördern, selbst tätig zu sein	57

4.3.	Vorschläge für längerfristige Massnahmen zur Verbesserung des Strafvollzugs an Frauen	58
4.3.1	Schaffung weiterer Frauenanstalten	59
4.3.2	Leitung der Frauenanstalt durch Frauen	59
4.3.3	Gleichstellung des weiblichen mit dem männlichen Anstaltspersonal	60
4.3.4	Ueberprüfung des Einsatzes von Diakonissen in der Rückfälligenanstalt	60
4.3.5	Spezielle Aus- und Weiterbildung für das Personal von Frauenanstalten	60
4.3.6	Eindeutige Aufgaben- und Kompetenzverteilung	61
4.3.7	Einführung des Gruppenvollzugs	61
4.3.8	Externe Arbeit fördern	62
4.3.9	Behandlungsplan	63
4.3.10	Arbeitsangebot bereichern	63
4.3.11	Marktkonforme Arbeitsentschädigung	64
4.3.12	Ausbildungsgänge schaffen, die zu anerkannten Abschlüssen führen	64
4.3.12.1	Ausbildung während der Arbeitszeit	65
4.3.13	Lockerung des Vollzugs	65
4.3.14	Erweiterung des Besucherkreises	65
4.3.15	Halbfreiheit dezentral vollziehen	66
4.3.16	Intensive Betreuung nach Entlassung	66
4.3.17	Hausordnung à jour halten, separate Hausordnungen für Erstmalige und Rückfällige	66
4.3.18	Mitsprache, Mitbestimmung, Mitverantwortung	66
4.3.19	Trennung von Mutter und Kind womöglich vermeiden	66
4.3.20	Audienzsystem ändern, Gesprächsmöglichkeiten erweitern	67
4.3.21	Arrest abschaffen	67
4.3.22	Tragen eigener Kleider und Wäsche sowie Schönheitspflege erlauben	67
4.3.23	Unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau im Vollzug ausgleichen	68
	Anmerkungen	

## EINLEITUNG

Seit Jahren ist der Strafvollzug im öffentlichen Gespräch. Ob Vergeltung oder "Zwangsanpassung durch Resozialisierung" (Wolfgang Naucke (1)), die Gesellschaft interessiert sich dafür, wie ihre von der Norm abweichenden Mitglieder für dieses Verhalten büssen. Aber war es bis vor gut einem Jahr meistens so, dass Aussenstehende über die Gefangenen und die Anstalten redeten und schrieben, melden sich in jüngster Zeit auffällig oft die Insassen selbst zu Wort: Nach Eingaben von Männern in Wauwilermoos, Luzern (2), und Oberschöngrün, Solothurn (3), richteten im März 1977 aus Hindelbank 66 inhaftierte Frauen an den damaligen Bundespräsidenten Furgler eine Petition, die in elf Punkten um Verbesserungen und Erleichterungen des Strafvollzugs bat (4)

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen verstand diese Petition als Signal, sich des Strafvollzugs an Frauen in der Schweiz anzunehmen. Werden in unserem Land jährlich auch nur sehr wenig Frauen unbedingt zu einer Freiheitsstrafe verurteilt (laut neuester Statistik (5) waren es 1975, nach dem Strafgesetzbuch, 248), so zeigt sich an dieser Gruppe doch gleichsam im Negativ die "condition féminine" hierzulande. Wie eine Sozietät die nach ihren eigenen Regeln geringsten Mitglieder behandelt, danach wird man sie beurteilen. Am Beispiel des Strafvollzugs erfährt man also indirekt einiges über die Gesellschaft und ihr Bild der Frau. Und man bewirkt, guten Willen der Verantwortlichen vorausgesetzt, für die eine Freiheitsstrafe verbüssenden, erleidenden Frauen vielleicht direkt Verbesserungen oder Erleichterungen.

Dies die Gründe, warum die Kommission sich mit dem Strafvollzug an Frauen beschäftigte. Vorläufiges Ergebnis ist dieser Bericht. Doch die Arbeit geht weiter, wird praktischer. Die Kommission hat sich vorgenommen, eine Vollzugsverordnung zu entwerfen; eine Liste externer Arbeitsplätze für Gefangene aufzunehmen; ein Programm für allgemeine und berufliche Bildung, abgestuft nach Strafdauern, aufzustellen. Vielleicht kommt sie zu keinen brauchbaren Resultaten. Aber gelingt ihr nur ein Teil, ist viel getan. Ueber das Unsichere ihres Tuns und die Zweifel, ob sie nicht Unerreichbares sich zumute, hilft der Kommission ein Wort Ludwig Hohls hinweg, Ermutigung und vorweggenommener Trost in einem:

"Zu bedenken, dass wir nicht für das Vollkommene, weder für ein Vollkommenes, das aus uns hervorging und das wir hinterliessen, noch ein Vollkommenes, das wir in der Welt ausser uns anträfen, befähigt, bestimmt sind, dass es aber darauf ankommt, unser Mögliches, unser Richtiges zu tun - und dass, wie dann die Dinge um uns aussehen, uns ganz zuletzt auch ein wenig kühl lassen, uns ein wenig leicht fallen darf" (Nuancen und Details).

## 1 BESTANDESAUFNAHME

### 1.1 Einzugsgebiet der Anstalten in Hindelbank

Ausser der Frauenabteilung der Strafanstalt La Stampa im Tessin ist Hindelbank die einzige Frauenstrafanstalt der Schweiz.

Schloss Hindelbank ist seit 1896 Frauenanstalt (6). Der barocke Sommersitz diente zuerst als Unterkunft für administrativ eingewiesene Frauen. Als 1912 die Frauenabteilung der Strafanstalt St. Johannsen niederbrannte, wurden auch die weiblichen Strafgefangenen des Kantons in Hindelbank untergebracht. Um für den Strafvollzug an Frauen baulich bessere Bedingungen zu schaffen, übernahm es Bern 1959, im Rahmen des Konkordats der Nordwest- und Zentralschweiz eine neue Anstalt zu errichten. 1961 konnte die Anstalt für Erstmalige, ein Jahr später die für Rückfällige bezogen werden (7). 1972 wurden, nach Aufhebung der Frauenabteilungen Kalchrain und Regensdorf auch die administrativ und gerichtlich eingewiesenen Frauen der Ostschweiz nach Hindelbank übergeführt (8). 1975 schliesslich schloss der Kanton Waadt die Strafkolonie Rolle; seither werden auch aus der Westschweiz die zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Frauen nach Hindelbank eingewiesen (9).

### 1.2 Beschreibung der Anstalten

#### 1.2.1 Lage

Das Anstaltsareal (10) liegt südlich des Dorfes Hindelbank, am Fusse eines Hügelzuges. Rings um die Gebäude erstreckt sich einige hundert Meter weit nur landwirtschaftlich genutztes Kulturland. Weder Zäune noch Mauern hagen die gut 30 Hektaren umfassende Domäne ein (11). Hindelbank, ein rund 2000 Einwohner zählendes, noch von der Landwirtschaft geprägtes Dorf, wird von der Nationalstrasse 1 umfahren. Im 10 Kilometer entfernten Städtchen Burgdorf liegt das zu den Anstalten gehörende Uebergangsheim "Steinhof". Mit der Eisenbahn erreicht man Burgdorf in 10 Minuten, Bern in einer halben Stunde. Von der Station zur Anstalt führt ein etwa 3 Kilometer langer Weg, teils durch das Dorf, teils durch die Felder.

#### 1.2.2 Verschiedene Abteilungen

In Hindelbank bestehen eine Anstalt für Erstmalige, eine Anstalt für Rückfällige, eine geschlossene Anstalt für Jugendliche, eine Abteilung für Mutter und Kind; zu den Anstalten gehört, für den Vollzug in Halbfreiheit, das Uebergangsheim "Steinhof" in Burgdorf.

Auf die Jugendabteilung werden wir im weiteren nicht eingehen: wegen der Art und Intensität, mit welcher die altersmässig nahe beieinanderliegenden Insassinnen dort betreut werden, fällt sie aus dem Rahmen. Zudem sind ihre Tage gezählt, muss diese Abteilung doch spätestens Ende 1983 durch ein anderes Erziehungsheim ersetzt sein (12).

#### 1.2.3 Schloss

Dominierender Bau der Anstalten ist das 1966 restaurierte Schloss, in dem u.a. die Verwaltung, Sprechzimmer für Arzt und Zahnarzt, ein Krankenzimmer mit 10 Betten und die Anstaltsbibliothek untergebracht sind (13).

1.2.4  
Anstalt für  
Erstmalige

Ungefähr 100 Meter östlich des Schlosses befindet sich die Anstalt für Erstmalige (14). Sie ist quadratisch angelegt. Die Nordseite des Vierecks bildet der 35 m lange, eingeschossige Arbeitstrakt. Rechtwinklig an ihn angebaut sind die beiden zweistöckigen Zellentakte "Ost" und "West". Parallel zum Arbeitstrakt, von den Zellentakten aber ein paar Meter getrennt, liegt der ebenfalls zweigeschossige Verwaltungsbau mit Speisesaal und Schulküche, den eine rund 2,5 m hohe bepflanzte Gitterwand mit Zellentakt "Ost" verbindet. Im Westen weist das Quadrat zwischen Zellentakt "West" und Verwaltungsbau eine rund 3 m weite Lücke auf. Die Zellentakte enthalten 73 Einzel- und 4 Dreierzellen, bieten also Platz für 85 Insassinnen. Im ersten Stock des Verwaltungsbaus liegt die Abteilung für Mutter und Kind mit weiteren 5 Einzelzimmern. Daran schliessen 10 Zimmer für ledige Angestellte an.

1.2.5  
Anstalt für  
Rückfällige

Rund 50 m südlich des Schlosses, knappe hundert Meter südwestlich der Anstalt für Erstmalige, ist die Anstalt für Rückfällige (15) stufenförmig in den Abhang gebaut. Die drei zweistöckigen Zellentakte und der sie verbindende einstöckige Arbeitstrakt liegen gleich wie bei der Anstalt für Erstmalige, d.h. der Arbeitstrakt liegt im Norden, und die rechtwinklig an ihn angebauten Zellentakte ziehen sich von Norden nach Süden. Der zweistöckige Verwaltungstrakt schliesslich ist rechtwinklig gegen Norden an den östlichsten Arbeitstrakt angebaut. Die beiden von dem Arbeitstrakt und den Zellentakten gebildeten Innenhöfe werden hangwärts im Süden durch eine 3 m hohe Stützmauer geschlossen.

In den 3 Zellentakten befinden sich 77 Einerzellen und 3 Dreierzellen.

Der Verwaltungstrakt enthält u.a. im Keller einen grossen Mehrzweckraum mit Bühne.

1.2.6  
Personalhäuser

Vom südöstlichen Rand des Anstaltsareals schiebt sich eine sogenannte Neutralisationszone mit insgesamt 10 Personalhäusern zwischen die beiden Anstalten. 6 Einfamilienhäuser aus dem Jahre 1948 und ein neues Zweifamilienhaus sind dem verheirateten männlichen Personal vorbehalten. Den weiblichen Angestellten stehen in den übrigen drei ebenfalls neuen Häusern insgesamt 19 möblierte Einzelzimmer zur Verfügung. Den Abschluss dieser Zone bildet das Haus des Direktors. Es liegt unmittelbar neben dem Zellentakt "West" der Anstalt für Erstmalige. Das zum ursprünglichen Bestand der Domäne gehörende Oekonomiegebäude liegt westlich der Anstalt für Rückfällige. Es enthält zwei Wohnungen sowie in Haupt- und Nebengebäuden verschiedene Stallungen, Scheunen usw.

1.2.7  
Uebergangsheim  
"Steinhof"  
Burgdorf

Schliesslich ist noch das Uebergangsheim "Steinhof" in Burgdorf zu erwähnen, das an der südlichen Peripherie der Stadt in einem grossen Park mit alten Bäumen liegt. Die Gebäulichkeiten stammen aus dem 18. Jh.; 1957 wurde das ehemalige Parkhotel vom Kanton Bern erworben und 1958 von den Anstalten in Hindelbank in Betrieb genommen.

Im zweistöckigen Hauptgebäude befinden sich im Parterre das Büro der Hausmutter, ein Wintergarten (Aufenthaltsraum), ein Wohnzimmer mit TV, ein Esszimmer, die Küche, ein WC. Im ersten Stock liegen die beiden Wohnräume der Hausmutter mit Bad und WC sowie zwei Dreierzimmer, ein Zweierzimmer und ein Einzelzimmer für Insassinnen sowie ein Waschraum, ein Bad und ein WC. Im zweiten Stock gibt es eine kleine Bibliothek, 5 Einzelzimmer und ein Zweierzimmer für Insassinnen sowie ein Einzelzimmer für die Köchin, einen Waschraum, ein Bad und WC. In einem kleinen Nebengebäude, dem ehemaligen Waschhaus mit Garage, ist eine Zweizimmerwohnung - ohne Küche - eingerichtet.

1.2.8  
Sicherungs-  
einrichtungen und  
Vorkehrungen

Gilt die Erstmaligenanstalt wegen ihres nach Westen offenen Innenhofs (16) als halb-offen, so ist die Anstalt für Rückfällige eindeutig geschlossen. Grundsätzlich sind beide Anstalten mit den gleichen Sicherungseinrichtungen ausgestattet.

Alle Zellenfenster sind vergittert. Die Fensterrahmen sind samt den Gitterstäben in die Mauer eingegossen. Die Zellentüren sind gegen innen mit einer Antikorodalplatte verstärkt. Türfalle und Schlüsselloch befinden sich nur auf der Aussenseite der Türe. Beim Anheben der Zellentürfalle schiebt sich je ein Eisenstab in den Boden, in die Decke und in die Seite des in die Mauern eingegossenen Türrahmens. Durch Schlüsselumdrehung bleibt die Türfalle in dieser Lage fixiert.

Jeder Zellengang wird durch ein Mangangittertor abgeschlossen. Unvergittert und unarretiert sind die Fenster in den Arbeitssälen. Auch im Speisesaal für die Erstmaligen sind die Fenster weder vergittert noch arretiert.

In der Abteilung Mutter und Kind sind alle Fenster unvergittert. Nachts werden diese Fenster mit durch Schlüssel arretierbaren Stahlrolläden geschlossen.

In beiden Anstalten besteht eine ständige Aufsicht. Pro Zellentrakt amtet eine Aufseherin, die gezwungen ist, sich und die Gefangenen den ganzen Tag von Tür zu Tür einzuschliessen. Im Speisesaal sind die Insassinnen allerdings nach der Essenverteilung, dem Gebet und der Medikamentenabgabe zeitweise ohne Aufsicht.

Die Bewegungsfreiheit in der Abteilung Mutter und Kind ist entscheidend grösser als in der Erstmaligen- und Rückfälligenanstalt. Die Mütter werden auch nachts nicht in ihren Zellen eingesperrt. Sie pendeln tagsüber frei zwischen ihrer Abteilung und ihrem Arbeitsplatz in dem geschlossenen Trakt der Erstmaligenanstalt. Mit den Kindern unternehmen sie unbeaufsichtigte Spaziergänge, die über das Anstaltsareal hinausgehen.

Die ausführliche Schilderung der Sicherungseinrichtungen und -vorkehrungen soll andeuten, welche Bedeutung der Sicherung beigemessen wird. Wohl hat man dank der Gestaltung der Aussenanlagen den Gefängnischarakter unterdrückt, dieser beherrscht aber umsomehr das Innere der beiden geschlossenen Anstalten. In verstärktem Masse trifft dies für die an sich offenere Erstmaligenanstalt zu. Hier wird die Mauerlücke im Hof einfach durch dauernde Bewachung der Insassen kompensiert. Am einzigen Ort, wo die Insassinnen für einige Minuten ohne direkte Aufsicht sind, im Speisesaal, macht man aus jeder Insassin eine Aufseherin, indem Fluchtversuch unter Kollektivstrafe gestellt wird.

1.3 Insassinnen

1.3.1

Dauer der Strafen und Massnahmen

1977 wurden nach Hindelbank 12 Frauen zum Massnahmenvollzug eingewiesen (17): je eine für weniger als ein Jahr bzw. für 12 Monate, 10 auf unbestimmte Zeit (1976 waren es 15 Frauen gewesen, davon eine für weniger als 1 Jahr, zwei für 1 Jahr und 15 auf unbestimmte Zeit). Zur Verbüßung einer Strafe eintreten mussten 94 Frauen; über Straftart und Strafdauer gibt die folgende Tabelle Auskunft (in Klammern die Verhältnisse 1976).

1977 zur Strafverbüßung nach Hindelbank eingewiesene Frauen

Strafe/ Massnahme	Dauer			Jahre				unbest.	Total
	bis 2	2-6	6-12	1-2	2-3	3-4	4+		
Art. 43/44 StGB*	-	-	-	-	-	-	-	(1) -	(1) -
Art. 100 StGB*	-	-	-	(1) -	-	-	-	1	(1) 1
Art. 91/93/94 StGB*	-	(2) -	-	(2) -	-	-	-	(11) 6	(15) 6
Zuchthaus	-	-	-	(5) -	1	2	(1) 3	-	(6) 6
Verwahrung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gefängnis	(17) 9	(7) 19	(14) 11	(22) 13	(4) 8	1	-	-	(64) 61
Haft + Untersuchungshaft	(1) 3	(2) -	-	-	-	-	-	1	(3) 4
Auslieferungshaft	-	-	-	-	-	-	-	(1) -	(1) -
Art. 123 StrV*	-	-	-	-	-	-	-	(19) 16	(19) 16
	(18) 12	(11) 19	(14) 11	(30) 13	(4) 9	(-) 3	(1) 3	(32) 24	(110) 94

\* Art. 43 StGB: Massnahmen der geistig Abnormen. Art. 44 StGB: Behandlung von Trunk- und Rauschgiftsüchtigen. Art. 91,93,94 StGB: Erziehungsheim für Jugendliche. Art. 100 StGB: Vollzug an jungen Erwachsenen. Art. 123 StrV: vorzeitiger Strafantritt.

132  
Einweisungsgründe

1977 sind 94 Frauen aus folgenden Gründen zum Vollzug einer Strafe oder Massnahme nach Hindelbank eingewiesen worden:

Einweisungsgrund	Straf- / Massnahmeart							
	Z	V	G	H	Art. 91/93/94 StGB	Art. 123 StrV	Art. 43 StGB	Art. 100 StGB
Diebstahl, bandenmässiger Diebstahl wiederholter und fortgesetzter Betrug, Urkundenfälschung, Zechprellerei, fortgesetzte Verfügung über gepfändete Sachen, Veruntreuung, Sachbeschädigung, Tätlichkeiten, Nötigung, Hehlerei, Titelfälschung, Hausfriedensbruch, Vertrauensmissbrauch	3	-	38	-	-	-	-	-
Körperverletzung, einfache Körperverletzung	-	-	2	-	-	-	-	-
Vernachlässigung von Unterstützungspflichten	-	-	1	-	-	-	-	-
Umwandlung einer Busse	-	-	-	1	-	-	-	-
Raub	1	-	-	-	-	-	-	-
Totschlag	1	-	2	-	-	-	-	-
Handlung gegen das BG vom 3.10.1951 über die Betäubungsmittel	1	-	17	2	3	-	-	-
Rückversetzung	-	-	-	-	1	-	-	1
Widerruf	-	-	1	-	-	-	-	-
Vorzeitige Einweisung	-	-	-	-	-	16	-	-
Aenderung der Massnahme	-	-	-	-	1	-	-	-
Vorsorgliche Massnahme	-	-	-	-	1	-	-	-
Untersuchungshaft	-	-	-	1	-	-	-	-
Gesamthaft	6	-	61	4	6	16	-	1

Quelle: Jahresbericht 1977

Legende: Z = Zuchthaus V = Verwahrung G = Gefängnis H = Haft

Den Jahresberichten der Anstalten in Hindelbank kann leider nicht entnommen werden, woher die Eingewiesenen stammen.

1.3.3  
Sprachen

1977 waren 85 (1976: 97) der Insassinnen deutscher Muttersprache, 12 (16) sprachen französisch, 4 (2) italienisch, 5 (13) Gefangene hatten eine andere Muttersprache (18).

1.3.4  
Schulbildung

Die Schulbildung der Insassinnen zeigt die folgende Tabelle:

Letzte besuchte Schule	Insassinnen			
	Arbeitsanstalt		Strafanstalt	
	1976	1977	1976	1977
Ohne Schulbildung	-	-	4	4
Hilfsschule	1	1	1	-
Primarschule	10	5	60	39
Sekundarschule	6	6	31	38
Höhere Schule	1	-	14	13

Von den 110 Insassinnen der Strafanstalt hatten 1976 also nur 5 oder 4,5% nicht Primarschulniveau 51, oder nahezu die Hälfte aber wiesen Sekundarschul- oder höhere Abschlüsse vor.

1.3.5  
Exkurs: Vorleben und persönliche Verhältnisse der Insassinnen 1971/72

Für die Stichtage des 1. August 1971 (gerichtlich Eingewiesene: 30 Frauen) und 1. Oktober 1972 (administrativ Eingewiesene: 25 Frauen) kommt A. Leuthardt-Stoecklin in ihrer Untersuchung (19) über die Anstalten in Hindelbank zum Ergebnis, dass fast 10% der damaligen Insassinnen nicht ehelich geboren und 20% der Eltern im 6. Lebensjahr der Eingewiesenen nicht verheiratet waren.

30% der Insassinnen wohnten mit 6 Jahren nicht bei den Eltern und im 14. Altersjahr hatten 50% eine mindestens halbjährige Trennung von den Eltern erlebt. In einem konstanten Erziehungsverhältnis vom 1. bis zum 18. Lebensjahr stand nur rund ein Fünftel der Insassinnen, während fast die Hälfte aller Gefangenen in dieser Periode 3 bis 6 oder ständigen Wechseln ausgesetzt waren. Die ersten Einweisungen in Erziehungsheime fanden im 7. Altersjahr statt, im 10. Jahr traf dies bereits auf 7% und im 14. Lebensjahr auf 16% der Insassinnen zu.

Bei den administrativ Eingewiesenen gehörten 4 von 5 Erzieher oder Väter der Unterschicht (ungelernte, angelernte, gelernte Arbeiter) an, bei den gerichtlich Eingewiesenen waren es 54%. Der sozialen Herkunft entsprach der Ausbildungsstand: 66% der Insassinnen an den beiden Stichtagen hatten höchstens die Primarschule, aber keine Lehre absolviert. 9% wiesen Sekundar- Real- bzw. Bezirksschulabschluss ohne oder Primarschulabschluss mit anschließender Berufslehre auf, 11% hatten Sekundar- oder

vergleichbare Schule und eine Berufslehre oder Fachschule bis hin zum Technikum, 7% waren durch die Mittelschule (Seminar, Gymnasium, Handelsschule) gegangen mit oder ohne anschliessender Hochschulausbildung; bei 7% blieb die Bildungssituation ungeklärt. Ihrer sozialen Herkunft und dem Ausbildungsstand entsprechend konzentrierten die Insassinnen von Hindelbank sich nach den zuletzt ausgeübten Berufen zu 85% in der Unterschicht.

Die ungünstige familiäre Ausgangssituation und die unterdurchschnittliche Ausbildung und Stellung im Beruf wirkten sich im Erwachsenenalter im familiären Bereich der Insassinnen schlimm aus: 31% der gerichtlich und 26% der administrativ Eingewiesenen hatten aussereheliche Kinder. Gegenüber ihrer Elterngeneration war also der Anteil der ausserehelichen Geburten um rund 20% gestiegen, obwohl der Ausserehelichenanteil aufgrund der allgemeinen Geburtenstatistik seit 40 Jahren bemerkenswert konstant (20) blieb.

War der Ledigenanteil statistisch normal, so erschien die Scheidungsquote auffallend hoch. Bei den gerichtlich Eingewiesenen erreichte sie am Stichtag fast die Hälfte des Verheiratetenanteils (23% geschieden oder getrennt, 27% noch verheiratet), bei den administrativ Eingewiesenen kamen auf eine verheiratete 4 getrennte oder geschiedene Frauen. Nach Leuthardt illustrieren die mit ein paar äusseren Fakten geschilderten Verhältnisse deutlich, dass das abweichende Verhalten als "Interferenzerscheinung von gesellschaftlichen Verhältnissen und individueller Entwicklung (21) verstanden werden muss.

#### 1.4 Anstaltsleitung und Personal

##### 1.4.1 Hauptamtliche Beamte und Angestellte

Das Personal der Anstalten in Hindelbank bestand 1976 (die Angaben für 1977 waren noch nicht detailliert erhältlich) aus dem Direktor, der Hausmutter, einem Adjunkten (Buchhalter/Kassier), einer Sozialassistentin, 2 Anstaltsbeamten (Werkführer und Wäschereileiter), den beiden Leiterinnen der Abteilungen für Erstmalige und Rückfällige, einem Verwaltungsbeamten und 2 -beamtinnen, 8 männlichen Anstaltsangestellten (Gärtner, Heizer-Mechaniker, 2 Melker, Landwirt, Traktorführer, Schweinewärter sowie einem in Garten, Landwirtschaft und Wäscherei eingesetzten), dem Küchenchef, einem Nachtwächter, 18 weiblichen Anstaltsangestellten - Aufseherinnen (darunter 5 Diakonissen und 3 Halbtagsbeschäftigte), einer Angestellten für den Hausdienst, einer Diakonisse als Säuglingsschwester; 2 Frauen und 3 Männern als Erzieher-Sozialarbeiter in der Jugendabteilung; im Uebergangsheim "Steinhof" amtierten die Hausmutter sowie eine Ganz- und eine Halbtagsangestellte.

1.4.2  
Nebenamtliches  
Personal

Im Nebenamt tätig waren 2 protestantische (deutsch und französisch) und ein katholischer Pfarrer, ein Arzt, 2 Psychiater, der Zahnarzt; ferner 3 Lehrerinnen für Hauswirtschaft, Handarbeit und Turnen, eine Maltherapeutin; schliesslich 2 Küchen- und eine Hutdienstablösung.

1.4.3  
Schlüsselzahlen

Am 1.1.1976 entfielen auf 39 1/2 vollamtliche Beamte und Angestellte in Hindelbank 55 Insassinnen (ohne Jugendabteilung und "Steinhof"), was eine sehr günstige Schlüsselzahl von 1:1,39 ergibt; am 31.12.1976 zählte die Anstalt 79 Gefangene, Schlüsselzahl 1:2. Klammert man die 8 Beamten und Angestellten (Adjunkt, Heizer-Mechaniker, 2 Melker, Landwirt, Traktorführer, Schweinewärter, Nachwärter) aus, mit denen die Insassinnen nicht in unmittelbarem Kontakt kommen, verschlechtert sich die Schlüsselzahl für den 1.1.1976 auf 1:1,75, für Ende 1976 auf 1:2,5. Auf die wichtigsten Funktionen umgerechnet ergeben sich stark divergierende Werte:

Beamte und Angestellte 1976	Insassinnen am 1. Jan.	Verhältnis	Insassinnen am 31. Dez.	Verhältnis
39 1/2 insgesamt	55	1:1,39	79	1:2
31 1/2 mit unmittelbarem Kontakt zu den Insassinnen	55	1:1,75	79	1:2,5
4 Verwaltungsbeamte	55	1:13,75	79	1:19,75
1 Sozialassistentin	55	1:55	79	1:79
21 Aufseherinnen*	55	1:2,62	79	1:3,76

\* einschliesslich beide Abteilungsleiterinnen, Säuglingsschwester und Hausbedienstete, jedoch ohne die 8 männlichen Anstaltsangestellten

1.4.4  
Normalarbeitszeit

Normalarbeitszeit für alle Angestellten ist die Fünftage-woche mit einer Arbeitszeit von 07.30-12.00 und 13.30-18.00 Uhr. Spezielle Arbeitszeiten gelten im Rahmen der Fünftage-woche für den Küchenchef, den Heizer-Mechaniker und die beiden Melker. Eine besondere Regelung hat auch die Diakonisse-Säuglingsschwester in der Abteilung für Mutter und Kind. Die Hausmutter kann sich die Arbeit frei einteilen.

1.4.5  
Hut- und  
Schöpfdienst

Zusätzlichen Dienst leisten die Sozialassistentin und die (Ober)Aufseherinnen. Je nach Bestand wird jede weibliche Angestellte (ausser den Verwaltungsbeamtinnen) alle 6-8 Wochen für den Schöpf-, bzw. alle 3-4 Wochen für den Hutdienst eingeteilt. Der Schöpfdienst besteht im Essen-fassen und-verteilen. Wer diesen Dienst versieht, arbeitet von 06.40 mit einer 60-minütigen Mittagspause bis 18.30 Uhr.

Der Hutdienst beginnt mit dem Wecken der Küchenmannschaft um 05.45 Uhr und geht rund um die Uhr. Hutdienst heisst: die Insassinnen besammeln, von einem Ort zum andern führen, einschliessen, Medikamente verteilen, Kranke und Arrestantinnen versorgen.

Die Dienstaufseherin schläft im Hutzimmer. Da sie nachts allein verantwortlich ist für das körperliche und seelische Wohl der in ihrem Zellentrakt eingeschlossenen Insassinnen (auch der kranken und schwangeren), kann sie sich kaum einen richtigen Schlaf leisten (es gibt kein Rufsystem, die Hilfebefürftigen können sich nur durch Klopfzeichen bemerkbar machen)(22). Am Vormittag leistet die Dienstaufseherin während der Normalarbeitszeit neben dem Hut- den ordentlichen Dienst (an Werktagen ist der Nachmittag frei).

Besonders belastend ist der Hutdienst am Wochenende. Er dauert vom Freitagabend bis Montagmittag. Das erklärt zum Teil, warum am Samstag und Sonntag sowenig für die Insassinnen getan wird: die Aufseherin ist froh, wenn diese eingeschlossen sind.

Als vollwertige Kompensation des Hutdienstes gelten die fünf freien Werktagnachmittage sowie eine Entschädigung für den Samstags- und Sonntagsdienst.

#### 1.4.6 Besoldung

In der Besoldungsskala zuoberst rangiert der Direktor, gefolgt vom Adjunkten, den zwei Anstaltsbeamten, der Sozialassistentin sowie den männlichen Angestellten. Am schlechtesten entlohnt sind - mit Ausnahme der Kanzlistinnen - die Abteilungsleiterinnen und Aufseherinnen, die mit den Insassinnen am längsten und engsten in Berührung kommen und darum auch am meisten Einfluss auf die Resozialisierung haben. Unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten und des Arbeitseinsatzes müssten die in jeder Beziehung am stärksten beanspruchten Oberaufseherinnen und Aufseherinnen am besten entlohnt werden. Das männliche Personal ist jedoch nicht nur durchwegs besser bezahlt als das weibliche in vergleichbarer oder höherer Funktion, sondern auch sonst bessergestellt, indem verheirateten Männern im Anstaltsareal Einfamilienhäuser zur Verfügung stehen, während die Frauen Zimmer (in Wohnhäusern und in der Anstalt) haben; ein Zwang, in der Anstalt zu wohnen, besteht freilich nicht mehr. Diese Lohnpolitik dürfte nicht ganz unschuldig daran sein, dass gerade das weibliche Personal sehr stark wechselt (23), während das gut besoldete männliche grossenteils auf viele Dienstjahre zurückblicken kann (24). Aufseherinnen werden sehr jung, mit 18 Jahren, angestellt und scheiden nach Verheiratung aus. Gesucht sind "Naturtalente", die in ihre Aufgabe nicht eingeführt, und bei der Arbeit von Fürsorgerin und Oberaufseherin kaum beaufsichtigt werden (müssen).

1.4.7  
Organisation,  
Zuständigkeit

Die Anstaltsleitung wird vom Direktor und seiner Frau, der Hausmutter, ausgeübt. Die Zuständigkeit der Hausmutter beschränkt sich auf die Verpflegung und Versorgung der Insassinnen. Im übrigen ist die Organisation nicht bis ins letzte klar. Das Funktionsdiagramm weist eine Konzentration aller Entscheidungsbefugnisse, welche nicht die Versorgung und die Arbeit betreffen, beim Direktor auf: in betrieblichen Belangen sind weite Befugnisse an die leitenden Angestellten delegiert, in allen Angelegenheiten des Straf- und Massnahmenvollzugs dagegen entscheidet immer der Direktor, der sich auch sämtliche Detailverfügungen vorbehält. Ein Bild davon mag folgende Aufstellung der Entscheidungskompetenz über Vergünstigungen geben:

Vergünstigung	Befugnis bei
Ausnahmsweise Telephonbenützung (HO 42)	Direktor
Festlegen des individuellen Kontaktkreises (Briefe, Besuche; HO 44/45, 40/55)	Direktor
Urlaubsgewährung und -gestaltung (HO 46/47)	Direktor
Ausserordentliche Verwendung des Pekuliums (HO 24)	Direktor
Abonnement für Zeitung und Zeitschrift (HO 35/55)	Direktor
Teilnahme an Veranstaltungen (HO 38/55)	Direktor
Festlegen der Fernseh- und Radiozeiten (HO 38)	Direktor
Auswahl des Fernseh- und Radioprogramms	Verwaltungsbeamter
Teilnahme an Weiterbildungs- und Fernkursen (HO 39)	Direktor
Ausführung bezahlter Freizeit- arbeit (HO 22)	Direktor

Zum Personal, das sie 1971/1972 einlässlich befragt hat, schreibt A. Leuthardt zusammenfassend:

"Die überwiegend ländliche Herkunft der Angestellten, ihre starke Verwurzelung im Bauern- und Handwerkerstand sowie ihre schulische und berufliche Ausbildung lassen vermuten, dass das Personal vorwiegend traditionelle Wertvorstellungen verinnerlicht hat, die landläufig als das gesunde Volksempfinden charakterisiert werden können. Dazu gehört der ungebrochene Glauben an den Wert der Arbeit an sich, Autoritätsgläubigkeit und die Hochschätzung von Tugenden wie Disziplin, Pflichtbewusstsein, Gehorsam, Fleiss, Genügsamkeit, Sparsamkeit etc. Traditionellerweise wird damit wenig Verständnis vorhanden sein für

Menschen, denen eben diese Eigenschaften abgesprochen werden" (25).

- 1.5 Versorgung der Insassinnen Alle Insassinnen sind in Einerzellen untergebracht. Die sowohl in der Erstmaligen- wie auch in der Rückfälligenanstalt bestehenden Dreierzellen werden nicht benutzt.
- 1.5.1 Zellen Eine Einzelzelle misst 2x4x2,6 m, hat also eine Grundfläche von 8 m<sup>2</sup> und 20 m<sup>3</sup> umbauten Raum (26). Die Ausstattung umfasst Bett, an die Wand befestigtes Tischbrett, Hocker, Schrank, Lavabo mit fliessend kaltem Wasser, offenes WC und Radiolautsprecher. In der hölzernen, durch eine Eisenplatte verstärkten Zellentüre hat es keinen "Spion". Eine Deckenheizung verhindert, dass die Insassinnen sich durch Klopfzeichen verständigen können. Die Fenster sind vergittert, aber gross (1x1m) und mit bunten Vorhängen versehen. Licht spendet eine in der Zellenmitte angebrachte Deckenlampe. Jede Insassin kann ihre Zelle im übrigen selbst mit Wandschmuck, Nippsachen, Stofftierchen, Pflanzen und Photographien ausstaffieren. Ein Klingel- oder sonstiges Kommunikationssystem, mit dem die Gefangene sich aus der Zelle heraus bemerkbar machen kann, fehlt noch. Zur Einrichtung einer Gegensprechanlage hat der Berner Grosse Rat aber bereits einen Kredit gesprochen. Bewilligt sind auch die Mittel, um Waschtischleuchten und Steckdosen zu installieren, Kabel für Fernsehanschlüsse einzuziehen und die Zellen nach 15-jähriger Benützung allgemein zu renovieren (27).
- 1.5.2 Duschen, Baden Möglichkeiten zum Duschen oder Baden gibt es zweimal wöchentlich. Die Haare können in den Zellentrakten in einer "Haardusche" gewaschen werden.
- 1.5.3 Verpflegung Die Verpflegung ist ausreichend; der Vorwurf, sie sei sehr fettig, soll gegenstandslos sein. Aufbesserungen (Ovo-maltine, Früchte) erhalten die schwangeren Insassinnen. Diät wird auf ärztliche Verordnung gekocht.
- 1.5.4 Einkauf Raucherwaren dürfen für die Hälfte des frei verfügbaren Pekuliumsanteils, also für höchstens 50 Franken im Monat gekauft werden. Ueber ein Bestellsystem - die Gefangene füllt eine Liste aus und erhält die gewünschten Produkte in die Zelle geliefert - besteht auch die Möglichkeit, Toilettenartikel, Esswaren, Schreibmaterial usw. zu erstehen.
- 1.5.5 Kleider, Wäsche Kleider und Leibwäsche erhalten die Insassinnen von der Anstalt (28). Die Anstaltskleidung umfasst verschiene Sets aus Jupe, Jeans, Rollkragenpullover und Bluse. Gestattet

ist das Tragen privater BHs, Schlüpfen, Strümpfe, Socken und zweckmässiger Schuhe (keine Stiefel) (29). Stümpfe und Strumpfhosen können über das Einkaufssystem bezogen werden.

Binden, Tampons usw. gehen zu Lasten der Insassin, sie sind auf dem "Markt" erhältlich.

1.5.6  
Säuglings  
ausstattung

In der Abteilung Mutter und Kind ist Säuglings- und Kleinkinderausstattung zum Gebrauch vorhanden. Schuhe für die Kinder müssen aber von der Mutter bezahlt werden.

1.6 Vollzug  
1.6.1  
Eintritt

Eine neu eingewiesene Gefangene erledigt mit der Sekretärin die Eintrittsformalitäten. Sie wird dann der Abteilungsleiterin übergeben, die sie über die Anstaltsordnung ins Bild setzt (Abgabe der Hausordnung und der Weisungen für die Insassen). Am zweiten Tag beginnt die neue Insassin irgendwo zu arbeiten. Möglichst bald folgt ein Gespräch mit dem Direktor (30); dabei wird u.a. die Arbeit definitiv zugewiesen. Ein eigentlicher Vollzugsplan wird nicht aufgestellt. Der Direktor erarbeitet jedoch mit der kantonalen Polizeidirektion aus den Gerichtsakten eine Art soziale Krankengeschichte der Eingewiesenen, die bei wichtigen Entscheidungen massgebend ist.

In der ersten auf den Eintritt folgenden Sprechstunde wird die Gefangene ärztlich untersucht (31).

1.6.2  
Stufenfolge

Einzelhaft, nach Art. 37 Zif. 3 Abs. 1 StGB erste Stufe des Vollzugs, gibt es in Hindelbank nicht mehr. Jede Insassin nimmt sofort eine Arbeit auf. Bewährt sie sich, kann sie nach mindestens der Hälfte der Strafzeit ins Uebergangsheim "Steinhof", Burgdorf, wechseln. Von dort aus geht sie - in Halbfreiheit, Art. 37 Zif. 3 Abs. 2 StGB - tagsüber auswärts einer Arbeit nach; der Abend wird an Werktagen im Uebergangsheim verbracht, an Wochenenden gibt es Urlaub. Bei guter Prognose folgt nach zwei Dritteln der Strafzeit die bedingte Entlassung (Art. 38 StGB). Bevor Gefangene in Halbfreiheit kommen, haben sie - mit verschwindenden Ausnahmen - keine Möglichkeit, extern zu arbeiten.

1.6.3  
Urlaub

Auf Urlaub besteht kein Anspruch (32). Urlaub ist bei guter Führung, befriedigender Arbeitsleistung und Vertrauenswürdigkeit alle 3 Monate möglich, nachdem die halbe Strafzeit vorbei ist. Gewöhnlich dauert der erste Urlaub 18 Stunden, die folgenden 36 Stunden.

1.6.4  
Vergünstigungen

Wie in jeder Anstalt, gibt es in Hindelbank ein umfangreiches System von Vergünstigungen. Da das ordentliche Leben im Vollzug recht karg ist, sind kleine Privilegien bei Wohlverhalten sehr begehrt. Der Katalog der Vergünstigungen umfasst laut Hausordnung etwa:

Grundlage	Art der Vergünstigung	Voraussetzungen
HO 22	Bezahlte Freizeitarbeiten in der Unterkunft	Wohlverhalten, angemessene Verrichtung zugewiesener Arbeiten
HO 23	Verdienstanteil (Pekulium)	Gutes Verhalten, befriedigende Arbeitsleistung
HO 35	Abonnement auf eine Tageszeitung und eine Wochenzeitschrift	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 36	Transistorradio mit Kopfhörer	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 39	Teilnahme an Fernkursen	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 46	Urlaub	Gute Führung, befriedigende Arbeitsleistung, Vertrauenswürdigkeit
HO 24	Einkauf im Rahmen des schriftlichen Bestellsystems mit 20% des Verdienstanteils, maximal aber 100 Franken monatlich	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 38	Besuch von Veranstaltungen in der Freizeit	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 34	Bezug von Büchern aus der Anstaltsbibliothek	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 41	Korrespondenz mit Aussenstehenden	nicht ausdrücklich bestimmt
HO 44	Besuch von Angehörigen	nicht ausdrücklich bestimmt

Bei den Vergünstigungen fällt dreierlei auf:  
 Nicht alle Vergünstigungen werden - erstens - als solche deklariert. Der Einkauf oder Bezug von Büchern erscheinen in den darauf Bezug nehmenden Ziffern der Hausordnung (24 und 34) als Selbstverständlichkeiten. Dass man sie als Vergünstigungen auffassen muss, wird erst aus Ziffer 55 HO klar, in welcher der Entzug als Disziplinarstrafe aufgezählt ist. - Unter den Vergünstigungen gibt es - zweitens - solche, die nur aus bestimmten Gründen und in einem rudimentär geregelten Disziplinarverfahren für höchstens 2 Monate rückgängig gemacht werden können, nämlich: der Einkauf, der Besuch von Veranstaltungen, der Bücherbezug, die Korrespondenz, der Besuch und der Urlaub. Daneben gibt es solche, in der Hausordnung heissen sie Bewilligungen, die der Erteiler "bei Missbrauch" (Ziffer 55) jederzeit formlos entziehen kann. - Auffällig ist drittens, dass nur zum Teil geregelt ist, unter welchen Voraussetzungen Vergünstigungen eingeräumt, Bewilligungen erteilt werden. - Für Vergünstigungen sind die Insassen folglich völlig auf das Wohlwollen der Anstaltsleitung angewiesen. Die Hausordnung gibt ihnen darauf keinen Anspruch, sie sagt höchstens, wann ein Entzug berechtigt ist.

1.6.4.1

Exkurs: Zwei  
Zitate zum System  
von Vergünstigungen

"Für den Menschen, der in Freiheit lebt, ist alles das, was der Gefangene nur als 'Vergünstigung' erhält, völlig selbstverständlich und unproblematisch. Für den Menschen, der in der völligen Abgeschlossenheit und Abhängigkeit von einer Strafanstalt lebt, erlangt die Vorenthaltung oder Gewährung von 'Vergünstigungen' jedoch eine wesentliche Bedeutung. Es wird hier sofort deutlich, wie sonderbar und lebensfremd die Atmosphäre in einer Strafanstalt ist. Viele Aufgaben, vor denen der Mensch im freien Leben steht, brauchen von dem Gefangenen nicht bewältigt zu werden. Er muss weder für seine Unterkunft noch für sein Essen, weder für seine Kleidung noch für seine Arbeit und schliesslich auch nicht für seine Familie sorgen. Er ist persönlich in ein perfektes System der Fremdversorgung hineingestellt, so dass von dieser Seite her Krisen, Schwierigkeiten und Notstände nicht auftreten können. Auf der anderen Seite werden in der Strafanstalt völlige Selbstverständlichkeiten zum Problem: Mehr als ein Lichtbild von Frau und Kindern werden nur als 'Vergünstigung' ausgehändigt. Papier und Bleistift kann man nur als 'Vergünstigung' erhalten. Eine Zeitung oder eine Zeitschrift kann man nur als 'Vergünstigung' beziehen. Schriftliche Arbeiten sind nur als 'Vergünstigung' gestattet. Hier wird deutlich, wie schwer es in der völlig anders gestalteten Welt des Zuchthauses und des Gefängnisses ist, für das Leben in der Freiheit zu erziehen."

Max Busch: Vergünstigungen im Strafvollzug. In: Strafvollzug in Deutschland. Situation und Reform, Frankfurt a.M., 1967 (S.94).

"Im Verlauf des Demütigungsprozesses erhält der Insasse erste formelle und informelle Belehrungen über das, was wir hier das Privilegiensystem nennen wollen. Insofern die Bindung des Insassen an sein bürgerliches Selbst durch die in der Anstalt vorgenommenen Entkleidungsprozesse erschüttert wurde, bietet hauptsächlich das Privilegiensystem einen Rahmen für die persönliche Reorganisation. Es sind drei grundlegende Elemente dieses Systems zu erwähnen. Erstens gibt es die 'Hausordnung' eine relativ ausführliche Sammlung von Vorschriften und Verordnungen, die die wesentlichen Anforderungen an den Insassen festlegen. Diese Regeln umschreiben den harten Tageslauf des Insassen. Die Aufnahmeverfahren, die den Neuling seiner bisherigen Hilfsmittel berauben, können als Mittel angesehen werden, durch die die Anstalt ihn dazu bringt, sein Leben künftig an der Hausordnung auszurichten. Zweitens ist vor diesem nüchternen Hintergrund eine kleine Anzahl klar definierter Belohnungen oder Privilegien als Gegenleistung für den Gehorsam gegenüber dem Stab - im Handeln wie im Denken - vorgesehen. Es ist wichtig festzustellen, dass viele dieser potentiellen Vergünstigungen lediglich Teile der Rechte und Vergünstigungen sind, die der Insasse früher für ge-

sichert hielt. Wahrscheinlich konnte der Insasse draussen ohne viel nachzudenken, entscheiden, wie er seinen Kaffee trinken wollte, ob er sich eine Zigarette anstecken wollte oder wann er sprechen wollte. Drinnen können diese Rechte fraglich werden. Da sie dem Insassen als mögliche Vergünstigungen in Aussicht gestellt werden, haben diese wenigen Wiedererwerbungen anscheinend einen reintegrierenden Effekt; sie stellen die Verbindung mit der ganzen verlorenen Welt wieder her und verringern die Anzeichen des Rückzuges aus ihr sowie vom eigenen verlorenen Selbst. Besonders anfangs nehmen diese Vergünstigungen die ganze Aufmerksamkeit des Insassen gefangen. Wie fanatisch kann er den ganzen Tag in Gedanken an die Möglichkeit, diese Zuwendungen zu erhalten, verbringen oder die Stunde herbeisehnen, zu der sie planmässig ausgeteilt werden.

Die um diese kleinen Privilegien herum aufgebaute Welt ist wohl das wichtigste Merkmal der Insassen-Kultur; ein Aussen-seiter wird diese Tatsache kaum verstehen, auch wenn er selbst erst vor kurzem eine solche Erfahrung gemacht hat. Die Sorge um diese Privilegien führt mitunter dazu, dass grosszügig geteilt wird; fast immer führt sie zu der Bereitschaft, um Dinge wie Zigaretten, Bonbons und Zeitungen zu bitten. Verständlicherweise dreht sich die Unterhaltung der Insassen oft um die in der Phantasie ausgemalte 'Entlassungs-Sauftour', nämlich um die Dinge, die man während des Urlaubs oder nach der Entlassung aus der Anstalt tun will. Mit dieser Phantasie ist das Gefühl verbunden, dass 'die draussen' gar nicht wissen, was für ein schönes Leben sie haben.

Ein drittes Element des Privilegiensystems bilden die Strafen; sie sind als Folge von Regel-Uebertretungen vorgesehen. Zum Teil bestehen diese Strafen aus dem zeitweiligen oder dauernden Entzug der Privilegien oder der Aberkennung des Rechts, sie sich zu verdienen. Im allgemeinen treffen die in totalen Institutionen verhängten Strafen den Insassen schwerer als alles andere, was er von zu Hause gewohnt ist. Auf jeden Fall sind es die gleichen Bedingungen, die ein paar leicht kontrollierbare Vorrechte so wichtig erscheinen lassen, und unter denen es eine so furchtbare Bedeutung hat, wenn diese vorenthalten werden."

Erving Goffman: Asyle. Ueber die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, 1961 (deutsche Ausgabe: Frankfurt a.M. 1972, S. 54 ff.)

#### 1.6.5 Qualifikationen

Basis für alle Vergünstigungen, vor allem für die Bemessung des Pekuliums, aber auch für die Versetzung in Halbfreiheit, sind die Qualifikationen des Verhaltens in der Anstalt. Die Hausordnung bestimmt in Ziffer 23 mit Blick auf den Verdienstanteil, Arbeitsleistung und Verhalten würden regelmässig beurteilt. In den Weisungen für die Insassen steht unter Ziffer 9, wer in der monatlichen Qualifikation im

Durchschnitt nur "befriedigend" erhalte, könne die Freizeitarbeit verlieren. Weiter ist nichts geregelt. Wie sie qualifiziert sind, erfahren die Insassinnen schriftlich, wenn ihnen mitgeteilt wird, für welchen Betrag sie einkaufen dürfen. Die Beurteilung erfolgt in Stichwörtern, ohne Begründung. Ueber die Qualifikationen, die von den Aufseherinnen und Oberaufseherinnen im Verein mit dem Direktor bestimmt werden, gibt es keine Aussprache.

1.6.6  
Disziplin und  
Disziplinar-  
strafen

Hausordnung und Weisungen umreissen detailliert, wie sich die Insassinnen zu verhalten haben. Wohlverhalten wird mit Vergünstigungen belohnt, Verstösse gegen die vorgeschriebene Disziplin werden bestraft. Disziplinarstrafen nach sich ziehen namentlich:

- Flucht und Fluchtversuch
- Arbeitsverweigerung
- mutwillige Beschädigung oder unrechtmässige Veräusserung von Werkzeugen, Geräten, Einrichtungen usw.
- Widersetzlichkeit gegen das Anstaltspersonal
- Aufreizung oder Verleitung von Insassinnen zu Fluchtversuchen, zu Widersetzlichkeiten oder zur Schädigung der Anstalt
- Aufnahme unerlaubter Verbindungen mit Mitinsassen und Personen ausserhalb der Anstalt
- wiederholte grundlose Beschwerdeführung gegen die Anstaltsleitung (HO 54).

Disziplinarstrafen sind, einzeln oder miteinander verbunden: der schriftliche Verweis, der Entzug von Vergünstigungen bis zu zwei Monaten und Arrest bis zu 14 Tagen. Der Arrest - 1977: 85 Tage (33) - wird in eigens dafür reservierten Zellen vollzogen. Diese Cachots liegen im Keller der Erstmaligen- und der Rückfälligenabteilung. Ihre Ausstattung besteht aus einer niedrigen Holzpritsche, Wolldecken, einem Hafen ohne Deckel (ein WC fehlt). In der Türe hat es einen "Spion". Tageslicht dringt durch einen Schacht in die Zelle. Elektrisches Licht kann nur von aussen angezündet werden.

1.6.6.1  
Zum Arrest

Kontrollen in den Arrestzellen finden nicht häufiger statt als üblich; niemand ist dafür speziell verantwortlich (34). Dreimal täglich wird Essen gebracht (dasselbe wie für die andern Insassinnen), dann besteht für die Arrestantinnen Gelegenheit, sich im Gang vor dem Cachot am Lavabo zu waschen und den Hafen zu leeren.

Es ist vorgesehen, die Arrestzellen der Erstmaligenabteilung in den ersten Stock des Zellentrakts "West" zu verlegen, wo sie besser belichtet, mit sanitären Anlagen und einem normalen Bett ausgestattet sowie der Alarmanlage angeschlossen werden. Die Arrestzellen der Rückfälligenabteilung werden zwar nicht verlegt, in ihrem Standard aber ebenfalls angepasst (35).

1.6.6.2  
Strafkompetenz und  
Rechtsmittel

Die Strafen werden vom Anstaltsdirektor oder seinem Stellvertreter verhängt (36). Wenn ein Verstoss sich direkt gegen den Direktor richtet oder bei wiederholter grundloser Beschwerdeführung, ist die kantonale Polizeidirektion zuständig (37). Disziplinarstrafen unterliegen der Beschwerde an die Polizeidirektion (38). Beschwerden haben nur auf deren ausdrückliche Anordnung aufschiebende Wirkung (39). Für Beschwerden gegen einen Beamten ist der Direktor zuständig, Beschwerden gegen die Anstaltsleitung und deren Verfügung sind in verschlossenem Umschlag auf dem Dienstweg an die Polizeidirektion zu richten (40).

Indirektes Disziplinarmittel ist die monatliche Qualifikation, gestützt auf die das Pekulium höher oder tiefer festgelegt wird. Auswirkungen auf die Disziplin hat auch die Handhabung der Bewilligungen (Radio, Zeitungsabonnement, Freizeitbeschäftigung usw.). Häufigste Disziplinarmassnahme ist, nirgends genannt, der zeitweilige Zigarettenentzug.

1.6.7  
Entlassung,  
Schutzaufsicht

Auf die Entlassung - die in vielen Fällen nur bedingt erfolgt - werden die Insassinnen von Angestellten des Schutzaufsichtsamtes vorbereitet (41). Mit der Gefangenen besprechen die Fürsorger dieses Amtes alle Wünsche und Bedürfnisse. Abgeklärt werden die Familienverhältnisse, finanziellen Verpflichtungen, notwendigen Anschaffungen, die medizinischen und sozialen Betreuungsmassnahmen. Die Schutzaufsicht sucht für die Gefangene eine Stelle und Unterkunft. Was die Arbeit betrifft, kann freilich auf Wünsche und Vorlieben kaum mehr eingegangen werden, da man froh sein muss, überhaupt einen Posten zu finden (42). Wichtige Voraussetzung für die Existenz nach der (bedingten) Entlassung ist die Möglichkeit, über gewisse finanzielle Mittel zu verfügen. Dafür wird die Hälfte des Verdienstanteils auf einem Sperrkonto blockiert (43). Die bedingt Entlassene steht während einer Probezeit von einem bis 5 Jahren unter Schutzaufsicht, hat je nachdem Weisungen über Berufsausübung, Aufenthalt, ärztliche Betreuung, Schadendeckung zu befolgen (Art. 38 Zif. 2 und 3 StGB); sie wird auf ihrem Weg in die Freiheit soweit möglich beraten, begleitet und unterstützt.

1.7 Betreuung und  
Behandlung der  
Insassinnen

1.7.1  
Audienzen

Für Besprechungen stehen den Insassinnen der Direktor, die Sozialarbeiter und der Adjunkt zur Verfügung. Wer eine Audienz wünscht, meldet dies schriftlich unter Angabe des Grundes (HO 8). Zu den in der Regel kurzen Audienzen empfängt der Direktor die Insassinnen im Beisein einer Oberaufseherin, was einem persönlichen Gespräch nicht eben förderlich ist. Audienzen gibt es ein- bis zweimal wöchentlich. In einer halben bis einer Stunde hört der Direktor dann 5 bis 10 Insassinnen an, die ihre Anliegen stehend vorzubringen haben.

1.7.2  
Gespräche

Gesprächspartner sind daneben vor allem die Seelsorger, welche jedoch nicht mit allen Interessentinnen rechtzeitig reden können (44). Nicht nur im therapeutischen Sinn Gespräche führen auch die die Insassinnen betreuenden Psychiater.

1.7.3  
Fürsorge

Die anstaltsinterne Fürsorge obliegt den meist als Sozialarbeiterinnen ausgebildeten Oberaufseherinnen. Sie organisieren Besuche, beschaffen Bastelmaterial, erledigen das Dringendste. Um den Kontakt mit den Angehörigen der Insassin lebendig zu erhalten, fehlt die Zeit. Erst unter der Schutzaufsicht werden die Verbindungen nach aussen wieder intensiviert.

1.7.4  
Gesundheitsdienst

Der Anstaltsarzt, ein Allgemeinpraktiker aus einem Nachbardorf, hält wöchentlich an einem Nachmittag Sprechstunde. In dringenden Fällen führt er ausserordentliche Konsultationen durch oder zieht Spezialisten bei - 1977 wurden 1'123 ordentliche und 28 ausserordentliche Konsultationen erteilt (45).

Schlimmstenfalls erfolgt die Einweisung in eine Klinik (wobei die Bewachungsstation im Inselspital Frauen nicht offensteht - ein Pendant im kantonalen Frauenspital ist in Planung). Spitalaufenthalt wird an die Strafe angerechnet, sofern die Insassin ihn nicht selbst verschuldet hat.

Wer zum Arzt will, meldet sich bei der Aufseherin. Bei der Konsultation ist die Gefangene mit dem Arzt nicht allein, zugegen ist auch eine Aufseherin, die den Arzt informieren, ihn in seiner Ehre bewahren und Simulation verhindern soll (46).

Vollständige Untersuchungen werden beim Ein- und Austritt durchgeführt. Medikamente, besonders Schlaf- und Beruhigungsmittel werden zahlreich abgegeben. Beim Eintritt mitgebrachte Medikamente erhalten die Gefangenen erst wieder, wenn der Anstaltsarzt sie verschreibt.

Zur Prophylaxe gibt es regelmässig Schirmbilduntersuchungen.

Leicht Erkrankte werden in der Unterkunft gepflegt (47). Die zum Teil als Krankenschwestern ausgebildeten Diakonissen pflegen die Rückfälligen, die Hausmeisterin betreut die Erstmaligen. Bettlägerige sollen weder Radio hören noch rauchen dürfen. Kranke können nur mit Erlaubnis des Direktors Besuche empfangen und Telephonanrufe entgegennehmen.

Für die psychiatrische Betreuung verantwortlich sind ein Arzt und eine Aerztin, die - 1977 in 291 Konsultationen (48) - vorwiegend Gesprächstherapie betreiben. Analytisch-tiefenpsychologische Behandlungen werden nicht durchgeführt.

Regelmässig hält auch ein Zahnarzt im Schloss Sprechstunde, 1977 gab er 435 ordentliche und 6 ausserordentliche Konsultationen (49). Zahnbehandlungen gehen zu Lasten der Insassinnen (50). In allen andern Fällen wird die medizinische Versorgung von der einweisenden Behörde bezahlt (ohne Abzug vom Pekulium). Die Insassinnen sind nur gegen Unfall, nicht gegen Krankheit versichert (51).

1.8 Freiheit und Kontakte in der Anstalt

1.8.1 Tagesordnung an Werktagen

An Werktagen gilt folgende Tagesordnung (52):

06.20 Tagwache  
07.00 Frühstück  
07.30 Arbeitsbeginn  
09.30 Pause von 10 Minuten  
12.00 Mittagessen  
13.30 Arbeitsbeginn  
15.30 Pause von 10 Minuten  
18.00 Nachtessen  
22.00 Nachtruhe

1.8.2 Samstag

Der Samstag ist arbeitsfrei. Die Tagesordnung sieht so aus:

06.20 Tagwache  
07.00 Frühstück  
11.00 Mittagessen  
18.00 Nachtessen  
22.00 Nachtruhe

Samstags werden die Insassinnen um 8 Uhr in die Zellentrakte zurückgeführt. Sie duschen (unter der Woche besteht eine weitere Gelegenheit dazu) und putzen Zellen, Gänge usw. Anschliessend ist Postverteilung. Von 10 Uhr bis zum Mittagessen sind die Insassinnen in den Zellen eingeschlossen, sofern sie nicht einen Kurs besuchen oder mit Spezialerlaubnis den Nähsaal benutzen dürfen. Mit entsprechender Bewilligung können in der Zelle Hand- und Bastelarbeiten gemacht werden. Am Abend ist Fernsehen bis 21.30 Uhr.

1.8.3 Sonntag

Am Sonntag gilt:

07.00 Frühstück  
11.00 Mittagessen  
18.00 Nachtessen  
22.00 Nachtruhe

Sonntags, nach dem Frühstück, werden die Insassinnen wieder in den Zellen eingeschlossen. Zweimal monatlich gibt es einen halbstündigen Gottesdienst für Protestanten, einmal im Monat für Katholiken. Die Predigt ist fakultativ, aber es ist verboten, an Gottesdiensten der andern Konfession teilzunehmen. Ab 12 Uhr Spaziergang im Hof unter Bewachung, je nach Jahreszeit und Wetter bis zu 2 Stunden. Ist es

kalt, dauern die Spaziergänge nicht lange, da die Insassinnen nur Strickjacken tragen, aber keine Mäntel haben. Danach werden sie bis zum Nachtessen wieder in den Zellen eingeschlossen. Am Abend kann bis 21.30 Uhr erneut ferngesehen werden. Gelegentlich findet eine Tageswanderung unter Führung des Direktors statt. Einmal im Monat spielt und singt die Heilsarmee 1-2 Stunden.

1.8.4  
Tägliches  
Alleinsein

Die Insassinnen sind täglich allein:

Montag- 19-19.30 Uhr bis Tagwache;  
Freitag

Samstag am Morgen rund 2 Stunden, nachmittags - sofern keine Kurse besucht werden - von etwa 12.30 - 18.00, dann von 21.30 Uhr bis Tagwache;

Sonntag 08.00 - 11.00, nachmittags je nach Länge des Spaziergangs von etwa 13.00 - 18.00, in der Nacht von 21.30 Uhr bis Tagwache.

Insassinnen der Rückfälligenanstalt sind zudem bei allen Mahlzeiten allein.

1.8.5  
Verhältnis der  
Insassinnen  
zum Personal

Das Verhältnis der Insassinnen zum Personal ist nicht eng. Oft haben die Aufseherinnen vor den Gefangenen eine diffuse Angst, zumeist ohne Grund, da diese ihre Aggressivität nur sehr selten in Tätlichkeiten ausleben. Zu mehr als oberflächlichen Kontakten zwischen Aufseherinnen und Gefangenen kommt es kaum. Zwar haben jüngere Aufseherinnen zum Teil das Bedürfnis danach, die Anstaltsleitung besteht jedoch darauf, dass sie Distanz halten. Von den Insassinnen werden engere Beziehungen zum Personal gewünscht.

1.8.6  
Verhältnis der  
Insassinnen  
untereinander

Unter den Insassinnen kommt es oft zu Spannungen, vor allem zwischen den gerichtlich und den administrativ Eingewiesenen. Die administrativ Eingewiesenen sind im allgemeinen jung, unordentlich, lärmig, sie lehnen sich dagegen auf, unter Kriminellen sein zu müssen. Die meist älteren, ordentlichen und ruhigeren gerichtlich Eingewiesenen müssen sich wegen den als fluchtgefährlich geltenden "Administrativen" viele Einschränkungen gefallen lassen. So stehen beispielsweise Lärm im Esssaal oder Flucht daraus unter Kollektivstrafe (Entzug von Vergünstigungen wie etwa der Möglichkeit, ein Transistorradio zu haben). Die eine wird zum Spitzel der andern. Die Gefangenen kommen nicht dazu, Konflikte offen auszutragen, da dies sofort unterbunden wird. Während der Arbeit herrscht grundsätzlich ein Schweigegebot, in der Freizeit gibt es zuwenig Gelegenheit, die Spaziergänge sind zu kurz. Möglichkeiten, frei miteinander zu sprechen, haben die Insassinnen wenig. Für Erstmalige besteht während der gemeinsamen Mahlzeiten Gelegenheit dazu (sie fehlt den Rückfälligen, die in der Zelle essen müssen), sind doch die Gefangenen im Speisesaal nach der Essensverteilung, dem Gebet und der Medikamentenabgabe zeit-

1.8.6.1  
Möglichkeiten der  
Insassinnen, frei  
miteinander  
zu sprechen

weise ohne Aufsicht. Nach dem Mittagessen ist - auch für Rückfällige - ein 5 bis 30-minütiger Aufenthalt im Hof gestattet, wo freies Sprechen wohl möglich ist. Weitere Möglichkeiten zum Gespräch bestehen am wöchentlichen Clubabend und an den gelegentlichen sonntäglichen Ausflügen. Sich gegenseitig in den Zellen zu besuchen, ist den Insassinnen untersagt - nicht zuletzt, weil lesbische Kontakte befürchtet werden. Nur von 19 bis 19.30 Uhr können die Insassinnen desselben Trakts im Korridor beisammensitzen, bevor die Zellen für die Nacht geschlossen werden; da Stühle fehlen, müssen sie sich dann aber am Boden lagern. Erstmaligen und Rückfälligen ist bei Strafe verboten, miteinander zu reden.

## 1.9 Arbeit

### 1.9.1 Arbeitszeit

Nach der Hausordnung beträgt die tägliche Arbeitszeit, einschliesslich zweier Pausen von je 10 Minuten, 9 Stunden. Auch wenn man Besuche, Arztvisite, Gespräche mit dem Seelsorger, die während dem Freitagrapport der Aufseherinnen mit dem Direktor arbeitsfreie Zeit abzieht, bleibt eine Arbeitszeit von über 40 Stunden in der Woche.

In der Abteilung Mutter und Kind hat jeweils eine Mutter Hausdienst, die andern arbeiten normal. Ausser dem Stillen sind die Kontakte mit dem Kind auf die Freizeit beschränkt.

### 1.9.2 Pflicht zur Arbeit

Die Insassinnen sind zur Arbeit verpflichtet. Sie haben die Arbeit zu verrichten, die ihnen zugewiesen wird ( 53). Verweigerung der Arbeit wird disziplinarisch geahndet. Es ist den Frauen gestattet, vom zweiten Tage nach ihrer Einlieferung an in Gemeinschaft zu arbeiten. Die Interessen der Frauen werden nach Möglichkeit bei der Arbeitszuteilung berücksichtigt, wobei Wert darauf gelegt wird, dass sie bei der einmal gewählten Beschäftigung bleiben.

### 1.9.3 Arbeitsmöglichkeiten

An Arbeitsmöglichkeiten gibt es: eine mechanische Werkstätte (z.B. Montage elektrischer Zahnbürsten und Haarföhns), die Wäscherei, eine maschinelle Glätterei, Schneiderei, Stickerei, Strickerei, Näherei, Teppichknüpferei, Kartonnage (54).

### 1.9.4 Arbeitszuweisung, Arbeitsbedingungen

Zuerst wird genug Personal für die Waschküche gestellt (die nur Erstmaligen offensteht), dann für den Nähsaal. Dazu kommen Arbeiten im Garten, in der Küche, im Haushalt und im anstaltseigenen Landwirtschaftsbetrieb - sämtlich Vertrauensposten, die man erst nach einiger Zeit und Bewährung erreicht. Andere Arbeiten, etwa im Dienstleistungssektor, sind, je nach Begabung, vor allem bei längeren Strafen möglich. Gelegenheit zur Arbeit in Betrieben ausserhalb des Anstaltsareals besteht erst, in Halbfreiheit, für Insassinnen des Uebergangsheims "Steinhof" in Burgdorf, aber auch in Bern, Solothurn, Langenthal. Möglichkeiten: Spital, Hotels, Elektrogerätefabrik. Einzige Ausnahme ist eine zu einer sehr langen Zuchthausstrafe verurteilte Frau, die in einer Hindelbanker Gärtnerei arbeitet (55).

Gearbeitet wird beispielsweise im Nähssaal zu zehnt auf Holzstühlen bei schlechtem Licht. Die Beine vertreten können sich nur Schwangere, die auch mehr Pausen haben (allerdings sonst keine feste besondere Ruhezeit). Die in der Waschküche Beschäftigten tragen Holzschuhe.

Die Aufseherinnen arbeiten für Privatkundschaft, die Insassinnen verrichten Hilfsdienste nach Massgabe ihrer Fertigkeiten. Sie werden einfach beschäftigt, die am wenigsten Begabten mit Stricken.

#### 1.9.5 Verdienstanteil

Das Pekulium beträgt 12-18, durchschnittlich 14 Franken im Tag. Es wird den Insassinnen monatlich gutgeschrieben. 50% des Pekuliums bleiben bis zur Entlassung auf einem Sperrkonto blockiert. 30 % gehen auf ein Freikonto und dürfen mit Einwilligung der Anstaltsleitung für besondere Zwecke (wie Einkauf von Bastelmaterial, Kauf eines Radios, Bezahlung von Fernkursen, Schuldentilgung) verwendet werden. 20%, höchstens aber 100 Franken im Monat, stehen für den Einkauf zur Verfügung (56). Wer nicht arbeitet, verdient nichts.

#### 1.10 Ausbildung, Weiterbildung

In Hindelbank gibt es keine Möglichkeit, eine Berufslehre oder nur -anlehre zu absolvieren oder allgemeinbildenden Unterricht zu besuchen. Das Bildungsangebot ist auf gelegentliche Kurse für Maschinenschreiben, Stenographie, Fremdsprachen, Säuglingspflege, Haushaltführung (57) beschränkt. Ausserdem kann man sich an Fernkursen (58) beteiligen: die Akademikergesellschaft, Zürich, stellt dafür das Material gratis zur Verfügung und besorgt kostenlos die Korrekturen; 1976 haben laut Jahresbericht 7 Insassinnen von dieser Gelegenheit profitiert, im Jahresbericht 1977 fehlen zahlenmässige Angaben. Für sämtliche Bildungsaktivitäten sind die Gefangenen auf die Freizeit verwiesen.

#### 1.11 Freizeit- gestaltung

Werktags von 19 Uhr bis 21.30 Uhr können die Gefangenen sich zur Freizeitbeschäftigung in den entsprechenden Räumen zusammensetzen, sofern ihnen diese Vergünstigung bereits gewährt wird bzw. nicht durch eine Disziplinarstrafe entzogen ist.

Zur Verbringung der Freizeit gibt es im Untergeschoss der Rückfälligenanstalt einen Mehrzweckraum. In diesem Saal, der 250 Personen Platz bietet, werden sämtliche gemeinsamen Veranstaltungen wie Theater, Konzert, Vortrag, Film durchgeführt. Der Raum dient wöchentlich einmal auch als Turnhalle.

Mit Bewilligung der Anstaltsleitung können die Insassinnen in der Freizeit ein Transistorradio mit Kopfhörern benützen; im übrigen kann an dem in der Zelle montierten Lautsprecher ein zentral gewähltes Rundfunkprogramm gehört werden.

Zweimal zwei Stunden wöchentlich, am Samstag- und Sonntagabend, ist - abwechselnd deutsch und französisch - Fernsehen. Eingestellt wird ein leichtes Unterhaltungsprogramm ohne Kriminalfilme.

Jede Woche gibt es einen Clubabend, an dem die Insassinnen im Beisein einer Aufseherin gemeinsam spielen und hin und wieder diskutieren.

Angeboten werden laut Jahresbericht 1977 auch Maltherapie und Französischkurse.

Aus der überalterten Anstaltsbibliothek dürfen alle 14 Tage höchstens 3 Bücher bezogen werden (59). Die Anstaltsleitung kann das Abonnement auf eine Tageszeitung und eine Wochenzeitschrift erlauben; darüber hinaus sind besonders Romanheftchen nicht gestattet (60).

In der Anstaltskapelle finden regelmässig Gottesdienste für Protestanten (2x) und Katholiken (1x monatlich) statt; die Katholikinnen werden bis auf Beichtgelegenheiten vor hohen Feiertagen vernachlässigt; die Betreuung der Protestantinnen ist gut.

Monatlich wird ein Unterhaltungsabend durchgeführt. Im Sommer macht man am Sonntag hin und wieder einen ganztägigen Ausflug. Gelegentlich werden Filme vorgeführt, Theater gespielt usw. Einmal im Monat singt am Sonntag die Heilsarmee.

Jeden Tag ist Zeit für einen 5 bis 30-minütigen Spaziergang im Hof. Nur Mütter mit Kind können auf dem ganzen Anstaltsareal spazieren (61).

#### 1.12 Verkehr mit der Aussenwelt

"Die Anstalt fördert die Kontakte mit der Aussenwelt. Sie ist indessen befugt, aus erzieherischen Gründen ungeeignete Kontakte zu unterbinden" (HO 40).

##### 1.12.1 Besuche

Vormund, Fürsorger und Verteidiger haben unbeschränktes Besuchsrecht (62). Für Angehörige beträgt die Besuchsdauer einmal 2 Stunden oder zweimal eine Stunde im Monat. Der erste Besuch ist ein Monat nach Strafantritt möglich. Visiten sind auf 3 Personen beschränkt; Kindern unter 12 Jahren wird in der Regel der Zugang nicht gestattet. Besuche sind grundsätzlich nur Montag bis Freitag während der Arbeitszeit möglich; sie sind drei Tage vorher anzumelden, beim ersten Mal schriftlich. Ob Besuche überwacht werden, entscheidet die Anstaltsleitung. Besucher können bei der Aufsicht 1 Kilo Früchte, 100 Gramm Schokolade und Schnittblumen abgeben.

1.12.2  
Korrespondenz

Briefe zu schreiben, ist ohne Einschränkung erlaubt. Allerdings werden die Schreiben durch die Anstaltsleitung "so weit nötig kontrolliert"; Korrespondenzen zwischen Anwälten und Insassinnen in einem hängigen Verfahren können ungeöffnet weitergeleitet werden (62). Schreiben mit ungehörigem Inhalt oder solche mit unwahren Behauptungen, Entstellungen und Drohungen werden nicht weitergeleitet. Bei Missbrauch kann der Briefverkehr eingeschränkt oder ganz unterbunden werden. Die abgehende Post ist unverschlossen in die Briefkasten einzuwerfen; sie wird - nach der Zensur - wöchentlich zweimal versandt. Eintreffende Briefe werden nach Möglichkeit jeden Tag verteilt.

1.12.3  
Telephon

Telephoniert werden darf nur aus zwingenden Gründen (64). Telephonische Mitteilungen werden nur in dringenden Fällen ausgerichtet.

1.12.4  
Urlaub

Ein Recht auf Urlaub (65) haben die Insassinnen nicht. Urlaube können aber gewährt werden zur Pflege der Beziehungen nach aussen, zur Vorbereitung der Entlassung oder aus besonderen Gründen (u.a. schwere Erkrankung oder Tod eines nahen Angehörigen oder dringende berufliche Arbeit). Urlaub erhält nur, wer sich gut verhält, befriedigend arbeitet und vertrauenswürdig ist. Urlaub bewilligt die Anstaltsleitung. Liegt kein besonderer Grund vor, sind Urlaube - von 12 bis 36 Stunden- erst nach Verbüßung der ersten Strafhälfte und dann alle drei Monate möglich. (Urlaub wurde 1977 an 179 Tagen bewilligt. 2 Frauen sind vom Urlaub nicht in die Anstalt zurückgekehrt. Eine hat sonst gegen die Bedingungen verstossen. 5 kamen betrunken und 5 zu spät aus dem Urlaub zurück (66)).

1.12.5  
Pakete

Geschenkpakete (67) sind nur auf Weihnachten, Ostern und Geburtstag hin in beschränktem Umfang zugelassen. Pakete werden kontrolliert.

Die Zustellung von Geschenkpaketen mit Esswaren ist zu den übrigen Zeiten nicht gestattet, da die Insassen das ganze Jahr hindurch mit einem Teil ihres Verdienstanteils Raucher- und Esswaren sowie Toilettenartikel kaufen können. Verboten ist in jedem Fall die Zustellung von Medikamenten, Raucherwaren und alkoholhaltigen Genussmitteln.

1.12.6  
Freigang

Von Hindelbank aus ist, mit einer einzigen Ausnahme, Freigang (68), d.h. Arbeit ausserhalb der Anstalt, ausgeschlossen. Der Freigang ist der Halbfreiheit im Uebergangsheim "Steinhof" reserviert, von wo aus ohnehin die Kontakte mit der Aussenwelt an Länge und Dichte stark zunehmen.

## 2 VERGLEICH DER IN HINDELBANK GELTENDEN HAUSORDNUNG MIT DER EINIGEN ANDERER STRAFANSTALTEN IN DER SCHWEIZ

### 2.1 Absicht

Um den Vollzug in Hindelbank, wie er sich aus der Anstaltsordnung und aus Rechten und Pflichten der Insassinnen ergibt, mit dem Vollzug in anderen Strafanstalten der Schweiz vergleichen zu können, wurden alle erreichbaren Verordnungen, Hausordnungen, Weisungen, Reglemente der wichtigsten davon beigezogen, nämlich von Regensdorf, Saxerriet, Oberschöngrün, Lenzburg, Thorberg und Witzwil.

### 2.2 Auswahl der Vergleichsanstalten

Da für den Strafvollzug in erster Linie das kantonale Recht massgebend ist, sind die Regelungen der Anstalten von Witzwil (68) (für Erstmalige) und Thorberg (70) (für Rückfällige) von besonderer Bedeutung. Für sie - wie auch für das neue Massnahmenzentrum St. Johannsen und Hindelbank - gelten in gleicher Weise die Verordnung vom 14.8.1970 über das Disziplinarstrafwesen und die Sicherheitsmassnahmen in den bernischen Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzuges und die Verordnung vom 12.12.1941 (abgeändert am 1.1.1961) über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen, die bedingte Entlassung und die Schutzaufsicht gegenüber Erwachsenen. Im übrigen haben Hindelbank, Witzwil und Thorberg je eigene Hausordnungen (HO) begleitet von Weisungen für die Insassen (W) und Merkblättern für die Angehörigen(M).

Ausserbernisch, für die Ostschweiz, ist die Rückfälligenanstalt Regensdorf (67) wichtig zu Vergleichszwecken, weil in der Verordnung vom 12.2.1975 (§ 103) noch die Oberaufseherin als Aufsichtsperson über das Frauenhaus figuriert, das seit dem 31.1.1972 - nach Ueberführung der Insassinnen nach Hindelbank - aufgehoben ist. Saxerriet (72) repräsentiert die Anstalt für Erstmalige.

Aus der Region des nordwest- und zentralschweizerischen Konkordats betrachtet werden die Erstmaligenanstalt Oberschöngrün (73) bei Solothurn sowie die Anstalt für Rückfällige in Lenzburg (74).

Unberücksichtigt bleiben die Westschweizer Anstalten Bellechasse (Erstmalige) und Bochuz (Etablissements de la Plaine de l'Orbe, Rückfällige), ebenso die gemischte Anstalt La Stampa im Tessin. Weil die Grundlagen für den Strafvollzug im Kanton Luzern in Revision sind, wird die Rückfälligenanstalt Wauwilermoos weggelassen. Und Bostadel (das im zugerischen Menzingen als Ersatz für die Rückfälligenanstalt Basel-Stadt neu gebaute Gefängnis) war noch nicht in Betrieb, als dieser Vergleich unternommen wurde.

2.3 Schema der Vergleichsanstalten

Die Anstalten, mit denen Hindelbank im folgenden verglichen wird, lassen sich nach ihren Aufgaben etwa so grob schematisieren:

Kanton	Anstalt	Bestand (75)	Vollzugsarten			Administrative Versorgung od. Verwahrung
			Strafen nach StGB an		Massnahmen nach StGB	
			Erstmaligen	Rückfälligen		
BE	Hindelbank	75	X	X	X	X
BE	Thorberg	165		X	X	
BE	Witzwil	157	X		X	
SO	Oberschöngrün	61	X			
AG	Lenzburg	170		X	X	
ZH	Regensdorf	290		X	X	
SG	Saxerriet	98	X			

2.4 Bedeutung der Hausordnung

Wir sind uns bewusst, dass es gute Gründe gibt, einem nur aufgrund generell-abstrakter Normen angestellten Vergleich grossen Aussagewert abzusprechen. Wir teilen die Skepsis gegenüber der Gültigkeit geschriebener Anstaltsregeln. Aber wir bedauern, dass solch misstrauisches Zögern sein muss. Was gilt denn, wenn nicht die dem neu eingewiesenen Straffälligen ausgehändigte Hausordnung? Vielleicht, wahrscheinlich ist die Praxis rücksichtsvoller, der Alltag menschlicher. Aber kann der Gefangene sich darauf berufen? Seine Rechte so gut wie seine Pflichten nennt die Hausordnung. Was darin nicht steht, ist im Konfliktfall wertlos. Gerade im Strafvollzug, wo die Spiesse sehr ungleich lang sind, ist Eindeutigkeit unerlässlich. Sonst kann eine bessere Praxis ein gutes Recht entwerten.

Wir gründen unseren Vergleich darum allen Bedenken zum Trotz auf die Hausordnungen. Die Öffentlichkeit, in deren Namen Strafen ausgesprochen und zu deren Frommen sie vollzogen werden, hat einen Anspruch darauf, dass Anstaltsregeln und Anstaltswirklichkeit nicht auseinanderklaffen. Die Gefangenen haben Anspruch darauf zu wissen, welches ihre Rechte und Pflichten sind. Wissen sie es nicht, wird das besondere Gewaltverhältnis (76), in dem sie während des Strafvollzugs zu den Behörden stehen, zum totalen Gewaltverhältnis (77).

2.5 Keine Staffelung

Die Staffelung in "leichte" (Oberschöngrün, Saxerriet, Witzwil) und "schwere" Anstalten (Lenzburg, Regensdorf, Thorberg) im Männerstrafvollzug, hat im Frauenstrafvollzug kein Pendant, da Hindelbank Erstmalige und Rückfällige aufnimmt und für beide Abteilungen grundsätzlich dieselbe Hausordnung gilt (freilich in der Abteilung für Mutter und Kind "flexibel" (73) gehandhabt werden soll). Das Uebergangsheim "Steinhof" hat - mit Rücksicht auf die Halbfreiheit -

eine besondere Hausordnung.

## 2.6 Vergleichspunkte

Der Vergleich betrifft folgende Punkte: grundsätzliche Anordnungen zum Strafvollzug, Schulung der Insassen, Arbeits- und Berufsbildungsmöglichkeiten, Pekulium, Gesundheitspflege sowie Tragen privater Wäsche und Kleidung, Geschenkpakete, Besuch, Korrespondenz, Telephon, Urlaub, Gespräche, Beschwerdemöglichkeiten, Disziplinarstrafen.

### 2.6.1 Planung des Vollzugs

Regensdorf verlangt einen Vollzugsplan, wenn eine Strafe oder Massnahme noch mehr als 6 Monate dauert (VO § 7).

In Lenzburg wird auf Wunsch vom Sozialdienst ein Plan für die Zukunft erstellt (HO 13.3), der Arbeit, Bildung, medizinische Betreuung, Finanzen, Beziehungen zur Aussenwelt betrifft.

Auf dem Thorberg erfolgt ein Eintrittsgespräch mit Direktor und Fürsorger über die Gestaltung des Vollzugs und persönliche Fragen (HO 7).

Oberschögrün sieht die umfassende Abklärung der persönlichen und sozialen Verhältnisse durch einen Fürsorger sowie, bei Strafen von mindestens 9 Monaten, einen Vollzugsplan vor (HO § 6.2)

Saxerriet fordert die Niederschrift des Lebenslaufs während der ersten Woche, stellt Audienzen in Aussicht (HO 1); für anbegehrten Urlaub ist ein Gestaltungsplan zu machen, der Urlaub wird nachbesprochen (Br 3); ein Insassenrat ist auch für persönliche Fragen da (HO 41).

Ohne eine Art Vollzugsplan wird die Strafe vollstreckt in Witzwil - wo Besprechungen in besonderen Angelegenheiten vorgesehen sind (HO 12) und das Recht, angehört zu werden (HO 11), statuiert ist - und Hindelbank, dessen Hausordnung eine Aussprache mit der Anstaltsleitung nach dem Eintritt (HO 6) und das Recht auf Audienz beim Direktor, einem Sozialarbeiter, dem Adjunkten oder Vertretern der Vollzugsbehörde (HO 8) gewährt.

### 2.6.2 Schulung der Insassen

Regensdorf hat eine Anstaltsschule, deren Besuch obligatorisch ist für alle, die eine Berufslehre absolvieren (VO § 16); nach Vollzugsplan können auch andere Insassen zum Schulbesuch angehalten werden; der Selbstunterricht wird gefördert (§17); die Bibliothek ist auf neuzeitlichem Stand zu halten, sie umfasst Fachliteratur und Lehrbücher, ist mehrsprachig (§ 25); Gefangene können selbst Bücher, Lehrmittel, Fachliteratur beschaffen (§ 27); zulässig ist das Abonnement für eine Zeitung oder Zeitschrift (§ 28); ein Lehrer betreut Schule, Lehrlingswesen und Bibliothek (§ 82).

Lenzburg hat einen Anstaltslehrer für Schule und Kurse (HO 3.31); es gibt einen Sportbetrieb; aus der grossen Hausbibliothek können wöchentlich 5 Bücher bezogen werden (W 2k); zur Weiterbildung bestehen Kurse für Sprachen, Zeichnen, Modellieren, Schach, man kann im Hausorchester mitspielen (HO 14.1); Tages- und Wochenzeitungen können beliebig abonniert werden (HO 9.1).

Auf dem Thorberg werden Weiterbildungs- und Fernkurse angeboten, aus der Bibliothek dürfen 5 Bücher in 14 Tagen bezogen werden (HO 44).

Saxerriet kennt ausser Fern- auch Nothelfer-, Mal-, Holz- und Metallbearbeitungskurse (HO 39), hat einen Sportplatz und Vitaparcours (Br 2); wöchentlich sind 3 Bücher aus der Bibliothek beziehbar (HO 40); monatlich einmal gibt es lebenskundliche Referate (Br 2).

In Oberschöngrün gibt es Fern- und Weiterbildungskurse (HO §18), möglich ist sportliche Betätigung; wie die Bibliothek benützt werden kann, sagt ein (uns unbekanntes) Merkblatt.

Witzwil bietet im Wintersemester Weiterbildungskurse, ausserdem Fernkurse (HO 48); es gibt ein Lesezimmer und einen Sportplatz (HO 44); in der Anstaltsbibliothek werden zweimal in der Woche Bücher ausgegeben (W 33); zulässig ist das Abonnement einer Zeitung und einer Zeitschrift (HO 50).

Hindelbank führt Weiterbildungskurse durch und ermöglicht die Teilnahme an Fernkursen (HO 39); aus der Bibliothek dürfen alle 14 Tage maximal 3 Bücher bezogen werden (HO 34, W 12); das Abonnement auf eine Tageszeitung und eine Wochenzeitschrift ist gestattet (HO 35); organisiert werden Turnstunden, Singen, Gruppengespräche (HO 37, W 11); Hand- und Bastelarbeiten sind möglich (W 11), allenfalls bezahlt (HO 22, W 8-10); eine Schule gibt es auch für Insassinnen mit langen Freiheitsstrafen nicht.

### 2.6.3 Arbeit

Regensdorf beschafft möglichst Arbeit auf dem erlernten Beruf (VO §14), sorgt für eine Berufs- oder Anlehre.

In Lenzburg gibt es Arbeit nach Fähigkeit und nach dem gewerblichen Angebot (Schreinerei, Schlosserei, Körberei, Reparaturdienst, Bäckerei, Metzgerei, Kiesgrube; HO 11.1); Möglichkeit einer Schreinerlehre und von Anlehren in den übrigen Gewerbebetrieben.

Auf dem Thorberg wird die Arbeit nach Fähigkeit und Möglichkeiten zugewiesen.

In Saxerriet sind zahlreiche Berufe ausüb- und erlernbar (Br 2), möglich sind 4 Monate Berufstätigkeit ausserhalb der Anstalt.

In Witzwil wird die Arbeit wie auf Thorberg zugewiesen (HO 38), in einigen Berufen sind Anlehren möglich (HO 41).

Hindelbank nimmt bei der Arbeitszuteilung nach Möglichkeit auf Fähigkeiten und Wünsche der Eingewiesenen Rücksicht (HO 19); von eigentlicher Berufsausübung, Berufslehre oder Anlehre ist nicht die Rede.

Bezüglich Arbeitsgestaltung sind in den verschiedenen Hausordnungen keine grundsätzlichen Unterschiede feststellbar, es gibt aber Differenzen, die für den einzelnen Insassen bedeutend sein können: Die Arbeitszeit beträgt auf Thorberg nur 8 1/4 Stunden (HO 20), in den übrigen Anstalten aber 9 Stunden; von einem Znüni ist nur in Saxerriet (Br 4) die Rede (Brot sowie Wurst oder Schokolade).

#### 2.6.4 Verdienstanteil

Die Arbeitsleistung und das allgemeine Verhalten sind nach Art. 376 StGB Gegenstand der Qualifikation, nach welcher u.a. der Verdienstanteil (das Pekulium) bemessen wird. Wie qualifiziert wird, ist von Anstalt zu Anstalt verschieden. Ueber die Höhe des Pekuliums finden sich in den Hausordnungen keine Angaben. Maxima und Minima werden für Regensdorf von der Justizdirektion des Kantons Zürich (VO § 17), für Oberschöngrün vom Solothurner Regierungsrat festgelegt. In Regensdorf und Saxerriet wird bei Arbeitsunfähigkeit das Minimum gutgeschrieben, in den übrigen Hausordnungen fehlen analoge Bestimmungen.

Vom Pekulium bleiben 50 % bis zur Entlassung auf einem Sperrkonto blockiert in Regensdorf, Thorberg, Saxerriet, Witzwil und Hindelbank, 40 % in Lenzburg, ein Drittel in Oberschöngrün. Beim verfügbaren Teil wird unterschieden zwischen Anschaffungen (etwa Bastelmaterial, Transistorradio, aber auch zur Unterstützung der Angehörigen oder zur Schuldentilgung) und Ausgaben für die laufenden persönlichen Bedürfnisse. Auf Thorberg können 30 % des Pekuliums, höchstens aber 70 Franken auf dem Insassenmarkt ausgegeben werden, in Hindelbank 20% oder 50 Franken (W 23). In Lenzburg sind 60% frei verfügbar, in Saxerriet die Hälfte, in Oberschöngrün je ein Drittel für besondere Auslagen und persönliche Bedürfnisse; für letztere dürfen in Witzwil 25 % ausgegeben werden. In Regensdorf sind 50% frei verfügbar, die kantonale Justizdirektion setzt den maximalen Bargeldbetrag fest.

#### 2.6.5 Gesundheitspflege, persönliche Kleider und Wäsche

Erhebliche Unterschiede zeigen sich in der Gesundheitspflege und im Gebrauch privater Leibwäsche und eigener Kleidungsstücke. Duschen muss man in Regensdorf wöchentlich mindestens zweimal, kann aber mehrmals (VO § 36); in Lenzburg zwei- bis dreimal (HO 15.1), ausserdem nach dem Sport (W 29); auf dem Thorberg am Samstag (W 3); in Witzwil samstags sowie täglich nach dem Nachtessen (HO 28); in Hindelbank am Samstag und ein weiteres Mal unter der Woche (W 3).

In Regensdorf wird prinzipiell Anstaltskleidung getragen eigene Unterwäsche und Schuhe sind auf ärztliche Empfehlung gestattet (VO § 40). Für Privatwäsche braucht es in Lenzburg die Bewilligung des Direktors (W 2). Für den Thorberg gilt dasselbe (HO 14, W 5), zulässig sind überdies eigene Pyjamas. In Saxerriet dürfen in der Freizeit Trainingsanzüge, nach dem ersten Urlaub im Zimmer Privatkleider getragen werden, Unterwäsche und Pullover stellt die Anstalt (HO 3). In Witzwil sind eigene Wäsche und Schuhe möglich, Pyjamas ohnehin privat (HO 30). In Hindelbank ist das Tragen privater BHs, Schläpfer, Socken und zweckmässiger Schuhe (keine Stiefel) gestattet (HO 13 W 4).

2.6.6  
Spaziergänge

Spaziergänge sind auf Thorberg und in Hindelbank (HO 32) obligatorisch, eine Dauer ist nicht festgelegt. In Regensdorf dauern sie 30, in Lenzburg 45 Minuten täglich.

2.6.7  
Geschenkpakete

Geschenkpakete können in Regensdorf nur zu Weihnacht und am Geburtstag empfangen werden, besondere Vorschriften dafür existieren nicht (VO § 54). Auf dem Thorberg sind an Weihnachten, Ostern und am Geburtstag 4 kg Esswaren mit 400 g koffeinfreiem Kaffee, 400 Zigaretten oder 100 Stumpen oder 300 g Tabak zulässig (HO 49). Lenzburg gestattet alle 14 Tage 3 kg Schokolade, Gebäck, Eier, Konserven, Wurst, Raucherwaren, zusätzlich Früchte, Schnittblumen und Toilettenartikel (HO 9.2, W 2g); zugelassen sind Spirituskocher zum Selberkochen (W 2f). In Saxerriet dürfen Besucher 3 kg frische Früchte und kleine Imbisse bringen (HO 23), Tauchsieder sind gestattet (HO 10). In Witzwil sind an denselben Tagen wie in Thorberg 4 kg Esswaren erlaubt, aber nur 100 Zigaretten oder 50 Stumpen oder 160 g Tabak, für Nichtraucher zusätzlich 500 g Schokolade (HO 23, W 7).

Hindelbank lässt zu Weihnachten, Ostern und am Geburtstag 4 kg Esswaren, aber nichts zum Rauchen zu (HO 43, W 15); Besucher können bei der Aufsicht 1 kg Früchte, 100 g Schokolade und Schnittblumen abgeben (W 18).

2.6.8  
Besuche

Besuche empfangen darf ein Insasse in Regensdorf alle zwei Wochen mindestens eine halbe Stunde von nahen Angehörigen, die bescheidene Mitbringseil abgeben können (VO § 46). Lenzburg lässt Besuche von Angehörigen (mit Geschenken bis zu 3 kg) alle 14 Tage zu, Geschäftsbesuche in der Zwischenzeit sind erlaubt, eine zeitliche Limite nicht gesetzt; Besuche sind am Mittwoch, Samstag und Sonntag möglich (HO 10). Thorberg lässt Visiten der Familienangehörigen und nahestehender Personen zwei Stunden im Monat von Montag bis Donnerstag und am 1. und 3. Samstag zu (HO 50, M 2). Zwei zweistündige Besuche monatlich gesteht Saxerriet zu; Be-

suche sind am Wochenende abzustatten, der Besucherkreis ist unbeschränkt (HO 22). Witzwil beschränkt Besuche auf Familienangehörige (von denen aufs Mal nicht mehr als drei kommen sollen), auf Donnerstag und Samstag, auf einmal 2 Stunden im Monat; mitgebracht werden dürfen 100 g Schokolade und 20 Zigaretten (HO 24).

In Hindelbank sind Besuche möglich: an Werktagen, für Angehörige (pro Mal nur 3 Personen, Kinder unter 12 Jahren werden in der Regel nicht zugelassen), einmal zwei Stunden oder zweimal eine Stunde im Monat (Unterredungen mit dem Anwalt oder Vormund werden nicht angerechnet); anlässlich der Besuche können bei der Aufsicht 1 kg Früchte, 100 g Schokolade und Schnittblumen abgegeben werden (HO 44/45, W 17/18).

2.6.9  
Korrespondenz,  
Zensur

Die Korrespondenz ist in keiner Anstalt grundsätzlich beschränkt. Aus Hindelbank wird die Post aber nur zweimal in der Woche versandt, weswegen der Briefverkehr tatsächlich eingeschränkt wird (W 14). Kontroll- und Zensurvorschriften bestehen überall mit grösseren und kleineren Erleichterungen dank Fakultativ- oder Stichprobeweisen Kontrollen. In Hindelbank müssen jedoch alle Briefe unverschlossen in den Briefkasten gelegt werden (W 14).

2.6.10  
Telephon

Das Telephon ist in sämtlichen Anstalten in wichtigen und dringenden Fällen mit Bewilligung benutzbar. Lenzburg gestattet alle 2 Wochen einen Anruf von 6 Minuten (W 2).

2.6.11  
Urlaub

Für Urlaube verweisen Lenzburg, Witzwil, Oberschöngrün und Hindelbank, die dem nordwestschweizerischen Konkordat unterstehen, entweder auf das Konkordat (Lenzburg) oder auf die Richtlinien der Konkordats-Konferenz. Thorberg hat denselben Verweis nur im Merkblatt für Angehörige. Gleichwohl bestehen für alle Berner Anstalten gleichlautende, detaillierte Vorschriften, wonach Urlaub nach halber Strafzeit, frühestens aber drei Monate nach Einweisung bei guter Führung, befriedigender Arbeitsleistung und Vertrauenswürdigkeit erstmals möglich ist, 12 - 36 Stunden dauern und alle Vierteljahre wieder gewährt werden kann (Thorberg: HO 54, W 21/22; Witzwil: HO 25; Hindelbank: HO 46/47, W 19-21).

Regensdorf differenziert stark nach der verhängten Strafe oder Massnahme, Urlaubsdauer 16 Stunden (VO § 50/51.) Saxerriet gestattet Urlaub nach dem 3., 5. und 7. Monat, ab 9. Monat ist alle 4 Wochen ein Urlaub möglich; wer Urlaub will, muss schriftlich angeben, wie er diesen zu verbringen gedenkt (Br 3) - nach dem Urlaub wird geprüft, wie er verlaufen ist.

Im Gegensatz zu den anderen Anstalten, wo zum Teil ausdrücklich festgehalten wird, es bestehe kein Anspruch auf Urlaub (z.B. Hindelbank, HO 46, W 20), scheint es in Saxerriet ein eigentliches Recht auf Urlaub zu geben. Unabhängig davon kann in dieser Anstalt Ausgang bis zu 4 Stunden in einem bestimmten Rayon mit einem Besuch bewilligt werden (HO 24).

2.6.12  
Aussprache

Ein Anspruch auf Aussprache mit den Seelsorgern existiert in allen Anstalten. Darüber hinaus sind Gespräche oder Audienzen vorgesehen: mit dem Direktor, Lehrer, Sekretär, Psychiater in Lenzburg (HO 4.1, 13.1); mit dem Direktor, Fürsorger, Adjunkt und Vertretern der Vollzugsbehörde in Thorberg (HO 10), Witzwil (HO 19) und Hindelbank (HO 8, W 1/2); mit dem Direktor, Verwalter, Fürsorger, als Gruppen- und Einzelgespräche in Saxerriet (HO 34); mit dem Psychologen und Juristen in Oberschöngrün (HO § 21).

2.6.13  
Beschwerde-  
möglichkeiten

Das Rekursrecht ist überall gegeben, innerhalb der Anstalt bis zum Direktor, ausserhalb bis zur Justizdirektion (ZH), zum Departement des Innern (AG), zum Polizeidepartement (SG, SO), zur Polizeidirektion (BE). Die bernischen Anstalten haben analoge Vorschriften, für sie gilt überdies die Verordnung vom 14.8.1970 über das Disziplinarwesen und die Sicherheitsmassnahmen in den bernischen Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzuges.

2.6.14  
Disziplinarstrafen

Disziplinarstrafen bestehen im wesentlichen in einem kürzeren oder längeren Entzug von Vergünstigungen und in Arrest. Disziplinarische Verfehlungen ziehen nach sich in Regensdorf: Entzug von Vergünstigungen oder Arrest bis zu 20 Tagen (VO § 58); in Lenzburg: Entzug von Bewilligungen, Verlust des Verdienstanteils oder Arrest bis 10 Tage (HO 16.2); in Saxerriet: Entzug von Vergünstigungen, einfachen Arrest bis 15 Tage, scharfen Arrest bis 8 Tage, Einzelhaft bis zu 3 Monaten (VO über den Straf- und Massnahmenvollzug, Art. 44 b); in Oberschöngrün: Entzug von Vergünstigungen, Zellaufenthalt, Arrest bis 10 Tage (HO § 32); in Thorberg, Witzwil und Hindelbank: schriftlichen Verweis, Entzug von Vergünstigungen oder Arrest bis zu 14 Tagen (VO vom 14.8.1970, Art. 5; Hindelbank, HO 54/55).

2.6.15  
Politische und Persönlichkeitsrechte

Stimmberechtigung, Petitionsrecht und Persönlichkeitsrechte werden in Oberschöngrün (HO § 9.2) zugesichert, das Stimmrecht in Saxerriet (HO 21).

(Zum Petitionsrecht BGE 100 I a 78 ff: "Der Strafgefangene kann das in BV Art. 57 gewährleistete Petitionsrecht nur im Rahmen der Anstaltsordnung ausüben. Da die Kontaktnahme nur in gewissen Grenzen erlaubt und die Uebergabe von schriftlichen Mitteilungen an Mitgefangenen grundsätzlich verboten ist, erfordert das Sammeln von Unterschriften, soweit es unter dem Aspekt der Sicherheit gestattet werden kann, eine Bewilligung der Anstaltsleitung. (...)  
Petitionsschriften brauchen nicht aus der Anstalt geschmuggelt zu werden, die Anstaltsleitung ist zur Weiterleitung verpflichtet.")

2.6.16  
Tendenzen des  
Strafvollzugs

Als Tendenzen und des Strafvollzugs werden genannt: menschlicher Strafvollzug (Lenzburg, HO Einleitung); sozial angepasstes Verhalten (Thorberg, HO 1); Wiedereingliederung, neuzeitlicher Strafvollzug, Abbau der Haftreaktionen (Saxerriet, Br 2 und 4); Selbstverantwortung in rechtsstaatlicher Ordnung, Eingliederung in Gesellschaftsordnung (Witzwil, HO 2). Hindelbank äussert sich zu diesem Punkt nicht.

In diesem Zusammenhang sei auf das Zürcher Gesetz vom 30.6.1974 über das kantonale Strafrecht und den Vollzug von Strafen und Massnahmen verwiesen. Es enthält in § 30 Vollzugsgrundsätze, die bei der Interpretation der Verordnung über die kantonale Strafanstalt beigezogen werden müssen. Nach § 33 b hat der Regierungsrat dahin zu wirken, dass bei interkantonalen Vereinbarungen über den ausserkantonalen Strafvollzug - etwa in Hindelbank - die Grundsätze des § 30 angewendet werden. Diese in Hindelbank nicht durchwegs erfüllten Grundsätze lauten:

- "1. Der Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen ist als Hilfe für die Eingliederung des Eingewiesenen in die Gesellschaft zu gestalten.  
Der Eingewiesene hat daran mitzuwirken, das Vollzugsziel zu erreichen.
2. Die menschliche Würde des Eingewiesenen ist zu achten und zu schützen. Beim Vollzug sind unnötige Einschränkungen, die sich nicht aus dem Freiheitsentzug selbst ergeben, zu unterlassen.
3. Bei längerem Freiheitsentzug ist der Eingewiesene beim Eintritt und, wenn erforderlich, auch später durch Fachkräfte daraufhin zu prüfen, mit welchen Förderungsmassnahmen und Behandlungen das Vollzugsziel erreicht werden kann.
4. Dem Eingewiesenen ist eine angemessene Entschädigung für seine Arbeitsleistungen auszurichten. Diese Entschädigung ist für seine Bedürfnisse in der Anstalt sowie nach Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen und zur Bildung einer Reserve für den Uebergang in die Freiheit zu verwenden.
5. Dem Eingewiesenen kann in geeigneten Fällen die Selbstbeschäftigung gestattet werden, insbesondere zur beruflichen Umschulung und Weiterbildung.
6. Der Verkehr mit der Aussenwelt, insbesondere mit Ehegatten, Angehörigen und anderen geeigneten Personen, ist zu fördern; wenn es verantwortbar ist, wird er ohne Ueberwachung gestattet.

Behördenmitglieder, Vormünder und Sozialarbeiter können mit dem Eingewiesenen in der Regel unbeaufsichtigt verkehren.

7. Die in der Verordnung aufzuführenden Disziplinarmaßnahmen als Rechtsfolgen schuldhafter Pflichtverletzung sind auf die Erreichung des Vollzugszweckes auszurichten. Körperliche Einwirkungen, Dunkelarrest und ungenügende Ernährung sind ausgeschlossen. Arrest soll nur wegen schwerer oder wiederholter Verfehlungen verhängt werden."

2.7 Relativierung,  
Verzicht auf  
Kommentierung

Dieser Vergleich ist notwendigerweise summarisch. Er fängt erklärtermassen nicht die Vollzugswirklichkeit ein, sondern den Vollzug, wie er sich in den ihm geltenden Normen spiegelt. Da die Normierungsdichte der Hausordnungen in den verschiedenen Anstalten unterschiedlich ist, sind auch bei noch so seriösem Vergleich zwangsläufig Verzerrungen nicht auszuschliessen.

Zu diesem Vorbehalt gegenüber den Ergebnissen des Vergleichs kommen Bedenken, was deren Bewertung betrifft. Je nachdem, ob man nur den Aufenthalt im Gefängnis oder auch die Startbedingungen nach der (bedingten) Entlassung im Blick hat, wird beispielsweise der Umstand, dass in Hindelbank nur 20% des Pekuliums, höchstens aber 100 Franken im Monat zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse frei verfügbar sind, positiv oder negativ beurteilt werden: negativ wegen der gegenüber anderen Anstalten bescheidenen Möglichkeiten, das karge Anstaltsleben aufzubessern - positiv, weil so für die erste Zeit in der wiedererlangten Freiheit mehr Geld vorhanden sein wird.

Aus diesem Grund verzichten wir darauf, die Ergebnisse des Vergleichs im einzelnen zu kommentieren. Auf den Vergleich selbst konnten und wollten wir nicht verzichten: ohne Unzulässiges daraus zu lesen, lässt sich doch festhalten, dass die Anstalten in Hindelbank keineswegs als besonders "leicht" gelten dürfen - speziell wenn man berücksichtigt, dass Erstmalige und Rückfällige bis auf wenige Details dem gleichen Regime unterstehen. Und nicht zu leugnen ist, dass es Hindelbanks Ordnung im Vergleich mit derjenigen "schwererer" Anstalten vor allem an einer gewissen Grosszügigkeit gebricht.

### 3 VERURTEILTE KRIMINALITÄT DER FRAUEN UND SICHERUNG DER ANSTALT

#### 3.1 Kriminalität

Die weibliche Kriminalität kann hier nur in einem eingeschränkten Rahmen behandelt werden, einerseits primär aus statistischer Sicht, andererseits in definitorisch beschränkter Form.

Die amtliche Statistik bearbeitet bis heute nicht den ganzen Bereich der Kriminalität, sondern nur einen Teilausschnitt aus dem gesamten kriminalistischen Geschehen, nämlich die gerichtlichen Verurteilungen und die verurteilten Personen (79). Damit sind nur Aussagen möglich über die Strukturen der Verurteilungen, ohne direkte Rückschlüsse auf die effektive Kriminalität.

Die folgenden Aussagen (dem Eidg. Statistischen Amt sei an dieser Stelle für eine auf Wunsch der Kommission ausgearbeitete Unterlage, der wir im wesentlichen folgen, herzlich gedankt) über den gegenwärtigen Stand der weiblichen Kriminalität beruhen auf Daten, welche aus den Häufigkeiten der Jahre 1974, 1975 und 1976 errechnet worden sind. Die Äusserungen zur kriminalistischen Entwicklung der letzten Jahre basieren auf den Jahren 1968 - 1974 bzw. 1970 - 1976. Dabei wird die demographische Struktur der verurteilten Frauen stets mit den entsprechenden Werten der männlichen Kriminellen verglichen, um so das Spezifische der weiblichen Kriminalität hervorheben zu können. Es sind nur 18- und mehr-jährige Personen berücksichtigt. Wenn nichts anderes gesagt wird, beziehen sich die Aussagen nur auf Verurteilungen nach dem Strafgesetzbuch.

#### 3.1.1 Verurteilungen nach dem StGB; demografische Hinweise

Insgesamt, d.h. bei Berücksichtigung der Verurteilungen nach allen Bundesgesetzen, ergibt sich zwischen verurteilten Frauen und Männern ein Verhältnis von 1:9. von 100 Verurteilten sind also nur 10 Frauen (absolut: 5080). Bei den nach dem Strafgesetzbuch (StGB) Verurteilten ist der Frauenanteil etwas höher (17%) (absolut 3220), dagegen ist der Frauenanteil bei den Verurteilungen nach dem Strassenverkehrsgesetz (SVG) mit 6% (absolut 1320) und nach den übrigen Bundesgesetzen mit 7% (absolut 550) deutlich niedriger. Die gegenüber den Männern deutlich geringere Anzahl Verurteilungen von Frauen - rund ein Sechstel bei einem Bevölkerungsanteil von mehr als der Hälfte - entspricht den Verhältnissen aller Industrieländer (80) wo die Quote zwischen 10% und 20% schwankt. Ueber die demographische Struktur der Verurteilten lassen sich aufgrund der Merkmale Zivilstand und Alter relevante Aussagen machen. Die Hälfte der verurteilten Frauen ist verheiratet, ein Drittel ledig. (Bei den Männern ist die Verteilung gerade umgekehrt.) Vergleicht man jedoch die relativen Verteilungen nach dem Zivilstand, einerseits bei den verurteilten Frauen und andererseits bei der (über 18 jährigen) weiblichen Gesamtbevölkerung, so zeigt sich, dass geschiedene und ledige Frauen stark überproportional (Faktor 3.5 bzw. 1.5), die verheirateten und die verwitweten Frauen unterproportional (Faktor 0.8 bzw. 0.25) mit

dem Strafgesetz in Konflikt geraten. (Bei den Männern zeigt sich dieselbe Verteilungsstruktur in noch extremerer Form.).

Die teilweise Abhängigkeit des Zivilstandes vom Alter erfordert eine Betrachtung beider Merkmale. Die Strukturierung der Verurteilten nach Altersgruppen weist deutlich auf den Zusammenhang zwischen Lebenszyklus und Kriminalität hin. In der Phase der Loslösung von der Herkunftsfamilie und der Integration in die Gesellschaft besteht offenbar eine besonders starke Kriminalitätsgefährdung. Mehr als die Hälfte der Verurteilungen entfallen auf 18-29 jährige Personen (Frauen 52%, Männer 59%); auf das mittlere Alter (30-44jährige) entfallen etwa 30% und der Anteil der über 45jährigen beträgt nur mehr 17% (Männer 13%).

Noch deutlicher erkennbar wird das niedrige Alter der Verurteilten, wenn man das Durchschnittsalter der verurteilten Ledigen und Verheirateten mit dem Durchschnittsalter der entsprechenden Gruppen der Gesamtbevölkerung vergleicht. Das mittlere Alter der verurteilten Ledigen beiderlei Geschlechts beträgt ca. 25 Jahre. Die ledige Grundbevölkerung weist jedoch ein Durchschnittsalter von ca. 37 Jahren bei den Frauen bzw. von ca. 30 Jahren bei den Männern auf. Eine ähnliche Diskrepanz zeigt sich bei den Verheirateten. Das Durchschnittsalter der verurteilten Verheirateten beträgt bei den Frauen ca. 35 Jahre, bei den Männern ca. 37 Jahre; in der relevanten Grundbevölkerung sind die entsprechenden Werte wesentlich höher: Frauen ca. 43 Jahre, Männer ca. 46 Jahre.

### 3.1.2 Deliktgruppe

Die Frage nach einer spezifischen Delinquenzstruktur bei den Frauen lässt sich auf Grund der statistischen Daten nur grob beantworten.

In zwei Vergehensgruppen sind die Frauen gegenüber den Männern überproportional vertreten, wobei nur die Gruppe der Vergehen gegen das Eigentum (Vergehensgruppe "Vermögen") mit einem Anteil von 76% an der Gesamtzahl von weiblichen Verurteilten (Männer 56%) quantitativ ins Gewicht fällt, die andere Vergehensgruppe "Urkundenfälschung" weist jedoch nur einen Anteil von 4% auf. Auch die übrigen Vergehensgruppen liegen anteilmässig unter 7%.

Die Dominanz der Eigentumsdelikte zeigt sich in allen Altersklassen beider Geschlechter (Anteile von 50-75%); an zweiter und weit geringerer Stelle bei den Frauen (unter 10%) folgen Vergehen gegen Leib und Leben.

In der Vergehensgruppe "Vermögen" machen allein die "einfachen Diebstähle" 2/3 aller Eigentumsdelikte der Frauen aus. Fahrlässige Körperverletzung, fahrlässige Tötung und einfache Körperverletzung sind bei Männern wie Frauen die wichtigsten Delikte der Vergehensgruppe "Leib und Leben".

Die übrigen Vergehensgruppen sind quantitativ so klein, dass keine gesicherten Unterschiede auszumachen sind.

Betrachtet man die einzelnen Delinquentengruppen auf dem Hintergrund ihrer Altersstruktur, so zeigt sich, dass in allen Deliktsgruppen die Zahl der Verurteilten (Männer und Frauen) mit zunehmendem Alter abnimmt - eine Ausnahme bilden die Vergehen gegen die Familie, die per definitionem hauptsächlich verheiratete (bzw. geschiedene) Personen betreffen, und daher die Häufigkeitsspitze im Alter zwischen 30-44 Jahren erreichen.

Am meisten Verurteilungen von Frauen erfolgten wegen folgender Verbrechen und Vergehen:

Straftat	StGB Artikel	Anzahl Urteile
Einfacher Diebstahl	137.1	1660
Betrug	148	215
Veruntreuung	140	124
Urkundenfälschung	251	118
Verfügung über gepfändete Sachen	169	100
Erschleichen einer Leistung	151	97
Fahrlässige Körperverletzung	125	93
Fahrlässige Verursachung einer Feuersbrunst	222	82
Entwendung	138	78
Ueble Nachrede, Verleumdung Beschimpfung, Verletzung des Schriftgeheimnisses	173-179	75
Fahrlässige Tötung	117	56
Qualifizierter Diebstahl	137.2	37
Einfache Körperverletzung	123	32
Vernachlässigung von Unterstützungspflichten	217	28
Unzucht mit Kindern	191	22
Zechprellerei	150	20
Gewalt und Drohung gegen Behörden	285	11
Freiheitsberaubung	182	7
Erpressung	156	5
Fälschung von Ausweisen	252	5

Dazu kamen 235 Verurteilungen nach dem Betäubungsmittelgesetz und 1'306 nach dem Strassenverkehrsgesetz (81).

### 3.1.3 Art und Mass der Strafen

Für die Beurteilung der weiblichen Kriminalität ist die Frage von Bedeutung, ob bezüglich der Art und des Masses der Sanktionierung geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar sind.

Etwas über 3/4 der ausgesprochenen Strafen sind - bei Männern und Frauen - Freiheitsstrafen; die Frauen erhalten

etwas weniger Bussen als die Männer. Mehr als 4/5 der Freiheitsstrafen fallen - wiederum bei beiden Geschlechtern - unter die Kategorie "weniger als 1 Jahr Gefängnis". Hin- gegen werden von den höchsten Strafen (Zuchthaus und Ge- fängnis über 1 Jahr) weniger Frauen (ca. 3%) als Männer (ca. 8%) betroffen. Diese für die Frauen generell gün- stigeren Urteilsergebnisse treffen auf alle Delikts- gruppen und die hauptsächlichsten Straftaten zu, ausser auf die Sittlichkeitsdelikte.

Macht der Anteil der Frauen an Verurteilungen zu kurzen Freiheitsstrafen beim 1. Mal noch 20,77% aus, so sinkt er bei der 2. Strafe auf 14,03% und bei der 3. Strafe auf 12,57% (82). Der Frauenanteil nimmt also mit Zunahme der Verurteilungen merklich ab, während er bei den Männern ansteigt. Diese Feststellung wird bei Betrachtung der Rückfälligkeit bestätigt. Frauen, denen der Strafvollzug bedingt erlassen wird, werden nur in 13,11% rückfällig, bei den Männern sind es doppelt so viel (27,92%). Der bedingte Strafvollzug hilft den Frauen also, Rückfälle zu vermeiden. Nach dem Vollzug kurzer Freiheitsstrafen (bis 6 Monate) schnell die Rückfallquote allerdings hoch und ist für Männer und Frauen nahezu ausgeglichen.

Frauen erfüllen mehr als Männer die Voraussetzungen für den bedingten Strafvollzug (ca. 90% gegen 67%). Auch die über die weiblichen Delinquenten verhängte durchschnittliche Strafdauer ist kürzer (1.8 Monate) als jene der Männer (4.6 Monate). Schliesslich wird Frauen häufiger Strafmilderung (10,3% gegenüber 8,8% (83)) gewährt und gegen sie werden weniger häufig Nebenstrafen und Mass- nahmen ausgesprochen.

Aus den der Statistik zur Verfügung stehenden Unterlagen geht allerdings nicht hervor, ob diese Differenzen auf eine unterschiedliche Gerichtspraxis gegenüber den Frauen oder auf effektive Tatunterschiede zurückzuführen sind.

#### 3.1.4 Zur Situation weiblicher Straftäter

Weibliche Straftäter kommen häufiger aus gestörten Familien (84). Es könnte sein, dass sie in höherem Mass als Männer umweltempfindlich sind (85), während diese mehr anlage- empfindlich wären. Eine Häufung ungünstiger Verhältnisse bei weiblichen Verurteilten ist aber auf jeden Fall zu erwarten (86), weil sie eine kleinere Auslese aus ihrer Bevölkerungsgruppe darstellen als die Männer.

Nicht haltbar ist dagegen die Behauptung, verurteilte Frauen hätten grössenteils nur die Hilfsschule besucht. Ein Blick in die Jahresberichte der Anstalten von Hindel- bank belehrt einen eines Besseren (87).

#### 3.1.5 Erklärungsversuch zur geringeren weiblichen Kriminalität

Für die quantitativ und qualitativ geringe gerichtlich festgestellte Frauenkriminalität gibt es verschiedene Erklärungsversuche (88). Im Sinne eines groben Hinweises sei zuerst auf die geringere Integration der Frau im öf- fentlichen und beruflichen Leben verwiesen. Dann ist zu

vermuten, dass Frauen zur Lösung gesellschaftlich bedingter Konfliktlagen andere - formal weniger normierte und inkriminierte - abweichende Verhaltensweisen (89) offenstehen (etwa Prostitution, Medikamentensucht, psychische Erkrankungen (90)). Psychosomatische Leiden, Schizophrenie, Psychosen, neurotische Erkrankungen, Abhängigkeit von Medikamenten sind bei Frauen häufiger als bei Männern; weibliche Medikamentensüchtige haben eine schlechtere Prognose (91); die Zahl der alkoholkranken Frauen hat sich seit den ersten Nachkriegsjahren verdoppelt; der Drogengebrauch von Mädchen und Frauen nimmt zu (92). Man wird endlich auch an unterschiedliche geschlechtsspezifische Erziehungsziele und -praktiken denken müssen, welche der Frau eher Rollen des Sich-Unterordnens zuweisen.

Zusätzlich müsste diese unterschiedliche Verurteiltenquote auch daraufhin hinterfragt werden, ob - aufgrund von geschlechtsspezifischen Rollenvorstellungen - einerseits die Gesellschaftsmitglieder im Falle von abweichenden Verhaltensweisen der Frauen eine geringere Anzeigebereitschaft aufweisen oder ob andererseits die Kontrollinstanzen (Polizei, Fürsorge, Justizbehörden) abweichendes Verhalten der Frauen "grosszügiger" beurteilen.

3.2  
Diskrepanz zwischen  
der leichten Kriminalität  
der Frauen und  
dem Sicherungsdanken  
der Anstalt

Aus dem vorangehenden Abschnitt ergibt sich klar, dass Frauen kaum Gewaltdelikte verüben, nicht einmal Gewalttätigkeiten begehen. Wo Körper- oder Sachschäden verursacht werden, geschieht es zumeist fahrlässig. Dagegen scheinen Frauen eher bereit, andere hinterrücks (Veruntreuung, Urkundenfälschung), vor allem mit Worten zu schädigen (Delikte gegen die Ehre). Weibliche Gefangene dürften also, von der Art ihrer Delikte her beurteilt, im Strafvollzug nicht besondere Sicherheitsprobleme stellen. Den Hindelbanker Jahresberichten ist denn auch zu entnehmen, dass Gewalttätigkeiten unter Insassinnen und gegen das Anstaltspersonal sehr selten sind. Ausbrüche aus Zellen sind in den letzten paar Jahren nicht registriert worden, immerhin kam es zu Fluchten auf Spaziergängen und nach Abendunterhaltungen.

Zu diesen wenigen Ereignissen in sonderbarem Kontrast stehen die Sicherheitseinrichtungen und vor allem das ständige Einsperren in der Anstalt. Für die Vorkehrungen, deren Nutzen fraglich und deren Notwendigkeit nicht über alle Zweifel erhaben ist, werden bedeutende finanzielle Mittel investiert, die in anderen Bereichen im Blick auf die Resozialisierung besser angelegt schienen.

Auch der im Frühjahr vom Berner Grossen Rat bewilligte Kredit von 1,87 Millionen Franken dient - abgesehen von der Gegensprechanlage - in erster Linie dazu, die Sicherheit und Kontrollmöglichkeiten zu steigern (durch Zäune, ein Gittertor vor dem Hof der Erstmaligenanstalt, eine Uebersteig-

sicherung auf den Flachdächern der Rückfälligenanstalt, teilweise durch Metallfenster mit Panzerglas) - und bringt erst in zweiter Linie auch für den Vollzug bedeutende Verbesserungen, wie Aufenthaltsräume mit Office und Televisionszimmer für kleine Insassengruppen. Auf die einen reibungslosen Betrieb gewährleistenden Installationen wird, gemessen an der Gefährlichkeit der Gefangenen, zuviel Gewicht gelegt. Anstrengungen zur Schaffung von Schulungs- und Berufsbildungsmöglichkeiten sowie zur Erweiterung des Arbeits- und Freizeitangebots reichen - gemessen an dem, was die Insassinnen brauchen - nicht aus.

"Es steht zu hoffen, dass mit der Erneuerung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Vollzug die neuen Errungenschaften des Strafvollzuges, wie Gruppentherapie, Selbstverwaltung, Lockerung der Aufsicht über die der Entlassung nahen Gefangenen, vermehrter Kontakt zwischen Anstalt und Aussenwelt, auch in den schweizerischen Anstalten heimisch werden, soweit sie, wie die Urlaube, es nicht bereits sind. Wenn der Staat dem Bürger die Freiheit entzieht, so ist er verpflichtet, alles vorzukehren, um diesem Zwangseingriff die schädlichen Wirkungen zu nehmen und den Entzug der Freiheit möglichst sinnvoll zu gestalten. Nur nebenbei sei angemerkt, dass der schweizerische Strafvollzug, welcher der Pionierleistung der Familie Kellerhals wegen seit 1895 international hohes Ansehen genoss, in Gefahr steht, in Rückstand zu geraten".

Hans Schultz (93)

VORSCHLÄGE FÜR KURZ- UND LÄNGERFRISTIGE MASSNAHMEN ZUR  
VERBESSERUNG DES STRAFVOLLZUGS AN FRAUEN, ZUGLEICH STELLUNG-  
NAHME ZUR PETITION DER HINDELBANKER INSASSINNEN

Im letzten Teil dieses Berichts soll einmal zur Petition Stellung genommen werden, welche die Hindelbanker Insassinnen im März 1977 an den damaligen Bundespräsidenten Furgler richteten. Geht es darin zumeist um kurzfristig erzielbare Verbesserungen und Erleichterungen im Strafvollzug, so werden im darauf folgenden, letzten Abschnitt längerfristig zu verfolgende Änderungen empfohlen. Bei der Beurteilung der Petition wie auch für die weiterreichenden Vorschläge geht die Kommission von dem aus, was in der deutschen Frauenanstalt Frankfurt-Preungesheim versucht und grösstenteils verwirklicht worden ist.

4.1 Modell  
Preungesheim

In der grössten der vier organisatorisch selbständigen Frauenstrafanstalten der Bundesrepublik Deutschland, in Frankfurt-Preungesheim, wird seit einigen Jahren die Reformierung des Strafvollzugs in einem Modellversuch zur sozialen Rehabilitation und Berufsausbildung der weiblichen Gefangenen erprobt (94). In Preungesheim geht man davon aus, Frauenanstalten würden weitgehend von "schwer gestörten, labilen, empfindlichen Persönlichkeiten bewohnt, die Angst vor dem Leben haben - wie immer sie diese Angst abreagieren -, die ihrer Lebensbewältigung mutlos gegenüberstehen und ohne Selbst- und Leistungsbewusstsein sind" (95). Als Maxime für den Vollzug gilt darum, die Frauen zu ermutigen und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Zur Resozialisierung straffällig gewordener Frauen ist man bereit, überproportional viele und differenzierte Mittel einzusetzen. Unabdingbare Voraussetzungen für einen erfolgreichen Vollzug bilden:

- spezifische Ausbildung des Vollzugspersonals
- intensive therapeutische Betreuung der Gefangenen
- Ausbildung der Gefangenen X
- stufenweiser Strafvollzug durch allmähliche Lockerung mit Urlaub und Freigang (externe Arbeitsmöglichkeit)
- Betreuung nach der Entlassung.

Das mit den Gefangenen beschäftigte Personal wird für seine Aufgabe speziell geschult und ständig supervisiert. In regelmässigen Abständen finden Beratung und Weiterbildung des Personals statt.

Preungesheim kennt den sogenannten Gruppenvollzug. 8-10 Frauen sind in einer Gruppe zusammengeschlossen, die von 2 Vollzugsbeamten und einem Sozialarbeiter betreut wird. Der Zuteilung zu einer Gruppe geht eine intensive Abklärung voraus, wer in welche Gruppe passt. Dadurch können die Nachteile, welche durch den Einzelvollzug entstehen, aufgewogen werden. In der ersten Zeit wird die Gruppe nicht in den Arbeitsprozess integriert, sondern es findet ausschliesslich Gruppenarbeit (Gespräch, Rollenspiel, Beratung der persönlichen Situation, praktische Tätigkeiten wie: Anfertigungen von Kleidungsstücken, Einrichten eines Haushalts, Zusammenstellen eines Menuplans usw.) statt (96).

In Preungesheim hält man es für verfehlt, den gefangenen Frauen ausschliesslich Bildungsinhalte zu vermitteln, die aus der traditionellen Vorstellung über Rolle und Aufgabe der Frau als Hausfrau und Mutter stammen. Da die Insassinnen meist über eine schlechte und unvollständige Schulbildung verfügen, gilt es primär diese Lücken zu schliessen. In der BRD wurden deshalb spezielle Programme der Erwachsenenbildung für die gefangenen Frauen entwickelt. In der Anstalt sind eigentliche Berufslehren möglich (97), wobei darauf geachtet wurde, dass diese nicht länger als 2-3 Jahre dauern. Mit anerkanntem Abschluss können folgende Berufe erlernt werden: Coiffeuse, Köchin, Bürolistin, Floristin, Tierpflegerin (externer Ausbildungsgang). Der Anteil der Gefangenen, die eine derartige Lehre absolviert haben, ist beachtlich.

Bezüglich Weiterbildung (Kurse) hat man die Erfahrung gemacht, dass diese eher zu Ende geführt werden, wenn sie nicht ausschliesslich in der Freizeit absolviert werden müssen.

Die effektive Arbeitszeit beträgt 35 Stunden in der Woche. Ausbildungskurse können während der Arbeitszeit besucht werden und werden ebenfalls entlohnt. Bei der Lohnfestsetzung (Pekulium) wird ausschliesslich die Arbeitsleistung, nicht jedoch das sonstige Betragen der Gefangenen berücksichtigt.

Die Gefangenen tragen ihre persönlichen Kleider. Nach Arbeitsschluss werden die Gefangenen nicht in den Zellen eingeschlossen. Die Zellentüren bleiben offen, so dass auch gegenseitige Besuche möglich sind. Auch während der Nacht bleiben ausser in Ausnahmefällen die Zellen unverschlossen. Besuche von Angehörigen oder Freunden sind alle 14 Tage möglich, wobei keine Aufsicht zugegen ist. Kinder können ihre Mütter im Gefängnis besuchen. Arreststrafen sind gesetzlich verboten.

Praktiziert wird ein stufenweiser Strafvollzug. In einer ersten Phase werden die Gefangenen intensiv betreut. Sobald wie möglich sollen sie jedoch in dezentralisierte, kleine Anstalten überführt werden, von wo aus die Frauen Gelegenheit haben, einer Arbeit in Halbfreiheit nachzugehen. Dadurch wird die Integration nach der Entlassung

leichter. Nach der Entlassung wird die Gefangene intensiv nachbetreut.

Die Gefangenen können Kinder bis zum Alter von 5 Jahren bei sich im Gefängnis haben (98). Im Kindergartenalter besuchen sie den öffentlichen Kindergarten.

Alle 6 Monate werden von den Insassinnen "Abgeordnete" gewählt, die ein Mitspracherecht in folgenden Angelegenheiten haben:

- Freizeitgestaltung, Freizeiträume
- Zeitschriften, Bücher
- Menuplan
- Unterhaltungsprogramm.

Jede Insassin wird einmal Abgeordnete. Ein rascher Wechsel der Abordnung wird angestrebt, damit kein Funktionärstum entstehen kann.

Monatlich findet mit der Anstaltsleitung eine Betriebsbesprechung statt, wo Klagen und Anregungen von Mitgefangenen vorgebracht und besprochen werden.

Auf Seiten der Angestellten finden wöchentlich Konferenzen statt. Zudem treffen sich die Betreuer jeden Mittag und besprechen sich. Aus diesen Besprechungen resultieren die meisten Anregungen für Neuerungen im Vollzug.

#### 4.2 Stellungnahme zur Petition der Insassinnen von Hindelbank

Im März 1977 haben 66 Insassinnen der Anstalten in Hindelbank an den damaligen Bundespräsidenten Furgler eine Petition mit folgenden Bitten gerichtet:

##### 4.2.1 Wortlaut der Petition

- "1. Installierung von Klingeln in den Zellen um einen zweiten 'Fall Hussein' zu vermeiden.
2. Abschaffung des Drucksystems in der Anstalt zum Beispiel:  
Abschaffung des 'NOTENSYSTEMS',  
Schaffung eines freien Einkaufssystems für die lebensnotwendigen Dinge, - vielleicht durch einen Anstaltskiosk, wie bereits in anderen Anstalten eingerichtet.  
Abschaffung des Druckes auf die Kranken, durch Zigarettenentzug, Radioentzug und Einkaufsbeschränkung.
3. Aufhebung der Isolationshaft - (siehe auch Artikel vom 18.12.1976 im Tagesanzeiger - unter dem Titel - 'Demonstration gegen die Isolierhaft'- 23 SELBSTMORDE seit Februar 1975 in Schweizer Gefängnissen)  
Offenbleiben der Zellentüren am Samstag und Sonntag, - und den Gefangenen am Abend die Möglichkeit geben miteinander Gespräche zu führen, oder Gesellschaftsspiele zu machen, - wenigstens 1-2 Stunden täglich.

4. Die Arbeitszeit auf sieben Stunden heruntersetzen, von dem jetzigen Neun-Stunden-Stress.
5. 2 mal je 1/2 Stunde Bewegung in frischer Luft täglich zu erlauben.
6. Zweistündige Besuchszeit pro Woche einzuführen, zur Kontaktpflege mit der Familie, was für Frauen besonders wichtig ist.
7. Auf eigene Kosten einen Arzt des Vertrauens zuziehen zu dürfen, weil nachweislich die Amtsärzte total überlastet sind.
8. Die Verordnung einer Diät nicht vom Verzicht auf Zigaretten abhängig zu machen.
9. Abschaffung der Zeitungs- und Bücherbeschränkung und Zensur (es werden nur drei Bücher ausgegeben für 14 Tage aus einer überalterten Bibliothek.)
10. Mehr als nur drei Päckchen Zigaretten pro Woche zu gestatten.
11. Das Bildungs- und Unterhaltungsprogramm nach Aussprache mit den Gefangenen neu zu gestalten."

4.2.2  
Antwort Bundesrat  
Furglers

Der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements erklärte den Petentinnen am 2. September 1977 schriftlich, der Bundesrat könne ihre Begehren nicht als Aufsichtsbeschwerde behandeln, da von der Beschwerdemöglichkeit an die kantonalen Behörden kein Gebrauch gemacht worden sei. Dennoch brachte Bundesrat Furgler in der Sache einige Bemerkungen an. So stellte er in Aussicht: die Zellen würden mit einer Gegensprechanlage ausgerüstet, die Umgestaltung der Arrestzellen stehe unmittelbar bevor; die Polizeidirektion des Kantons Bern prüfe eine Neuordnung des Einkaufssystems, die Verkürzung der Einschliessungszeiten in den Zellen, den Anschluss der Anstaltsbücherei an die Schweizerische Volksbibliothek und eine Neuregelung oder Freigabe des Zigarettenkonsums. In den Konkordaten würden auch eine Neuregelung und Vereinheitlichung des Verdienstanteils und des Besuchswesens angestrebt. Verschiedene weitere Verbesserungen müssten derzeit am Personal-mangel scheitern. Andere Postulate würden auf einem Irrtum beruhen: ein Rauchverbot für kranke oder diätbedürftige Frauen gebe es nur auf Geheiss des Arztes; Kranke könnten auch Radio hören und das Einkaufssystem benutzen, die Arbeitszeit betrage effektiv nicht mehr als 38 3/4 bis 40 Stunden in der Woche.

4.2.3  
Stellungnahme  
der Kommission

Die Kommission hat sich bemüht, auf die sehr unterschiedlichen Petitionspunkte näher einzugehen. Sie ist zu folgender Stellungnahme gelangt:

4.2.3.1  
Gegensprechanlage

Zur Bitte um Installierung von Klingeln in den Zellen

Sobald eine Insassin in ihrer Zelle eingeschlossen wird, ist sie vollkommen isoliert und von jeglicher Kommunikationsmöglichkeit abgeschnitten. Ausser durch Klopfzeichen oder Rufen können sich die Frauen nicht aus ihren Zellen heraus bemerkbar machen.

Das Gefühl des Abgeschnittenseins belastet indessen nicht nur die Gefangenen sondern auch die mit dem Hutdienst beauftragte Aufseherin. Diese ist nachts und über das Wochenende allein verantwortlich für die Gefangenen. Da auch kranke und schwangere Frauen eingeschlossen werden, kann sie sich kaum einen richtigen Schlaf leisten, weil sie befürchtet, sie könnte allfällige Klopfzeichen oder Rufe der Hilfebedürftigen nicht hören. Der Wunsch nach einem Klingelsystem entspricht deshalb nicht nur dem Bedürfnis der Insassinnen, sondern auch demjenigen der Aufseherinnen.

In der Zwischenzeit wurde vom bernischen Grossen Rat ein Baukredit für Hindelbank im Umfang von 1.87 Millionen Franken gesprochen, gegen welchen die Referendumsfrist am 15.5.1978 ungenutzt abgelaufen ist. Damit soll nun u.a. eine Gegensprechanlage eingerichtet werden:

"In den Unterkünften werden die bestehenden elektrischen Installationen durch eine Signal- und Gegensprechanlage ergänzt. Damit sind die Insassenräumlichkeiten mit den Lokalitäten der Aufseherin verbunden. Ein nicht beantworteter Ruf wird automatisch in die zentrale Bedienungsstelle in der Kanzlei im Schloss weitergeleitet. Bei nächtlichen Hilferufen sind verschiedene Schaltungsmöglichkeiten zur Sicherstellung der Verbindung eingeplant. Mit Hilfe von Funk-Personensuchanlage und Wechselsprechanlagen können der Wächter und das übrige Betriebspersonal gesucht und alarmiert werden."

Antrag des Regierungsrats an den Grossen Rat (99).

4.2.3.2  
"Offene Zellen"

Darüber hinaus erachtet es die Kommission als prüfungswert, ob nicht im Zuge der Umbauarbeiten auch an den Innenseiten der Zellentüren Fallen angebracht werden können. In besonderen Fällen (wie Schwangerschaft, Krankheit, Unwohlsein) würde den Insassinnen dadurch ermöglicht, die Zellen selbständig zu verlassen. Ausserdem würden so die Voraussetzungen geschaffen, das Prinzip der "offenen Zellen", wie es in anderen Anstalten bereits gilt, als allmähliche Lockerung des Strafvollzugs auch in Hindelbank einzuführen.

Türfallen würden zu einer gewissen Entlastung und Entkrampfung der Insassinnen führen. Mit der Möglichkeit, die Zellen selbst zu öffnen, verbunden sein müsste eine Regel, welche die Insassinnen anhält sich zu bestimmten Zeiten in der Zelle aufzuhalten. Die Befürchtung, bei "offenen Zellen" komme es zu Diebstählen, könnte durch abschliessbare Schränke (die bei Zellendurchsuchung auch nur im

Beisein der Insassin geöffnet werden dürften) gegenstandslos gemacht werden.

4.2.3.3  
Verhalten in der  
Anstalt als Kriterium  
für den freien verfügbaren  
Teil des  
Pekuliums

Zur Bitte um Abschaffung des Drucksystems in der Anstalt

Die Gefangenen, die im Rahmen der Anstaltsarbeitsorganisation arbeiten, erhalten dafür finanzielle Zuwendungen. Diese sind grundsätzlich in den Art. 376 ff. StGB geregelt, wo von einem Verdiensteil gesprochen wird.

Ueber die Höhe der Belohnung ist in den angeführten Bestimmungen nichts gesagt. Die Arbeitsleistung (Qualität, Fleiss, Sorgfalt usw.) ist nicht Massstab der absoluten Höhe, sondern nur Mittel zur Abstufung des Verdiensteils innerhalb der vorher festgelegten Höchst- und Mindestgrenzen. Zum Kriterium der Arbeitsleistung treten in Hindelbank (wie in anderen Anstalten auch) nicht arbeitsbedingte Kriterien wie gute Führung, Pünktlichkeit, Ordnung, Sauberkeit. Das Gesamtverhalten wird in den Kreis der Bemessungskriterien einbezogen, um Steuerungsmöglichkeiten für die allgemeine Führung zu erhalten, ohne dass auf Disziplinarmassnahmen zurückgegriffen werden muss. Dieses Qualifikationssystem soll dem ausdrücklichen Wunsch der Insassinnen entsprechen, welche scheinbar bei der Neugestaltung der Hausordnung auch das Verhalten als Kriterium für die Festlegung des Verdiensteils berücksichtigt wissen wollten. Zur Zeit wird gesamtschweizerisch eine Einschränkung auf das Kriterium der befriedigenden Arbeitsleistung geprüft.

Es scheint der Kommission richtig, das Allgemeinverhalten, wo es nicht in irgendeinem Bezug zur Arbeit steht, bei der Bemessung des Verdiensteils nicht zu berücksichtigen. Andererseits besteht aber auch Einigkeit darüber, dass das Gesamtverhalten in irgendeiner Form gewertet werden muss. Die Arbeitsbelohnung übt ihre Wirkung auf den Gefangenen nicht nur durch die Bemessung aus, sondern auch durch die Art und Weise, wie darüber verfügt werden darf. Die Taschengeldregelung ist für den Gefangenen von besonderem und unmittelbarem Interesse. Es bietet sich deshalb die Möglichkeit an, das Allgemeinverhalten über die Taschengeldregelung zu beeinflussen, So wäre es denkbar, die Gefangenen in Verhaltensstufen einzureihen, gemäss denen sie über einen verschieden grossen Teil ihres Pekuliums frei verfügen könnten. Eine derartige Einstufung würde den Gefangenen direkt berühren und so sein Verhalten mindestens gleich wirksam beeinflussen, wie die doch ferner liegende Bemessung. Die Arbeitsbelohnung, die sich nur nach der Arbeitsleistung bemisst, wird dadurch zur zweckgerichteten Massnahme, die den Gefangenen primär zur Arbeit anspornen soll. Darüber hinaus hat sie aber auch selbständige und spezialpräventive Bedeutung, indem durch die

Aeufnung eines Sparguthabens dem Gefangenen wenigstens für die erste Zeit unmittelbar nach der Entlassung materielle Not erspart bleibt und so die Rückfallgefahr gemindert wird. Es ist weiterhin daran zu denken, dass der Gefangene mit diesen Mitteln seine Familie unterstützen kann. Die Arbeitsbelohnung erfüllt in diesem Sinne eine wichtige Funktion bei der Resozialisierung. Diese Funktion wird indessen verkannt, wenn ein Insasse trotz guter Arbeitsleistung aber sonstiger unbefriedigender Führung auf einen geringen Verdiensteil gesetzt wird.

Eine derartige Praxis dürfte auch den Ansprüchen von Art. 376 StGB genügen. Heising zufolge will Art. 376 StGB die Kantone verpflichten, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Arbeitsbelohnung zu gewähren: "Es verbietet sich demgemäss nur eine zu enge, nicht aber eine zu weite Auslegung dieser Verpflichtung durch den kantonalen Gesetzgeber. Dieser mag auf die Voraussetzung des guten Verhaltens sogar ganz oder teilweise verzichten, solange dadurch der Sinn des Strafvollzugs nicht gefährdet wird" (100). Diese Gefahr besteht bei der vorgeschlagenen Regelung nicht. In der Praxis wird Art. 376 StGB denn auch unterschiedlich gehandhabt, indem das Gesamtverhalten nach den Untersuchungen von Heising nur in etwa der Hälfte der Anstalten berücksichtigt wird.

Das Allgemeinverhalten kann im Rahmen des Vergünstigungensystems immer noch mit direkten Auswirkungen für die Insassinnen berücksichtigt werden. Es ist aber zu wünschen, dass die Qualifikationen den Gefangenen - vielleicht an einem wöchentlichen Rapport - mündlich mitgeteilt und erörtert werden.

Es gibt in Hindelbank nicht, wie das Wort sagt, einen Markt, wo die Insassinnen wie im Laden einkaufen können. "Märit" genannt wird vielmehr ein indirektes, bargeldloses Bezugssystem: die Gefangene füllt eine Liste aus und erhält die gewünschten Produkte in die Zelle geliefert. Die Kommission schlägt dagegen, im Sinne der Petition, eine Einrichtung vor, die ein effektives Einkaufen erlaubt (z.B. in einem dazu eingerichteten Raum oder an einem fahrbaren Kioskwagen, wie er in Spitälern üblich ist). Damit würde auch eher verhindert, dass die Beziehung zum Geld wegen des Verrechnungssystems gestört wird und ein eigentlicher Kaufzwang entsteht, der sich nach der Entlassung ungünstig auswirkt. Sinnvoll und erzieherisch von Bedeutung wäre auch ein Mitspracherecht der Insassinnen bei der Wahl des Bezugsorts (Fachgeschäft oder Discount).

Durch den Entzug von Vergünstigungen im Krankheitsfall soll vermutlich das Simulantentum verhindert oder reduziert werden. Es erscheint der Kommission selbstverständlich, dass der Zigarettenkonsum bei Krankheit auf ärztliche An-

4.2.3.4  
Einrichten einer  
wirklichen Ein-  
kaufsmöglichkeit

4.2.3.5  
Entzug von  
Vergünstigungen  
bei Krankheit

weisung hin eingeschränkt oder gar verboten wird. Fehlt eine entsprechende Anordnung, soll es im Bereich der Selbstbestimmung der Gefangenen liegen, ob sie rauchen will oder nicht. Da weder Radiohören noch hausinterner Einkauf in irgend einem Zusammenhang mit der Krankheit stehen, ist eine Einschränkung unangebracht. Vergünstigungen sollen nur dann entzogen werden, wenn dies im direkten Zusammenhang mit dem Vollzugszweck steht. Andernfalls ist der Entzug als Schikane zu betrachten, der zu einem trostlosen Kranksein führt. Es ist wichtiger, dass wirklich Kranke nicht menschenunwürdig behandelt werden, als dass Simulanten keinen ungerechtfertigten Vorteil ergattern.

#### 4.2.3.6 Verzicht auf den Arrest als Disziplinarstrafe

##### Zur Bitte um Aufhebung der Isolationshaft

Nach Hausordnung Ziffer 55 ist Arrest bis zu maximal 14 Tagen gestattet. In welchem zeitlichen Abstand diese schwerste Disziplinarmaßnahme wiederholt werden darf, ist nicht festgelegt. In praxi sollen höchstens 3 Tage Arrest verhängt werden.

Der Arrest ist nach der Gerichtspraxis verfassungsmässig, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind: Er darf nur für schwerwiegende und wiederholte Vergehen ausgesprochen werden (BGE 99 Ia 290). Er darf weder durch seine lange Dauer, noch durch die Beschaffenheit der Zelle, in der er vollzogen wird oder durch den gleichzeitigen Entzug von Vergünstigungen die physische oder psychische Gesundheit des Gefangenen gefährden.

Selbst wo diese Voraussetzungen gegeben sind, erachtet die Kommission die Arreststrafe als fragwürdige Massnahme (umso mehr, als zuweilen auch suizidgefährdete Frauen bis zum Eintreffen des Psychiaters zum Schutz vor sich selbst in die Arrestzelle gesperrt werden sollen). Nach den heutigen Erkenntnissen kann Isolationshaft, selbst wenn sie nur von kurzer Dauer ist, schwere psychische Schäden für den Betroffenen nach sich ziehen. Die Kommission bedauert es deshalb, dass bei den bevorstehenden Umbauarbeiten neue Arrestlokale in der E-Abteilung geplant werden (101). Besser verzichtete man gänzlich auf Cachots und striche den Arrest aus dem Katalog der Disziplinarstrafen, wie dies etwa in der BRD vor geraumer Zeit getan wurde (102). Wenn sich diese Art Disziplinarstrafe nicht vermeiden lässt, dann sollte sie auf den Tag beschränkt und in den bestehenden Besinnungszellen vollzogen werden. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass ein künftiger Gruppenvollzug eine derartige Massnahme mehr und mehr überflüssig machen dürfte.

4.2.3.7  
Ungebührlich langes  
Eingesperrtsein der  
Gefangenen über das  
Wochenende

Nicht nur eine Arreststrafe, auch das allzu lange Eingesperrtsein in der Einzelzelle kann Isolationserscheinungen nach sich ziehen. Da am Samstag und Sonntag nicht gearbeitet wird, sind die Gefangenen an diesen Tagen besonders lange allein (103). Aus dem Tagesablauf der Gefangenen erhellt, dass sie am Samstagmorgen rund 2 Stunden und am Nachmittag - sofern keine Kurse besucht werden - von 12.30 bis 18 Uhr in ihrer Zelle sitzen. Sonntags sind sie von 8 bis 11 Uhr, nachmittags je nach Dauer des Spaziergangs von 13 bis 18 Uhr eingesperrt. Die Rückfälligen nehmen überdies ihre Mahlzeiten in der Zelle ein, wodurch sich ihre Isolation noch um etwa 2 Stunden pro Tag verlängert.

Die Kommission ist der Meinung, dass die Isolation der Insassinnen über das Wochenende ungebührlich lang ist und dem Bedürfnis nach Gedankenaustausch und zwischenmenschlichen Beziehungen nicht genügt. Sie ist sich bewusst, dass ein Öffnen der Zellentüren über das Wochenende Mehraufwand für das Personal mit sich bringt, und dass die Wochenenden weniger "reibungslos" ablaufen würden. Es scheint indessen prüfenswert, ob sich eine Öffnung der Zellen wenigstens während ein paar Stunden nicht auf den gesamten Gefangenenbetrieb positiv auswirken würde.

4.2.3.8  
Zulassen einer Stunde  
Geselligkeit pro Tag

Aus denselben Gründen befürwortet es die Kommission, dass den Frauen Gelegenheit geboten wird, täglich beispielsweise nach dem Nachtessen noch eine Stunde frei zu gestalten (z.B. Gespräche führen, Spiele usw.). Wann und wo die Insassinnen nach heutiger Praxis unbeaufsichtigt miteinander sprechen können, geht aus keiner der zur Verfügung stehenden Unterlagen eindeutig hervor. Es scheint, dass die Erstmaligen während der gemeinsamen Mahlzeiten für kurze Zeit sich selber überlassen sind. Diese Möglichkeit fehlt jedoch den Rückfälligen, da diese ihre Mahlzeiten allein in den Zellen einnehmen. Nach dem Mittagessen ist für alle Insassinnen ein 5-30 minütiger Aufenthalt im Hof gestattet, wo ein freies Sprechen ebenfalls möglich ist. Weitere Gesprächsmöglichkeiten bestehen überdies am wöchentlichen Clubabend und an den gelegentlichen Sonntagsausflügen. Freizeitbeschäftigung von 19 bis 21.30 Uhr gilt als Vergünstigung. Die Einführung einer Stunde Geselligkeit im Tag würde voraussetzen, dass den Insassinnen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Sollten diese Räumlichkeiten nicht vorhanden sein, wäre es denkbar, dass die Zellen abends für die vorgesehene Dauer offen bleiben, damit gegenseitige Besuche möglich sind. Diese Lösung hätte den Vorteil, dass den Insassinnen täglich etwas "Privatleben" ermöglicht wird, was uns für Frauen besonders wichtig scheint.

4.2.3.9  
Herabsetzung der  
Arbeitszeit auf  
täglich 7 1/2 Stunden

Zur Bitte um Reduktion der Arbeitszeit auf sieben Stunden

Nach Ziffer 18 der Hausordnung beträgt die tägliche Arbeitszeit, einschliesslich zwei Pausen von je 10 Minuten, 9 Stunden. Davon abzuziehen ist die arbeitsfreie Zeit während des Freitagsrapports der Aufseherinnen mit dem Direktor. Arzt-, Psychiater- und Zahnarztvisiten, Gespräche mit dem Seelsorger und Familienbesuche finden ebenfalls während der Arbeitszeit statt, so dass laut der Antwort Bundesrat Furglers an die Petentinnen eine durchschnittliche effektive Arbeitszeit von 38 3/4 bis 40 Stunden resultiert.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Insassinnen entweder sehr monotone und deshalb besonders ermüdende Arbeiten verrichten oder in der Wäscherei und Glätterei eigentliche Schwerarbeit leisten und die Möglichkeit für ausgleichende Tätigkeiten äusserst beschränkt sind, erscheint eine Reduktion der Arbeitszeit auf täglich 7 1/2 Stunden angezeigt. Da in der Anstalt alle Möglichkeiten fehlen, zwischenhinein "abzuschalten" (etwa beim Zeitungslesen oder Schwatz mit Kollegen), wird eine gleich lange Arbeitszeit wie in Freiheit als länger empfunden. Die Arbeit, die der Resozialisierung dient, darf nicht so belasten, dass Energie und Konzentration für andere Aktivitäten (wie Aus- und Weiterbildung) nicht mehr ausreichen. Zu bedenken ist zudem, dass die Insassinnen der Abteilung Mutter und Kind ebenfalls zur Arbeit verpflichtet sind und nach der Arbeit ihr Kind versorgen müssen (ausgenommen eine Mutter, die jeweils Hausdienst hat).

4.2.3.10  
Weitere Reduktion der  
täglichen Arbeitszeit  
um 1/2 Stunde zugunsten  
eines zweiten Spazier-  
gangs

Zur Bitte, sich zweimal täglich eine halbe Stunde draussen bewegen zu können

Dieses Anliegen könnte mit obigem verbunden werden, indem die Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden zugunsten von täglich je einer halben Stunde Bewegung zusätzlich zum Spaziergang nach dem Mittagessen nochmals reduziert wird. Bedingung dafür sind zweckmässige Kleider und Schuhe, die auch bei schlechtem Wetter genügend Schutz bieten. Im übrigen soll der Spaziergang eine Möglichkeit und keine Pflicht sein.

4.2.3.11  
Besuche erleichtern,  
Familienkontakt  
jedoch vor allem durch  
Urlaubsgewährung  
ermöglichen

Zur Bitte um zweistündige Besuchszeit pro Woche

Laut Hausordnung Ziffer 45 beträgt die Besuchsdauer im Monat einmal 2 Stunden oder zweimal eine Stunde. Unterredungen mit dem Vormund oder Anwalt werden nicht als Besuche angerechnet.

Wunsch und Wirklichkeit scheinen uns gerade in diesem Punkt weit auseinanderzuklaffen. Im Interesse der (Re-) Sozialisierung, bzw. zur Erhaltung des sozialen Kontakts wäre für Insassinnen nichts wünschbarer als möglichst enge familiäre und eheliche Beziehungen. Verbüsst eine

verheiratete Frau eine Freiheitsstrafe, so ist in einem guten Teil der Fälle die Familie in höchstem Mass mitbetroffen: der Ehemann gerät unter eine ihm ungewohnte doppelte Belastung, die eigentlich Leidtragenden sind die Kinder. Diese Problematik greift der Alternativ-Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes (104) in § 207 auf, wo es heisst, Freigang (also regelmässige Arbeit ausserhalb der Anstalt ohne Aufsicht durch Anstaltspersonal) könne auch gewährt werden, damit die Frau ihre Angehörigen versorgen kann. Zur Begründung für diese Erweiterung der allgemeinen Freigangsregelung wird erklärt, die Angehörigen sollten möglichst wenig unter den Vollzugsformen leiden müssen.

Sozialisierung in diesem Sinne, ja schon nur die Intensivierung der Besuche (aber auch die frühzeitige Vermittlung der Gefangenen an externe Arbeitsplätze) setzte voraus, dass die Anstalt möglichst verkehrsgünstig liegt. Diesem Erfordernis - und hier setzen die Zweifel an der Realisierbarkeit des unterstützenswerten Postulats ein - entsprechen die Anstalten in Hindelbank keineswegs. (Bei guter Verbindung erreicht man Hindelbank mit dem Zug in 1 Stunde 40 Minuten von Zürich; von der Station zur Anstalt sind es zu Fuss noch etwa 20 Minuten. Einem Besuch von höchstens zwei Stunden steht ein doppelt so langer Hin- und Rückweg gegenüber. Auf Wunsch werden Visiten allerdings an der Schnellzugshaltestelle Burgdorf mit dem Auto abgeholt.) Für Besucher aus der Ost- und Westschweiz ist der Weg sehr lang, die Reise teuer. Hat die Gefangene Kinder, erschweren entweder deren Unterbringung während des Besuchs (105) oder die durch Mitnehmen erwachsenden höhere Kosten das Unternehmen zusätzlich.

Gravierend erscheint die Kombination von verkehrsun günstiger Lage und Beschränkung der Besuche auf Werk tage. Hier muss unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Bei gutem Willen dürfte es ein leichtes sein, wie in anderen Anstalten auch an den (allenfalls an einigen) Wochenenden Besuche zuzulassen. Weiter wäre darauf zu tendieren, dass regelmässige Besuche von weither durch die einweisenden Kantone (die von der Konkordatsregelung ja profitieren) finanziert, zumindest aber unterstützt werden. Durch eine grosszügige Urlaubsgewährung könnte dem Bedürfnis nach vermehrten familiären und ehelichen Kontakten im übrigen weit besser Rechnung getragen werden.

Was Zahl und Dauer der Besuche betrifft, schlägt der Alternativ-Entwurf in § 109 als Minimum zwei halbstündige Visiten monatlich vor, betont jedoch: "Darüber hinaus sollen Besuche, und zwar auch von anderen als nahestehen-

den Personen, zugelassen werden, wenn sie das Vollzugsziel fördern oder Angelegenheiten dienen, die nicht durch Dritte wahrgenommen oder bis zur Entlassung aufgeschoben werden können. Das gilt insbesondere für Einzelpersonen und Gruppen, die sich der Betreuung von Insassen während und nach der Entlassung widmen." Eine solche Vorschrift (die etwa der in Lenzburg geltenden Regelung entspricht) dünkt uns auch für Hindelbank geeignet, umso mehr als dort auch nahestehende Personen nicht ohne weiteres zu Besuchen zugelassen werden. Zwei Stunden Besuchszeit pro Woche erscheinen uns dagegen für Besucher wie Besuchte sehr lang und nicht unbedingt erforderlich. Wichtig ist aber, dass die Besuche grundsätzlich unbeaufsichtigt sind und eine Ueberwachung - anders als in Ziffer 44 der Hausordnung geregelt - die seltene Ausnahme bleibt.

#### 4.2.3.12

Für einen einwandfreien Gesundheitsdienst, aber gegen den Beizug eines Vertrauensarztes

Zur Bitte darum, auf eigene Kosten einen Arzt des Vertrauens zuziehen zu dürfen

---

Die Petentinnen begründen das Bedürfnis, Vertrauensärzte beiziehen zu können, mit der Ueberlastung des Anstaltsarztes. Hätte der Anstaltsarzt mehr Zeit für seine Patientinnen, wäre er vertrauenswürdiger. Tatsächlich wird in der Regel nur einmal wöchentlich Sprechstunde gehalten, und zwar einen Nachmittag lang. In besonderen und dringenden Fällen gibt es ausserordentliche Konsultationen, werden Spezialärzte beigezogen, erfolgt allenfalls die Einweisung in eine Klinik (wobei die Bewachungsstation im Inselspital Bern Frauen nicht offensteht; ein Pendant im kantonalen Frauenspital ist gegenwärtig in Planung). 1977 wurden 1'123 ordentliche Konsultationen erteilt, also durchschnittlich 22 an jeder Wochensprechstunde. Eine Konsultation dürfte dabei nicht 10 Minuten dauern - nicht kürzer und nicht länger als es bei einem Allgemeinpraktiker heute üblich ist. Dass dieses Uebliche nicht befriedigt, wird auch von Seiten der Aerzte seit geraumer Zeit betont. Unter den besonderen Verhältnissen einer Strafanstalt ist eine auf das Allernötigste beschränkte Konsultation umso bedauerlicher.

Die Kommission ist der Auffassung, für den ärztlichen Dienst müsse genügend Zeit zur Verfügung stehen. Arzt und Psychiater dürfen im Gefängnis nicht nur "Medizinalbeamte bzw. Heiltechniker" (Irma Weiss (106)) sein. Im Rahmen einer wünschbaren Sozialtherapie sollen sie zusammen mit den Sozialarbeitern, Seelsorgern und Aufseherinnen die Gefängenen umfassend betreuen. Dieser Aufgabe sind seriöse und verständnisvolle Anstaltsärzte und -psychiater so gut gewachsen wie anstaltsfremde.

Dem Bedürfnis der Insassinnen, der Arzt sollte mehr Zeit für sie haben, müsste also Rechnung getragen werden. Dies könnte geschehen durch Einstellung beamteter Aerzte, welche den Gesundheitsdienst verschiedener Anstalten versehen würden, oder aber - wie der bernische Polizeidirektor in einem Zeitungsinterview (mit dem "Bund", am 6. April 1978) ausführte - durch Verpflichten zweier nebenamtlicher Aerzte für jede Anstalt.

Zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung arbeiten die bernische Gesundheits- und die Polizeidirektion gegenwärtig ein neues Konzept aus (107). Vorgesehen sind tiefgreifende Aenderungen. So soll in der psychiatrischen Universitätsklinik Waldau eine neue Abteilung geschaffen werden, welche die Begutachtung Angeschuldigter und (zusammen mit dem sozialpsychiatrischen Dienst der Universitätspoliklinik) die Betreuung Inhaftierter zur Aufgabe hätte. Analog zur Bewachungsstation für körperlich Kranke im Inselspital soll eine Gefangenenabteilung in einem Psychiatriespital eingerichtet werden. Schliesslich würde die Oberaufsicht über die medizinische Betreuung der Anstaltsinsassen nicht mehr bei der Polizeidirektion, sondern bei der Gesundheitsdirektion liegen.

Die Kommission erwartet von dieser Neuerung eine medizinische Versorgung, die einwandfrei ist und darum den Beizug eines Arztes eigener Wahl überflüssig macht. Sie steht der Forderung der Petentinnen aber auch aus anderen Gründen ablehnend gegenüber. Zum einen ist fraglich, wie weit eine solche Möglichkeit für die Insassinnen überhaupt nutzbar wäre, dürfte doch der Beizug eines Arztes auf eigene Kosten für die Mehrheit nicht erschwinglich sein. Zum andern hält die Kommission dafür, es sei an den Kantonen, einen einwandfreien, für die Gefangenen unentgeltlichen Gesundheitsdienst bereitzustellen. Dazu gehört nicht zuletzt der Einbezug aller Insassinnen in eine Krankenversicherung (108) - heute sind sie nur gegen Unfall versichert. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass den begüterten Insassinnen im Bereich der Gesundheitsversorgung ein Privileg eingeräumt wird (wobei man sich noch fragen kann, ob bei der allgemeinen Ueberlastung der Aerzte sich einer bereitfände, gelegentlich den Weg zu einer Konsultation in Hindelbank auf sich zu nehmen).

Dagegen sollte die Praxis, wonach Konsultationen in der Regel im Beisein einer Wärterin stattfinden, aufgegeben werden; sonst kann von einem Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patientin, der Grundvoraussetzung medizinischen Wirkens, nicht die Rede sein. Sofern das Vertrauensverhältnis zum Anstaltsarzt gestört ist, hat die Insassin nach

BGE 102 Ia 302 ff. jedenfalls Anspruch auf Untersuchung und Behandlung durch einen andern, aber nicht einen Arzt ihrer Wahl. Das Vertrauensverhältnis zwischen einem Gefangenen und dem Anstaltsarzt gilt dann als gestört, "wenn gewichtige Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass persönliche Gründe eine einwandfreie Betreuung des Gefangenen verunmöglichen oder erheblich erschweren".

4.2.3.13  
Zigarettenentzug bei  
Diät nur auf  
ärztliches Geheiss

Zur Bitte, die Verordnung einer Diät nicht vom Verzicht auf Zigaretten abhängig machen

---

Wie in der Stellungnahme zur zweiten Bitte ausgeführt, sollte nach Auffassung der Kommission das Verschreiben einer Diät nur dann zum Zigarettenentzug führen, wenn dies vom Arzt angeordnet ist. Werden einer auf Diät gesetzten Insassin Zigaretten aus einem andern als medizinischen Grund entzogen, muss dies als Schikane erscheinen, gegen welche die Gefangenen sich berechtigterweise zur Wehr setzen.

4.2.3.14  
Verzicht auf eine  
Beschränkung für  
den Bezug von Büchern

Zur Bitte um Abschaffung der Zeitungs- und Bücherbeschränkung und Zensur

---

Ziffer 35 der Hausordnung erlaubt in einer Kann-Vorschrift das Abonnement auf eine Tageszeitung und eine Wochenzeitschrift; jede anderweitige Zustellung und Abgabe von Zeitungen, Zeitschriften und Romanheftchen usw. ist nicht gestattet. Ziffer 55 bestimmt ausdrücklich, dass Zeitungsabonnement so gut wie Bücherbezug Vergünstigungen sind, die bei Verstössen gegen die Disziplin, aber auch "bei Missbrauch" vom Erteiler jederzeit ohne besonderes Verfahren entzogen werden können. Ist so noch einigermaßen klar, wann ein Privileg verwirkt wird, bleibt offen, unter welchen Umständen ein Anspruch darauf besteht. Dass die Hausordnung darüber schweigt und Ziffer 35 als Kann-Vorschrift ausgestaltet ist, lässt vermuten, das Einräumen der Vergünstigung liege im freien Ermessen des Direktors. In einem für die Freizeitgestaltung, aber auch die (Re)sozialisierung und Allgemeinbildung der inhaftierten Frauen derart zentralen Punkt, scheint der Kommission eine solche Regelung unhaltbar.

4.2.3.15  
Auflegen einiger  
Tages- und Wochen-  
zeitungen

Abgesehen von administrativen Umtrieben für die Anstalt, ist nicht zu begreifen, warum das Zeitungsprivileg auf ein Blatt beschränkt sein muss. Nur eine Art der Darstellung und Auswahl, nur eine Meinung zu erfahren, fördert das Sich-orientieren-Lernen, einen wichtigen Aspekt der Vorbereitung auf das Leben in Freiheit, keineswegs. Dasselbe gilt für das Verbot, mehr als eine Wochenzeitschrift zu halten. Nach Ansicht der Kommission gehörte es eigentlich zur Förderung der Kontakte mit der Aussenwelt (Aufgabe, die in Ziffer 40 der Hausordnung auch anerkannt wird), dass von der Anstalt einige Tages- und Wochenzeitungen aufgelegt würden, wie dies - ein in Grenzen zulässiger Vergleich - etwa im Militärdienst gang und gäbe ist.

4.2.3.16  
Erneuerung der  
Bücherei, Einrichten  
eines Lesezimmers

Zur Benutzung der Bibliothek schweigt die Hausordnung. In den Weisungen für die Insassen dagegen beschränkt Ziffer 12 den Bücherbezug auf drei in 14 Tagen. Diese Regel erscheint unbegreiflich und sollte unverzüglich aufgehoben werden. Der administrative Mehraufwand würde mehr als aufgewogen durch die Bildungs- oder Unterhaltungswerte der Lektüre. Allerdings müsste zu dem Zweck eine Bibliothek zur Verfügung stehen, deren Bestände an belletristischen und Sachbüchern denen einer normalen öffentlichen Bücherei entsprechen und nicht gefängnis-spezifisch zusammengestellt sind. Die Kommission nimmt darum mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Anstalts-bücherei demnächst durch Fachleute durchgesehen, erneuert, ergänzt und anschliessend durch die Ortsgruppe der Stiftung Schweizerische Volksbibliothek betreut werden soll. Wünschen möchte die Kommission freilich, dass nicht nur der Lesestoff verbessert und frei zugänglich gemacht würde, sondern auch die Bedingungen für seinen Konsum. Der Bibliothek einen Leseraum anzugliedern, könnte ihre Benutzung attraktiver machen und zugleich das Freizeitangebot um ein wertvolles Element mehren.

4.2.3.17  
Neue Zigaretten-  
regelung

Zur Bitte, mehr als nur drei Päckchen Zigaretten pro  
Woche zu gestatten

In diesem Punkt ist die Praxis in der Zwischenzeit geändert worden. Nach Auskunft des bernischen Gefängnisinspektors können allerdings Zigaretten nach wie vor nicht unbeschränkt, immerhin aber für die Hälfte des frei verfügbaren Pekuliumsanteils - also für maximal 50 Franken im Monat - gekauft werden. Es dürfte so möglich sein, 25 und mehr Päckchen Zigaretten monatlich zu rauchen, mehr als doppelt soviel wie unter dem kritisierten Regime.

4.2.3.18  
Verbesserung des  
Ausbildungsangebots

Zur Bitte, das Bildungs- und Unterhaltungsprogramm nach  
Aussprache mit den Gefangenen neu zu gestalten

Das Bildungsangebot in Hindelbank ist sehr beschränkt. Dafür scheinen zwei Gründe ausschlaggebend zu sein: einmal wird Bildung als Freizeitaktivität betrachtet, als ein Bedürfnis, das auch noch zu befriedigen ist, das aber im Vollzug nicht vorrangige Bedeutung beanspruchen darf. Dann stellen sich mit den im allgemeinen kurzen Strafdauern (1976 verbüssten von den 110 Strafgefangenen 43 Strafen bis zu 12 Monaten, 30 weitere bis zu 2 Jahren), mit dem nur durch starke Motivierung zu überwindenen Manko an Interesse und Ausdauer gewiss auch objektive Probleme, welche die Anstalt nicht leicht aus eigener Kraft bewältigen kann.

Angeboten werden Französischkurse und die Palette der Akademikergemeinschaft Zürich. Das Interesse soll bei Kursbeginn gross sein, allerdings rasch stark abnehmen. Immerhin haben 1976 (für 1977 fehlen Zahlenangaben) 7

Insassinnen Ausbildungsgänge bei der Akademikergemeinschaft - die das Material gratis zur Verfügung stellt und für die Betreuung (Korrekturen usw.) nichts berechnet - belegt; wieviele bis zum Schluss mitarbeiteten, war nicht in Erfahrung zu bringen. In andern Jahren sind auch Kurse für Maschinenschreiben und Stenographie durchgeführt worden.

Da die Kommission mit Einsele (109) der Auffassung ist, die Behandlung der Frauen im Strafvollzug müsse vor allem ermutigend wirken und Selbstbewusstsein schaffen, dessen Fehlen nicht zuletzt in einem Bildungsdefizit gründet, sieht sie in einer sinnvollen, allgemeinen und berufsbezogenen Ausbildung ein zentrales Element des Strafvollzugs. Dabei genügt es freilich nicht, ein noch so attraktives Angebot zu machen, unerlässlich sind daneben therapeutische Massnahmen zur Stützung von Motivation und Durchhaltevermögen (110). Wichtig ist, dass zur Wissensvermittlung und eigentlichen Berufsausbildung auch - wie heute in den Abschlussklassen der Primarschule üblich - das Einüben sozialen Verhaltens hinzu kommen.

Ein breitgefächertes, differenziertes Bildungsangebot sollte vor allem die Lücke füllen helfen, welche zwischen dem Wissens- und Fertigungsstand einzelner Insassinnen und dem Durchschnitt der Bevölkerung besteht (in Regensdorf herrscht Schulzwang für Insassen, die ein Ausbildungsmanko aufweisen). Es geht also in erster Linie um das Wissen der Primarschule sowie um elementare Kenntnisse mindestens einer Fremdsprache. Allgemein ist freilich davon auszugehen, dass in Bezug auf das Niveau der Schulabschlüsse die Gefangenen dem Mittel der Gesamtbevölkerung entsprechen. Dies erlaubt, die persönlichen Voraussetzungen der Insassinnen für eine Berufsausbildung nicht ausnehmend negativ einzuschätzen. Dass dennoch eigentliche Berufslehren beim niedrigen Bestand und den kurzen Strafdauern kaum zu organisieren sind, ist verständlich. Zu fragen bleibt freilich, ob nicht in Einzelfällen vermehrt durch externe Arbeit (an der Lehrstelle und in der Gewerbeschule) den organisatorischen Schwierigkeiten zum Wohl der Insassinnen zu begegnen wäre; der Jahresbericht 1976 weist für die Jugendabteilung immerhin elf Schnupperlehren aus, die in einem Coop-Center, Alterspflegeheimen, einem Restaurant, einer Zoohandlung, einem Plattengeschäft und einer Kleiderboutique stattfanden.

Endlich sei darauf hingewiesen, dass die in Hindelbank herrschenden Internatsbedingungen der Absolvierung eines Lernprogramms grundsätzlich günstig sind (111). Gerade für Willensschwache dürften sie sich besonders günstig auswirken. Die Kommission hielte es auf jeden Fall für lohnend, wenn Institutionen der Erwachsenenbildung zusammen mit den Vollzugsbehörden entsprechende Programme ausarbeiten würden.

4.2.3.19  
Ausbildung während  
der Arbeitszeit

Wichtig ist, dass die Ausbildung nicht in die Freizeit am Abend verbannt bleibt. Abgesehen davon, dass es einfacher sein dürfte, Lehrkräfte für den (späten) Nachmittag zu finden, fiel es den Insassinnen wohl leichter, sich vor dem Abendessen im Unterricht zu konzentrieren, als nach einem Tagespensum am Arbeitsplatz. Wer einen Ausbildungskurs besucht, sollte während dieser Zeit ohne Entlohnungseinbusse von der Arbeit befreit sein.

4.2.3.20  
Unterhaltungsprogramm

Es fällt auf, dass das in Hindelbank 1976 wie 1977 gebotene Unterhaltungsprogramm fast ausschliesslich auf Zerstreuung und Erbauung ausgerichtet war. Das Provinzielle, schon etwas Demodierte überwiegt. Unter den Filmen, beispielsweise, fehlen anspruchsvolle Streifen (dafür vermag auch das Fernsehen kein Ersatz zu sein). Auf der Bühne dominiert ebenfalls Volkstümliches, Besinnliches. Nicht nur geographisch, auch kulturell ist Hindelbank "auf dem Land". Die Distanz zur gewohnten Umgebung der Insassinnen bleibt vermutlich bei der Unterhaltung gewahrt. Ohne auf Befriedigung von Ansprüchen einer fremden Bildungsschicht drängen zu wollen, ist die Kommission doch der Auffassung, den Bedürfnissen der Insassinnen werde nicht in allem Rechnung getragen.

4.2.3.21  
Möglichkeiten fördern,  
selbst tätig zu sein

Wir können die Bedürfnisse der Gefangenen nicht formulieren; dazu sollten sie, im Sinne der Petition, selbst Gelegenheit erhalten. Wir möchten aber die Ueberzeugung ausdrücken, dass auch im Bereich der Unterhaltung das Angebot umso besser ist, je mehr Möglichkeiten es den Frauen eröffnet, selbst kreativ zu werden. Im Vordergrund steht dabei sicher das Theater mit seinen vielfältigen Ausdrucksformen. Ihm verwandt, und in Hindelbank ohne weiteres praktizierbar, ist das Ballett, vor allem das Jazzballett. Als therapeutische Variante scheint auch das Psychodrama nicht ausgeschlossen. Ebenfalls sehr zu empfehlen wären kunstgewerbliche Arbeiten wie Töpfern, Weben, Emaillieren usw. (ein Malkurs existiert seit einiger Zeit.) Geeignet könnte auch Holzbearbeitung sein, ebenso Kleidernähen (Schneiderinnenkurse). Auf den Wert der Lektüre haben wir bereits hingewiesen. Die Bedeutung einer auch über allgemeine Themen geführten Diskussion braucht nicht speziell dargelegt zu werden. Warnen möchte die Kommission vor dem Weg des geringsten Widerstands: der schrankenlosen Freigabe des Fernsehens, womöglich durch Zulassung privater Apparate in den Zellen (112). Dem denkbaren Zuwachs an Unterhaltung stünde mit Sicherheit eine noch wachsende Isolierung gegenüber. Dies aber wäre das Gegenteil dessen, was durch Unterhaltung - und im Vollzug ganz allgemein - angestrebt werden muss.

4.3. Vorschläge für längerfristige Massnahmen zur Verbesserung des Strafvollzugs an Frauen

Mit den nach Ansicht der Kommission kurzfristig zu erzielenden Verbesserungen, wie sie in der Stellungnahme zur Petition unterstützt und vorgeschlagen werden, darf es nicht sein Bewenden haben. Wir sind vielmehr überzeugt, dass längerfristig der Strafvollzug an Frauen weitgehend zu verändern ist, soll der in Art. 37 Abs. 1 StGB genannte Zweck erreicht werden. Wenn wir im folgenden dafür Vorschläge unterbreiten, die im Ausland und teils auch in schweizerischen Männeranstalten gemachte Erfahrungen aufnehmen, so beschränken wir uns auf Postulate, die zu realisieren im Rahmen des geltenden Sanktionensystems und innerhalb des Strafvollzugs möglich scheint. Dass es auch dazu beträchtlicher Anstrengungen und weitgehenden Umdenkens bedarf, übersehen wir nicht; unerfüllbar sind die Vorschläge aber keineswegs.

Sie sind grösstenteils auch nicht neu, sondern ergeben sich folgerichtig aus dem Wandel vom Vergeltungsdenken zum Behandlungsvollzug (113). Seit 1942 gilt mit Art. 37 StGB die Resozialisierung als Zweck der Freiheitsstrafe. 23 Jahre alt sind - beispielsweise - die "Mindestregeln für die Behandlung der Inhaftierten", welche 1955 ein UNO-Kongress zur Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger in gegen hundert Vorschriften konkretisierte. Ihr Grundprinzip ist, dass die Behandlung der Gefangenen deren Selbstachtung fördern und Ihren Sinn für soziale Verantwortung stärken soll. Sie werden "ergänzt" durch die Mindestgrundsätze des Europarats für die Behandlung Gefangener. Nicht die Strafe, die Erziehung steht beim Vollzug im Vordergrund, das Sühne- und Vergeltungsdenken hat keinen Platz mehr. Die Freiheitsstrafe ist so zu vollziehen, dass sie möglichst wenig Schaden und möglichst viel Sinn stiftet. "Der Uebelscharakter der Strafe besteht in allen Fällen ausschliesslich in dem erzwungenen Entzug der Freiheit sowie aus den Nachteilen, welche sich unvermeidlich aus der unausweichlichen engen Gemeinschaft mit einer grösseren Zahl von Menschen, insbesondere daraus, dass es eine negative Auswahl ist, in einer Anstalt ergeben. Alle weitergehenden, nur nachteiligen Einwirkungen auf den Gefangenen sind gesetzwidrig" schreibt Hans Schultz (114). Es ist nicht damit getan, die Gefangenen zu disziplinieren, ihnen ihre Fehler auszutreiben, vielmehr gilt es die guten und wertvollen Eigenschaften zu erfassen und zu entwickeln - auch wenn der Anstalt dabei in ungewohntem Mass Schwierigkeiten erwachsen, bisher reibungslose Abläufe gestört werden. Denn heute und hoffentlich noch mehr in Zukunft - die Kommission ist hierin mit Ernst Burren, dem Direktor der Strafanstalt Lenzburg, einer Meinung - "gelten diejenigen Betreuten als die wertvollsten, die sich nicht alles bieten lassen, die sich wehren können, die Verbesserungsvorschläge machen, die hie und da auch die Nerven verlieren können. Diese Leute sind für die Angestellten oft unbequem. Wenn sie aber dazu gebracht werden können, ihre Reaktionen zu kontrollieren,

ihre Proteste und Anregungen in anständiger Form vorbringen, gehören sie zu den wertvollsten Menschen im Strafvollzug" (115) - und zu denen mit der besten Prognose.

Die Vorschläge folgen im wesentlichen der Gliederung der im ersten Teil dieses Berichts vorgenommenen Bestandesaufnahme; sie sind im dort festgestellten ge- und begründet.

#### 4.3.1 Schaffung weiterer Frauenanstalten

Hindelbank soll ausser der Frauenabteilung von La Stampa nicht die einzige Strafanstalt für Frauen bleiben. Trotz der Trennung in Erstmalige und Rückfällige unterscheidet sich der Vollzug in den beiden Abteilungen nur wenig, gilt für beide die gleiche Hausordnung. Es fehlt also weitgehend die Staffelung des Vollzugs. Vor allem Frauen aus städtischen Verhältnissen werden ausserdem völlig aus ihrer vertrauten Umgebung gerissen, verlieren den Kontakt zur Familie und Bekannten. Wünschbar wären mehrere kleine dezentralisierte Anstalten, beispielsweise je eine im Welschland, in der Zentral- und in der Ostschweiz, mindestens aber eine in jeder der drei Konkordatsgruppen.

Wegen der kleinen Bestände hätten die Anstalten intimeren, heimähnlichen Charakter, die Individualisierung des Vollzugs verstärkte sich. Diese Lösung böte - so der ehemalige Direktor der Strafanstalt Regensdorf - auch "die oft willkommene Gelegenheit, schwierige Leute austauschen zu können" (116). Es würde zudem möglich, wie bei Männern, begründete Versetzungswünsche zu berücksichtigen. Wichtig ist, dass eine oder zwei der Anstalten in der Stadt oder stadtnah und verkehrsgünstig liegen. Vermieden werden müsste dabei, dass an verschiedenen Orten nur die eine oder andere Täterinnengruppe betreut wird, weil sonst zwar die Differenzierung im Vollzug verbessert, eine Dezentralisierung aber nicht erreicht werden könnte. Die Kommission legt im übrigen Wert auf die Feststellung, dass von einer in jeder Beziehung wünschbaren Dezentralisierung nicht einfach deswegen abgesehen werden darf, weil die Anstalten in Hindelbank Ende der 50er Jahren viel zu gross geplant (117) worden sind.

#### 4.3.2 Leitung der Frauen- anstalten durch Frauen

Bei der dereinstigen Neubesetzung der Direktorenstelle in Hindelbank (und wenn entsprechende Posten an weiteren Anstalten zu versehen sind) sollte nach Möglichkeit eine Frau berücksichtigt werden. Weibliche Leitung selbständiger Frauenanstalten verlangte der 1. Kongress der UNO über Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger in Genf 1955 (118) Dass als Autoritätsperson, als Chef

und sozusagen als Familienvorstand ein Mann der Anstalt vorstehen müsste (119), halten wir nicht länger für vertretbar. Das bereits 1955 im Hinblick auf den Neubau in Hindelbank erhobene Postulat (120) sollte, nach den günstigen Erfahrungen in Frankfurt-Preungesheim, endlich erfüllt werden.

#### 4.3.3 Gleichstellung des weiblichen mit dem männlichen Anstaltspersonal

Es versteht sich von selbst, dass gerade in einer Strafanstalt für Frauen das weibliche dem männlichen Personal in sämtlichen Belangen (Kompetenzen, Arbeitszeit, Lohn, Unterkunft) bei gleicher Arbeit und gleicher Qualifikation gleichgestellt werden muss. Der Ausgleich der noch recht zahlreich festgestellten Unterschiede könnte nicht zuletzt dazu führen, dass sich wieder mehr qualifizierte Frauen für den Dienst im Strafvollzug bereit finden.

#### 4.3.4 Ueberprüfung des Einsatzes von Diakonissen in der Rückfälligenanstalt

Ob in der Rückfälligenabteilung ausschliesslich Diakonissen eingesetzt werden sollen, verdient eingehend geprüft zu werden. Einmal scheint die Rekrutierungsbasis immer schmaler zu werden. Dann verlangt gerade der Resozialisierung anstrebende Vollzug engagiertes Personal, das im Leben steht; demgegenüber haben die Diakonissen sich aus freien Stücken den besonderen Regeln einer protestantischen Glaubensgemeinschaft unterstellt, dienen jedoch nicht in allen Fällen freiwillig in Hindelbank. Ausserdem ist fraglich, wieweit die karitative Einstellung allein zur Erfüllung der schwierigen Aufgabe genügt. Endlich mag mit A. Leuthardt bedacht werden, dass von den Diakonissen nicht erwartet werden darf, sie üben ihren Dienst religiös völlig indifferent aus: "Ihrer sicherlich gut gemeinten und ohne Druck ausgeübten Mission zu widerstehen, wird nicht jedermanns Sache sein, zumal ja gerade die labileren Insassinnen sich in der totalen Institution gar nicht mehr anders verhalten können, als sich - in der Hoffnung auf Anerkennung und Zuneigung - anzupassen" (121). Zu überlegen wäre, ob die Diakonissen nicht ausschliesslich zur Pflege und Betreuung kranker (auch männlicher) Gefangener eingesetzt werden könnten.

#### 4.3.5 Spezielle Aus- und Weiterbildung für das Personal von Frauenanstalten

Da der Strafvollzug an Frauen besondere Probleme stellt, sollten im Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Anstaltspersonal spezielle Kurse für das Personal von Frauenanstalten geführt werden. Dort wären regelmässig auch obligatorische Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten. Zu prüfen ist, wie und durch wen das Anstaltspersonal supervisiert werden könnte.

4.3.6

Eindeutige Aufgaben-  
und Kompetenz-  
verteilung

Dem Vollzug und dem Anstaltsklima zuträglich sowie im Interesse der Insassinnen zu fordern ist eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung. Allzu viel hängt gegenwärtig von der Anstaltsleitung ab, die das meiste unmittelbar entscheidet. Für das Verhältnis zwischen Angestellten und Insassinnen wäre es förderlich, wenn jene selbständig bestimmte Entscheide treffen könnten. Die Delegation von Aufgaben und Kompetenzen entlastete die Anstaltsleitung, motivierte dagegen die Mitarbeiter(innen) zu Selbständigkeit und Initiative. Gegenstück dazu sollte ein weitergehendes Mitspracherecht des Personals in der Gestaltung des Vollzugs bilden. An wöchentlichen Rapporten und Aussprachen wäre Gelegenheit für Anregungen und Aussprache zu bieten. Unbedingt gefördert zu werden verdienten regelmässige Zusammenkünfte der Betreuer(innen) unter sich.

4.3.7

Einführung des  
Gruppenvollzugs

Für den Uebergang zum Behandlungsvollzug in erster Linie zu wünschen ist die Einführung des Gruppenvollzugs. Es ist anzuerkennen, dass der Kanton Bern bemüht ist, die baulichen, betrieblichen und personellen Bedingungen dafür zu schaffen. Nach dem für das Massnahmenzentrum St. Johannsen entwickelten und der Erstmaligenanstalt Witzwil zugrunde gelegten Konzept soll nun Hindelbank ebenfalls teilweise umgestaltet und umorganisiert werden. Ein präzises, mit einem Zeitplan gekoppeltes Konzept liegt dafür allerdings nicht vor, lässt sich jedoch aus diversen - Hindelbank teils nur indirekt betreffenden Dokumenten (122) - in groben Zügen skizzieren.

Beabsichtigt ist, die Insassinnen der Erstmaligen- und der Rückfälligenanstalt in je 2 Gruppen zu teilen, deren jede ausserhalb der Arbeitszeit ähnlich einer Wohngemeinschaft zusammenlebte. Eine Gruppe von 20 Gefangenen würde von einem vierköpfigen, auf seine Aufgabe sorgfältig vorbereiteten Team betreut (123). Für das Gemeinschaftsleben stünden ein Aufenthaltsraum mit Kleinküche und ein Fernsehzimmer zur Verfügung (124). Umgeben wären die vier Gruppen (und die Jugendabteilung sowie die Abteilung Mutter und Kind) von einem Kranz gemeinsamer Dienste und Einrichtungen, wie Direktion, Administration, Versorgung, Gesundheitsdienst, Fürsorge, Arbeitsplätze und Freizeitanlagen. Das Konzept soll dazu dienen, das Leben in der Anstalt demjenigen in Freiheit anzugleichen und sieht zu dem Zweck vor (125):

- innerhalb der Anstalt verschiedene Bereiche (Wohnen/ Essen/Schlafen/Arbeiten/Freizeit) zu schaffen, zwischen denen die Insassinnen sich hin- und herbewegen
- den Insassinnen möglichst viel Selbständigkeit einzuräumen und Verantwortung zu übertragen, vor allem im Wohn- und Arbeitsbereich, aber auch bei der Gestaltung der Freizeit

- ein möglichst breites Spektrum an Mitteln bereitzustellen zur Beeinflussung der Insassinnen: Ordnung und Disziplin; Arbeit; berufliche und schulische Ausbildung; sinnvolle Freizeitaktivität; medizinische, psychologische und psychiatrische Betreuung; Spiel und Sport; Aufbau und Erhaltung tragfähiger Beziehungen nach aussen; gute Kontakte untereinander und zum Personal.

Diese Absichten werden erst nach und nach in die Tat umgesetzt werden. Zwei Schritte sind bereits getan:

- Im Frühjahr hat der Grosse Rat einen zur Hauptsache für Sicherheitsmassnahmen reservierten Kredit von 1'870'000 Franken bewilligt, mit dem unter anderem in jeder Abteilung zwei bis drei Zellen aufgehoben und zu getrennten Aufenthalts- und Televisionsräumen nebst Office umgebaut werden sollen
- Trotz Personalstopp weist die Polizeidirektion Hindelbank jährlich eine bis zwei neue Stellen zu (126), mit denen die Betreuungsteams aus Sozialarbeitern aufgebaut werden können.

Weitere Schritte hängen nicht zuletzt davon ab, ob qualifizierte Sozialarbeiter für diese Aufgabe gefunden werden (127).

Die Kommission ist der Auffassung, 20er Gruppen seien zu gross für den Vollzug an Frauen; bei Gruppen mit halb soviel Insassinnen würden die Beziehungen der Gefangenen untereinander und zum Personal intensiver, was gerade wegen der tiefen Kontaktstörungen der meisten straffällig gewordenen Frauen von grosser Bedeutung ist. Im Alternativ-Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes sieht § 201 für Frauenanstalten denn auch Abteilungen von höchstens 32 und Wohngruppen von maximal 8 Plätzen vor (128).

Der guten Absicht der Polizeidirektion des Kantons Bern zum Trotz gibt die Kommission ihrem oben dargelegten Wunsch nach Dezentralisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs an Frauen den Vorzug vor einem Gruppenvollzug in Hindelbank, obwohl dieser im Vergleich mit dem heutigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt darstellte.

#### 4.3.8 Externe Arbeit fördern

Innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Stufenvollzugs (Art. 37, 37 bis und 38 StGB) wäre zu versuchen, schon vor der Halfreiheit den Insassinnen von Hindelbank aus möglichst weitgehend externe Arbeit zu verschaffen. Da Einzelhaft als erste Stufe (Art. 37 Zif. 3 Abs. 1 StGB) praktisch abgeschafft ist, könnte durch das Nacheinander von Arbeit in und ausserhalb der Anstalt eine gewisse Differenzierung erreicht werden.

4.3.9  
Behandlungsplan

Innert der ersten paar Wochen ist für jede neueintretende Gefangene ein Behandlungsplan im Sinne des Alternativ-Entwurfs eines Strafvollzugsgesetzes (129) aufzustellen. Der unter Mitwirkung der Betroffenen zu machende Plan (wie er heute auch in schweizerischen Männeranstalten für Erstmalige, etwa in Saxerriet, üblich ist) sollte die wesentlichen Anordnungen über die Durchführung des Vollzugs und die Behandlung der Insassin enthalten. Nach § 53 des Alternativ-Entwurfs hätte der Plan mindestens zu regeln:

- die Zuordnung der ständigen Betreuer
- notwendige Massnahmen der Ausbildung und therapeutischen Behandlung
- die Arbeit
- die Freizeitgestaltung und Erwachsenenbildung
- Lockerung des Vollzugs und
- die Vorbereitung der Entlassung, namentlich das voraussichtlich zuständige Uebergangshaus sowie die Zuordnung zu einem bestimmten Bewährungshelfer.

Der Behandlungsplan ist der Entwicklung der Insassin anzupassen.

4.3.10  
Arbeitsangebot  
bereichern

Gefängnisarbeit darf nicht den Charakter eines Uebels haben (130). Sie soll vielmehr den Fähigkeiten der Gefangenen entsprechen und sie instand setzen, in der Freiheit ihren Unterhalt zu verdienen (131). Bedingung dafür ist, dass die Betätigungsmöglichkeiten den Erfordernissen des Arbeitsmarkts möglichst weitgehend entsprechen (132) und die Methoden der Gefangenenarbeit (was etwa Werkzeuge, Maschinen, Arbeitsstunden, Unfallschutz betrifft) sich denen der freien Arbeit weitestgehend angleichen (133). Die Anstalt muss also für möglichst vielfältige Arbeit sorgen (134); unproduktive, abstumpfende Arbeiten sind unzulässig. Für Frauenanstalten bedeutet dies, dass die einseitige Beschäftigung mit Haushalt-, weiblichen Handarbeiten und öden industriellen Heimarbeiten überwunden werden muss. Wenn es nicht gelingt, interessante und anspruchsvolle Arbeit in die Anstalt zu bekommen, so muss nach Arbeit ausserhalb der Anstalt gesucht werden, was grundsätzlich ja ohnehin anzustreben wäre (135).

Was die auch auf Hindelbank zutreffende Kritik am traditionellen, kaum mehr marktkonformen Arbeitsangebot der Stafanstalten betrifft (136), darf allerdings auch wiederum nicht vergessen werden, "dass die häufig lebensuntüchtigen, schwierigeren Arbeitsvorgängen nicht gewachsenen und daher nicht uneingeschränkt berufsfähigen Insassen von Strafanstalten gerade mit Hilfe solcher 'sterbender' Berufe

in unserer industriellen Massengesellschaft eine 'soziale Nische' zu finden vermögen, die sie vor Rückfälligkeit bewahrt: Nicht selten sind sie ja gerade deshalb straffällig geworden, weil sie den überaus hohen und differenzierten Ansprüchen der modernen Arbeitswelt nicht gewachsen waren" (137). Die Kommission möchte diese Aussage unterstreichen, ohne sie jedoch generell als Begründung für das gegenwärtig viel zu enge Arbeitsangebot zu akzeptieren. Sie ist vielmehr der Auffassung, gerade dieser Hinweis verdeutliche die hohe Notwendigkeit intensiver Allgemein- und Berufsausbildung während des Vollzugs.

4.3.11  
Marktkonforme Arbeits-  
entschädigung

Arbeit kann nur resozialisierend wirken, wenn auch die Entschädigung dafür den Verhältnissen draussen angepasst wird. Die Gewährung einer reinen Anerkennungsentlohnung an Gefangene, die produktive Arbeit leisten, entspricht dem Zweck des Vollzugs nicht. Langfristig nötig erscheint darum "die Bezahlung einer normalen Entlohnung, die der des freien Arbeiters entspricht, vorausgesetzt, dass die Arbeitsleistung nach Menge und Güte die gleiche ist" (138). Dies versetzt die Gefangene auch in die Lage, ihrer Unterstützungspflicht zu genügen, allfällige Schulden zu tilgen, das Opfer zu entschädigen. Die Familie der Verurteilten wäre weniger zum Mitleiden gezwungen, der öffentlichen Hand blieben wenigstens teilweise Fürsorgeleistungen erspart. Selbstverständlich wären von diesem Lohn die von der Anstalt erbrachten Leistungen (Unterkunft, Verpflegung, Steuern, je nachdem Beiträge an die Sozialversicherung) abzuziehen (139); einfach die Unkosten der Anstalt auf deren Insassinnen zu überwälzen ginge aber nicht an, da der Strafvollzug als gesellschaftliche Aufgabe kaum rentieren kann - so wie wir ihn uns vorstellen jedenfalls nicht rentieren dürfte.

4.3.12  
Ausbildungsgänge  
schaffen, die zu  
anerkannten  
Abschlüssen führen

Gefangenenarbeit ist ein Mittel zur Resozialisierung, nicht das einzige. Der Ausbildung (und Therapie, auf die aber in diesem Bericht nicht näher eingegangen werden soll) kommt eine mindestens ebenso grosse Bedeutung (140) zu, sie darf darum nicht länger völlig im Schatten der Arbeit stehen und in den Freizeitbereich verdrängt bleiben. Ziel der Ausbildung muss einerseits das Lernen des zur Lebensbewältigung unabdingbaren schulischen, sozialen und politischen Wissens sein, andererseits die Aneignung beruflicher Fähigkeiten und Fertigkeiten, die zu staatlich anerkannten Abschlüssen (141) führen. Es ist alles daran zu setzen, Ausbildungsgänge zu erarbeiten, die auch bei kürzeren Strafdauern (bis zu 2 Jahren) das Absolvieren einer Anlehre oder Berufslehre ermöglichen (142). Da dies sowohl pädagogisch als auch bezüglich Zahl, Qualität und Auswahl der Lehrstellen die Anstalt weit überfordern

dürfte, sollten Spezialisten der Erwachsenenbildung im offiziellen Auftrag des Bundes und der Kantone beigezogen (147) und soweit tunlich externe Ausbildungsplätze gesucht werden. Wir sind überzeugt, dass unter den prinzipiell günstigen Bedingungen des Internats und bei intensiver Motivierung und Stützung - auch bei Freigängerlehren - die gleiche Ausbildung in kürzerer Zeit erworben werden kann, als in der gerade für Willensschwache hunderterlei Verführungen und Ablenkungen beinhaltenden Freiheit.

4.3.12.1  
Ausbildung während  
der Arbeitszeit

Es ist allerdings ausgeschlossen, Ausbildung als eigenständiges Mittel der Sozialisation nach der Arbeitszeit stattfinden zu lassen. Bei der Berufsausbildung spielt ohnehin Anleitung und Erfahrung am Arbeitsplatz eine wichtige Rolle. Für den Berufs- und den allgemeinbildenden Unterricht sind günstige Verhältnisse zu schaffen, in erster Linie dadurch, dass er in der Arbeitszeit erteilt wird. Dies führt zu einer generellen Reduktion der Arbeitszeit (144).

4.3.13  
Lockerung des Vollzugs

Im Rahmen des Behandlungsplans sind Lockerungen des Vollzugs vorzusehen. Diese Lockerungen bestehen einmal im Abnehmen der Intensität der Aufsicht durch Anstaltspersonal bei der Arbeit (Reihenfolge: beaufsichtigte Arbeit ausserhalb der Anstalt, externe Arbeit ohne Aufsicht, Ausgang mit und ohne Aufsicht). Eine andere Lockerung bedeutet der Urlaub. Er sollte Gefangenen, die ihn nicht bei ihren Angehörigen verbringen wollen, auch zum Besuch nahestehender Bekannter gestattet werden. Anders als derzeit, sollte darauf (wie in Saxerriet) ein Anspruch bestehen, den nicht zu erfüllen nur unter bestimmten Umständen statthaft wäre. Urlaube müssten in regelmässigen, auf den Zeitpunkt der Entlassung hin dichter werdenden Abständen zugelassen werden und wenigstens ein Wochenende dauern (Samstagmittag bis Sonntagabend). Urlaube wären, wenigstens am Anfang, vor- und nachher zu besprechen, ja geradezu zu planen (145). Je nachdem könnten für den Urlaub (wie auch für Freigang und Ausgang) Weisungen erteilt werden (146). Durch eine Angehörige der Schutzaufsicht oder durch eine Sozialarbeiterin der Anstalt sollten auch die Angehörigen auf den Urlaub vorbereitet werden. Im Sinne der durchgehenden Betreuung ist ohnehin darauf zu achten, dass zwischen der Insassin und ihren Angehörigen durch Vermittlung eines Dritten ein über Besuche, Urlaube und Korrespondenz hinausgehender Kontakt aufrechterhalten und ein Zerfall der Beziehung verhindert wird (147).

4.3.14  
Erweiterung des  
Besucherkreises

Zur Intensivierung und Bereicherung der Kontakte mit der Aussenwelt wäre es sinnvoll, den Besucherkreis über die nächsten Angehörigen hinaus zu erweitern. Prüfwert scheint die in § 109 Alternativ-Entwurf vorgeschlagene Regelung, wonach alle Besuche zugelassen werden sollen, wenn sie das Vollzugsziel fördern; "das gilt insbesondere für Einzelpersonen und Gruppen, die sich der Betreuung von Insassen während und nach der Entlassung widmen".

4.3.15  
Halbfreiheit  
dezentral vollziehen

Es fragt sich, ob nicht solange Hindelbank die einzige Frauenanstalt der Schweiz ist, wenigstens die Halbfreiheit je nach Herkunft der Insassin in verschiedenen Uebergangsheimen vollzogen werden könnte. Die Kommission ist der Ansicht, es wäre verhältnismässig leicht, in der Romandie sowie in der Nähe einer deutschschweizerischen Grosstadt (Zürich oder Basel) weitere Heime für die semi-liberté in Betrieb zu nehmen. Von solchen Heimen aus könnte es zumindest für einen Teil der inhaftierten Frauen möglich werden, während des Vollzugs ihre Angehörigen zu versorgen, damit diese möglichst wenig unter den Vollzugsfolgen zu leiden haben (148).

4.3.16  
Intensive Betreuung  
nach Entlassung

Nach der sorgfältig vorzubereitenden Entlassung sollte eine intensive Betreuung durch Angehörige von Schutzaufsichtsämtern der einweisenden Kantone sichergestellt sein. Gute Dienste leisten könnten dabei private Hilfsorganisationen.

4.3.17  
Hausordnung à jour  
halten, separate  
Hausordnungen für  
Erstmalige und  
Rückfällige

Dringend erscheint der Kommission, dass die Hausordnung ständig der jeweils gültigen Praxis im Vollzug angepasst wird; dies liegt im Interesse der Vollzugsorgane so gut wie es für die Insassinnen zur Wahrung der Rechte und Kenntnis der Pflichten unabdingbar ist.

Wünschbar ist auch, für die Erstmaligen- und die Rückfälligenanstalt separate Hausordnungen zu erlassen, die den verschiedenen (Sicherheits) bedürfnissen Rechnung tragen und klar zum Ausdruck bringen, worin und warum der Vollzug sich unterscheidet.

4.3.18  
Mitsprache,  
Mitbestimmung,  
Mitverantwortung

Für unerlässlich hält die Kommission die Einräumung eines Mitspracherechts (149) für die Insassinnen, damit diese lernen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, gegenseitig abzustimmen und beim Anstaltsstab Vorschläge vorzubringen. Die Beschlussfassung könnte direkt-demokratisch erfolgen, den Kontakt mit der Anstaltsleitung müsste eventuell eine Vertretung der Insassinnen halten. Die Mitsprache sollte sich wenigstens beziehen auf die Menugestaltung und das Freizeitprogramm, auf die Zusammensetzung des Warensortiments im 'Märit' und die anstaltseigenen Zeitungs- und Zeitschriftenabonnemente.

Auf der Mitsprache aufbauen müsste Mitbestimmung und deren Gegenstück, die Mitverantwortung. Sie sind denkbar in der Verteilung und Ausführung der Hausarbeit, im Ausüben des Ordnungsdienstes in den Arbeits- und Gemeinschaftsräumen, in der Wahl ihrer Vertreterinnen gegenüber der Anstaltsleitung (150).

4.3.19  
Trennung von  
Mutter und Kind  
womöglich vermeiden

Die Kommission fragt sich ob es nötig ist, Kinder, die in der Abteilung Mutter und Kind aufgewachsen sind, schon im Alter von 18 Monaten von der Mutter zu trennen. Sie regt an, eine Trennung wenigstens bis zum Eintritt des Kindes in den Kindergarten aufzuschieben. Kleinkinder, die über 18 Monate alt sind, wenn ihre Mutter eingewiesen wird, sollten nach Hindelbank mitkommen können.

In Frankfurt-Preungesheim bleiben die Kinder bis zum Alter von 5 Jahren bei ihrer inhaftierten Mutter. Dass die wenigen Kinder in der Anstalt Beziehungen zu anderen Kinder haben, sollte zu organisieren sein. Die Kommission regt an, die Auswirkungen des Aufenthalts in der Abteilung auf die Entwicklung der Kinder wissenschaftlich untersuchen zu lassen.

4.3.20  
Audienzsystem ändern,  
Gesprächsmöglichkeiten  
erweitern

Das Audienzsystem sollte neu gestaltet bzw. aufgegeben werden. Wer mit einem Mitglied des Anstaltsstabes über drängende Probleme im Zusammenhang mit dem Vollzug reden will, sollte dies jederzeit tun können. Für die Besprechung nicht gerade brennender Fragen könnte etwa wöchentlich ein Tag reserviert werden, an dem die Insassinnen sich zur Sprechstunde ohne Voranmeldung einfinden dürften. Im Hinblick auf die offenbar grossen Gesprächsbedürfnisse der Insassinnen (152) wäre ferner zu prüfen, wie weit nicht die naturgemäss beschränkte zeitliche Verfügbarkeit der "fachmännischen" Gesprächspartner (Seelsorger, Psychiater, Arzt, Sozialarbeiter) ergänzt und erweitert werden könnte durch den Beizug von Privatpersonen, die mit einzelnen oder in Gruppen versammelten Insassinnen über deren Sorgen und Probleme reden würden. Solche Gespräche wären als Therapie im weitesten Sinn aufzufassen und nicht an die Besuchszeit anzurechnen. Zu organisieren wären auch Besuche von Insassinnen, die keine Angehörigen haben. Hier steht nicht zuletzt den Frauenorganisationen ein weites Feld offen.

4.3.21  
Arrest abschaffen

Dringend zu fordern ist die Abschaffung des Arrests im Keller, auch wenn bauliche Veränderungen demnächst für bessere Belichtung der Cachots sorgen sollen. Mit dem Uebergang zum Behandlungsvollzug sollte auch dieses "letzte" Disziplinarmittel verschwinden, das den UNO-Mindestanforderungen für die Gefangenenbehandlung nicht entspricht und das Verbot körperlicher Strafen in Art. 65 Abs. 2 der Bundesverfassung verletzen dürfte (152). Wenn eine Gefangene wegen Disziplinschwierigkeiten zur Besinnung angehalten werden soll, so mag dies in den eigens dafür eingerichteten Zellen geschehen, die kein Bett enthalten und also nur tagsüber verwendet werden können. Dabei ist freilich zu bedenken, dass es im Strafvollzug nicht darum geht, "durch Einzelhaft bösen Willen zu brechen, sondern darum, schwachen Willen zu kräftigen" (153).

4.3.22  
Tragen eigener Kleider  
und Wäsche sowie  
Schönheitspflege  
erlauben

Zur Hebung des Selbstwertgefühls sollte den Insassinnen das Tragen eigener Kleider und Wäsche erlaubt sein. Individuelle Schönheitspflege wäre zuzulassen. Generell ist alles zu fördern, was das Selbstbewusstsein stützt, und alles zu unterlassen, was die Gefangene - Kleider machen uns - ihrer Individualität beraubt oder ihnen Minderwertigkeitsgefühle verursacht (154). Die Kommission

verweist auf die guten, in Preungesheim mit Kleidersammlungen gemachten Erfahrungen: so kommen die Insassinnen unentgeltlich und ohne Kosten zu zeitgemässen Stücken, die sie untereinander austauschen können.

#### 4.3.23 Unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau im Vollzug ausgleichen

Die Kommission möchte schliesslich das Augenmerk der Kantone darauf lenken, dass im Rahmen des Konkordats die Rechtsgleichheit zwischen männlichen und weiblichen Strafgefangenen im Vollzug nicht vollumfänglich gewährleistet ist. So sei darauf hingewiesen, dass das "Monopol" Hindelbanks den Frauen die Möglichkeit einer Versetzung in eine andere Anstalt nimmt. - Erwähnt sei auch, dass § 33b des zürcherischen Gesetzes vom 30.6.1974 über das kantonale Strafrecht und den Vollzug der Strafen und Massnahmen den Regierungsrat verpflichtet, beim Strafvollzug in ausserkantonalen Anstalten durch Vereinbarungen dahin zu wirken, dass die Vollzugsgrundsätze des § 30 (155) zur Anwendung gelangen. Dies ist - trotz bedeutender Divergenzen zum Vollzug in Hindelbank - bisher nicht geschehen, was die Frauen gegenüber den in Saxerriet und Regensdorf inhaftierten Männern benachteiligt. - Schliesslich ist festzuhalten, dass es im System von Heimen für weibliche Jugendliche und junge Erwachsene bedeutende strukturelle Mängel gibt, die möglichst rasch behoben werden sollten (156). Wir hoffen, dass die Kantone die Sorge der Kommission teilen und für die Gleichstellung von Mann und Frau auch im Strafvollzug besorgt sind.

Die Kommission beendet diesen Bericht mit einem Zitat, aus welchem das Bewusstsein deutlich werden soll, mit dem die Arbeit begonnen worden ist. Sie hofft, die für den Strafvollzug verantwortlichen Behörden des Bundes und der Kantone fühlten sich derselben Utopie verpflichtet:

"Die offene Gesellschaft wie der oppositionelle Richter in der heutigen Gesellschaft sind gleichermaßen utopische Bilder. Aber Utopie ist kein unerreichbares Ideal, sondern eine bindende Verpflichtung. Das Verbrechen wird nie, auch in der offenen Gesellschaft nicht aussterben, weil es nicht nur aus gesellschaftlichen Missständen, sondern immer auch aus individuellen Fehlentwicklungen entsteht. Eine gut organisierte Gesellschaft wird aber versuchen, diese Fehlentwicklungen zu verhindern oder zu korrigieren. In einer repressiv manipulierten Gesellschaft bringt das Verbrechen dagegen ausser persönlichen Fehlern gesellschaftliche Missverhältnisse zum Ausdruck, und die Art und Weise seiner Unterdrückung stabilisiert diese Missverhältnisse. Deshalb ist unterdrückende Vergeltung der falsche, menschliche Respektierung symptomatischer Schicksale und ihre rationale Korrektur der richtige Weg. Die Mindestanforderung an jede Gesellschaft lautet, das Leiden, das das Verbrechen über die Gesellschaft bringt, durch die Strafe nicht noch zu verschlimmern und den Verbrecher nicht noch weiter zu kriminalisieren, indem man ihn in eine menschenunwürdige Scheinexistenz ausstösst" (157).

## ANMERKUNGEN

- (1) Wolfgang Naucke: Tendenzen in der Strafrechtsentwicklung, Karlsruhe 1975, S. 42.
- (2) NZZ, 23./24. Juli 1977.
- (3) NZZ, 18. Juli 1977.
- (4) Wortlaut der Petition auf S. 41 f. dieses Berichts
- (5) Die Strafurteile in der Schweiz, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 597, Bern 1977.
- (6) J.G. Schaffroth, Geschichte des bernischen Gefängniswesens, Bern, 1898.
- (7) Fritz Meyer, Die Anstalten in Hindelbank. In: Strafvollzug in der Schweiz, Nr. 70, Aarau 1970, S. 13.
- (8) Was unter Einsatz aller rechtlichen Mittel rückgängig zu machen versucht wurde: Gertrud Heinzelmann, Die ostschweizerische Frauenstrafanstalt in der demokratischen Mühle, Tages-Anzeiger Magazin Nr. 45, 6.11.1976 (belegt in Heinzelmanns der Kommission am 10.6.1977 erstatteten Bericht).
- (9) Hindelbanker Jahresbericht 1975.
- (10) Bei der Beschreibung der Anstalten stützen wir uns in erster Linie auf: Robert Bauder, Le nouvel établissement pénitentiaire intercantonal pour femmes à Hindelbank (Suisse). In: Revue Internationale de politique criminelle, No 17-18, p.23 ss, und auf Annelies Leuthardt-Stoecklins Vorarbeiten zu ihrer Dissertation über Hindelbank.
- (11) Dies wird bald anders sein. Der Berner Grosse Rat hat im Frühjahr einen Kredit von 1,87 Millionen bewilligt, mit dem u.a. unauffällige Zäune um einzelne Anstaltsteile errichtet werden sollen.
- (12) Bericht der Koordinationskommission für den Jugendmassnahmenvollzug der deutschsprachigen Schweiz, Oktober 1977, S. 11.
- (13) (14) (15) Grundrisse von Schloss und Anstalten im Anhang.
- (16) Auch die Oeffnung des Innenhofs, die jetzt während der Spazierzeit von einem Aufseher diskret überwacht wird, soll durch ein aus dem erwähnten Kredit (Anm.11) finanziertes Gittertor geschlossen werden.
- (17) Hindelbanker Jahresbericht 1977.
- (18) Dazu kommen 5 Insassinnen mit verschiedenen andern Muttersprachen (Jahresbericht 1977).
- (19) Für ihre Diss. hat A. Leuthardt 1971 und 1972 die persönlichen Verhältnisse der Insassinnen anhand des sehr differenzierten und umfassenden Fragenkatalogs erhoben, welcher dem Untersuchungsprogramm der Professoren Ph. Graven, P. Noll, H. Schultz und G. Stratenwerth über den Strafvollzug in der Schweiz zugrunde liegt (vgl. Günter Stratenwerth/Peter Aebersold, Der Schweizerische Strafvollzug. Programm, Methode und Durchführung einer empirischen Untersuchung, Aarau und Frankfurt a.M. 1976).

- (20) Thomas Held/René Levy, Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft, Frauenfeld und Stuttgart 1974, S. 124.
- (21) J. Schwarzmann, Die Verwahrlosung des weiblichen Jugendlichen, München 1971 (zit. bei Leuthardt).
- (22). Eine Gegensprechanlage ist vorgesehen, mit den Installationsarbeiten soll demnächst begonnen werden (vgl. auch S. 43 dieses Berichts).
- (23) Vgl. etwa Jahresbericht 1976.
- (24) Laut Jahresbericht haben 1976 von 18 männlichen Angestellten 12 mehr als 5 Dienstjahre vollendet, 9 sogar mehr als 16.
- (25) A. Leuthardt, Typoskript der Diss. über Hindelbank S. 85.
- (26) Fritz Meyer, aaO S. 14.
- (27) Antrag des Berner Regierungsrates an den Grossen Rat, vom 30.11.1977.
- (28) Hausordnung (H0) Ziffer 13.
- (29) Weisungen (W) an die Insassen Ziffer 4
- (30) H0 Ziffer 6.
- (31) H0 Ziffer 5.
- (32) H0 46, W 20.
- (33) Jahresbericht 1977.
- (34) A. Leuthardt, Typoskript der Diss., S. 71.
- (35) Antrag des Berner Regierungsrates (vgl. oben Anm. 27).
- (36) H0 57.
- (37) Kantonale Verordnung vom 14.8.1970 über das Disziplinarstrafwesen und die Sicherheitsmassnahmen in den bernischen Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzuges, Art. 5.
- (38) H0 58.
- (39) H0 58.
- (40) H0 9.
- (41) Ernst Weibel, Das Schutzaufsichtsamt. In: Bernische Informationsblätter 4/1976, S. 52.
- (42) Mitteilung des Gefängnisinspektors des Kantons Bern.
- (43) H0 24, W 23.
- (44) So der katholische Anstaltsseelsorger im Jahresbericht 1976, in dem er Wartezeiten bis zu 3 Wochen beklagt.
- (45) Jahresbericht 1977.
- (46) Leuthardt, aaO S. 50.
- (47) H0 29.
- (48) Jahresbericht 1977.
- (49) Jahresbericht 1977.
- (50) H0 31.

- (51) Die Expertenkommission für die Teilrevision der Krankenversicherung schlägt in ihrem Bericht vom 5.7.1977 vor, Krankenkassen sollten - entgegen geltender Rechtsprechung - ihre Leistungen an Gefangene lediglich dann verweigern dürfen, wenn die Strafvollzugsbehörde dafür aufzukommen habe. Im übrigen würde die Kommission eine Vereinheitlichung der Grundsätze über die Kostentragung bei Krankheit von Strafgefangenen begrüssen (S. 73 f.).
- (52) HO 18.
- (53) HO 19,20
- (54) F.A. Töndury-Wey, Der Straf- und Massnahmenvollzug an Frauen in der Schweiz, Zürich 1970, S. 131 ff.
- (55) Jahresbericht 1977.
- (56) W 23 nennt noch 50 Franken.
- (57) Haushaltführung lernen nur die Jugendlichen, deren Kantone sie dazu verpflichten.
- (58) HO 39 macht dies allerdings von einer Bewilligung der Anstaltsleitung abhängig.
- (59) W 12 (vgl. S. 53 dieses Berichts).
- (60) HO 35.
- (61) Sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen, ja anzuregen, oder wenigstens für genügend Zerstreuung zu sorgen - dies scheint ein Problem zu sein, das sich nicht nur in der Straf-, sondern wahrscheinlich in jeder Anstalt stellt, wie etwa V. Thalmanns Bericht über das SUVA-Nachbehandlungszentrum in Bellikon zeigt (Tages Anzeiger Nr. 25, 24.6.1978, S. 19/20).
- (62) HO 45.
- (63) HO 41.
- (64) HO 42.
- (65) HO 46 und 47, W 19 und 20; anders etwa in Saxerriet, wo allem Anschein nach ein eigentliches Recht auf Urlaub besteht.
- (66) Jahresbericht 1977.
- (67) HO 43, W 15.
- (68) Dies wird vor allem damit begründet, im Dorf Hindelbank und der näheren Umgebung fänden sich keine geeigneten Stellen. Eine Ausnahme bildet der S. 21 erwähnte Fall.
- (69) Witzwil ist eine halboffene Anstalt für Erstmalige, Alkohol- und Drogensüchtige. Zur Anstalt gehören das Uebergangsheim "Nusshof" und die Alpkolonie "Kiley" im Diemtigtal.
- (70) Auf dem Thorberg werden rückfällige Gefängnis- und Zuchthausgefangene sowie Verwahrte aufgenommen.
- (71) In Regensdorf vollzogen werden Zuchthaus- und Gefängnisstrafen an Rückfälligen, ausserdem Verwahrung.

- (72) Für die Erstmaligenanstalt Saxerriet (Salez SG) massgebend ist die Verordnung vom 6.7.1976 über den Straf- und Massnahmenvollzug im Kanton St. Gallen. Eine moderne Hausordnung wird durch "Briefe (Br) aus dem Saxerriet" ergänzt.
- (73) In Oberschöngrün, einer Erstmaligenanstalt, gilt die Verordnung vom 21.1.1976 über den Straf- und Massnahmenvollzug.
- (74) Der Vollzug in Lenzburg (Zuchthaus und Gefängnis für Rückfällige) ist geregelt im Dekret vom 27.10.1959 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen, ausserdem gibt es eine Hausordnung und Allgemeine Weisungen.
- (75) Weltwoche Nr. 8 vom 23.2.1977, S. 44.
- (76) Vgl. dazu etwa G.K. Hug-Beeli, Persönliche Freiheit und besondere Gewaltverhältnisse, Zürich 1976, und G. Köhl, Die besonderen Gewaltverhältnisse im öffentlichen Recht, Bern 1955.
- (77) Ist auch das Gewaltverhältnis nicht total, die Strafanstalt gehört auf jeden Fall zum Kreis der Institutionen, welche von den Sozialwissenschaften als "totale" bezeichnet werden. Totale Institutionen sind kleine geschlossene Welten wie eben Gefängnisse, Klöster, Altersasyle, psychiatrische Kliniken, Internate für elitäre Gruppen oder geschlossene Erziehungsheime. Der amerikanische Soziologe E. Goffman definiert sie als Orte, an denen eine grössere Zahl von ähnlich situierten Personen für eine längere Zeit leben und von der Umwelt getrennt, gemeinsam ein abgeschlossenes und formal streng geregeltes Leben führen. Ganz anders als in der freien Gesellschaft sind hier die einzelnen Lebensbereiche, wie die verschiedenen Aktivitäten, Schlaf, Arbeit und Freizeit, örtlich nicht voneinander getrennt. Alle finden am gleichen Platz in Gegenwart derselben Menschen in grosser Gleichförmigkeit unter derselben autoritären Leitung und unter strengem Regiment statt. Man schläft, arbeitet und verbringt seine Freizeit im gleichen Raum, in gleicher Gesellschaft, und man verrichtet gleiche Tätigkeiten. So der Sozialmediziner Stefan Wieser, der in seinem Buch "Isolation" (Vom schwierigen Menschen zum hoffnungslosen Fall. Die soziale Karriere des psychisch Kranken, Reinbek 1973) bezogen auf psychiatrische Krankenhäuser die "Beziehung" zwischen Insassen und Personal so beschreibt wie sie mutatis mutandis auch in Strafanstalten besteht: "In ihr (der totalen Institution) existiert eine grundlegende und nur in eine bestimmte Richtung überbrückbare Trennung zwischen zwei Gruppen von Menschen. Die eine Gruppe ist die der Insassen. Sie ist die zahlreichere und besteht aus denen, die verwaltet, verwahrt, behandelt und versorgt werden, aus Menschen, die zwar Weisungen und selbst Befehle empfangen, dafür aber nur bescheidene Bitten äussern dürfen, deren Mitglieder sich unterlegen, schwach, rechtlos und selbst schuldig fühlen und die keine oder so gut wie keine Kontakte zur Aussenwelt mehr pflegen. Die andere Gruppe ist die der Beschäftigten, die die erstere betreut, beaufsichtigt, ihre persönlichen Angelegenheiten erledigt, Anweisungen gibt, für Ordnung sorgt und auch über genügend Machtmittel verfügt, um sich durchsetzen zu können. Indem sie Beamte sind, nehmen sie hoheitliche Aufgaben wahr und sind ermächtigt, öffentlich-rechtliche Aufträge, u.a. auch unter Androhung von Machtmitteln, durchzusetzen. Für sie ist der ideale Patient derjenige, der bescheiden und dankbar ist. Diese beiden Gruppen

bilden reguläre Subkulturen: die der Verwalteten und Verwaltenden, die der Bewachten und der Bewacher, der Verwahrten und der Verwahrenenden, der Beaufsichtigten und der Beaufsichtigenden. Es sind dies zwei Welten, zwischen denen nur eine eingleisige Kommunikation in einer Richtung existiert. Diese eine Richtung ist durch die Dienstordnung vorgesehen und besteht einerseits in der Möglichkeit, Wünsche zu äussern, und andererseits für den regulären Ablauf des Behandlungsplanes und die sichernden Massnahmen zu sorgen" (S. 141 f.).

- (78) Antwort des bernischen Gefängnisinspektors auf eine von G. Heinzemann schriftlich gestellte Frage.
- (79) Die Strafurteile in der Schweiz 1975, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 597, Bern 1977.
- (81) Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1977, S. 542 f.
- (80) A. Mergen, Die Kriminologie. Eine systematische Darstellung, Berlin und Frankfurt a.M. 1967, S. 270.
- (82) Jürg Knaus, Das Problem der kurzfristigen Freiheitsstrafe, Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft Heft 435, Zürich 1973, S. 96 f.
- (83) Die Strafurteile in der Schweiz 1975 (zu Strafurteilen gegen Frauen vgl. auch die beiden Statistiken im Anhang).
- (84) Anne-Eva Brauneck, Allgemeine Kriminologie, Reinbeck 1974, S. 73.
- (85) Brauneck, aaO S. 22 und 267.
- (86) Leuthardt, aaO S. 79; Alternativ-Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, Tübingen 1973, S. 249.
- (87) Jahresberichte 1976 und 1977; aber auch Leuthardt, aaO S. 176 ff.
- (88) Eine Zusammenfassung bei Leuthardt, aaO S. 16 ff.; ein Ueberblick auch bei Marlis Dürkop/Gertrud Hardtmann, Frauenkriminalität. In: M.D./G.H. (Hg.), Frauen im Gefängnis, Frankfurt a.M. 1978, S. 187 ff.
- (89) So etwa Dürkop/Hardtmann, aaO S. 205 f.
- (90) In allgemeiner Form Held/Levy, aaO S. 224 ff.; bestimmter Dürkop/Hardtmann, aaO S. 208 ff., Mergen, aaO, S. 275.
- (91) Lilian Uchtenhagen, Die Frau im Spannungsfeld zwischen gestern und morgen. In: Die Frau heute, NHG-Jahrbuch 1977, S. 37 ff.; H.E. Richter, Konflikte und Krankheiten der Frau. In: Familiensoziologie, Frankfurt a.M. 1973, S. 293 ff.; A. Uchtenhagen, Psychische Störungen bei Frauen. In: Schweizer Archiv für Neurologie, Neurochirurgie und Psychiatrie 112, 1973, S. 95 ff.
- (92) Paul Kielholz/Dieter Ladewig, Die Drogenabhängigkeit des modernen Menschen, München 1972, S. 28, 34 f. und 68 f.
- (93) Hans Schultz, Einführung in den Allgemeinen Teil des Strafrechts, Bern 1973, Zweiter Band, S. 51.
- (94) Harriet Kümpfel/Petra Schlagenhaut, Die Arbeits-, Ausbildungs- und Freizeitsituation in den Frauengefängnissen. In: Dürkop/Hardtmann (Hg.), Frauen im Gefängnis, Frankfurt a.M. 1978, S. 46.
- (95) Helga Einsele, Frauenanstalten. In: Schwind/Blau, Strafvollzug in der Praxis, Berlin 1976, S. 89.
- (96) Ernie Bepperling, Gruppenarbeit mit erwachsenen Strafgefangenen in der Frauenhaftanstalt Preungesheim. In: Dürkop/Hardtmann, aaO S. 85 ff.

- (97) Vgl. dazu Renate Traxler, Verlaufsbeschreibung eines Modellversuchs zur Wiedereingliederung weiblicher Straftäter. In: Dürkop/Hardtman, aa0 S. 58 ff.
- (98) Einsele, aa0 S. 94 - vertieft bei Helga Einsele/Hanna Dupuis, Die Mutter-Kind-Situation im Frauengefängnis. In: Dürkop/Hardtman, aa0 S. 58 ff.
- (99) Vgl. Anm. 27 oben.
- (100) Michael Heising, Die Entlohnung der Gefangenenarbeit, Basler Studien zur Rechtswissenschaft Heft 83, Basel und Stuttgart 1968, S. 37 (vgl. auch das Persönlichkeitsblatt der Strafanstalt Lenzburg im Anhang).
- (101) Dies ist ein Bestandteil der Sanierungsarbeiten, die mit dem Kredit von 1,87 Millionen ausgeführt werden sollen.
- (102) Jürgen Gündisch, Strafen und Sicherungsmassnahmen in Haftanstalten. In: Strafvollzug in Deutschland. Situation und Reform (hg. von D. Rollmann), Frankfurt a.M. 1967, S. 103 ff.
- (103) Da übers Wochenende eine Aufseherin allein Dienst hat, ist diese froh, wenn sie die Insassinnen in den Zellen weiss; es wäre unter diesen Umständen auch gar keine intensive Beschäftigung mit den Insassinnen möglich (vgl. Leuthardt, aa0 S. 72).
- (104) Der Alternativ-Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes (für die Bundesrepublik Deutschland; Tübingen 1973) wurde von 14 deutschen und schweizerischen Strafrechtslehrern (darunter die Professoren P. Noll, Zürich, H. Schultz, Bern, und G. Stratenwerth, Basel) als Gegenstück zum Projekt der Bundesregierung ausgearbeitet. Die Autoren, die bereits 1966 einen Alternativ-Entwurf zum Allgemeinen Teil eines Strafgesetzbuches publiziert hatten, folgten damit der "Ueberzeugung, dass eine Reform des materiellen Strafrechts ohne gleichzeitige Reform des Strafvollzugs Stückwerk bleiben muss".
- (105) Kinder unter 12 Jahren werden in der Regel nicht zugelassen (HO 45, W 13).
- (106) Irma Weiss, Schweizerischer Straf- und Massnahmenvollzug der Gegenwart in der Perspektive moderner poenologischer Behandlungsmethoden, Zürich 1970, S. 119.
- (107) Mitteilung des bernischen Gefängnisinspektors.
- (108) Wie es die Expertenkommission für die Teilrevision der Krankenversicherung in ihrem Bericht vom 5.7.1977 auf S. 73 antönt.
- (109) Einsele, in Schwind/Blau, aa0 S. 89.
- (110) Dies wird besonders deutlich in Traxler, aa0 S. 70 f.
- (111) Jedenfalls entspricht dies Traxlers (aa0 S. 75) Erfahrung.
- (112) Dies lässt das Einziehen von TV-Anschlusskabeln in alle Zellen befürchten; vgl. Antrag der Berner Regierung an den Grossen Rat (Anm. 27).
- (113) Peter Aebersold, Der Zweck des Strafvollzugs und die Rechtsstellung der Gefangenen. In: Festgabe zum Schweizerischen Juristentag 1973, Basel 1973.
- (114) H. Schultz, aa0 S. 48.

- (115) Ernst Burren, Der Vollzug der Zuchthaus- und Gefängnisstrafe gemäss Art. 37 StrGB in den schweizerischen Strafanstalten. In: Festgabe Schultz, Bern 1977, S. 483.
- (116) Ernst Meyer, Frauenstrafvollzug in Regensdorf und allgemeiner kurzer Ueberblick über den Frauenstrafvollzug in der Schweiz. In: Der Strafvollzug in der Schweiz, Nr. 70, Aarau 1970, S. 40.
- (117) Weil das 1942 in Kraft getretene StGB milder ist als vorher die kantonalen Strafgesetze waren und weil die Zahl der administrativ Eingewiesenen immer mehr abnimmt, ist die auf 170 Plätze berechnete Anstalt heute knapp zur Hälfte besetzt.
- (118) Nach Einsele, in Schwind/Blau, aaO S. 90.
- (119) E. Meyer, aaO S. 42.
- (120) N. Leupold, Votum an der GV des Schweiz. Vereins für Gefängniswesen und Schutzaufsicht vom 3.4.1955.
- (121) Leuthardt, aaO S. 86.
- (122) Vor allem einem Vortrag des bernischen Gefängnisinspektors und dem für St. Johannsen erarbeiteten Konzept sowie dem für dieses Massnahmenzentrum geltenden Organisationsschema.
- (123) Schema St. Johannsen, 12.3.1976.
- (124) Antrag an den Grossen Rat (Anm. 27).
- (125) Vortrag über "Leitgedanken für einen zeitgemässen Vollzug" von F. Moggi (ohne Datum).
- (126) Mitteilung des Ersten Sekretärs der Polizeidirektion des Kantons Bern.
- (127) Was gegenwärtig sehr schwierig zu sein scheint, vgl. Jahresbericht Hindelbank 1977.
- (128) So auch in Preungesheim, s.S.40 dieses Berichts.
- (129) Der Behandlungsplan basiert auf dem Anspruch des Gefangenen "auf eine Ausbildung und therapeutische Behandlung, die ihm dazu helfen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen" (AE § 71); er geht von der Vorstellung aus, dass Ausbildung und Therapie sich wechselseitig ergänzen.
- (130) Mindestgrundsätze des 1. UNO-Kongresses über Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger in Genf 1955.
- (131) § 39 Abs. 1 AE.
- (132) Ziffer VI der "Empfehlungen bezüglich der Gefangenenarbeit" des 1. UNO-Kongresses über Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger in Genf 1955.
- (133) Ziffer 5 der Entschliessung und Empfehlung "Gefangenenarbeit" des 2. UNO-Kongresses über Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger in London 1960.
- (134) § 82 Abs. 2 AE.
- (135) Ziffer III der "Empfehlungen bezüglich der Gefangenenarbeit" (Anm. 132).

- (136) Wie sie, stellvertretend für viele, Irma Weiss (aaO S. 82) prägnant übt.
- (137) Günter Blau, Arbeit im Gefängnis. In: Strafvollzug in Deutschland (Anm. 102), S. 79.
- (138) Entschliessung und Empfehlung "Gefangenenarbeit" (Anm. 133); eine ins einzelne gehende Regelung schlägt § 87 AE vor.
- (139) Heising, aaO S. 141 ff.
- (140) § 71 ff. AE.
- (141) Dass dies möglich ist, beweist ein in Preungesheim erfolgreich abgeschlossener Versuch (vgl. Traxler, aaO S. 67 ff.).
- (142) Ein Recht auf Bildung und Weiterbildung für Gefangene (auch mit kurzer Strafe) und Verwahrte verlangt ein Postulat Nationalrat Villards vom 28.2.1978.
- (143) Traxler, aaO S. 67.
- (144) Der AE sieht in § 84 5 Stunden im Tag vor; dazu käme täglich unentgeltlich eine Stunde "Gemeinschaftsarbeit", d.h. Hausarbeit.
- (145) Wie es etwa in Saxerriet üblich ist.
- (146) § 59 AE.
- (147) Die Lage von Gefangenen - vor allem derjenigen, die längere Strafen verbüssen - ist ähnlich der Situation chronischer Patienten einer psychiatrischen Klinik. Ueber die Beziehung rehabilitierter Patienten zu ihren Angehörigen berichtet sehr anschaulich A. Uchtenhagen: "Je mehr das jahrelange psychische Leiden eines Patienten zu sekundären Behinderungen im Sinne der Unselbständigkeit, der Funktionseinbusse, des verkümmerten Selbstwertgefühls und des Absterbens persönlicher Initiativen geführt hat, desto mehr bedarf er einer Behandlung rehabilitativen Charakters. Rehabilitation bedeutet dabei Wiedereinsetzung des Patienten in seine Lebensmöglichkeiten und seine Lebensrechte; sie schliesst unter anderem ein: eine Zunahme an Selbständigkeit und Autonomie, einen Zuwachs an Wahlmöglichkeiten, eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit, der Arbeitsmöglichkeiten und des beruflichen Selbstvertrauens, einen Abbau der Hemmungen, sich in einer persönlichen Beziehung als Person und Partner zu fühlen, einen Abbau von Abhängigkeiten, insbesondere auch von Einschränkungen, die ein psychiatrisches Milieu mit sich bringt. Alle diese Bestrebungen stellen nun nicht nur Anforderungen an den Patienten selbst dar, zum Beispiel im Sinne eines dosierten Leistungsdrucks und eines Entzugs von selbstverständlich gewordenen Hilfen, sondern sie bedeuten auch eine Störung des Gleichgewichts zwischen dem Patienten und seiner Umwelt, insbesondere seinen Angehörigen. Ein Zustand chronischer Behinderung, auf den man sich als auf etwas unvermeidbar und fast selbstverständlich Gewordenes einstellt, führt zu einem pathologischen Gleichgewicht, das durch Rehabilitation wieder in Frage gestellt werden muss. Der Patient, der wieder in Entscheidungs- und Leistungskompetenz hineinwachsen soll, muss in wohl dosiertem und erträglichem Ausmasse Unsicherheiten und Ängste auf sich nehmen, sich neuen Anforderungen aussetzen. Dadurch können regressive, aggressive, depressive Reaktionen ausgelöst werden. Der Patient wird vielleicht kränker

im Sinne verstärkter Symptome, er wird schonungsbedürftiger, reizbarer, niedergeschlagener, und das um so mehr, je weniger er seine Beunruhigung verstehen und ausdrücken kann. Derartige Vorgänge teilen sich auch der Umwelt mit und eignen sich dazu, eventuell vorhandene, im pathologischen Gleichgewicht neutralisierte Konflikte innerhalb der Familie zu reaktivieren. Auch Schuldgefühle der Angehörigen können neu angefacht werden dadurch, dass die Behandlung nun etwas in Bewegung bringt und vielleicht sogar "Erfolg" hat. Neu erwachende Lebens- und Liebesansprüche des Patienten sind möglicherweise verwirrend und unbequem oder einfach inadäquat geworden. Erinnerungen an die Dramatik einer akuten Krankheitsphase provozieren Ängste vor einer Wiederholung derartiger Erfahrungen. Genuine Freude und neue Hoffnung von Angehörigen angesichts eines Rehabilitationserfolgs können den Patienten und sein Selbstvertrauen nicht nur stärken - sie vermögen ihn unter Umständen auch zu überfordern.

Derartige negative Reaktionen seitens der Angehörigen bremsen den therapeutischen Fortschritt oftmals ebenso sehr wie positive Reaktionen ihn fördern. Sie rechtzeitig wahrzunehmen und ernst zu nehmen, ja sie vorweg zu bedenken und in die therapeutische Planung einzu beziehen, kann für den Verlauf der Behandlung ausschlaggebend werden." (Familiendynamische Aspekte in der Rehabilitation psychisch Kranker. In: Familie und seelische Krankheit, Reinbek 1976, S. 258 f.).

- (148) § 207 AE.
- (149) In Preungesheim gilt es seit langem und hat sich bewährt (vgl. S. 41 dieses Berichts).
- (150) Nachdem die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit (Art. 52 StGB) weggefallen ist, sollte -Mitbestimmung im ausseranstaltlichen Raum - die Ausübung des Wahl- und Stimmrechts als Mittel zur sozialen Rehabilitation ermöglicht und bewusst gefördert werden.
- (151) vgl. Jahresbericht 1976 des katholischen Seelsorgers.
- (152) Weiss, aaO S. 75 f.
- (153) Weiss, aaO S. 96.
- (154) Weiss, ssO S. 59 f.
- (155) vgl. S. 33 f. dieses Berichts
- (156) Bericht der Koordinationskommission für den Jugendmassnahmevollzug der deutschsprachigen Schweiz, Oktober 1977, S. 6 ff
- (157) Helmut Ostermeyer, Strafrecht, München 1971, S. 127.

EXPOSE UEBER DIE FRAUENABTEILUNG DER STRAFANSTALT  
"LA STAMPA", AUSGEARBEITET VON DER JUSTIZDIREKTION  
DES KANTONS TESSIN AUF WUNSCH DER KOMMISSION FUER  
FRAUENFRAGEN

Einrichtung und Aufbau der Strafanstalt

Die Frauenabteilung des Staatsgefängnisses des Kantons Tessin "La Stampa" bildet eine der vier Abteilungen dieser geschlossenen Anstalt (Untersuchungsgefangene, Ersttäter, Rückfällige Frauen).

"La Stampa" wurde 1967 auf dem Gemeindegebiet von Cadro, 6 km nördlich des Stadtzentrums von Lugano, in moderner Betonbauweise errichtet. Die Anstalt umfasst neben den Wirtschafts- und Verwaltungsgebäuden vier getrennte Blocks und ist von einer Mauer umschlossen.

Einer dieser Blocks dient als Frauengefängnis, das ein Erdgeschoss und zwei Stockwerke mit der folgenden Aufteilung umfasst:

- Im Erdgeschoss befinden sich zwei Werkstätten, ein Lagerraum, eine Apotheke, ein Duschlokal, eine Waschküche und eine kleine Küche. Vom Erdgeschoss aus erreicht man einen ungedeckten, eingefriedeten Hof für den täglichen Spaziergang der Strafgefangenen.
- Der erste Stock umfasst eine Küche und den Essaal, einen Aufenthalts- und Fernsehraum sowie zwölf Einzel- und zwei Dreierzellen.
- Der zweite Stock ist für das Personal bestimmt und umfasst einen Aufenthalts- und Essraum, eine kleine Küche, einen als Kapelle benützten Raum, sechs Schlafzimmer und zwei Badezimmer.

Im Untergeschoss befindet sich eine Arrestzelle.

Ein Korridor erlaubt den direkten Zugang vom ersten Stock zu den Tribünen in der Anstaltskapelle und im Mehrzwecksaal (Unterhaltungs- und Turnsaal), die für die weiblichen Gefangenen bestimmt sind.

In der Frauenabteilung sind die Inhaftierten nicht nach Untersuchungsgefangenen, Ersttäterinnen und Rückfälligen getrennt.

Die Frauenabteilung und die drei Männerabteilungen haben nicht nur die Umfassungsmauer gemeinsam, sondern entsprechen sich auch in den Sicherheitsmassnahmen. Die Zellenfenster sind mit vertikalen Eisenstangen versehen; die Türen ebenfalls aus Eisen, können nur von aussen geöffnet werden; die Fenster der Korridore und der Gemeinschaftsräume (Werkstätten, Duschen,

Küchen und Aufenthaltsräume) sind ebenfalls vergittert. Der einzige Zugang zur Frauenabteilung befindet sich im Innenhof des Gefängnisses, wo ständig ein Wärter postiert ist. Rundgänge um die Anstalt gewährleisten die Ueberwachung der Aussenfassaden.

Die Ueberwachung im Innern der Abteilung besorgen drei Ordensschwestern, die sich während des Tages ablösen. Diese Ueberwachung erstreckt sich auch auf die gemeinsamen Mahlzeiten der Gefangenen, auf die Spaziergänge und die Freizeit.

#### Gefangenenstatistik

Im Jahre 1977 wurden 88 Frauen in "La Stampa" inhaftiert (inbegriffen die zur Identitätsüberprüfung und in Untersuchungshaft Eingewiesenen); 77 Gefangene wurden entlassen.

Unter den Eingewiesenen befanden sich 46 Schweizerbürgerinnen (29 Tessinerinnen und 17 Schweizerinnen aus andern Kantonen) und 34 Ausländerinnen (26 Italienerinnen und 8 Angehörige anderer Nationalitäten).

Die im Jahr 1977 Eingewiesenen lassen sich nach Altersklassen folgendermassen aufteilen:

18 bis 25 Jahre	51 Gefangene
25 bis 30 Jahre	10 Gefangene
30 bis 40 Jahre	17 Gefangene
40 bis 50 Jahre	6 Gefangene
über 50 Jahre	4 Gefangene.

Am 31. Dezember 1977 waren 13 Frauen inhaftiert: im Jahresdurchschnitt waren es sechs Gefangene.

Andere statistische Daten für die weiblichen Gefangenen allein werden nicht systematisch erhoben; die entsprechenden Zahlen sind in den Gesamtzahlen (Männer und Frauen) enthalten, die im Jahresbericht des Gefängnisses veröffentlicht werden.

Es kann immerhin gesagt werden, dass mit Ausnahme einer wegen Mordes lebenslänglich verurteilten Frau die übrigen Inhaftierten wegen Verstössen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel oder wegen Vermögensdelikten angeklagt oder verurteilt wurden.

#### Direktion und Personal

Das Personal der Frauenabteilung besteht aus drei Ordensschwestern: einer Oberschwester, die gleichzeitig Krankenschwester ist, einer Krankenschwester, und einer Schwester, die als Erzieherin tätig ist.

Die Schwestern verfügen zwar über eine gewisse Selbständigkeit in der Abwicklung der Tagesgeschäfte der Abteilung, sie unterstehen aber der Gefängnisdirektion in allen Belangen allgemeiner Art und was die gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften anbetrifft.

Für die ganze Strafanstalt gelten die gleichen Reglemente, es gibt keine Sonderregelungen für die Frauenabteilung. Der Gefängnisdirektor ist deshalb auch für die Frauenabteilung zuständig. Auch die finanziellen und administrativen Probleme fallen unter die Zuständigkeit der Direktion.

Die drei Erzieher und Sozialarbeiter der Anstalt nehmen sich auch der weiblichen Gefangenen im Rahmen ihrer Zuständigkeit an. Zu bestimmten Zeiten stehen den Gefangenen ein Geistlicher, ein praktischer Arzt, ein Zahnarzt, ein Psychiater und eine Psychiatriseschwester zur Verfügung.

Das männliche Aufsichtspersonal arbeitet rund um die Uhr; die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 44 Stunden. Das Personal der Administration und der Direktion arbeitet montags bis freitags von je 08.00 bis 12.00 und von 14.00 bis 17.30 (42-Std.-Woche). Die Köche haben spezielle Arbeitszeiten.

Die Schwestern, die sich während der Ruhezeiten ablösen, arbeiten von 06.00 bis 12.00 und von 14.00 bis 23.00. Sie haben Anrecht auf die von den kantonalen Gesetzen vorgesehenen drei Wochen Ferien. Sie erhalten den gleichen Lohn wie das männliche Aufsichtspersonal sowie Kost und Logis.

Die Oberschwester und die Krankenschwester, die auch in den Männerabteilungen ihren Pflegeberuf ausüben, besitzen das Krankenschwesterdiplom der Scuola Convitto Cotelengo von Turin (Italien) und Berufspraxis in verschiedenen Spitälern.

Die Schwester Erzieherin hat die Kurse des Ausbildungszentrums FIRAS in Turin besucht (Federazione Italiana religiose assistenza sociale) und verfügt über praktische Spitalerfahrung.

#### Lebensbedingungen der Gefangenen

Die Gefangenen sind in Einzelzellen untergebracht; auf ausdrücklichen Wunsch können sie auch zu zweit eine Dreierzelle beziehen.

Die Zellen entsprechen jenen der Männerabteilung und messen 1.80m x 3.85m. Sie verfügen über ein WC, ein Lavabo mit fliessendem kaltem Wasser, einen Spiegel, einen an den Gemeinschaftsempfänger der Anstalt angeschlossenen Lautsprecher, ein Bett mit Matratze, Leintuch, Decke und Kissen, einen Schrank, einen Tisch mit Klappsitz, ein Bild und einen Vorhang am Fenster.

Die Türen sind ausser mit der Speisendurchreiche mit einem Guckloch versehen, das die Kontrolle der Gefangenen erlaubt. Die Zellen verfügen über Deckenheizung und über eine Lampe in der Deckenmitte. Ausserdem ist eine Alarmglocke für Notrufe vorhanden.

Einmal pro Woche oder auf speziellen Wunsch auch häufiger können die Gefangenen die Dusche benutzen. Bei dieser Gelegenheit können auch die Haare gewaschen werden.

Die Mahlzeiten werden in der zentralen Küche zubereitet; sie sind für alle vier Abteilungen gleich und reichlich bemessen. Der Arzt kann bei Bedarf Diät Mahlzeiten verschreiben. In der Frauenabteilung werden die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen.

Die Hälfte des Pekuliums, aber höchstens Fr. 150.-- pro Monat, können die Gefangenen für Genussmittel (Zigaretten etc.), Zeitungen und andere Artikel (Damenbinden etc.) ausgeben; der Anstaltsladen ist zweimal wöchentlich geöffnet.

Die Gefangenen erhalten blaue Schürzen und Baumwolltrikots, sind aber nicht gehalten, sie zu tragen. Die Gefangenen können für ihre persönlichen Sachen die Wäscherei der Abteilung benutzen.

### Strafvollzug

Bei Strafantritt wird die Gefangene nach Erledigung der Eintrittsformalitäten durch das männliche Personal von einer Schwester in Empfang genommen, die ihr die Zelle zuweist und sie über das Anstaltsreglement informiert. Für die ersten Tage ist ein Gespräch mit einem Vertreter der Direktion oder einem Sozialarbeiter angesetzt.

Die Gefangenen unterstehen dem Progressivsystem (Stufenstrafvollzug) nach den Bestimmungen des Gesetzes und der Direktion; es sieht eine zweiwöchige Einzelhaft und eine Absonderungs- und Beobachtungsstufe von weiteren zwei Wochen vor. Darauf kann die Direktion die Gefangenen dem gewöhnlichen Regime unterstellen, wenn die Justizbehörde für Untersuchungsgefangene nichts anderes verfügt hat.

Unter dem gewöhnlichen Regime kann die Gefangene an allen Freizeitaktivitäten teilnehmen (Radio, Fernsehen, Kino, Gymnastik und Sport, kulturelle Tätigkeiten und Unterhaltungen).

Die Gesetzesbestimmungen über den Stufenstrafvollzug werden angewandt. Wegen struktureller Schwierigkeiten kann aber den Gefangenen die Stufe der Halbfreiheit noch nicht gewährt werden.

Die Urlaube sind durch eine Vorordnung des Justizdepartements geregelt, die nach der Verbüßung der halben Strafzeit vierteljährliche Urlaube vorsieht, wenn die Führung der Gefangenen dies erlaubt. In besonderen Fällen kann die Direktion Urlaube von höchstens acht Stunden gewähren, während denen die Gefangene begleitet wird.

Die Qualifikationen der Gefangenen werden von den Schwestern in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst erteilt; aufgrund der Qualifikationen wird die Höhe des Pekuliums bestimmt und werden die vorgesehenen Erleichterungen gewährt.

Die Disziplinarmaßnahmen reichen von Einzelhaft bis zum Arrest in der Arrestzelle; sie werden von der Direktion verfügt, je nach Schwere des Reglementsverstosses oder nach Massgabe des unkorrekten oder gewalttätigen Verhaltens gegen Personal und Sachen.

Der Sozialdienst der Strafanstalt, unterstützt von der Schwester Erzieherin, bereitet die Gefangenen auf die Entlassung vor. Der Sozialdienst kümmert sich besonders um die Stellensuche und gegebenenfalls um die Wohnungssuche, während die Schutzaufsicht den Entlassenen Beistand und eventuell finanzielle Unterstützung gewährt.

Gestützt auf die Vorschläge der Direktion entscheidet der Aufsichtsrat nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafzeit über die bedingte Entlassung. In seine Kompetenz fällt auch die Verfügung einer Probezeit und die Unterstellung Strafantlassener unter Schutzaufsicht.

### Fürsorgedienste für die Gefangenen

Die Strafgefangenen können schriftlich und mit Angabe von Gründen eine Unterredung mit dem Direktor, dem Vizedirektor und den Sozialarbeitern verlangen. Die Unterredung wird, je nach Verfügbarkeit der verlangten Person, zwischen Montag und Freitag während der Arbeitszeit gewährt.

Die Sozialarbeiter helfen den Gefangenen in familiären und finanziellen Problemen.

Für religiöse Probleme steht den Gefangenen ausser den Schwestern zu bestimmten Stunden der Anstaltsgeistliche zur Verfügung.

Die ärztliche Betreuung umfasst zwei wöchentliche Besuche des Allgemeinpraktikers und je einen wöchentlichen Besuch des Zahnarztes und des Psychiaters. In schweren Fällen kann der Arzt die Hospitalisierung einer Gefangenen verfügen. Eine Krankenschwester assistiert den Aerzten bei den Konsultationen.

Bei Eintritt und Entlassung ist eine obligatorische Arztvisite vorgesehen. Die von den Aerzten verschriebenen Medikamente werden für die ganze Strafanstalt von den Krankenschwestern ausgegeben. Die Behandlungs- und Medikamentenkosten gehen zu Lasten des Staates, mit Ausnahme der Zahnbehandlungen, die teilweise von den Gefangenen bezahlt werden müssen.

### Bewegungsfreiheit und Kontakte innerhalb der Strafanstalt

#### Tagesordnung

Sommer (1. April bis 30. September)

06.45	Tagwache und Morgentoilette
07.00	Fassen des Frühstücks
07.15-07.45	Frühstück und Herrichten der Zellen
08.00-11.15	Arbeit
11.15-11.45	Spaziergang
12.00	Mittagessen
12.30-13.30	Freizeit, Herrichten der Zellen
13.45-17.15	Arbeit
17.15-18.00	Spaziergang
18.00	Fassen des Abendessens
18.15-18.45	Abendessen
19.00-23	Freizeit
23.15	Lichterlöschen, Nachtruhe

Winter (1. Oktober bis 31. März)

Wie die Sommerordnung mit den folgenden Abweichungen:

13.45-14.30 Spaziergang  
14.30-18.00 Arbeit

Samstag

08.00-11.15 Arbeit, Retablieren, eventuell Sport, Freizeit  
14.00-16.30 Retablieren, Duschen, Körperpflege, Freizeit  
16.30-17.15 Inspektion

Rest nach der allgemeinen Tagesordnung.

Sonntag

07.45 Tagwache und Morgentoilette  
08.00 Fassen und Frühstück  
09.30 Katholischer Gottesdienst  
10.30-11.30 Freizeit  
14.00-17.00 Freizeit

Rest nach der allgemeinen Tagesordnung.

Nach dem Abendessen haben die Gefangenen während der ganzen Woche das Recht, im dazu eingerichteten Raum die Fernsehprogramme zu verfolgen.

Die Gefangenen sind täglich von 12.00 bis 14.00 und von 23.00 bis 08.00 allein.

Die Gefangenen haben verhältnismässig intensiven Kontakt mit den Schwestern, besonders mit der Schwester Erzieherin. Ausser in Ausnahmefällen ist auch die gegenseitige Beziehung der Gefangenen untereinander befriedigend und ohne besondere Konflikte. Das Gespräch zwischen den Gefangenen unterliegt keinerlei Beschränkungen, ausser bei gegenteiliger Anordnung der zuständigen Justizbehörde.

Arbeit

Die Gefangenen müssen ungefähr 35 Stunden pro Woche arbeiten. Die Arbeit ist obligatorisch und wird von der Schwester Oberin zugeteilt. Arbeitsverweigerung wird mit Disziplinar massnahmen bestraft.

Die Gefangene nimmt die Arbeit gewöhnlich nach der Einzelhaftstufe auf; im Rahmen der Möglichkeiten werden individuelle Vorlieben berücksichtigt.

Die Arbeitsmöglichkeiten in der Frauenabteilung von "La Stampa" sind jedoch sehr beschränkt, da die Zahl der Gefangenen klein ist und sich ständig verändert. Ausser gelegentlichen Aufträgen ausserhalb der Anstalt verrichten die Gefangenen interne Arbeiten, wie Putzen, Waschen, Kochen.

Das Pekulium, das nur Arbeitenden ausbezahlt wird, richtet sich nach der geleisteten Arbeit und der Führung und reicht von einem Minimum von Fr. 100.-- bis zu einem Maximum von Fr. 280.- pro Monat (1977).

### Ausbildung

Es gibt keine Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren oder eine Schule zu besuchen.

### Freizeitgestaltung

Sofern sie dem gewöhnlichen Regime unterstellt sind, können die Gefangenen abends von 19.00 bis 23.00 den Aufenthaltsraum aufsuchen. Am Sonntag können sie überdies im Mehrzwecksaal einer Filmvorführung beiwohnen. Im gleichen Raum werden gelegentlich Theateraufführungen, Musikaufführungen und Vorträge veranstaltet, an denen die weiblichen Gefangenen auf der ihnen vorbehaltenen Tribüne teilnehmen können.

In den Zellen sind neben den Programmen über den Gemeinschaftsempfänger der Anstalt auch persönliche Radioapparate und Kassettengeräte zugelassen.

Die Fernsehprogramme können auf dem Empfänger im Aufenthaltsraum frei gewählt werden.

Die Anstaltsbibliothek steht auch den weiblichen Gefangenen offen, die sich zudem frei auf Zeitungen und Zeitschriften abonnieren können.

Der katholische Gottesdienst findet jeden Sonntagmorgen in der Anstaltskapelle statt, und die weiblichen Gefangenen können daran auf der ihnen vorbehaltenen Empore teilnehmen.

### Beziehungen zur Aussenwelt

Wenn die zuständige Justizbehörde nichts anderes verfügt, können die Gefangenen unbeschränkt mit ihrem Vormund und ihrem Verteidiger in Kontakt treten.

Wöchentlich ist ein Verwandtenbesuch von 30 Min. gestattet, bis zu einem Maximum von 2 Std. im Monat. Die Besuchszeit ist täglich (ausser montags) auf 14.30 bis 16.30 angesetzt. Gesuche um Besuche sind einige Tage zum voraus an den Sozialdienst zu richten; die Unterredungen werden in der Regel überwacht.

Die Gefangenen können unbeschränkt Briefe schreiben und empfangen. Die Korrespondenz wird vom Sozialdienst der Anstalt überwacht, der auch die tägliche Postverteilung besorgt.

Das Telefon darf nur in dringenden und begründeten Fällen benutzt werden.

Die Gefangenen dürfen monatlich ein Paket von höchstens 5 kg. empfangen; nicht zugelassen sind verderbliche Lebensmittel, Tabakwaren, Alkohol und Produkte, deren Beschaffenheit eine Kontrolle verunmöglicht.

Die Urlaube sind nach den Angaben unter "Strafvollzug" geregelt.

EXECUTION PENALE POUR LES FEMMES EN SUISSE -  
PROPOSITIONS D'AMELIORATIONS A COURT ET A LONG  
TERME; EN MEME TEMPS, PRISE DE POSITION SUR LA  
PETITION PRESENTEE PAR LES DETENUES D'HINDELBANK .

## RESUME

pourquoi ce rapport

En mars 1977, 66 détenues des établissements de Hindelbank ont adressé à M. Kurt Furgler, alors président de la Confédération, une pétition demandant sur onze points des améliorations et des allègements de l'exécution pénale. La Commission fédérale pour les questions féminines y a vu une invite à s'occuper de l'exécution des peines chez les femmes.

enquête sur le mode d'exécution à Hindelbank et à La Stampa

La commission commença son travail par une enquête sur le mode d'exécution à Hindelbank (1ère partie), qui est le seul pénitencier pour femmes en Suisse, outre la petite section féminine de la prison tessinoise de La Stampa, qui fait l'objet d'un exposé du gouvernement cantonal (annexe).

comparaison des règlements: Hindelbank est pas un établissement "facile"

Il résulte de la comparaison du règlement de Hindelbank avec les règlements d'autres établissements (pour hommes) de notre pays (2ème partie) que Hindelbank n'est pas particulièrement "facile", d'autant moins que les condamnées primaires et les récidivistes sont soumises au même régime, à quelques détails près. La comparaison porte sur les points suivants: principes de l'exécution, formation des détenus, possibilités de travail et de formation professionnelle, part au produit du travail, santé et service médical, cadeaux, visites, correspondance, téléphones, permissions, conversations, voies de plainte et mesure disciplinaires.

la criminalité des femmes

Une analyse rudimentaire de la statistique des condamnations pénales des années dernières (3ème partie) donne les résultats ci-après:

- le nombre des femmes condamnées est très sensiblement inférieur à celui des hommes;
- par rapport à la population totale, les femmes divorcées ou célibataires ont plus d'affaires pénales que les femmes mariées ou veuves et la moyenne d'âge des femmes condamnées est nettement inférieure à celle de l'ensemble des femmes;
- les délits contre le patrimoine sont encore plus nettement en tête chez les femmes que chez les hommes; les femmes ne commettent guère d'actes de violence, les lésions corporelles et les dégâts matériels étant en général dûs à la négligence;
- les peines privatives de liberté infligées aux femmes sont moins dures et moins longues; de plus, les femmes remplissent plus souvent que les hommes les conditions régissant l'octroi du sursis.

Prise de position  
sur la pétition

Dans la 4ème partie, la commission prend d'abord position sur la pétition, qu'elle approuve sur presque tous les points, avec quelques modifications cependant. Puis elle présente ses propres propositions d'amélioration. A son avis, il faut

Recommandations  
de la commission

- construire de nouveaux pénitenciers pour femmes, au minimum un dans chaque région linguistique;
- appeler des femmes à la direction des établissements pour femmes;
- assurer au personnel pénitentiaire féminin (à travail égal et qualifications égales) le même statut qu'au personnel masculin;
- donner au personnel des établissements pour femmes une formation appropriée (permanente);
- examiner le problème du personnel attaché à la section des récidivistes de Hindelbank (composé uniquement de diaconesses);
- définir nettement les tâches et attributions du personnel de Hindelbank, lui donner plus de compétences et le consulter dans une mesure plus large;
- établir pour chaque nouvelle détenue un plan de traitement réglant au moins les points suivants: désignation des assistants permanents, mesures concernant la formation et le traitement thérapeutique, le travail, les loisirs, les allègements et la préparation de l'élargissement;
- introduire l'exécution en groupe;
- établir pour les détenues des programmes de formation adaptés à la durée de la peine et menant à des certificats reconnus, inclure la formation dans le temps de travail;
- élargir l'éventail des possibilités de travail;
- déterminer le pécule selon les lois du marché en ne tenant compte de la conduite de la détenue que pour fixer la part dont elle peut disposer librement;
- promouvoir le travail à l'extérieur;
- permettre aux détenues de donner leur avis et d'assumer des responsabilités dans certains domaines;
- laisser les enfants auprès de leur mère jusqu'à l'âge de l'école maternelle (selon le régime en vigueur, ils sont séparés de leur mère dès l'âge de 18 mois);
- abolir les arrêts;

- permettre le port de vêtements et de linge personnels, de même que les soins de beauté;
- alléger l'exécution en accordant aux détenues une liberté croissante;
- accroître les possibilités de dialogue, élargir le cercle des visiteurs et accorder plus de permissions;
- décentraliser l'exécution des peines en régime de semi-liberté;
- suivre de très près les détenues libérées conditionnellement;
- adapter constamment les règlements à la pratique et promulguer des règlements distincts pour les condamnées primaires et les récidivistes;
- supprimer les inégalités de traitement dans l'exécution des peines, selon qu'il s'agit des hommes ou des femmes.

La suite des travaux

La commission ne veut pas se borner au présent rapport. Elle a au contraire décidé d'élaborer, avec la participation du Département fédéral de justice et police et d'experts du dehors, une ordonnance d'exécution, une liste d'emplois externes pour les détenues de Hindelbank et un programme de formation générale et professionnelle en fonction de la durée des peines.

# INDEX

		page
	Introduction	
	Un Rapport partiel	1
3	La délinquance des femmes et les mesures de sécurité dans les établissements	1
3.1	La délinquance	1
3.1.1	Condamnations en vertu du CP; données démographiques	1
3.1.2	Groupe de délits	2
3.1.3	Genre et mesure des peines	4
3.1.4	La situation des délinquantes	4
3.1.5	Comment expliquer la plus faible criminalité des femmes	5
3.2	La disparité entre la petite criminalité des femmes et les mesures de sécurité	5
4	Proposition d'améliorations à court et à long terme; en même temps prise de position sur la pétition présentée par les détenues de Hindelbank	6
4.1	Le modèle de Preungesheim	6
4.2	Prise de position sur la pétition des détenues de Hindelbank	8
4.2.1	La teneur de la pétition	8
4.2.2	La réponse de M. Furgler	8
4.2.3	Prise de position de la commission	9
4.2.3.1	Interphone	9
4.2.3.2	"Cellules ouvertes"	9
4.2.3.3	La conduite des détenues en tant que critère pour l'utilisation du pécule	9
4.2.3.4	Achats	11
4.2.3.5	Privations en cas de maladie	11
4.2.3.6	Abolition du cachot comme peine disciplinaire	11
4.2.3.7	Isolement trop long en fin de semaine	12
4.2.3.8	Octroi d'une heure de contacts humains	12
4.2.3.9	Réduction du travail à 7h1/2	12
4.2.3.10	Réduction à 7 h pour permettre 2 promenades	13
4.2.3.11	Faciliter les visites, assurer les contacts familiaux avant tout par des congés	13
4.2.3.12	Pour un service médical irréprochable, mais contre le recours à un médecin de confiance	14
4.2.3.13	Interdiction de fumer en cas de régime	16
4.2.3.14	Prêts de livres sans limitation	16
4.2.3.15	Journaux pour la collectivité	16
4.2.3.16	Renouvellement de la bibliothèque, aménagement d'une salle de lecture	17
4.2.3.17	Nouvelle réglementation concernant la consommation de cigarettes	17
4.2.3.18	Amélioration des possibilités de formation	17
4.2.3.19	Formation pendant les heures de travail	18
4.2.3.20	Loisirs	18
4.2.3.21	Encourager les activités créatrices	19

## II

4.3	Propositions de mesures à long terme pour améliorer les conditions d'exécution	19
4.3.1	Création de nouveaux établissements femmes	20
4.3.2	Direction féminine pour les prisons de femmes	20
4.3.3	Statut égal pour le personnel féminin	20
4.3.4	Questions concernant les diaconesses	21
4.3.5	Formation (continue) spéciale du personnel des prisons pour femmes	21
4.3.6	Répartition précise des tâches et des compétences	21
4.3.7	Introduction du système de groupe	21
4.3.8	Encourager le travail à l'extérieur	23
4.3.9	Plan de traitement	23
4.3.10	Diversifier les possibilités de travail	23
4.3.11	Indemnités de travail conformes aux lois du marché	24
4.3.12	Apprentissages couronnés par un certificat reconnu	24
4.3.12.1	Formation pendant les heures de travail	25
4.3.13	Libéralisation progressive du régime d'exécution	25
4.3.14	Extension du cercle des visiteurs	25
4.3.15	Décentraliser l'exécution en semi-liberté	25
4.3.16	Assistance à la libération	26
4.3.17	Adaptation constante du règlement, règlements distincts pour les primaires et les récidivistes	26
4.3.18	Participation des détenues	26
4.3.19	Eviter si possible de séparer mère et enfant	26
4.3.20	Modifier le système des audiences, élargir les possibilités de dialogue	26
4.3.21	Abolition du cachot	27
4.3.22	Autoriser le port de vêtements et de linge personnels et les soins de beauté	27
4.3.23	Supprimer les différences de traitement entre les hommes et les femmes	27
	Exposé sur la section des femmes du pénitencier de La Stampa	29

## INTRODUCTION

L'exécution des peines est l'objet d'un débat public qui dure depuis des années. Puniton ou "Zwangsanpassung durch Resozialisierung" (Wolfgang Naucke), peu importe, la société s'intéresse à la façon dont sont expiées les fautes contre les règles qu'elle a établies. Il y a une année encore, ce qu'on écrivait et disait sur les prisonniers et les établissements était avant tout le fait de "hors les murs", or il est maintenant fréquent que les détenus eux-mêmes prennent la plume ou la parole. Ainsi, après les pétitions d'hommes incarcérés à Wauwilermoos/LU et Oberschöngrün/SO, 66 femmes détenues à Hindelbank ont adressé en mars 1977 à M. Kurt Furgler alors président de la Confédération, une pétition en onze points demandant des améliorations et des allègements dans l'exécution des peines.

La Commission fédérale pour les questions féminines a vu dans cette pétition une invite à s'occuper de l'exécution des peines chez les femmes. Certes, il n'y a chaque année que très peu de femmes condamnées sans sursis à des peines privatives de liberté (selon la dernière statistique, il y a eu en 1975 248 condamnations prononcées en vertu du code pénal). Il n'en demeure pas moins que ce groupe est en quelque sorte le négatif de la condition féminine. Le jugement que l'on porte sur la société dépend de la manière dont elle traite les individus qu'elle considère comme les moindres au regard de ses propres règles. L'exécution des peines donne donc indirectement bon nombre d'informations sur la société et l'image qu'elle se fait de la femme. Et pour autant que les milieux responsables fassent preuve de bonne volonté, il est possible de provoquer directement des améliorations ou des allègements pour les femmes qui subissent une peine privative de liberté.

Voilà les raisons pour lesquelles la commission s'est occupée de l'exécution des peines chez les femmes. Le présent rapport est le résultat provisoire de ses travaux, qui seront poursuivis dans une optique plus pratique. La commission a l'intention d'élaborer un projet d'ordonnance d'exécution, de dresser une liste de places de travail externes, d'établir un programme de formation générale et professionnelle selon la durée des peines. Peut-être n'aboutira-t-elle à aucun résultat utilisable. Et quand bien même elle ne réussirait que partiellement dans sa tâche, elle aura déjà fait beaucoup. Malgré les doutes qui planent sur les chances de succès de son entreprise, la commission entend aller de l'avant conformément à une exhortation de Ludwig Hohl:

"Zu bedenken, dass wir nicht für das Vollkommene, weder für ein Vollkommenes, das aus uns hervorginge und das wir hinterliessen, noch ein Vollkommenes, das wir in der Welt ausser uns anträfen, befähigt, bestimmt sind, dass es aber darauf ankommt, unser Mögliches, unser Richtiges zu tun - und dass, wie dann die Dinge um uns aussehen, uns ganz zuletzt auch ein wenig kühl lassen, uns ein wenig leichtfallen darf" (Nuancen und Details).

## UN RAPPORT PARTIEL

Le rapport intégral commence par un exposé complet du mode d'exécution des peines à l'établissement de Hindelbank (première partie), la seule prison pour femmes de Suisse outre la petite section féminine du pénitencier tessinois La Stampa. Cet exposé est suivi (dans la seconde partie) d'une présentation comparative du règlement de Hindelbank et d'autres pénitenciers de notre pays. Admettant que la Suisse romande et surtout le Tessin s'intéresseront plus aux considérations générales et prospectives qu'aux particularités présentes, nous avons limité la traduction du rapport aux deux chapitres consacrés à la criminalité chez les femmes et aux possibilités d'améliorer le mode d'exécution des peines sur les points soulevés par la pétition.

### 3 LA DELINQUANCE DES FEMMES ET LES MESURES DE SECURITE DANS LES ETABLISSEMENTS

3.1. La délinquance La délinquance féminine ne peut être traitée ici que dans un cadre restreint tant du point de vue des statistiques que des définitions. La statistique officielle ne porte pas sur l'ensemble de la délinquance, mais seulement sur les condamnations et les personnes condamnées.

Les renseignements ci-après (la commission remercie le Bureau fédéral de statistique pour la documentation qu'il a bien voulu lui fournir) sur l'état présent de la délinquance féminine reposent sur les données calculées à partir des fréquences des années 1974, 1975 et 1976; ceux qui concernent le développement de la criminalité de ces dernières années sont basés sur les périodes 1968-1974 et 1970-1976. La structure démographique des femmes condamnées fait l'objet de comparaisons avec celle des délinquants masculins; il est ainsi possible de dégager les caractères spécifiques de la criminalité féminine. L'exposé ne se rapporte qu'à des personnes âgées de 18 ans au moins et, sauf mention expresse, à des condamnations prononcées en vertu du code pénal.

3.1.1  
Condamnations en  
vertu du CP;  
données démographiques

Si l'on considère toutes les condamnations prononcées en vertu d'une loi fédérale, le rapport entre femmes et hommes est de 1:9; il n'y a donc que 10 femmes sur 100 personnes condamnées (en chiffres absolus : 5080). S'agissant du seul code pénal (CP), la proportion des femmes est légèrement supérieure (17% ou 3220); en revanche, cette même proportion est nettement inférieure en ce qui concerne les condamnations prononcées en vertu de la loi sur la circulation routière, soit 7% (550).

Le nombre sensiblement inférieur des condamnations de femmes - environ un sixième, alors que les femmes représentent plus de la moitié de la population - est plus ou moins le même dans tous les pays industrialisés, où il varie de 10 à 20 pour cent.

En ce qui concerne la structure démographique des personnes condamnées, on peut relever que la moitié des femmes sont mariées, un tiers célibataires. (Chez les hommes, la répartition est inverse.) Mais en comparant cette répartition des femmes condamnées avec l'état civil de l'ensemble de la population féminine (âgée de 18 ans au moins), il apparaît que les femmes divorcées ou célibataires sont relativement beaucoup plus nombreuses à enfreindre la loi (facteurs 3.5 et 1.5) que les femmes mariées ou veuves (facteurs 0.8 et 0.25). (Chez les hommes cette répartition est encore plus accentuée).

L'état civil dépendant partiellement de l'âge, il est nécessaire de considérer les deux éléments. La répartition des condamnés selon les classes d'âge indique une relation étroite. Le risque de délinquance est particulièrement grand chez les jeunes, puisque plus de la moitié des condamnations concernent des personnes de 18 à 29 ans (femmes 52%, hommes 59%), 30% l'âge moyen (30 à 44 ans) et seulement 17% (hommes 13%) la catégorie des plus de 45 ans.

Le jeune âge des condamnés apparaît plus nettement encore lorsqu'on compare l'âge moyen des condamnés célibataires et mariés avec l'âge moyen des catégories correspondantes de l'ensemble de la population. L'âge moyen des célibataires condamnés des deux sexes est de 25 ans environ. La population célibataire a toutefois un âge moyen de 37 ans chez les femmes et de 30 ans chez les hommes. On constate une disparité analogue chez les personnes mariées. L'âge moyen des condamnés mariés est de 35 ans chez les femmes, de 37 ans chez les hommes. alors que pour l'ensemble de la population il est de 43 ans chez les femmes et de 46 ans chez les hommes.

### 3.1.2 Groupe de délits

La structure spécifique de la délinquance féminine ne peut être établie que sommairement.

Dans deux groupes de délits, les femmes sont représentées en nombre supraproportionnel, mais seul le groupe des délits contre la propriété (groupe de délits patrimoine), avec une part de 76% au nombre total de condamnées (hommes 56%), revêt une importance quantitative, alors que la part du groupe de délits "faux dans les titres", n'est que de 4 pour cent. Celle des autres groupes de délits est également inférieure à 7 pour cent.

Les délits contre la propriété prédominent dans toutes les classes d'âge des deux sexes (50-75%); chez les femmes, la deuxième place revient aux délits contre la vie et l'intégrité corporelle (moins de 10%).

Dans le groupe de délits "patrimoine", les "vols simples" représentent à eux seuls les deux tiers de tous les délits des femmes contre la propriété. Les lésions corporelles par négligence, l'homicide par négligence et les lésions corporelles simples sont les principaux délits du groupe de délits "Vie et intégrité corporelle", tant chez les femmes que chez les hommes. Les autres groupes de délits sont quantitativement si petits qu'il est difficile d'établir des différences nettes.

Si l'on considère les groupes de délinquants du point de vue de leur âge, il apparaît dans tous les groupes de délits que le nombre des condamnés (hommes et femmes) diminue avec l'âge. Une seule exception: les délits contre la famille, qui concernent par définition avant tout des personnes mariées (ou divorcées), d'où une fréquence particulièrement forte dans la classe d'âge de 30 à 44 ans.

Le plus grand nombre de femmes ont été condamnés pour les délits ci-après:

Délit	CP article	nombre de jugements
Vol simple	137.1	1660
Escroquerie	148	215
Abus de confiance	140	124
Faux dans les titres	251	118
Détournement d'objet mis sous main de justice	169	100
Obtention frauduleuse d'une prestation	151	97
Lésions corporelles par négligence	125	93
Incendie par négligence	222	82
Larcins	138	78
Diffamation, calomnie, injure, violation de secrets privés	173-179	75
Homicide par négligence	117	56
Vol qualifié	137.2	37
Lésions corporelles simples	123	32
Violation d'une obligation d'entretien	217	28
Attentat à la pudeur des enfants	191	22
Filouterie d'auberge	150	20
Violence ou menace contre les autorités	285	11
Séquestration	182	7
Extorsion et chantage	156	5
Faux dans les certificats	252	5

Il faut y ajouter 235 condamnations en vertu de la loi sur les toxiques et 1'306 en vertu de la loi sur la circulation routière.

3.1.3  
Genre et mesure  
des peines

Pour apprécier la criminalité féminine, il importe de déterminer s'il y a des différences entre hommes et femmes en ce qui concerne le genre et la mesure des peines.

Un peu plus des trois quarts des peines prononcées sont de part et d'autre des peines privatives de liberté; les femmes sont moins souvent condamnées à des amendes que les hommes. Plus des quatre cinquièmes des peines privatives de liberté comportent de part et d'autre moins d'une année d'emprisonnement. En revanche, les peines les plus lourdes (réclusion et emprisonnement pour plus d'une année) sont moins fréquentes chez les femmes (3%) que chez les hommes (8%). Ces jugements en générale plus favorables pour les femmes concernent tous les groupes de délits et les principales infractions, à l'exception des délits contre les moeurs.

S'agissant de condamnations à de courtes peines privatives de liberté, la proportion des femmes est de 20,77% la première fois, de 14,03% lors d'une première récidive et de 12,57% en cas de deuxième récidive. La proportion des femmes diminue donc nettement avec l'augmentation du nombre des condamnations, alors que celle des hommes s'accroît. Cette constatation est confirmée par l'étude de la récidive. Les femmes ayant bénéficié du sursis ne récidivent que dans 13,11% des cas; chez les hommes, ce pourcentage s'élève au double (27,92%). Le sursis aide donc les femmes à ne pas récidiver. Mais après l'exécution de courtes peines privatives de liberté (jusqu'à 6 mois), le pourcentage des récidives connaît une forte hausse, à peu près la même des deux côtés.

Les femmes remplissent plus souvent que les hommes les conditions régissant l'octroi du sursis (environ 90% contre 67%). En outre, la durée moyenne des peines est plus courte chez les femmes (1,8 mois) que chez les hommes (4,6 mois). Enfin, les réductions de peines sont plus fréquentes chez les femmes (10,3% contre 8,8%); quant aux peines accessoires et autres mesures, elles sont moins fréquentes.

La documentation remise au Bureau fédéral de statistique ne permet pas d'établir si ces disparités reposent sur une pratique judiciaire différente à l'égard des femmes ou sur des différences réelles dans les délits.

3.1.4  
La situation des  
délinquantes

Les délinquantes sont plus fréquemment issues de familles perturbées. Les femmes sont peut-être plus sensibles à l'environnement, les hommes plus dépendants de leurs prédispositions. Mais il faut en tout cas s'attendre à une accumulation de conditions défavorables chez les délinquantes parce qu'elles représentant un plus petit échantillon de leur groupe de population que les hommes.

En revanche, il est faux d'affirmer que la majeure partie des femmes condamnées n'ont fréquenté que des classes spéciales. Il suffit de consulter les rapports annuels des établissements de Hindelbank pour s'en convaincre.

3.1.5  
Comment expliquer  
la plus faible  
criminalité des  
femmes

On a expliqué de diverses manières la faible criminalité féminine établie par les tribunaux. Parmi les raisons avancées, nous citerons les suivantes: Les femmes sont moins intégrées à la vie publique et professionnelle; dans les situations conflictuelles, elles choisissent des solutions telles que la prostitution, le recours aux médicaments, les maladies psychiques. Les troubles psychosomatiques, la schizophrénie, les psychoses, les névroses, la dépendance à l'égard des médicaments, sont autant de phénomènes plus fréquents chez les femmes que chez les hommes; ladite dépendance a des effets plus graves chez la femme; le nombre des femmes alcooliques a doublé depuis la fin de la guerre; les jeunes filles et les femmes qui se droguent sont toujours plus nombreuses. Enfin, les femmes ont reçu une éducation différente, qui les incite plutôt à la subordination. Dans cet ordre d'idées, on peut aussi se demander si la conception traditionnelle des rôles ne se traduit pas par une certaine indulgence à l'égard des femmes (moins de dénonciations, jugements plus cléments).

3.2  
La disparité entre  
la petite criminalité  
des femmes et  
les mesures de  
sécurité

Il ressort du chapitre précédent que les femmes ne commettent guère d'actes de violence. Les lésions corporelles ou les dommages matériels sont dûs dans la plupart des cas à la négligence. Les femmes commettent plutôt des abus de confiance, des faux dans les titres et des délits contre l'honneur. La nature de leurs infractions ne soulève donc pas de problèmes de sécurité particuliers. Les rapports annuels de Hindelbank ne signalent d'ailleurs que très rarement des actes de violence entre détenues ou contre le personnel. Depuis plusieurs années, aucune détenue ne s'est évadée de sa cellule. Il n'y a eu que quelques évasions à l'occasion de promenades ou de soirées récréatives.

Aussi, pourquoi autant d'installations de sécurité, pourquoi cette pratique de la détention cellulaire? Les mesures prises coûtent cher, d'autant plus que leur utilité est douteuse et leur nécessité contestable. Les moyens financiers investis seraient plus utiles dans le domaine de la resocialisation.

Le crédit de 1,87 millions de francs voté au printemps par le Grand Conseil bernois sert lui aussi avant tout à renforcer les installations de sécurité et de contrôle, en seconde ligne seulement à améliorer les conditions de vie, notamment par l'aménagement de salles de séjour avec office et de salles de télévision pour petits groupes, alors qu'il faudrait faire beaucoup plus pour accroître les possibilités de formation, de travail et de loisirs.

"Es steht zu hoffen, dass mit der Erneuerung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Vollzug die neuen Errungenschaften des Strafvollzuges, wie Gruppentherapie, Selbstverwaltung, Lockerung der Aufsicht über die der Entlassung nahen Gefangenen, vermehrter Kontakt zwischen Anstalt und Aussenwelt, auch in den schweizerischen Anstalten heimisch werden, soweit sie, wie die Urlaube, es nicht bereits sind. Wenn der Staat dem Bürger die Freiheit entzieht, so ist er verpflichtet, alles vorzunehmen, um diesem Zwangseingriff die schädlichen Wirkungen zu nehmen und den Entzug der Freiheit möglichst sinnvoll zu gestalten. Nur nebenbei sei angemerkt, dass der schweizerische Strafvollzug, welcher der Pionierleistung der Familie Kellerhals wegen seit 1895 international hohes Ansehen genoss, in Gefahr steht, in Rückstand zu geraten". (Hans Schultz, Einführung in den Allgemeinen Teil des Strafrechts, Bern 1973, Zweiter Band, p. 51)

4 PROPOSITIONS D'AMELIORATIONS A COURT ET A LONG TERME;  
EN MEME TEMPS, PRISE DE POSITION SUR LA PETITION  
PRESENTEE PAR LES DETENUES DE HINDELBANK

La dernière partie de ce rapport comporte une prise de position sur la pétition des détenues de Hindelbank, qui concerne principalement des améliorations et allègements réalisables à court terme, et des recommandations de la commission pour une politique pénitentiaire à long terme. Cette prise de position et ces recommandations sont basées sur les expériences et les réalisations de la prison pour femmes de Frankfurt-Preungesheim.

4.1 Le modèle de  
Preungesheim

Le pénitencier de Frankfurt-Preungesheim, la plus grande des quatre prisons pour femmes de la République fédérale d'Allemagne (indépendantes les unes des autres du point de vue de l'organisation), a mis en chantier un essai de réforme destiné à améliorer la réhabilitation sociale et la formation professionnelle des détenues. Le point de départ de l'expérience de Preungesheim est que les détenues sont pour la plupart des personnes gravement perturbées, instables, sensibles, craintives et découragées devant la vie, sans amour-propre. Le but du séjour en prison est donc de les encourager et de leur rendre le sentiment de leur dignité, de leur valeur. Pour atteindre cet objectif, il est absolument nécessaire de

- donner au personnel une formation spécifique continue
- assurer aux détenues un traitement thérapeutique suivi
- leur offrir une formation professionnelle
- alléger progressivement les conditions de détention (permissions, travail à l'extérieur)
- s'occuper des détenues libérées.

A Preungesheim, les détenues forment des groupes (8 à 10 détenues) confiés à 2 fonctionnaires pénitentiaires et 1 travailleur social. Ces groupes sont constitués avec beaucoup de soin. Ils ne sont pas astreints dès leur constitution au travail quotidien, qui est remplacé dans un premier temps par des discussions de groupe, des entretiens privés sur la situation personnelle de chaque détenue, des activités pratiques telles que la confection de vêtements, l'élaboration d'un plan de menus, l'installation d'un ménage, etc.

En ce qui concerne la formation, on est d'avis à Preungesheim qu'elle ne doit pas se limiter à des connaissances relevant uniquement de la conception traditionnelle du rôle et de la tâche de la femme en tant que mère et ménagère. Etant donné que la plupart des détenues n'ont pas bénéficié d'une formation scolaire suffisante, il s'agit d'abord d'en combler les lacunes. C'est pourquoi on a conçu en RFA des programmes spéciaux pour la formation des détenues, qui peuvent ainsi faire en 2 ou 3 ans, dans l'établissement même, un apprentissage de coiffeuse, cuisinière, secrétaire ou fleuriste, et obtenir un

certificat de fin d'apprentissage reconnu. De très nombreuses détenues ont déjà fait usage de cette possibilité.

Quant aux cours de perfectionnement, l'expérience prouve que l'assiduité et la persévérance des détenues sont plus grandes s'ils n'ont pas lieu exclusivement pendant les heures de récréation.

La durée effective du travail est de 35 heures par semaine. Les cours de formation peuvent être suivis pendant les heures de travail et sont également rémunérés. Le pécule est déterminé uniquement par le rendement, sans qu'il soit tenu compte de la conduite.

Les détenues portent leurs vêtements personnels. Elles ne sont pas enfermées dans leur cellule dès la fin du travail. Les portes des cellules demeurent ouvertes, les détenues pouvant ainsi se rendre visite; sauf exception, il en est de même la nuit. Les visites de parents ou amis sont permises tous les 15 jours et ne sont l'objet d'aucune surveillance. Les enfants peuvent venir voir leur mère en prison. Les peines d'arrêt sont interdites par la loi.

L'exécution des peines a lieu par paliers. Dans une première phase, les détenues bénéficient d'une assistance très suivie. Elles sont dès que possible transférées dans de petits établissements décentralisés, où elles peuvent travailler en semi-liberté, ce qui facilitera leur réintégration sociale. Les détenues libérées ne sont pas abandonnées à leur sort; les services de patronage s'en occupent très activement.

Les détenues peuvent garder auprès d'elles leurs enfants jusqu'à l'âge de 5 ans. Ceux-ci peuvent fréquenter les écoles maternelles publiques.

Tous les 6 mois, les détenues élisent des déléguées qui ont le droit de donner leur avis sur

- l'aménagement des loisirs
- les périodiques, les livres
- les menus
- le programme des divertissements.

Chaque détenue a l'occasion d'exercer la fonction de déléguée. La rotation est rapide pour assurer le renouvellement des idées.

Il y a chaque mois une réunion avec la direction afin d'examiner les plaintes et les suggestions.

Le personnel se réunit une fois par semaine ou tous les jours selon les fonctions. La plupart des propositions d'innovation viennent de là.

4.2 Prise de position sur la pétition des détenues de Hindelbank

En mars 1977, 66 détenues des établissements de Hindelbank ont adressé à M. Kurt Furgler, alors président de la Confédération, une pétition demandant

4.2.1  
La teneur de la pétition

1. l'installation de sonnettes dans les cellules, afin d'éviter un nouveau "cas Hussein";
2. la suppression de toutes les contraintes (p.ex. les "notes", les privations imposées aux malades - tabac, radio), l'installation d'un véritable magasin;
3. l'abolition du cachot (cf. aussi l'article dans le "Tagesanzeiger" de Zurich du 18.12.1976 sur les suicides de détenus), des cellules ouvertes le samedi et le dimanche et durant au moins 1-2 heures tous les jours;
4. la réduction de la durée quotidienne du travail de 9 à 7 heures;
5. la possibilité de prendre l'air pendant 30 minutes 2 fois par jour;
6. l'allongement du temps de visite à 2 heures par semaine (contact avec la famille, particulièrement important pour les femmes);
7. la faculté de consulter à ses propres frais le médecin de son choix (les médecins attachés au pénitencier étant surchargés);
8. la possibilité d'obtenir un régime alimentaire sans renoncer au tabac;
9. la suppression de toute limitation et censure des périodiques et des livres (présentement 3 livres en 15 jours, bibliothèque vieillie);
10. la permission de fumer plus de 3 paquets de cigarettes par semaine;
11. la rénovation, conjointement avec les détenues, des programmes de formation et de divertissement.

4.2.2  
La réponse de M. Furgler

Le chef du Département fédéral de justice et police a informé les pétitionnaires, par une lettre du 2 septembre 1977, que le Conseil fédéral ne pouvait examiner la pétition en tant qu'autorité de surveillance, leurs auteurs n'ayant pas fait usage du droit de plainte auprès des autorités cantonales. M. Furgler a néanmoins fait quelques observations sur l'un ou l'autre point de la pétition, notamment en ce qui concerne l'organisation des achats, la réduction des heures de détention cellulaire, l'affiliation de la bibliothèque à la Bibliothèque pour tous et la consommation de cigarettes. Tous ces problèmes font l'objet d'un réexamen par la direction de la police du canton de Berne. De plus, les cantons concordataires envisagent une nouvelle réglementation et l'uniformi-

sation du pécule et du régime des visites. Diverses autres améliorations se heurtent au manque de personnel. Certaines exigences des pétitionnaires reposent sur une erreur: les détenues malades ou soumises à un régime alimentaire ne peuvent être privées de cigarettes que sur ordre du médecin, les malades peuvent écouter la radio, la durée du travail n'excède pas 40 heures par semaine.

4.2.3  
Prise de position  
de la commission

La commission s'est donné la peine d'examiner de manière approfondie tous les points de la pétition, qui concernent des aspects très variés du régime pénitentiaire. Ses conclusions sont les suivantes:

4.2.3.1  
Interphone

Concernant l'installation de sonnettes dans les cellules

Enfermée dans sa cellule, la détenue est complètement isolée, privée de toute possibilité de communication. Elle ne peut qu'appeler ou frapper. Situation pénible pour la détenue, mais aussi pour la gardienne qui assure le service de nuit et la surveillance en fin de semaine. Les détenues malades ou enceintes étant également enfermées, la surveillante ne peut dormir que d'un oeil.

Dans l'intervalle, le Grand Conseil bernois a alloué pour Hindelbank un crédit de construction de 1,87 millions de francs, qui permettra notamment d'installer un interphone reliant les cellules aux services de surveillance.

4.2.3.2  
"Cellules ouvertes"

La commission se demande en outre s'il ne faudrait pas aussi examiner la possibilité de mettre une poignée sur le côté intérieur des portes. En cas de nécessité (p.ex. grossesse, maladie, malaise), les détenues pourraient ainsi sortir par leurs propres moyens. Au demeurant, le principe des "cellules ouvertes" est déjà appliqué dans d'autres établissements.

L'installation de poignées de porte serait un bienfait psychologique pour les détenues, qui devraient cependant être tenues de demeurer dans leurs cellules à certaines heures. Pour prévenir le risque de vols dans les "cellules ouvertes" il suffirait d'installer des armoires à clef.

4.2.3.3  
La conduite des  
détenues en tant que  
critère pour l'utili-  
sation du pécule

Concernant la suppression des contraintes

Les détenues qui travaillent reçoivent une rémunération, dont le principe est réglé par les articles 376 à 378 CP, qui parlent d'une part du produit du travail.

Ces dispositions sont muettes sur le montant de la rémunération. La prestation de travail (qualité, application, soin, etc.) n'est pas le critère du montant absolu, mais seulement

Le moyen de graduer la part de la détenue à l'intérieur des limites minimum et maximum fixées d'avance. A Hindelbank, comme d'ailleurs dans d'autres établissements, on se réfère encore à des critères étrangers au travail proprement dit (p.ex. bonne conduite, ponctualité, ordre, propreté). La tenue générale est prise en considération afin de pouvoir l'influencer sans devoir recourir à des mesures disciplinaires. Ce système de qualification correspondrait à un désir exprimé par les détenues lors de la révision du règlement. Une limitation des critères d'appréciation à la prestation de travail est présentement à l'étude sur le plan national.

La commission estime que les facteurs totalement étrangers au travail lui-même ne devraient pas être pris en considération pour le calcul du pécule, mais dans un autre contexte. La rémunération n'agit pas sur le détenu uniquement par son montant, mais aussi par le mode d'utilisation. La réglementation de l'argent de poche présente un intérêt particulier et immédiat pour le détenu. Il est donc possible de s'en servir pour influencer sur sa conduite générale. Il serait donc pensable de se baser sur ce critère pour déterminer la part du pécule qui est laissée à sa libre disposition. Ce procédé toucherait le détenu d'une manière directe et influencerait sa conduite certainement tout autant que le montant même du pécule. Déterminée uniquement par la prestation de travail, la rémunération est une mesure destinée principalement à stimuler le détenu, à le faire travailler, mais elle a aussi une valeur préventive en ce sens qu'elle lui permettra de vivre à sa sortie de prison et d'éviter ainsi plus facilement une rechute. De plus, le pécule permet au détenu de soutenir sa famille. Il joue donc un rôle important dans sa resocialisation. C'est méconnaître ce rôle que de diminuer le pécule uniquement en raison d'une conduite générale qui laisse à désirer.

Un régime de cette nature répondrait certainement aux exigences de l'article 376 CP qui, selon Heising, veut astreindre les cantons à rémunérer le travail du détenu qui satisfait à certaines exigences: "Es verbietet sich demgemäss nur eine zu enge, nicht aber eine zu weite Auslegung dieser Verpflichtung durch den kantonalen Gesetzgeber. Dieser mag auf die Voraussetzung des guten Verhaltens sogar ganz oder teilweise verzichten, solange dadurch der Sinn des Strafvollzugs nicht gefährdet wird"\* Selon cet auteur, seule la moitié à peu près des établissements tiennent compte de la conduite générale.

Cette conduite peut d'ailleurs être prise en considération également dans le cadre du régime des faveurs, qui exercent des effets directs sur les détenues. Il est cependant souhaitable que les qualifications soient communiquées et expliquées verbalement aux détenues, peut-être lors d'un rapport hebdomadaire.

---

\* Michael Heising, Die Entlohnung der Gefangenenarbeit, Studien zur Rechtswissenschaft Heft 83, Basel und Stuttgart 1968, p. 37

4.2.3.4  
Achats

Il n'y a pas à Hindelbank de "marché" proprement dit, où les détenues pourraient acheter au comptant. Les détenues remplissent une liste, les produits commandés sont apportés dans la cellule et imputés sur le pécule.

Comme la pétition le demande, la commission propose de créer un véritable point de vente (local ou chariot, comme dans les hôpitaux), afin que, notamment, les détenues ne soient pas perturbées dans leur relation avec l'argent et ne fassent pas des achats inconsidérés. Il faudrait aussi qu'elles puissent donner leur avis sur l'assortiment et le choix des fournisseurs (commerces spécialisés ou discount).

4.2.3.5  
Privations en cas  
de maladie

Les privations en cas de maladie ont probablement pour but de lutter contre la simulation. De l'avis de la commission, les détenues ne devraient être privées de cigarettes que si le médecin l'ordonne. Quant à l'écoute de la radio et aux achats, ils n'ont vraiment rien à voir avec le fait d'être malade. Des privations ne sont admissibles que lorsqu'elles peuvent aider à atteindre le but de la détention. Dans le cas contraire, elles doivent être considérées comme des chicanes. Il est plus important de bien traiter les détenues réellement malades que de punir les éventuelles simulatrices.

4.2.3.6  
Abolition du cachot  
comme peine  
disciplinaire

L'article 55 du règlement prévoit des arrêts jusqu'à 14 jours. Il ne dit cependant pas dans quel laps de temps une peine de cette nature peut être répétée. Dans la pratique, les arrêts sont limités à 3 jours.

Le Tribunal fédéral admet la constitutionnalité des arrêts à la condition qu'ils ne soient infligés que pour des délits graves et répétés et que leur durée, la nature de la cellule ou les privations accessoires ne portent pas atteinte à la santé physique ou psychique du détenu.

La commission est d'avis que la peine d'arrêts est discutable, même si les conditions susmentionnées sont remplies, d'autant plus que des candidates au suicide sont mises au cachot à titre préventif jusqu'à l'arrivée du psychiatre. Il est établi que même de courte durée, la peine du cachot peut avoir des conséquences psychiques graves. Aussi la commission déplore-t-elle que les transformations imminentes comportent de nouveaux locaux d'arrêts à la section E. Mieux vaudrait renoncer complètement aux cachots et rayer les arrêts du catalogue des punitions disciplinaires, comme la RFA l'a fait depuis quelque temps déjà. Si ce n'est vraiment pas possible, les arrêts devraient être uniquement diurnes et exécutés dans les cellules de réflexion existantes. Au demeurant, il est plus que probable que l'adoption du régime en vigueur à Preungesheim (exécution des peines par groupes) rendrait les arrêts superflus.

4.2.3.7  
Isolement trop long  
en fin de semaine

Tout comme les arrêts, un isolement cellulaire trop long peut avoir des effets néfastes. Le samedi et le dimanche étant chôvés, les détenues s'y trouvent particulièrement longtemps seules. Le samedi, elles sont enfermées 2 heures le matin et de 12 heures 30 à 18 heures, si elles ne suivent pas de cours. Le dimanche, elles sont en cellule de 8 à 11 heures et, selon la durée de la promenade, de 13 à 18 heures. De plus, les récidivistes prennent leurs repas en cellule, ce qui représente environs 2 heures de plus.

De l'avis de la commission, l'isolement des détenues est tout à fait trop long en fin de semaine. Certes, des cellules ouvertes comporteraient un surcroît de travail pour le personnel. Il vaudrait cependant la peine d'examiner la possibilité de laisser les cellules ouvertes pendant quelques heures au moins, ce qui pourrait se révéler bénéfique pour la vie pénitentiaire en général.

4.2.3.8  
Octroi d'une heure  
de contacts humains

Pour ces mêmes raisons, la commission propose que les détenues aient la possibilité, peut-être après le souper, de disposer d'une heure pour des contacts humains (conversations, jeux, etc). Il ne ressort pas de notre documentation quand et où les détenues peuvent s'entretenir hors de toute surveillance. Il semble que les délinquantes primaires soient un moment seules entre elles pendant les repas en commun. Les récidivistes n'ont pas cette possibilité puisqu'elles mangent en cellule. Après le dîner, toutes les détenues ont droit à une récréation de 5 à 30 minutes dans la cour, où elles peuvent également converser librement, comme d'ailleurs au club hebdomadaire et pendant les quelques excursions dominicales. Des loisirs de 19 à 21 heures 30 constituent une faveur. L'introduction d'une heure de contacts libres exigerait l'aménagement de locaux appropriés, à moins que les cellules ne demeurent ouvertes pour que les détenues puissent se rendre les unes chez les autres, ce qui présenterait l'avantage d'offrir un peu de "vie privée", à laquelle les femmes tiennent beaucoup.

4.2.3.9  
Réduction du  
travail à 7h/2

Selon l'article 18 du règlement, la durée quotidienne du travail est de 9 heures, y compris deux pauses de 10 minutes chacune et la pause pendant le rapport hebdomadaire des surveillantes chez le directeur. Les consultations médicales, psychiatriques et dentaires, les entretiens avec l'aumônier et les visites de parents ayant lieu pendant les heures de travail, la durée du travail est réduite, selon la réponse de M. Furgler, à 39/40 heures.

Une réduction à 7 heures 30 par jour apparaît justifiée en raison du fait que les détenues sont occupées à des activités très monotones et donc particulièrement fatigantes, voire à des travaux très pénibles (buanderie, repassage), et que les possibilités d'activités compensatrices sont extrêmement limitées. Les détenues étant astreintes à un travail ininterrompu (elles ne peuvent pas, par exemple, consacrer quelques instants à la lecture d'un journal ou à une causerie avec leur voisine), le même temps de travail est en réalité plus long en prison qu'en liberté. Le travail destiné à resocialiser les détenues ne doit pas les fatiguer dans une mesure telle que l'énergie leur manque pour des activités formatrices. De plus, il ne faut pas oublier que les détenues de la section "mère et enfant" sont aussi astreintes au travail et doivent ensuite s'occuper de leur enfant (sauf quand vient leur tour d'assurer le service de maison).

#### 4.2.3.10

Réduction à 7 h  
pour permettre  
2 promenades

Cette demande pourrait être satisfaite par une limitation du travail à 7 heures. Il y a lieu d'ajouter que les détenues devraient être équipées de manière à pouvoir prendre l'air par n'importe quel temps. Au reste la promenade doit être facultative.

#### 4.2.3.11

Faciliter les visites,  
assurer les contacts  
familiaux avant  
tout par des congés

#### Extension du temps de visite à 2 heures par semaine

Selon l'article 45 du règlement, le temps de visite est limité à une fois 2 heures ou deux fois 1 heure par mois. Cette disposition ne s'applique pas aux entretiens avec le tuteur ou l'avocat.

Du point de vue de la (re)socialisation, rien ne serait plus souhaitable que des relations familiales et conjugales aussi étroites que possible. Dans la plupart des cas, la détention d'une femme mariée atteint de plein fouet sa famille, non seulement le mari, mais encore et surtout les enfants. Ce problème préoccupe aussi les auteurs (pénalistes suisses et allemands) d'un modèle d'exécution pénale, dont le § 207 permet de sortir sans surveillance non seulement aux détenues mariées dont la présence au foyer correspond à une nécessité. Les auteurs justifient cette proposition par leur souci du bien-être de la famille, qui doit pâtir le moins possible de la détention de la mère.

Mais pour pouvoir prendre des mesures de resocialisation de cette nature, il faut qu'un établissement pénitentiaire soit bien situé par rapport aux moyens de communication, ce qui n'est malheureusement pas le cas de Hindelbank. (De Zurich à Hindelbank, un voyage en train prend 1 heure 40 dans la meilleure des hypothèses; de la gare au pénitencier, le trajet à pied demande 20 minutes. L'aller et le retour re-

présentent donc 4 heures au minimum pour une visite de 2 heures. Sur demande, on peut cependant se faire chercher en voiture à la gare de Berthoud, où les trains directs s'arrêtent.) Les visiteurs venant de Suisse orientale ou romande ont un long et coûteux voyage. S'ils doivent amener les enfants d'une détenue, il y a des dépenses et des difficultés supplémentaires.

Un autre problème vient compliquer la situation, c'est le fait que les visites ne peuvent avoir lieu que pendant la semaine. Avec un peu de bonne volonté il devrait être possible d'autoriser les visites en fin de semaine (pour le moins de temps à autre), comme c'est le cas dans certains établissements. De plus, il faudrait que les cantons concordataires remboursent totalement ou partiellement les frais de voyage de visiteurs réguliers ayant un long trajet. Le plus simple cependant serait sans doute d'accorder des permissions fréquentes et suffisantes.

En ce qui concerne le nombre et la durée des visites, le § 109 du modèle germano-suisse susmentionné prévoit un minimum mensuel de deux visites d'une demi-heure, en soulignant cependant qu'il faut en outre autoriser les visites, même de personnes autres que les proches parents, qui aident à atteindre l'objectif de la détention ou servent à régler des affaires qui ne peuvent pas être confiées à des tiers ou être renvoyées jusqu'à l'élargissement du détenu; il s'agit notamment de personnes ou de groupes qui s'occupent d'un détenu et continueront à le faire après sa libération. A notre avis, une telle réglementation (qui correspond en gros à celle qui est en vigueur à Lenzbourg) serait également indiquée pour Hindelbank, d'autant plus que même des personnes proches d'une détenue ne sont pas admises automatiquement. En revanche, un temps de visite de 2 heures par semaine semble très long pour tous les intéressés et n'apparaît pas absolument indispensable. Mais il importe que les visites ne soient en principe pas surveillées; les exceptions doivent demeurer rares, contrairement à ce que prévoit l'article 44 du règlement.

#### 4.2.3.12

Pour un service médical irréprochable, mais contre le recours à un médecin de confiance

Les pétitionnaires invoquent le surcroît de travail du médecin de l'établissement pour justifier leur demande. Si ce médecin disposait de plus de temps pour ses malades, il serait plus digne de confiance. Certes, le médecin ne reçoit qu'une fois par semaine, durant un après-midi, mais cette règle connaît des exceptions dans les cas particuliers ou urgents. De plus le médecin peut faire appel à des spécialistes ou hospitaliser les détenues (qui ne sont cependant pas admises à la division carcérale de l'hôpital de l'Ile à Berne; la création d'une telle division est à l'étude à l'hôpital gynécologique

cantonal). En 1977, il y a eu 1123 consultations ordinaires, soit en moyenne 22 par séance hebdomadaire. Ces consultations ne prennent guère 10 minutes, ce qui correspond aux normes en vigueur chez nos généralistes. Normes qui ne satisfont d'ailleurs ni les patients ni les médecins. S'agissant d'un pénitencier, donc d'un monde particulier, des consultations réduites au strict minimum sont d'autant plus regrettables.

La commission pense qu'il faut accorder suffisamment de temps au service médical. Le médecin et le psychiatre ne doivent pas être uniquement des fonctionnaires ou techniciens de la santé. Il doivent collaborer avec les travailleurs sociaux, les aumôniers et les surveillantes dans le sens d'une thérapie sociale globale. C'est là une tâche à laquelle des médecins et psychiatres d'établissement sérieux et compréhensifs peuvent satisfaire tout aussi bien que des médecins étrangers à la maison.

Il faudrait donc tenir compte du besoin des détenues que le médecin leur accorde plus de temps. Il suffirait pour cela d'engager des médecins fonctionnarisés qui assureraient le service médical de plusieurs établissements ou - pour reprendre une idée du directeur cantonal de la police ("Bund" du 6 avril 1978) - d'attacher à chaque établissement deux médecins qui y exerceraient leurs fonctions à titre accessoire.

L'amélioration du service psychiatrique est présentement à l'étude auprès de la direction cantonale de la santé publique et de la police, qui envisage de profondes transformations. Ainsi, on songe à créer à la policlinique psychiatrique universitaire de la Waldau une nouvelle division qui aurait pour tâche d'examiner les inculpés et, conjointement avec le service socio-psychiatrique de la policlinique universitaire, de s'occuper également des détenus. A l'instar de ce qui existe à l'hôpital de l'Ile pour les malades physiques, les autorités prévoient l'aménagement d'une division carcérale dans un hôpital psychiatrique. Enfin, la haute surveillance médicale des établissements passerait de la Police à la Santé publique.

La commission pense que les mesures envisagées assureront un service médical irréprochable, rendant superflu le recours à des médecins de confiance. Mais elle a encore d'autres arguments à opposer à la demande des pétitionnaires. D'une part, la majorité des détenues n'ont pas les moyens de payer des consultations médicales et, d'autre part, il incombe aux cantons d'assurer gratuitement un service médical suffisant. Il faut rappeler ici que les détenues ne sont assurées que contre les accidents. Donner satisfaction aux pétitionnaires équivaldrait à privilégier les détenues aisées, privilège peut-être illusoire, certes, compte tenu du fait que nos médecins sont généralement surchargés.

En revanche, il faut abandonner la pratique qui veut que les consultations aient lieu normalement en présence d'une surveillante, ce qui évidemment rend impossible cette relation de confiance absolument nécessaire entre le médecin et le malade. Si un détenu ne fait plus confiance au médecin d'établissement, la jurisprudence du Tribunal fédéral lui accorde le droit de se faire examiner et soigner par un autre médecin, qu'il ne peut cependant choisir librement. La relation de confiance est considérée comme perturbée lorsque de graves indices permettent de penser que des raisons personnelles font obstacle à l'accomplissement de la mission du médecin.

4.2.3.13  
Interdiction de fumer  
en cas de régime

Comme elle l'a déjà exprimé ci-dessus dans son commentaire sur le point 2 de la pétition, la commission est de l'avis qu'un régime alimentaire ne doit comporter une privation de cigarettes que si le médecin la prescrit. Dans le cas contraire, il s'agit d'une chicane et les détenues s'y opposent à juste titre.

4.2.3.14  
Prêts de livres  
sans limitation

Concernant l'abolition de la censure et des limitations relatives à la lecture de livres et de journaux

Selon l'article 35 du règlement, la direction peut autoriser une détenue à s'abonner à un quotidien et un hebdomadaire. C'est là un maximum qui ne souffre aucune exception d'aucune sorte. Et l'article 55 précise que les abonnements à des journaux et le prêt de livres sont des faveurs que la direction peut retirer sans autre forme de procès en cas d'indiscipline mais aussi d'"abus". Les motifs de suppression sont donc indiqués plus ou moins clairement, mais qu'en est-il des conditions d'octroi? Le fait que le règlement demeure muet à ce sujet et que l'article 35 ne donne aucun droit aux détenues, permet de penser que l'octroi de la faveur dépend uniquement du directeur. Compte tenu de l'importance capitale de la lecture pour les loisirs, la (re)socialisation et la culture générale des détenues, la commission est d'avis qu'une telle réglementation est insoutenable.

4.2.3.15  
Journaux pour la  
collectivité

La commission ne voit pas pour quelles raisons les détenues ne peuvent s'abonner qu'à un seul quotidien, un seul hebdomadaire. Ce n'est pas en ne leur permettant d'appréhender le monde que d'un seul point de vue qu'on les mettra en mesure d'apprendre à s'orienter, aspect important de la préparation à la vie en liberté. De l'avis de la commission, l'encouragement des contacts avec le monde extérieur (tâche reconnue par l'article 40 du règlement) exige que l'établissement mette gratuitement à la disposition des détenues quelques quotidiens et hebdomadaires, comme cela est courant au service militaire.

4.2.3.16  
Renouvellement de  
la bibliothèque,  
aménagement d'une  
salle de lecture

Le règlement ne dit rien de l'utilisation de la bibliothèque. En revanche, les instructions pour les détenues (chiffre 12) limitent les prêts à trois livres en deux semaines. Cette règle est incompréhensible et devrait être immédiatement abolie. Le surcroît de travail administratif ne pèserait pas lourd par rapport aux bienfaits que les détenues retireraient d'une lecture plus abondante. Ce bénéfice serait d'autant plus grand que, comme la commission se plaît à relever, la bibliothèque va être révisée, renouvelée et complétée par des experts et ensuite confiée au groupe local de la fondation Bibliothèque pour tous. La commission souhaite que cette rénovation soit complétée par l'aménagement d'une salle de lecture.

4.2.3.17  
Nouvelle réglementation  
concernant la  
consommation de  
cigarettes

La limitation à trois paquets de cigarettes par semaine a été entre-temps abolie. Selon les renseignements donnés par l'inspecteur des pénitenciers bernois, la consommation de cigarettes n'est cependant pas absolument libre, mais limitée à la moitié du pécule laissé à la disposition des détenues (50 francs par mois au maximum, ce qui permet d'acheter au moins 25 paquets de cigarettes).

4.2.3.18  
Amélioration des  
possibilités de  
formation

Concernant la rénovation du programme de formation et de divertissements après consultation des détenues

Hindelbank n'offre que des possibilités très réduites dans le domaine de la formation. Il semble y avoir à cela deux raisons déterminantes. D'une part, la formation est considérée comme un loisir, comme un besoin qui doit aussi être satisfait, mais qui ne saurait prétendre à une place de choix dans l'exécution des peines. D'autre part, les peines sont en général courtes (1976: parmi les 110 détenues il y en avait 43 avec des peines jusqu'à 12 mois et 30 jusqu'à 2 ans) et les détenues manquent d'intérêt et de persévérance.

Le programme de formation comprend des leçons de français et les cours offerts par la "Akademikergemeinschaft" de Zurich. L'intérêt des détenues est très grand au début des cours, mais il faiblit rapidement. En 1976 (pas d'indications pour 1977), 7 détenues ont suivi les cours de la "Akademikergemeinschaft", qui ne demande rien pour le matériel, les corrections, etc.; nous ne savons cependant pas combien de participantes ont persévéré jusqu'à la fin. Le programme des années passées comprenait aussi des cours de dactylographie et de sténographie.

Avec Einsele, la commission estime que le but principal de la détention est d'encourager les détenues et de donner confiance dans leurs possibilités. Leur manque de confiance venant avant tout de l'insuffisance de leur bagage scolaire, une formation générale et professionnelle

appropriée à leurs besoins est un élément central de l'exécution des peines. Mais il ne suffit pas de la leur offrir. Il faut encore, par des mesures thérapeutiques, leur apporter un soutien psychologique. Il importe aussi que la formation générale et professionnelle soit complétée par une éducation du comportement social, telle qu'elle est donnée dans les classes terminales de l'école primaire.

Le programme de formation devrait avant tout aider les détenues concernées à atteindre le niveau de savoir et d'habileté manuelle de la moyenne de la population (à Regensdorf, les détenus sont astreints au besoin à certains cours). Il s'agit donc principalement des connaissances qu'on acquiert à l'école primaire et de notions élémentaires d'une langue étrangère au moins. Il faut cependant relever que d'une manière générale, le bagage scolaire des détenues correspond à celui de la moyenne de la population; les chances de succès d'une formation professionnelle sont donc réelles. Il n'en demeure pas moins qu'il n'est guère possible d'organiser des apprentissages proprement dits, car les effectifs sont insuffisants et les peines courtes. Le remède ne consisterait-il pas dès lors dans l'extension du travail à l'extérieur (places d'apprentissage, école des arts et métiers)? Le rapport annuel pour 1976 fait état pour la section des jeunes de 11 "Schnupperlehren" (stages d'initiation à titre d'orientation), qui ont eu lieu dans un centre Coop, des homes pour personnes âgées, un restaurant, un commerce zoologique, une discothèque et une boutique de mode.

Enfin il y a lieu de souligner que le régime d'internat existant à Hindelbank favorise en principe l'accomplissement d'un programme de formation, notamment pour les détenues qui manquent de volonté. La commission souhaite que des institutions pour l'éducation des adultes s'intéressent à l'élaboration de programmes.

#### 4.2.3.19 Formation pendant les heures de travail

Il importe que la formation ne demeure pas reléguée au rang de simple loisir de fin de journée. Sans compter qu'il serait plus facile de trouver des enseignants pour l'après-midi, les détenues auraient moins de difficulté à suivre des cours avant le souper plutôt qu'au terme d'une journée de travail. Les détenues qui suivent un cours devraient être libérées du travail sans réduction du pécule.

#### 4.2.3.20 Loisirs

Ce qui frappe dans les programmes de loisirs en 1976 et 1977, c'est que Hindelbank les a consacrés presque exclusivement au divertissement et à l'édification. Les oeuvres cinématographiques et théâtrales ont pour la plupart un caractère provincial, populaire, un peu démodé. Elles ne reflètent pas l'environnement des détenues.

4.2.3.21  
Encourager les  
activités créatrices

Nous ne pouvons pas formuler les besoins des détenues ; elles aimeraient d'ailleurs le faire elles-mêmes. Nous devons nous borner à exprimer notre conviction que les loisirs seront améliorés dans la mesure où elles pourront prendre des initiatives créatrices, principalement dans le domaine varié du théâtre (y compris le ballet et le psychodrame) et de l'artisanat d'art (poterie, tissage, émaillerie, etc.). Il existe déjà un cours de peinture. Les travaux sur bois et la couture pourraient aussi être envisagés. La valeur de la lecture a déjà été évoquée. En revanche, la commission tient à mettre les autorités en garde contre la solution de facilité qui consisterait à permettre le libre usage de la télévision (l'installation de câbles de raccordement TV dans les cellules sera-t-elle suivie de l'autorisation d'avoir son poste privé? - cela accroîterait encore l'isolement des détenues).

4.3 Propositions de  
mesures à long  
terme pour amé-  
liorer les con-  
ditions d'exé-  
cution

On ne saurait se contenter des améliorations réalisables à court terme, telles qu'elles sont proposées par les pétitionnaires et approuvées par la commission, qui est convaincue de la nécessité de modifications à long terme pour permettre d'atteindre les objectifs de l'article 37 al.1 CP. Les propositions ci-après sont basées sur des expériences faites à l'étranger et partiellement aussi dans des pénitenciers suisses pour hommes. Certes, leur réalisation exigera quelques efforts, mais elle n'est nullement impossible dans le cadre du régime existant.

Ces propositions ne sont en majeure partie pas nouvelles et procèdent logiquement du changement de cap survenu en 1942. Le but de la détention n'est plus avant tout punitif, mais essentiellement éducatif. En effet, selon l'article 37 CP les peines privatives de liberté doivent préparer le retour des condamnés à la vie libre. En 1955, un congrès de l'ONU sur la prévention de la criminalité et le traitement des délinquants adopté une centaine de prescriptions pénitentiaires, dont le principe fondamental est que le régime de détention doit renforcer chez les prisonniers le sentiment de leur dignité et le sens de leur responsabilité sociale. Ces dispositions ont été complétées par le Conseil de l'Europe. La peine de détention doit être exécutée de manière telle que ses effets négatifs soient aussi faibles que possible et ses conséquences bénéfiques aussi profondes que possible. "Der Uebelscharakter der Strafe besteht in allen Fällen ausschliesslich in dem erzwungenen Entzug der Freiheit sowie aus den Nachteilen, welche sich unvermeidlich aus der unausweichlichen engen Gemeinschaft mit einer grösseren Zahl von Menschen, insbesondere daraus, dass es eine negative Auswahl ist, in einer Anstalt ergeben. Alle weitergehenden, nur nachteiligen Einwirkungen auf den Gefangenen sind gesetzwidrig". Il ne suffit pas de discipliner les détenus, d'extirper leurs défauts. il s'agit bien plus de développer leurs qualités, même au prix

de quelques inconvénients pour la vie pénitentiaire. La commission partage l'avis de M. Ernst Burren, directeur du pénitencier de Lenzbourg, selon lequel on considère aujourd'hui comme les meilleurs éléments ceux qui n'acceptent pas tout, qui savent se défendre, qui ont des propositions d'amélioration et auxquels il arrive parfois de sortir de leurs gonds. Ces gens ne sont pas toujours commodes pour le personnel. Mais si l'on réussit à les amener à contrôler leurs réactions, à présenter poliment leurs réclamations et leurs suggestions, ils sont alors les plus précieux éléments dans l'exécution des peines et permettent d'envisager leur avenir avec la plus grande confiance.

4.3.1  
Création de nouveaux  
établissements  
pour femmes

Hindelbank ne doit pas demeurer le seul pénitencier pour femmes outre la section féminine de La Stampa. Bien que les détenues y soient séparées en primaires et en récidivistes, le mode d'exécution ne diffère que peu, le règlement étant le même pour les deux sections. On ne peut donc guère parler de paliers dans l'exécution. De plus, les femmes issues du milieu urbain sont complètement dépaysées et perdent le contact avec leur famille et leurs connaissances. Il serait souhaitable de créer plusieurs petits établissements décentralisés, par exemple un en Suisse romande, un autre en Suisse centrale et un troisième en Suisse orientale, mais en tout cas un dans chacun des trois groupes concordataires. Grâce à leurs petits effectifs, ces établissements ressembleraient à des homes et pourraient mieux individualiser le mode d'exécution. Selon l'ancien directeur de Regensdorf, cette solution permettrait aussi d'échanger des détenues difficiles. De plus il serait possible, comme chez les hommes, de satisfaire des demandes de transfert justifiées. Il importe qu'un ou deux établissements soient situés dans une ville ou à proximité (moyens de communication) et qu'ils soient tous polyvalents, c'est-à-dire ouverts à toutes les femmes indépendamment de la nature du délit. Une spécialisation permettrait certes de mieux différencier le mode d'exécution, mais elle empêcherait la décentralisation. Au demeurant, la commission tient à souligner qu'on ne saurait renoncer à la décentralisation uniquement parce qu'on a construit beaucoup trop grand à Hindelbank à la fin des années 50.

4.3.2  
Direction féminine  
pour les prisons  
de femmes

Lors de la future vacance directoriale à Hindelbank (et à toute occasion analogue dans d'autres établissements), il faudra si possible faire appel à une femme. Le congrès de l'ONU de 1955 a demandé que les prisons autonomes pour femmes aient une direction féminine. Compte tenu des bonnes expériences de Frankfurt-Preungesheim, le moment est venu de concrétiser une idée émise en 1955 déjà en liaison avec le projet de nouvelles constructions à Hindelbank.

4.3.3  
Statut égal pour le  
personnel féminin

Il va de soi, surtout dans une prison pour femmes, que le personnel féminin doit être traité comme le personnel masculin (compétences, durée du temps de travail, salaire,

logement), bien entendu à travail égal et qualification égale. Or il y a encore de nombreuses différences. Leur suppression contribuerait sans doute à accroître l'intérêt de femmes qualifiées.

4.3.4  
Questions concernant  
les diaconesses

Il y a lieu d'examiner de manière approfondie si la section des récidivistes doit demeurer confiée exclusivement à des diaconesses. D'une part, les diaconesses connaissent des difficultés de recrutement croissantes et, de l'autre, la resocialisation comme but de la détention exige que le personnel pénitentiaire soit pleinement engagé dans cette vie à laquelle il doit précisément préparer les détenues. Or les diaconesses se sont soumises librement aux règles particulières d'une communauté religieuse protestante, mais elles ne travaillent pas toutes de leur plein gré à Hindelbank. De plus, on peut se demander s'il suffit d'avoir une vocation charitable pour accomplir la tâche vraiment difficile qui est celle du personnel pénitentiaire. Enfin, comme A. Leuthardt, nous pensons qu'on ne saurait attendre des diaconesses qu'elles assument leur service en faisant totalement abstraction de leurs convictions religieuses:

"Ihrer sicherlich gut gemeinten und ohne Druck ausgeübten Mission zu widerstehen, wird nicht jedermanns Sache sein, zumal ja gerade die labileren Insassinnen sich in der totalen Institution gar nicht mehr anders verhalten können, als sich - in der Hoffnung auf Anerkennung und Zuneigung - anzupassen". Ne pourrait-on pas les affecter uniquement au service des détenu(e)s malades?

4.3.5  
Formation (continue)  
spéciale du personnel  
des prisons pour  
femmes

Compte tenu des problèmes particuliers que pose l'exécution pénale chez les femmes, le centre suisse de formation devrait organiser des cours spéciaux. En outre, il faudra examiner le problème de la supervision du personnel (comment et par qui?).

4.3.6  
Répartition précise  
des tâches et des  
compétences

Les tâches et les attributions de chacun doivent être définies avec précision. Actuellement, trop de choses dépendent directement de la direction. Les relations entre les détenues et le personnel seraient meilleures si celui-ci avait des compétences plus étendues, ce qui déchargerait la direction et permettrait au personnel de faire preuve d'esprit d'initiative. Mais les collaborateurs devraient alors être associés plus étroitement à la définition du mode d'exécution.

4.3.7  
Introduction du  
système de groupe

Le succès de l'exécution pénale éducative dépend principalement de l'introduction du système de groupes. Il faut reconnaître que le canton de Berne s'efforce d'en créer les conditions. Hindelbank sera partiellement transformé et réorganisé selon la conception du centre de St. Johannsen et de la section des détenus primaires de Witzwil. Il n'y a cependant pas encore de projet précis, mais divers documents permettent de s'en faire une idée générale, qui se présente ainsi:

La section des primaires et la section des récidivistes sont divisées chacune en deux groupes vivant en communauté en dehors des heures de travail. Chaque groupe (20 détenues) est dirigé par quatre fonctionnaires bien préparés à leur tâche. Il dispose d'une salle de séjour (avec office) et d'une salle de télévision. Les quatre groupes (de même que la section des jeunes et la section mère et enfant) ont en commun la direction, l'administration, l'approvisionnement, le service de santé, l'assistance sociale, les places de travail et les installations de loisirs. Pour adapter la vie en prison à la vie en liberté, on veut

- diviser l'établissement en plusieurs secteurs (séjour / réfectoires / cellules / ateliers / loisirs);
- donner aux détenues autant d'indépendance et de responsabilités que possible, surtout dans les secteurs séjour et travail, mais aussi dans le secteur loisirs;
- créer un éventail aussi large que possible de moyens propres à influencer les détenues: ordre et discipline, travail, formation professionnelle et scolaire, loisirs enrichissants, assistance médicale, psychologique et psychiatrique, jeux et sports, développement et maintien de relations solides avec l'extérieur et à l'intérieur (entre détenues et avec le personnel).

Ces intentions ne seront réalisées que petit à petit. Mais deux pas ont déjà été faits:

- au printemps de cette année, le Grand Conseil a alloué un crédit de 1'870'000 francs qui, bien que destiné principalement au renforcement des mesures de sécurité, permettra aussi d'aménager une salle de séjour, une salle de télévision et un office.
- Malgré le plafonnement du personnel, la direction de la police attribue chaque année à Hindelbank 1 ou 2 nouveaux postes de travailleurs sociaux.

La réalisation du projet dépendra partiellement de la possibilité de trouver des travailleurs sociaux qualifiés.

De l'avis de la commission, il faut prévoir des groupes plus petits. Des groupes de 10 détenues permettraient d'avoir des relations plus étroites, ce qui est particulièrement important pour la plupart des délinquantes (rapports sociaux gravement perturbés). Le § 201 du modèle germano-suisse prévoit pour les prisons de femmes des sections de 32 places au maximum et des groupes de 8 places.

Nonobstant les bonnes intentions de la direction de police du canton de Berne, la commission préfère une décentralisation à une exécution en groupe à Hindelbank, qui constituerait pourtant un progrès considérable par rapport au régime en vigueur.

4.3.8  
Encourager le travail  
à l'extérieur

Dans le cadre de l'exécution graduelle prescrite par la loi (art. 37, 37bis et 38 CP), il faudrait faire l'essai du travail à l'extérieur dès avant l'octroi de la semi-liberté. La détention cellulaire en tant que premier palier (art. 37 ch. 3 al.1 CP) étant pratiquement abolie, ce serait là un moyen de différenciation.

4.3.9  
Plan de traitement

Pour chaque nouvelle détenue et avec sa collaboration, il faut établir au cours des premières semaines un plan de traitement dans le sens du modèle germano-suisse. A l'instar de ce que l'on fait déjà dans des pénitenciers suisses pour les condamnés primaires, par exemple à Saxerriet, ce plan doit contenir les principales dispositions concernant le déroulement de la détention et le traitement de la détenue. D'après le § 53 du modèle susmentionné, il devrait au moins

- indiquer qui s'occupera ordinairement de la détenue
- arrêter les mesures nécessaires dans le domaine de la formation professionnelle et du traitement thérapeutique
- définir le travail auquel sera affectée la détenue
- déterminer le genre de loisirs et de formation générale
- prévoir les adoucissements apportés à l'exécution
- préparer l'élargissement en indiquant notamment l'établissement de transition qui sera probablement choisi et le nom de l'assistant de patronage.

Le plan de traitement doit être constamment adapté à l'évolution de la détenue.

4.3.10  
Diversifier les  
possibilités de  
travail

Le travail en prison ne doit pas avoir le caractère d'un mal. Il doit au contraire correspondre aux aptitudes des détenus et leur permettre de gagner leur vie une fois libérés. C'est pourquoi leur travail doit autant que possible être adapté aux exigences du marché du travail, comme d'ailleurs les méthodes et les conditions de travail, notamment en ce qui concerne les outils, les machines, l'horaire de travail, la protection en cas d'accident. L'établissement doit donc offrir un éventail d'activités aussi large que possible; les travaux improductifs et abrutissants sont interdits. Pour les prisons de femmes, cela signifie que les détenues ne doivent plus être occupées uniquement à des travaux de ménage ou de couture ou encore de fabrication en série. S'il n'est pas possible d'obtenir du travail "à domicile" intéressant, il faut trouver des places à l'extérieur, ce qu'il faudrait d'ailleurs faire de toute façon.

Tout en reprochant à juste titre aux établissements pénitentiaires, y compris Hindelbank, de perpétuer des activités traditionnelles qui ne sont plus guère conformes aux exigences du marché, il ne faut pas oublier:

"dass die häufig lebensuntüchtigen, schwierigeren Arbeitsvorgängen nicht gewachsen und daher nicht uneingeschränkt berufsfähigen Insassen von Strafanstalten gerade mit Hilfe solcher 'sterbender' Berufe in unserer industriellen Massengesellschaft eine 'soziale Nische' zu finden vermögen, die sie vor Rückfälligkeit bewahrt: Nicht selten sind sie ja gerade deshalb straffällig geworden, weil sie den überaus hohen und differenzierten Ansprüchen der modernen Arbeitswelt nicht gewachsen waren".

La commission tient à souligner cet aspect des choses, qui ne saurait cependant justifier la situation présente et met au contraire en relief la nécessité d'une sérieuse formation générale et professionnelle.

4.3.11  
Indemnités de travail  
conformes aux lois  
du marché

Le travail ne peut être resocialisant que si l'indemnité est adaptée aux conditions du marché. L'octroi d'une indemnité purement symbolique pour du travail productif ne correspond pas au but de l'exécution pénale. A long terme il faudra donc verser des salaires normaux: à travail égal salaire égal, ce qui permettrait aussi aux détenues de remplir leurs obligations de soutien, de payer des dettes éventuelles, d'indemniser une victime. La famille de la condamnée souffrirait moins de sa détention et les deniers publics seraient aussi ménagés. Il faudrait bien entendu déduire du salaire les prestations de l'établissement (logement, subsistance, impôts, assurances sociales). Mais il ne saurait être question de faire supporter aux détenues l'ensemble des dépenses de l'établissement, car l'exécution pénale en tant que tâche de la société ne peut guère être rentable. Telle que nous la concevons, il n'est en tout cas pas admissible qu'elle le soit.

4.3.12  
Apprentissages  
couronnés par un  
certificat reconnu

Le travail est un moyen de resocialisation parmi d'autres. Comme la thérapie, que ce rapport se borne à mentionner, la formation est pour le moins aussi importante et ne doit plus être considérée comme la parente pauvre du . Le but de la formation doit être, d'une part, l'acquisition des connaissances scolaires, sociales et politiques absolument nécessaires pour maîtriser les difficultés de l'existence et, d'autre part, des connaissances professionnelles couronnées par un certificat officiel. Il faut s'efforcer par tous les moyens de créer des cycles de formation qui permettent même à des détenues qui purgent des peines relativement courtes (jusqu'à 2 ans) de faire un apprentissage sur le tas ou un apprentissage professionnel complet. Une telle entreprise dépassant probablement les possibilités de l'établissement (aussi bien sur le plan pédagogique que du point de vue du nombre, de la qualité et du choix des places d'apprentissage), il faudrait faire appel à des

spécialistes de la formation des adultes investis d'une mission officielle par la Confédération et les cantons et chercher au besoin des places d'apprentissage à l'extérieur. Nous avons la conviction que les conditions favorables de l'internat et une bonne assistance psychologique permettraient aux détenues d'acquérir la même formation plus rapidement que des personnes faibles en liberté.

4.3.12.1  
Formation pendant  
les heures de travail

Il est cependant exclu de reléguer au soir, après le travail, une activité resocialisante proprement dite. La formation professionnelle dépend dans une forte mesure de l'instruction reçue et de l'expérience acquise au poste de travail. Si l'on veut créer des conditions favorables, il faut commencer par dispenser l'enseignement professionnel et général pendant les heures de travail.

4.3.13  
Libéralisation  
progressive du  
régime d'exécution

Le plan de traitement doit prévoir des adoucissements progressifs, qui consistent d'abord à relâcher la surveillance pendant le travail (travail à l'extérieur sous surveillance, travail à l'extérieur sans surveillance, sorties sous et sans surveillance). Un autre allègement consiste à accorder des permissions, qui devraient être valables également pour aller chez des connaissances. Contrairement au régime actuel, les permissions devraient (comme à Saxerriet) constituer un droit. Des dérogations ne seraient admissibles que dans des conditions définies. Les permissions devraient être accordées à intervalles réguliers. Leur fréquence augmenterait au fur et à mesure de l'exécution de la peine et elles devraient durer au minimum du samedi à midi au dimanche soir. Les permissions devraient faire l'objet d'un entretien, avant et après, voire être préparées dans le détail, tout au moins au début de la détention. Selon les cas, la direction pourrait donner des directives. La famille devrait elle aussi être préparée, par le patronage ou une assistante sociale de l'établissement.

4.3.14  
Extension du cercle  
des visiteurs

Pour intensifier et enrichir les contacts avec le monde extérieur il serait judicieux d'étendre le cercle des visiteurs au-delà des proches parents. Le § 109 du modèle germano-suisse autorise toutes les visites contribuant à la réalisation des buts de la détention. Cette proposition mérite un examen attentif.

4.3.15  
Décentraliser  
l'exécution en  
semi-liberté

Tant que Hindelbank sera le seul pénitencier pour femmes de Suisse, ne pourrait-on pas placer les détenues arrivées au stade de la semi-liberté dans des homes de transition? De l'avis de la commission, il serait relativement facile d'en créer un en Suisse romande et plusieurs en Suisse alémanique (à proximité d'une grande ville, comme Zurich ou Bâle.) Cette décentralisation permettrait à une partie au moins des détenues de s'occuper de leurs proches.

4.3.16  
Assistance  
à la libération

A sa libération soigneusement préparée, la détenue devrait trouver auprès du service de patronage du canton compétent une assistance très large, à laquelle des organisations privées pourraient d'ailleurs apporter une précieuse contribution.

4.3.17  
Adaptation constante  
du règlement, règle-  
ments distincts pour  
les primaires et les  
récidivistes

La commission insiste pour que le règlement soit constamment adapté à l'évolution dans l'exécution des peines.

Il est également souhaitable que la section des primaires et la section des récidivistes soient soumises à des règlements distincts tenant compte de la diversité des besoins en matière de sécurité et indiquant clairement en quoi et pourquoi le mode d'exécution est différent.

4.3.18  
Participation des  
détenues

De l'avis de la commission, il est indispensable d'accorder aux détenues le droit d'être consultées afin qu'elles apprennent à formuler leurs besoins, à les discuter entre elles et à soumettre à la direction des propositions décidées démocratiquement et transmises éventuellement par une délégation. Ce droit devrait s'appliquer pour le moins au choix des menus, aux loisirs, à l'assortiment du magasin et aux journaux et revues abonnés par l'établissement.

La démarche suivante devrait être l'octroi du droit de cogestion, qui fonderait une coresponsabilité. Cela est pensable dans la répartition et l'exécution des travaux de ménage, dans les salles de travail et de séjour et en ce qui concerne la désignation des déléguées.

4.3.19  
Eviter si possible  
de séparer mère et  
enfant

La commission se demande s'il est nécessaire de renvoyer les enfants dès l'âge de 18 mois. Elle propose qu'ils soient laissés auprès de leur mère au moins jusqu'à leur entrée à l'école maternelle. Les petits enfants âgés de plus de 18 mois au moment de l'incarcération de la mère, devraient pouvoir la suivre à Hindelbank. A Preungesheim, les enfants peuvent demeurer auprès de leur mère jusqu'à l'âge de 5 ans. Il devrait être possible de permettre aux quelques enfants de détenues d'avoir des contacts avec des enfants de l'extérieur. La commission suggère une étude scientifique des effets du séjour carcéral sur le développement des enfants.

4.3.20  
Modifier le système  
des audiences,  
élargir les possibi-  
lités de dialogue

Le système des audiences devrait être réformé ou abandonné. Les détenues devraient avoir en tout temps la possibilité d'exposer des problèmes urgents liés à l'exécution. Pour les questions qui peuvent attendre, on pourrait réserver un jour par semaine, durant lequel

les détenues seraient reçues sans rendez-vous. Compte tenu de leur très grand besoin de dialogue, il faudrait examiner la possibilité de faire appel à des particuliers pour aider les spécialistes (aumôniers, psychiatres, médecins, travailleurs sociaux), dont le temps est forcément compté. Des entretiens de ce genre, individuels ou collectifs, devraient être considérés comme des contributions à la thérapie au sens le plus large; il faudrait donc renoncer à les décompter du temps de visite. De plus, il y aurait lieu de veiller à ce que les détenues sans famille reçoivent aussi des visites; les organisations féminines, par exemple, auraient là un large champ d'activité.

4.3.21  
Abolition du cachot

Il est urgent d'abolir les arrêts à la cave, même si les transformations apporteront prochainement des améliorations à l'éclairage des cachots. Le passage à l'exécution thérapeutique devrait faire disparaître également cette "dernière" mesure disciplinaire, qui n'est pas conforme aux exigences minimales de l'ONU et viole probablement l'article 65 al 2 de la constitution fédérale. Si une détenue indisciplinée a besoin d'un temps de réflexion, on peut l'enfermer dans les cellules aménagées à cet effet, qui ne contiennent pas de lit et ne peuvent donc être utilisées que de jour. Il ne faut pas oublier que la détention cellulaire a pour but d'aider un détenu à surmonter ses faiblesses. Il ne s'agit pas de mâter les fortes têtes.

4.3.22  
Autoriser le port  
de vêtements et de  
linge personnels et  
les soins de beauté

Le port de vêtements et de linge personnels devrait être autorisé. Les détenues s'en trouveraient confortées dans le sentiment de leur dignité. Il en va de même pour les soins de beauté. Il faut d'une manière générale encourager tout ce qui contribue à rendre les détenues plus dignes à leurs propres yeux et éviter tout ce qui peut les dépouiller de leur individualité et leur donner des complexes d'infériorité. Preungesheim a fait de bonnes expériences avec des collectes de vêtements, qui permettent aux détenues de s'habiller gratuitement et au goût du jour.

4.3.23  
Supprimer les diffé-  
rences de traitement  
entre les hommes et  
les femmes

La commission tient pour terminer à attirer l'attention des cantons sur le fait que le concordat n'assure pas complètement l'égalité de traitement entre les hommes et les femmes. Par exemple, du fait du "monopole" de Hindelbank, les femmes n'ont pas la possibilité de se faire transférer dans un autre établissement. - Il faut aussi relever que selon le § 33 b de la loi zurichoise du 30.6.74 sur le droit pénal cantonal et l'exécution des peines et mesures, le Conseil d'Etat doit veiller à ce que les peines exécutées dans des établissements extracantonaux le soient en vertu des principes énoncés au § 30. Il doit conclure à cet effet des conventions avec les cantons concernés, mais il ne l'a pas encore fait.

Il s'ensuit que par rapport aux hommes détenus à Saxerriet et à Regensdorf, les détenues de Hindelbank pâtissent d'inégalités importantes. - Enfin, il faut constater dans le système des homes pour jeunes filles et jeunes femmes d'importantes carences structurelles, auxquelles il faut remédier dans les meilleurs délais. Nous aimons à croire que les cantons partagent les préoccupations de la commission et qu'ils s'efforcent d'assurer l'égalité de traitement des hommes et des femmes dans ce domaine aussi.

La commission termine le présent rapport par une citation reflétant l'esprit dans lequel elle a entrepris sa tâche. Elle espère que les autorités fédérales et cantonales compétentes se laissent guider par la même utopie:

"Die offene Gesellschaft wie der oppositionelle Richter in der heutigen Gesellschaft sind gleichermassen utopische Bilder. Aber Utopie ist kein unerreichbares Ideal, sondern eine bindende Verpflichtung. Das Verbrechen wird nie, auch in der offenen Gesellschaft nicht aussterben, weil es nicht nur aus gesellschaftlichen Missständen, sondern immer auch aus individuellen Fehlentwicklungen entsteht. Eine gut organisierte Gesellschaft wird aber versuchen, diese Fehlentwicklung zu verhindern oder zu korrigieren. In einer repressiv manipulierten Gesellschaft bringt das Verbrechen dagegen ausser persönlichen Fehlern gesellschaftliche Missverhältnisse zum Ausdruck, und die Art und Weise seiner Unterdrückung stabilisiert diese Missverhältnisse. Deshalb ist unterdrückende Vergeltung der falsche, menschliche Respektierung symptomatischer Schicksale und ihre rationale Korrektur der richtige Weg. Die Mindestanforderung an jede Gesellschaft lautet, das Leiden, das das Verbrechen über die Gesellschaft bringt, durch die Strafe nicht noch zu verschlimmern und den Verbrecher nicht noch weiter zu kriminalisieren, indem man ihn in eine menschenunwürdige Scheinexistenz ausstösst."

(Helmut Ostermeyer, Strafunrecht, München 1971, p.127)

EXPOSE SUR LA SECTION DES FEMMES DU PENITENCIER DE  
LA STAMPA, REDIGE PAR LA DIRECTION DE LA JUSTICE DU  
CANTON DU TESSIN A LA DEMANDE DE LA COMMISSION POUR  
LES QUESTIONS FEMININES

Disposition et structures du pénitencier

Le quartier des femmes du pénitencier du canton du Tessin "La Stampa" est aménagé dans l'une des quatre divisions qui forment la prison à régime fermé (détenus à titre préventif détenus primaires, récidivistes, quartier des femmes).

La Stampa, édifiée en 1967 sur un terrain appartenant à la commune de Cadro, au nord de Lugano et à 6 km. du centre de cette ville, est une construction moderne en ciment comprenant quatre blocs distincts, auxquels il faut ajouter les communs et l'administration, l'ensemble se trouvant à l'intérieur d'une enceinte construite sur la périphérie du pénitencier.

Un de ces blocs abrite le quartier des femmes qui comprend trois étages dont la répartition est la suivante:

- Au rez-de-chaussée se trouvent deux ateliers, un local servant d'entrepôt, un local destiné aux produits pharmaceutiques, un local pour les douches, une buanderie et une petite cuisine. Du rez-de-chaussée, on peut accéder à une cour située en plein air, mais entourée d'une enceinte et qui sert aux promenades quotidiennes des détenues.
- Le premier étage comprend une cuisine et la salle à manger, une salle de séjour avec télévision, douze cellules à un lit et deux cellules à trois lits.
- Le deuxième étage, réservé au personnel, abrite une salle de séjour servant également de salle à manger, une petite cuisine, une pièce utilisée comme chapelle, six chambres à coucher et deux salles de bain.

Au sous-sol se trouve une cellule forte.

Un corridor intérieur permet d'accéder directement du premier étage à la tribune réservée aux détenues dans la chapelle centrale de la prison et dans la salle à usages multiples (salle de récréation et de gymnastique.)

Il n'est pas prévu de séparer les femmes placées en détention préventive, les détenues primaires et les récidivistes.

Outre l'enceinte se trouvant à la périphérie de la prison, les installations de sécurité sont identiques à celles qui existent dans les quartiers réservés aux hommes. Les fenêtres des cellules sont munies de barreaux verticaux en fer; les portes, également en fer, ne peuvent être ouvertes que

de l'extérieur; les fenêtres des corridors et des locaux utilisés en commun (ateliers, douches, cuisines et salle de séjour) sont également munies de barreaux. L'unique voie d'accès au quartier des femmes se trouve dans la cour intérieure de la prison, où il y a constamment un jardin. La ronde faite à l'extérieur de la prison permet de surveiller la façade du quartier.

La surveillance interne est assurée par trois soeurs qui se relaient au cours de la journée. Cette surveillance s'exerce également pendant les repas que les détenues prennent en commun, durant la promenade et pendant le temps libre dont elles disposent.

### Détenues

Au cours de l'année 1977, 88 détenues sont entrées à La Stampa (y compris les personnes arrêtées à des fins de vérification d'identité et les femmes placées en détention préventive), alors que 77 personnes étaient élargies.

Les entrées se répartissent de la manière suivante: 46 ressortissantes suisses (29 Tessinoises plus 19 Confédérées provenant d'autres cantons) et 34 étrangères (26 Italiennes et 8 ressortissantes d'autres pays).

Les détenues arrivées en 1977 se subdivisaient en classes d'âge suivantes:

entre 18 et 25 ans	51 détenues
entre 25 et 30 ans	10 détenues
entre 30 et 40 ans	17 détenues
entre 40 et 50 ans	6 détenues
de plus de 50 ans	4 détenues

Au 31 décembre 1977, on notait la présence de 13 détenues, le taux d'occupation annuel moyen étant de 6 détenues.

S'agissant des femmes détenues, il n'existe pas d'autres statistiques établies séparément et de manière systématique; toutefois, on peut consulter les données globales (hommes et femmes) publiées dans le rapport annuel du pénitencier.

A l'exclusion d'une femme condamnée à la réclusion à vie pour assassinat, les autres détenues se répartissent entre accusées ou condamnées pour infraction à la loi fédérale sur les stupéfiants et pour délits contre le patrimoine.

### Direction et personnel

Le personnel du quartier des femmes se compose de 3 soeurs: la soeur supérieure, qui est également infirmière, une soeur infirmière et une soeur éducatrice.

Bien que jouissant d'une certaine autonomie dans la gestion quotidienne du quartier et dans la manière de résoudre les

problèmes qui s'y posent, les soeurs relèvent de la direction de la prison pour toutes les questions d'ordre général et pour ce qui concerne le respect tant des dispositions légales que réglementaires.

Les dispositions en vigueur sont les mêmes pour toute la prison; le quartier des femmes ne bénéficie d'aucune exception. Le directeur du pénitencier est également responsable du quartier des femmes.

De même, la direction est aussi compétente pour les problèmes touchant à l'administration et aux finances.

Les trois éducateurs et assistants sociaux du pénitencier s'occupent également des détenues, suivant leurs attributions. Les détenues bénéficient occasionnellement des services d'un aumônier, comme aussi des soins d'un médecin en médecine générale, d'un dentiste, d'un psychiatre et d'une infirmière en psychiatrie.

L'horaire de travail du personnel de garde masculin s'étend sur 24 heures, à raison d'un nombre total de 44 heures par semaine. La direction et le personnel administratif sont soumis à l'horaire que voici:

08.00 h. - 12.00 h./ 14.00 h. - 17.30 h., du lundi au vendredi, soit un total de 42 heures par semaine. Les cuisiniers ont un horaire spécial.

L'horaire de travail des soeurs, qui se remplacent durant les heures de repos, est le suivant:

06.00 h. - 12.00 h./ 14.00 h. - 23.00 h.

Elles ont droit aux vacances prévues par la législation cantonale (3 semaines).

Leur rémunération correspond à celle du personnel de garde masculin; elles sont en plus nourries et logées.

La soeur supérieure et la soeur infirmière, qui travaillent également dans les quartiers des hommes, ont le diplôme d'infirmière de la Scuola Convitto Cotelengo de Turin (Italie) et elles sont au bénéfice d'un stage exercé dans plusieurs hôpitaux.

La soeur éducatrice a suivi les cours du Centre d'études FIRAS, à Turin (Fédération italienne des religieuses assistantes sociales) et bénéficie également d'un stage passé dans un hôpital.

#### Conditions de vie des détenues

Les détenues sont placées dans des cellules individuelles; si elles le demandent expressément, elles sont mises à deux dans des cellules à trois lits.

Les cellules, semblables à celles qui se trouvent dans les quartiers des hommes, mesurent 1.80 m. x 3.85 m. Elles comprennent un WC, un lavabo avec eau froide courante, un miroir, un haut-parleur relié au poste de radio central de la prison, un lit avec matelas, des draps, des couvertures, un

coussin, une armoire, une table et un banc, un tableau et un rideau à la fenêtre.

Les portes sont munies d'une ouverture pour laisser passer la nourriture et d'un judas permettant un contrôle des détenues. Les cellules sont chauffées au moyen d'un système installé dans le plafond dont le centre comprend également une lampe. chaque cellule dispose d'une sonnette pour les appels urgents.

Une fois par semaine ou plus souvent si elles le demandent, les détenues peuvent prendre une douche. A cette occasion, elles ont aussi la possibilité de se laver les cheveux.

Les repas sont préparés dans la cuisine centrale de la prison; ils sont identiques pour les quatre divisions et sont amplement suffisants. Au besoin, le médecin peut ordonner la préparation de repas diététiques. Dans le quartier des femmes, les repas sont pris en commun dans la salle destinée à cet usage.

La moitié du pécule, mais au maximum 150.- Fr. par mois, peut être utilisé deux fois par semaine pour faire des achats destinés à améliorer l'ordinaire (cigarettes, etc.), pour acquérir des journaux ou d'autres marchandises (serviettes hygiéniques, etc.) qu'offre le pénitencier.

Les détenues reçoivent des tabliers bleus et des pull-overs de coton, mais ne sont pas tenues de les porter. Elles peuvent utiliser la buanderie de leur quartier pour laver leurs effets personnels.

#### Exécution des peines

A leur entrée en prison, les détenues sont prises en charge par le personnel de garde masculin qui procède aux formalités d'enregistrement, puis par une soeur qui leur attribue une cellule et les instruit du règlement de la prison. Quelques jours plus tard, elles peuvent s'entretenir avec un représentant de la direction ou avec un assistant social.

Les détenues sont soumises au régime progressif, conformément aux dispositions fixées par la loi et par la direction; ce régime prévoit une période d'isolement en cellule (deux semaines), puis une période de séparation et d'observation (deux autres semaines); après quoi la direction peut décider d'appliquer à la détenue le régime ordinaire, sous réserve d'autres décisions prises par l'autorité judiciaire lorsqu'il s'agit de personnes placées en détention préventive.

La détenue soumise au régime ordinaire peut bénéficier de toutes les activités qu'il est possible d'exercer pendant le temps libre: elle peut écouter la radio, voir la télévision, assister à des séances de cinéma, faire des exercices physiques, pratiquer un sport, se livrer à une activité culturelle ou jouer.

Les personnes condamnées se voient appliquer les dispositions légales relatives à l'exécution progressive de la peine. En raison de difficultés structurelles, il n'est pas encore possible de faire bénéficier les détenues du régime de semi-liberté.

Les congés sont réglés par une ordonnance du Département de la justice qui envisage la possibilité d'octroyer des congés trimestriels dès l'accomplissement de la moitié de la peine, si le comportement de la détenue le justifie. En cas de particulière nécessité, la direction peut accorder un congé de huit heures au plus, au cours duquel la détenue est accompagnée.

D'entente avec le service social, les soeurs établissent les qualifications des détenues destinées à les faire bénéficier des facilités prévues et à déterminer le montant du pécule qui leur revient.

Les mesures disciplinaires, qui vont de l'isolement en cellule à la mise en cellule forte, sont décidées par la direction, suivant la gravité de l'infraction commise envers le règlement ou le degré d'incorrection ou de violence dont a fait preuve la détenue à l'égard des personnes ou des objets.

C'est au service social du pénitencier qu'il incombe de préparer les détenues à leur libération. Cette préparation s'effectue en collaboration avec la soeur éducatrice. Le service social a notamment pour tâche de chercher un emploi et, le cas échéant, un logement, alors que le service de patronage a pour mission de prêter assistance à la détenue postérieurement à sa détention et de lui octroyer éventuellement une aide financière.

Une fois les deux tiers de la peine accomplie, le conseil de surveillance décide en matière de libération conditionnelle, en se fondant sur les propositions faites par la direction. Il est également compétent pour fixer un délai d'épreuve et pour confier les personnes libérées au service de patronage pénal.

#### Assistance prêtée aux détenues

Les détenues peuvent demander un entretien avec le directeur, le sous-directeur et les assistants sociaux. La demande doit être présentée par écrit et indiquer les motifs pour lesquels l'entretien est sollicité. L'entretien est accordé entre le lundi et le vendredi, pendant les heures de travail et selon la disponibilité des personnes requises.

Les assistants sociaux ont pour tâche d'assister les détenues dans leurs rapports avec leurs familles et dans les problèmes qu'elles pourraient rencontrer sur le plan financier.

Pour les questions d'ordre spirituel, les détenues peuvent bénéficier de l'assistance des soeurs et, à certaines heures, de celle d'un aumônier.

Le service sanitaire est assuré deux fois par semaine par un médecin en médecine générale et une fois par semaine par un dentiste ou un psychiatre. Dans des cas graves, le médecin peut ordonner l'hospitalisation d'une détenue. Pendant les consultations, les médecins sont assistés par une soeur infirmière.

Une visite médicale obligatoire est prévue à l'entrée en prison et lors de la mise en liberté. Les médecins prescrivent les médicaments que les soeurs infirmières administrent dans tout le pénitencier. Les cures ordonnées par un médecin et les médicaments sont à la charge du canton, sauf les soins dentaires dont les détenues supportent une partie des frais.

### Liberté et contacts au sein du pénitencier

L'ordre du jour est le suivant:

#### Été (du 1er avril au 30 septembre)

06.45	Réveil et toilette personnelle
07.00	Service de la subsistance
07.15-07.45	Déjeuner et mise en ordre des cellules
08.00-11.15	Travail
11.15-11.45	Promenade
12.00	Dîner
12.30-13.30	Temps libre, mise en ordre des cellules
13.15-17.15	Travail
17.15-18.00	Promenade
18.00	Service de la subsistance
18.15-18.45	Souper
19.00-23.00	Temps libre
23.15	Extinction des feux

#### Hiver (du 1er octobre au 31 mars)

Comme l'horaire d'été, avec les deux modifications suivantes:

13.45-14.30	Promenade
14.30-18.00	Travail

#### Samedi

08.00-11.15	Travail, rétablissements, éventuellement culture physique, temps libre
14.00-16.30	Rétablissements, douche, toilette personnelle, temps libre
16.30-17.15	Inspection

Le reste selon l'ordre du jour de la semaine.

#### Dimanche

07.45	Réveil et toilette personnelle
08.00	Service de la subsistance et déjeuner
09.30	Culte catholique
10.30-13.30	Temps libre
14.00-17.00	Temps libre

Le reste selon l'ordre du jour de la semaine.

Après le souper, les détenues peuvent suivre, et cela toute la semaine, les programmes présentés par la télévision, en se rendant dans la salle réservée à cet usage.

Les détenues sont seules tous les jours de 12.00 h. à 14.00 h. et de 23.00 h. à 8.00 h.

Les détenues sont en étroit contact avec les soeurs, notamment avec la soeur éducatrice. A part quelques cas exceptionnels, les détenues entretiennent entre elles des rapports satisfaisants, sans conflits particuliers. Elles peuvent communiquer entre elles sans restrictions, sauf décision contraire de l'autorité judiciaire compétente.

#### Travail

Les détenues sont soumises à 35 heures de travail par semaine. Le travail est obligatoire et il leur est désigné par la soeur supérieure; le refus de travailler est puni par des mesures disciplinaires.

Habituellement, la détenue commence à travailler après la période d'isolement en cellule; selon les possibilités, il est tenu compte des préférences de chacune.

Etant donné que l'effectif des détenues est très bas et qu'il varie constamment, les possibilités de travail existant dans le quartier des femmes de La Stampa sont très limitées. A l'exception de quelques rares travaux à effectuer à l'extérieur du pénitencier, les détenues sont occupées à des tâches intérieures, tels que travaux de nettoyage, buanderie, couture, etc.

Seules les détenues qui travaillent reçoivent un pécule qui varie entre un minimum de 100.- Fr. et un maximum de 280.- Fr. par mois (1977), suivant le travail exécuté et la manière dont la détenue s'est comportée.

#### Formation

Il n'est pas possible d'effectuer un apprentissage ou de suivre une école.

#### Emploi du temps libre

Dans la mesure où elles sont soumises au régime ordinaire, les détenues peuvent disposer tous les soirs de la salle de séjour entre 19.00 h. et 23.00 h. En outre, le dimanche elles peuvent assister à la projection d'un film dans la salle à usages multiples. Ce local sert aussi de temps à autre de salle de théâtre, de salle de concert ou de conférence, manifestations auxquelles les détenues peuvent assister en prenant place dans la tribune qui leur est réservée.

En plus des programmes transmis dans les cellules à partir du poste de radio central du pénitencier, les détenues sont autorisées à tenir des appareils de radio individuels et des écouteurs pour cassettes.

Les programmes de télévision peuvent être choisis librement sur l'appareil installé dans la salle de séjour.

Le pénitencier possède une bibliothèque qui est également à la disposition des détenues: celles-ci peuvent en outre conclure librement un abonnement à un journal ou à une revue.

Le culte catholique a lieu dans la chapelle principale du pénitencier tous les dimanches matins. Les détenues y prennent part dans la tribune qui leur est réservée.

#### Rapports avec l'extérieur

Dans la mesure où l'autorité judiciaire compétente n'en dispose pas autrement, les détenues peuvent communiquer aussi souvent qu'elles veulent avec leurs tuteurs ou avec leurs défenseurs.

Les visites des parents sont autorisées à raison de 30 minutes par semaine et jusqu'à concurrence de deux heures par mois au maximum; elles peuvent se faire tous les jours de 14.30 h. à 16.30 h., excepté le lundi. Les demandes de visite doivent être adressées quelques jours auparavant au service social. En principe, les entretiens sont surveillés.

Les détenues peuvent recevoir ou écrire un nombre de lettres illimité. La correspondance est contrôlée par le service social du pénitencier. Ce service se charge également de la distribution quotidienne du courrier.

L'usage du téléphone n'est admis qu'en cas d'urgence et après indication des motifs.

Les détenues sont autorisées à recevoir chaque mois un paquet de 5 kg au plus, à condition qu'il ne contienne pas de denrées périssables, du tabac, de l'alcool ou des produits dont la confection rend tout contrôle impossible.

Les congés sont réglés de la manière indiquée sous 1.6.

L'ESECUZIONE DELLE PENE PER LE DONNE IN SVIZZERA -  
PROPOSTE PER MISURE DI MIGLIORAMENTI A CORTA O  
LUNGA SCADENZA E PRESA DI POSIZIONE SULLA  
PETIZIONE DELLE DETENUTE DI HINDELBANK

## RIASSUNTO

### Occasione del rapporto

Nel marzo del 1977, 66 detenute delle carceri di Hindelbank hanno inviato all'allora Presidente della Confederazione, on. K. Furgler, una petizione con 11 punti, onde ottenere miglioramenti ed alleviamenti nell'esecuzione della pena. La Commissione federale per le questioni femminili ha inteso la petizione come un segnale ad occuparsi dell'esecuzione della pena per le donne, in Svizzera.

### Stato attuale a Hindelbank e alla Stampa

La Commissione ha iniziato il proprio lavoro con un rilievo della situazione attuale in merito all'esecuzione a Hindelbank (Parte prima). Hindelbank è l'unico stabilimento femminile per l'esecuzione della pena, all'infuori di una piccola sezione femminile del penitenziario ticinese Della Stampa, alla quale si riferisce una relazione del Governo cantonale (allegato).

### Confronto dei regolamenti interni: Hindelbank non è stabilimento "facile"

Al rilievo dello stato attuale dell'esecuzione a Hindelbank fa seguito il confronto dello stesso, come risulta al regolamento interno, con gli ordinamenti, le direttive e i regolamenti di altri stabilimenti (per gli uomini) del nostro Paese (2a parte). Il confronto concerne i seguenti punti: regole di massima per l'esecuzione, istruzione dei detenuti, possibilità di lavoro e di formazione professionale, peculio, condizioni sanitarie, regali, visite, corrispondenza, telefono, congedi, colloqui, possibilità di ricorso e pene disciplinari. Risulta che gli stabilimenti di Hindelbank non possono essere considerati un istituto di pena "facile", soprattutto ove si consideri che primarie e recidive sottostanno, all'infuori di qualche dettaglio, allo stesso regime.

### Delinquenza femminile

Da una rapida analisi della statistica delle sentenze penali degli ultimi anni appare che (parte 3a):

- la proporzione delle donne condannate è molto più bassa di quella degli uomini;
- commisurata alla popolazione globale, le donne divorziate e nubili entrano più spesso in conflitto con il codice penale che non le donne sposate o vedove: l'età media delle condannate è di parecchio più inferiore di quella della popolazione globale;
- i reati contro il patrimonio sono al primo posto per quanto concerne le donne condannate: le donne non commettono praticamente reati violenti e i danni alle persone e alle cose sono in genere soltanto colposi;
- Le pene privative della libertà pronunciate contro le donne sono meno dure e di più breve durata: le donne più degli uomini soddisfano le esigenze della sospensione condizionale della pena.

Presenza di posizione in merito alla petizione

Nella parte 4a la Commissione prende dapprima posizione in merito alla petizione, le cui richieste essa sostiene, con alcune modifiche, quasi completamente, per poi fare alcune proposte di miglioramenti possibili. Essa propone:

Proposte di miglioramenti avanzate dalla Commissione

- creare altri stabilimenti femminili di pena, almeno uno per ogni regione linguistica del Paese;
- affidare a donne la direzione di stabilimenti femminili di pena;
- il personale femminile addetto all'esecuzione della pena deve essere parificato in ogni settore - a uguale prestazione di lavoro e di qualifica - a quello maschile;
- formazione e aggiornamento speciale del personale per i compiti in stabilimenti femminili di pena;
- riesame dell'occupazione di sole diaconesse nello stabilimento per recidive;
- procedere a una chiara definizione dei compiti e delle competenze nello stabilimento di Hindelbank: riconoscere più facoltà e possibilità di consultazione del personale;
- stendere un programma di trattamento per ogni nuova detenuta che regoli almeno: l'assegnazione di un assistente fisso, misure necessarie per l'istruzione e il trattamento terapeutico, il lavoro, le attività del tempo libero, l'alleviamento della pena e la preparazione della liberazione;
- la creazione di possibilità di formazione professionale delle detenute a seconda della durata della pena, che diano diritto al conseguimento di titoli di studio riconosciuti: attuazione dell'istruzione durante il tempo di lavoro.
- accrescere l'offerta di lavoro;
- compenso del lavoro conforme alla situazione e del mercato e fissare non il compenso, ma soltanto la parte dello stesso di cui si può disporre nello stabilimento, secondo il comportamento globale della detenuta;
- promuovere il lavoro all'esterno dello stabilimento;
- concedere alle detenute, in determinati settori, il diritto a essere consultate e attribuire loro una parte di responsabilità;
- separare i bambini dalla madre detenuta non già all'età di 18 mesi, bensì soltanto all'età dell'asilo infantile;
- abolire l'arresto di rigore;
- permettere abiti e biancheria personale, come pure cure di bellezza;
- alleviare l'esecuzione con una sempre maggiore libertà;

- allargare le possibilità di colloqui e la cerchia dei visitatori e concedere più congedi;
- eseguire la semilibertà in stabilimenti decentralizzati;
- assistenza seguita delle detenute liberate;
- adeguare continuamente il regolamento interno alla prassi vigente e adottare regolamenti diversi per le primarie e le recidive;
- appianare le diversità dell'esecuzione per uomo e donna.

La Commissione  
si prefigge  
inoltre:

La Commissione non si vuole limitare alla stesura del presente rapporto. Essa si è invece prefissa di elaborare, in collaborazione con il Dipartimento federale di giustizia e polizia e periti esterni, un'ordinanza sull'esecuzione, di stendere una lista di posti di lavoro esterno per detenute e di fissare un programma di istruzione e formazione professionale a seconda della durata della pena.

	Introduzione	
	Soltanto un rapporto parziale	
3	Condanne della delinquenza femminile e sicurezza dell'istituto de pena	1
3.1	Delinquenza	1
3.1.1	Condanne secondo il CP: rilievi demografici	1
3.1.2	Gruppi di reati	2
3.1.3	Tipo e misura delle pene	3
3.1.4	Stato delle donne delinquenti	4
3.1.5	Tentativo di spiegazione della minore delinquenza femminile	5
3.2	Discrepanza fra la minore delinquenza femminile e l'attuazione dell'assunto della sicurezza nell'istituto di pena	5
4	Proposte per misure a lunga scadenza e a breve scadenza, volte a migliorare l'esecuzione della pena per le donne e presa di posizione in merito alla petizione delle detenute di Hindelbank	7
4.1	Modello Preungesheim	7
4.2	Presa di posizione in merito alla petizione delle detenute di Hindelbank	9
4.2.1	Tenore della petizione	9
4.2.2	Risposta del Consigliere federale on. Furgler	10
4.2.3	Presa di posizione della commissione	10
4.2.3.1	Citofoni	11
4.2.3.2	"celle aperte"	11
4.2.3.3	Comportamento nello stabilimento quale criterio per la parte disponibile del peculio	12
4.2.3.4	Possibilità effettive d'acquisto	13
4.2.3.5	Ritiro delle agevolazioni in caso di malattia	13
4.2.3.6	Rinuncia all'arresto di rigore quale pena disciplinare	14
4.2.3.7	Chiusura eccessivamente lunga della cella il fine settimana	14
4.2.3.8	Un'ora di discussione al giorno	15
4.2.3.9	Riduzione a 7/2 delle ore di lavoro	15
4.2.3.10	Ulteriore riduzione di 1/2 ora del lavoro giornaliero per una passeggiata	16
4.2.3.11	Facilitare le visite, il contatto con la famiglia e soprattutto introdurre congedi	16
4.2.3.12	Per un impeccabile servizio sanitario ma contro il ricorso a un medico di propria scelta	18
4.2.3.13	Divieto di fumare durante una dieta soltanto se ordinato dal medico	19
4.2.3.14	Nessuna limitazione quanto al numero dei libri	19
4.2.3.15	Disporre di alcuni quotidiani e settimanali	20
4.2.3.16	Rinnovamento della biblioteca - locale per la lettura	20

II

4.2.3.17	Nuovo ordinamento sul fumo	21
4.2.3.18	Miglioramento dell'offerta di possibilità d'istruzione	21
4.2.3.19	Istruzione durante le ore del lavoro	22
4.2.3.20	Programma ricreativo	22
4.2.3.21	Promuovere le possibilità di occuparsi nel tempo libero	23
4.3	Proposte di misure a lunga scadenza onde migliorare l'esecuzione delle pene per le donne	23
4.3.1	Creazione di altri stabilimenti per le donne	24
4.3.2	Stabilimenti femminili diretti da una donna	25
4.3.3	Parificazione del personale maschile e femminile dello stabilimento	25
4.3.4	Riesame dell'impiego di diaconesse per le recidive	25
4.3.5	Formazione speciale e aggiornamento del personale di stabilimenti penali femminili	26
4.3.6	Chiara divisione dei compiti e delle competenze	26
4.3.7	Introduzione dell'esecuzione in gruppo	27
4.3.8	Favorire il lavoro esterno	28
4.3.9	Piano di trattamento	28
4.3.10	Accrescere l'offerta di lavoro	29
4.3.11	Compenso per il lavoro, conforme alla situazione del mercato	29
4.3.12	Creare processi di lavoro che sfocino in un risultato riconosciuto	30
4.3.12.1	Istruzione durante il tempo del lavoro	30
4.3.13	Allentamento dell'esecuzione	31
4.3.14	Ampliamento della cerchia dei visitatori	31
4.3.15	Semilibertà in sede decentralizzata	31
4.3.16	Assistenza intensa dopo la liberazione	32
4.3.17	Aggiornamento del regolamento interno; regolamenti diversi per primarie e recidive	32
4.3.18	Consultazione, partecipazione responsabilità	32
4.3.19	Evitare, se possibile, la separazione del bambino dalla madre	32
4.3.20	Modificare il sistema delle udienze e allargare le possibilità di colloquio	33
4.3.21	Abolire la segregazione	33
4.3.22	Permettere abiti e biancheria personali e cure di bellezza	33
4.3.23	Appianare le disparità di trattamento fra uomo e donna	34
	Relazione sulla sezione femminile del penitenziario de La Stampa	35

## INTRODUZIONE

Da anni, l'esecuzione della pena è tema di discussione. La ritorsione oppure "la costrizione in vista del reinserimento nella società" (Wolfgang Naucke) comunque sia, la società si interessa del modo in cui i suoi membri, dal comportamento divergente, abbiano a rispondere di tale atteggiamento. Fino a più di un anno fa, la situazione dei detenuti e degli stabilimenti di pena era oggetto di conferenze e di scritti da parte di persone esterne all'ambiente: in tempi più recenti, invece, sono i detenuti stessi ad avanzare istanze, proposte. Dopo quelle dei detenuti uomini del Wauwilermoos, Lucerna e di Oberschöngrün, Soletta, nel marzo del 1977, 66 detenute della casa di pena di Hindelbank inviarono una petizione all'allora Presidente della Confederazione, K. Furgler. La petizione elencava, raccolti in 11 punti, una serie di miglioramenti ed alleviamenti desiderati, nell'esecuzione della pena.

La Commissione federale per le questioni femminili intesa la petizione come un campanello d'allarme e passò ad occuparsi dell'esecuzione delle pene nei confronti della donna, in Svizzera. Anche se da noi soltanto un numero esiguo di donne sono condannate senza sospensione condizionale della pena (secondo le statistiche più recenti, furono, nel 1975, e secondo il Codice penale, 248), pure tale categoria mette in rilievo la "condition féminine" al negativo, nel nostro Paese. Una società sarà giudicata alla stregua di come la stessa tratta i suoi membri che, secondo l'ordinamento vigente, sono considerati minimi. Sull'esempio dell'esecuzione della pena è possibile sapere, indirettamente, parecchie verità sulla società e sull'immagine della donna nella stessa. E, buone intenzioni dei responsabili permettendolo, si potranno forse ottenere, direttamente, miglioramenti o alleviamenti della situazione della donna che deve purgare una pena privativa della libertà.

Sono questi i motivi che hanno indotto la Commissione ad occuparsi dell'esecuzione della pena nei confronti della donna. Risultato provvisorio è il presente rapporto. Il lavoro, però, continua, l'attività diviene più pratica. La commissione si è prefissa di elaborare il testo di un'ordinanza sull'esecuzione, di stendere una lista dei posti di lavoro per detenute, all'esterno dell'istituto di pena, di fissare un programma d'educazione e di formazione professionale, basato sulla diversa durata della pena. Può darsi che tale attività non dia risultati utili. Tuttavia, se riuscirà anche soltanto in parte nel proprio intento, molto sarà già fatto. In questa via, dal risultato incerto e con i dubbi che l'accompagnano, essere il suo intento forse irraggiungibile, la confortano e incoraggiano insieme le parole di Ludwig Hohl:

"Zu bedenken, dass wir nicht für das Vollkommene, weder für ein Vollkommenes, das aus uns hervorginge und das wir hinterliessen, noch ein Vollkommenes, das wir in der Welt ausser uns anträfen, befähigt, bestimmt sind, dass es aber darauf ankommt, unser Mögliches, unser Richtiges zu tun - und dass, wie dann die Dinge um uns aussehen, uns ganz zuletzt auch ein wenig kühl lassen, uns ein wenig leichtfallen darf" (Nuancen und Details).

#### SOLTANTO UN RAPPORTO PARZIALE

Il rapporto completo inizia con un inventario importante circa l'esecuzione della pena a Hindelbank (parte prima), l'unico istituto femminile di pena della Svizzera, all'infuori della esigua sezione femminile del penitenziario ticinese della Stampa. All'inventario fa seguito un confronto del regolamento interno vigente a Hindelbank con i regolamenti delle altre case di pena svizzere. Ritenendo che, per la Svizzera romanda e soprattutto per il Ticino, le nozioni generali e le prospettive siano più interessanti che non le nozioni speciali e la descrizione dello stato attuale, rinunciamo a tradurre le due parti anzidette e diamo invece la traduzione completa delle due altre parti -sulla delinquenza femminile e sulla petizione e le possibilità di miglioramenti -. Tale lacuna è praticamente colmata, per quanto concerne il Cantone Ticino, dalla relazione del Dipartimento cantonale di giustizia sulla sezione femminile alla Stampa.

### 3 CONDANNE DELLA DELINQUENZA FEMMINILE E SICUREZZA DELL' ISTITUTO DI PENA

#### 3.1 Delinquenza

La delinquenza femminile è trattata, nel presente contesto, soltanto in un quadro ristretto, da una parte primariamente nell'ottica statistica, d'altra parte in forma limitata quanto alla definizione.

La statistica ufficiale non copre, fino ad oggi, l'intero settore della criminalità, bensì soltanto una porzione della delinquenza globale e cioè le condanne pronunciate dai tribunali e le persone condannate. Ne consegue che sono possibili dati in merito alla struttura delle condanne, però senza deduzioni dirette quanto alla delinquenza effettiva.

L'esposizione seguente (Esprimiamo qui la nostra sentita riconoscenza all'Ufficio federale della statistica per il documento che, dietro richiesta della commissione, ha compilato in merito. Tale documento noi seguiamo nelle linee essenziali.) circa lo statuto attuale della criminalità femminile poggia su dati calcolati sulle frequenze degli anni 1974, 1975 e 1976. La struttura demografica delle donne condannate viene sempre confrontata con i valori corrispondenti dei delinquenti maschili, onde far risaltare i caratteri precipui della delinquenza femminile. Sono state prese in considerazione soltanto persone di 18 anni e più. Ove manchino altre indicazioni, si tratta unicamente di condanne secondo il Codice penale (CP).

#### 3.1.1 Condanne secondo il CP: rilievi demografici

Globalmente, vale a dire se si considerano le condanne secondo tutta la legislazione penale federale, il rapporto fra donne e uomini condannati è di 1:9, vale a dire che di 100 persone condannate, soltanto 10 sono donne (cifra assoluta: 5080). Ove si rilevino unicamente le persone condannate secondo il CP, la percentuale di donne condannate risulta essere leggermente più alta (17 %; cifra assoluta: 3220). Le condanne secondo la legge federale sulla circolazione stradale (LCStr) toccano invece una percentuale femminile nettamente inferiore (6%; cifra assoluta: 1320) e secondo tutte le altre leggi federali una percentuale del 7%; cifra assoluta: 550. Il numero parecchio inferiore a quello degli uomini, di condanne di donne - circa un sesto della popolazione femminile che è più della metà della popolazione globale - corrisponde a quello di tutti i Paesi industrializzati, nei quali la quota varia fra il 10 e il 20%.

Sulla base dei dati "stato civile" ed "età" sono possibili interessanti rilievi in merito alla struttura demografica della categoria delle donne condannate. La metà delle condannate sono coniugate, un terzo nubili (per gli uomini condannati, il rapporto è inverso). Ove si confronti invece la distribuzione secondo lo stato civile, da una parte per le donne condannate e dall'altra per la popolazione femminile globale (di oltre 18 anni), appare che il numero delle divorziate e delle nubili entrate in conflitto con le disposizioni del CP va ben al di là della proporzione rilevata sopra (fattore 3.5, risp. 1.5); il numero delle donne sposate

e vedove condannate è invece inferiore alla proporzione di cui sopra (fattore 0.8, risp. 0.25). Per gli uomini si ha uguale struttura della distribuzione, tuttavia in forma ancora più estrema.

La parziale dipendenza dello stato civile dall'età, richiede che si esaminino i due dati. La struttura delle categorie di condannate secondo le classi d'età rivela un chiaro nesso fra ciclo della vita e delinquenza. Nella fase dello svincolo dalla famiglia d'origine e dell'integrazione nella società, esiste un pericolo particolarmente grande di criminalità. Oltre la metà delle condanne interessa persone fra i 18 e i 29 anni (donne 52 %, uomini 59 %); il 39 % riguarda persone fra i 30 e i 44 anni circa; fra le persone oltre i 45 anni, la percentuale scende al 17 % (per gli uomini al 13 %).

La giovane età dei condannati risulta ancora più evidente ove si confronti l'età media delle persone condannate, celibi e coniugate, con l'età media dei gruppi rispettivi della popolazione globale. L'età media delle persone celibi condannate, dei due sessi, è di circa 25 anni. L'età media della popolazione globale delle nubili è invece di circa 37 anni e quella della popolazione globale dei celibi di 30 anni. Analoga discrepanza è data fra i coniugati. L'età media delle persone coniugate condannate è per le donne di 35 anni, per gli uomini di 37 anni circa. Per la popolazione globale delle persone sposate, l'età media è invece più alta: per le donne di 43 anni, per gli uomini di 46 anni circa.

### 3.1.2 Gruppi di reati

Sulla base dei dati statistici, la questione circa la struttura della delinquenza specifica delle donne può essere chiarita soltanto parzialmente.

In due gruppi di reati, il numero delle donne condannate è più rilevante per rapporto a quello degli uomini. Tuttavia soltanto il gruppo dei delitti contro la proprietà (gruppo delitti contro il patrimonio), con una proporzione del 76 % sull'effettivo totale delle donne condannate (uomini 56%), la proporzione risulta esorbitante, per l'altro gruppo, quello del "falso in documenti", il rapporto è di soli 4 %. Negli altri gruppi di reati, la quota è inferiore al 7%.

La predominanza dei delitti contro la proprietà è rilevante in tutte le classi d'età dei due sessi (quote del 50-75 %); al secondo posto, ma di parecchio distanziati, seguono, per le donne (meno del 10%), i delitti contro la vita e l'integrità della persona.

Nel gruppo dei "reati contro il patrimonio", le donne condannate per "furto" rappresentano i 2/3 di tutte le donne condannate per reati contro la proprietà. Nelle categorie uomini e donne, i reati più frequenti del gruppo dei delitti contro la vita e l'integrità della persona sono: lesioni colpose, omicidio colposo e lesioni semplici. Gli altri gruppi di reati sono quantitativamente minimi, in modo da non essere possibile riconoscere differenze rilevanti.

Ove si considerino i singoli gruppi di delinquenti nell'ottica della struttura dell'età, appare come, in ogni gruppo di reati, il numero delle persone condannate (uomini e donne) diminuisce con l'avanzare dell'età: fanno eccezione i reati contro la famiglia che, per definizione, interessano soprattutto persone coniugate (risp. divorziate) e che perciò raggiungono la frequenza più alta nell'età fra i 30 e i 44 anni.

Le condanne più frequenti per le categorie donne sono avvenute per i crimini e i delitti seguenti:

Reato	CP articolo	Numero delle condanne
Furto semplice	137.1	1660
Truffa	148	215
Appropriazione indebita	140	124
Falsità in documenti	251	118
Distrazione di oggetti pignorati	169	100
Conseguimento fraudolento di una prestazione	151	97
Lesioni colpose	125	93
Incendio doloso	222	82
Sottrazione di poca entità	138	78
Diffamazione, calunnia, ingiuria, violazione di segreti privati	173-179	75
Omicidio colposo	117	56
Furto qualificato	137.2	37
Lesioni semplici	123	32
Trascuranza dei doveri d'assistenza familiare	217	28
Atti di libidine su fanciulli	191	22
Frode dello scotto	150	20
Violenza o minaccia contro le autorità	285	11
Sequestro di persona	182	7
Estorsione	156	5
Falsità in certificati	252	5

Sono inoltre da aggiungere 235 condanne sulla base della legge federale sugli stupefacenti e 1'306 secondo la legge sulla circolazione stradale.

### 3.1.3 Tipo e misura delle pene

Per la valutazione della delinquenza femminile, è di rilievo la questione a sapere se, in merito al tipo e alla misura della pena, possano essere riconosciute differenze fra i due sessi.

Oltre i 2/3 delle pene pronunciate - contro uomini e donne - sono pene privative della libertà personale; le donne soltanto ricevono meno multe degli uomini. Più dei 4/5 delle pene privative della libertà - i dati valgono per i due sessi - toccano la categoria "meno di un anno di detenzione". Invece, le pene più severe (reclusione e detenzione di oltre un anno) colpiscono meno donne (ca. 3 %) che non uomini (ca. 8%). Tali risultati relativi alle condanne, e più favorevoli relativamente alle donne, concernono tutti i gruppi di reati e tutti i singoli atti perseguibili, all'infuori dei reati contro il buon costume.

La porzione di donne condannate per la prima volta a brevi pene privative della libertà personale è del 20,77 %; la seconda condanna vede soltanto il 14,03 % di donne, la terza il 12,57 %. Ciò vale a dire che la percentuale di donne condannate diminuisce sensibilmente con l'aumento del numero delle condanne, mentre tale percentuale aumenta per gli uomini. Questo rilievo risulta confermato, ove si considerino i casi di recidività. Donne, che hanno usufruito della sospensione condizionale della pena, sono recidive soltanto nel 13,11 % dei casi; per gli uomini questa percentuale è doppia (27,92%). La sospensione condizionale della pena è cioè d'aiuto alle donne, nel senso che ne previene la recidività. Dopo l'esecuzione di pene privative della libertà di breve durata (fino a 6 mesi), la quota dei recidivi sale repentinamente ed è praticamente uguale per uomini e donne.

Le donne, meglio degli uomini, soddisfano le esigenze della sospensione condizionale della pena (ca. il 90% contro il 67 %). Anche la durata media della pena pronunciata contro le donne è più breve (1.8 mesi) di quella contro gli uomini (4.6 mesi). Anche le circostanze attenuanti sono riconosciute più spesso alle donne (10,3% per rapporto a 8,8% che non agli uomini). Contro le donne sono pronunciate anche meno frequentemente pene e misure accessorie.

Dalla documentazione servita da base alle statistiche non risulta tuttavia se tali differenze siano da attribuire a una prassi giudiziaria diversa nei confronti delle donne, oppure a una effettiva differenza di reato.

#### 3.1.4 Stato delle donne delinquenti

Le donne entrate in conflitto con il codice penale provengono più spesso da ambienti familiari perturbati. Potrebbe dipendere dal fatto essere la donna più sensibile, per rapporto all'uomo, all'ambiente che la circonda, mentre l'uomo sarebbe più sensibile quanto alla propensione al reato. In ogni caso è comunque d'aspettarsi un cumulo di condizioni sfavorevoli per le donne condannate, anche perché stesse rappresentano una porzione più ridotta della popolazione globale maschile.

Non è invece dimostrabile l'asserzione secondo la quale le donne condannate avrebbero frequentato in proporzione maggiore soltanto scuole differenziali. Basta dare un'occhiata ai rapporti annuali dell'istituto di pena di Hindelbank, per rilevare il contrario.

3.1.5  
Tentativo di spiegazione della minore delinquenza femminile

Diverse sono le spiegazioni della delinquenza femminile, penalmente rilevata in modo minore quanto alla quantità e alla qualità. Accenniamo in primo luogo, e in via generale, alla minore integrazione della donna nella vita pubblica e professionale. Occorre inoltre presumere che la donna disponga di altre alternative di comportamento divergente - formalmente meno incriminabile - quali la prostituzione, dipendenza dalla droga, malattie psichiche e alle quali ricorre nel tentativo di risolvere conflitti d'ordine sociale. Più frequenti sono, nella categoria donne, le malattie d'origine psicosomatica, la schizofrenia, le psicosi, le neurosi, la dipendenza dai farmaci. Per le donne dipendenti dai farmaci, la prognosi è più sfavorevole. Il numero delle donne alcoolizzate s'è raddoppiato sin dai primi anni del dopoguerra. Aumenta il consumo di droga delle giovani e delle donne. Occorre inoltre ricordare che metodi ed obiettivi dell'educazione della donna l'indirizzano piuttosto verso una posizione di subordinazione.

Infine, la ragione della minore quota di condanne nei confronti di donne dovrebbe anche essere ricercata da una parte in un diverso atteggiamento della società, quanto alla denuncia di un comportamento anomalo della donna e, d'altra parte, in una più "generosa" valutazione e selezione di tale comportamento, a cura delle istanze di controllo (polizia, assistenza pubblica, autorità di giustizia).

3.2 Discrepanza fra la minore delinquenza femminile e l'attuazione dell'assunto della sicurezza nell'istituto di pena

Da quanto precede risulta chiaramente che le donne raramente commettono reati violenti e anche atti violenti. Quasi sempre soltanto colposi sono poi i danni alle persone e alle cose causati da donne. Le donne sembrano inclini piuttosto a colpire proditoriamente (appropriazione indebita, falsità in documento) soprattutto con la parola (delitti contro l'onore). Nell'ottica della natura dei reati commessi, le donne detenute non dovrebbero perciò porre particolari problemi di sicurezza quanto all'esecuzione delle pene. Dai rapporti annuali di Hindelbank risulta che rari sono gli atti di violenza fra le detenute e quelli diretti contro il personale dell'istituto carcerario. Negli ultimi anni non sono state registrate evasioni da celle: fughe si sono invece avute in occasione di passeggiate o dopo la ricreazione serale.

In contrasto evidente con questi inconvenienti di portata minore risultano gli impianti di sicurezza e soprattutto la detenzione continua nello stabilimento di pena. Mezzi

finanziari rilevanti sono impiegati per l'attuazione di provvedimenti d'utilità discutibile e di necessità non sempre indubbia: tali mezzi potrebbero essere meglio investiti in altri settori, e soprattutto per il reinserimento nella società.

Il credito di 1.87 milioni approvato in primavera dal Gran Consiglio bernese serve - fatta eccezione per l'impianto del telefono di servizio - in primo luogo ad aumentare la sicurezza e le possibilità di controllo (recinti, cancello davanti al cortile dell'edificio delle primarie, dispositivo di sicurezza per impedire la fuga dai tetti piani dell'edificio delle recidive, in parte con finestre metalliche munite di vetri blindati) - e soltanto in secondo luogo per miglioramenti dell'esecuzione della pena, come locali di soggiorno con cucinino e locale televisione per piccoli gruppi di detenute. Per rapporto al grado di pericolosità delle detenute, troppa importanza viene attribuita agli impianti assicuranti un funzionamento efficiente. Non sono invece date sufficienti possibilità di seguire corsi scolastici e professionali, come sarebbero necessari alle detenute: sono insufficienti anche gli sforzi in vista della creazione di occasioni di lavoro e di attività del tempo libero.

"Es steht zu hoffen, dass mit der Erneuerung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Vollzug die neuen Errungenschaften des Strafvollzuges, wie Gruppentherapie, Selbstverwaltung, Lockerung der Aufsicht über die der Entlassung nahen Gefangenen, vermehrter Kontakt zwischen Anstalt und Aussenwelt, auch in den schweizerischen Anstalten heimisch werden, soweit sie, wie die Urlaube, es nicht bereits sind. Wenn der Staat dem Bürger die Freiheit entzieht, so ist er verpflichtet, alles vorzukehren, um diesem Zwangseingriff die schädlichen Wirkungen zu nehmen und den Entzug der Freiheit möglichst sinnvoll zu gestalten. Nur nebenbei sei angemerkt, dass der schweizerische Strafvollzug, welcher der Pionierleistung der Familie Kellerhals wegen seit 1895 international hohes Ansehen genoss, in Gefahr steht, in Rückstand zu geraten". (Hans Schultz, Einführung in den Allgemeinen Teil des Strafrechts, Bern 1973, Zweiter Band, p.51)

4 PROPOSTE PER MISURE A LUNGA SCADENZA E A BREVE SCADENZA, VOLTE A MIGLIORARE L'ESECUZIONE DELLA PENA PER LE DONNE, E PRESA DI POSIZIONE IN MERITO ALLA PETIZIONE DELLE DETENUTE DI HINDELBANK

Nell'ultima parte del presente rapporto prenderemo posizione sulla petizione che, nel marzo del 1977, le detenute di Hindelbank avevano rivolto all'on. Furgler, allora Presidente della Confederazione. Se, in tale petizione sono avanzate richieste di miglioramenti ed alleviamenti dell'esecuzione della pena, per lo più attuabili a breve scadenza, nel capitolo seguente, l'ultimo, consiglieremo invece innovazioni che potrebbero essere realizzate con più ampio respiro. Nella valutazione sia della petizione, sia delle proposte di più ampia portata, la commissione ha presente quanto è stato tentato e, in gran parte anche attuato, nello stabilimento femminile di Francoforte-Preungesheim (Repubblica federale).

4.1 Modello  
Preungesheim

A Francoforte-Preungesheim, il maggiore dei quattro istituti penali femminili della Repubblica federale della Germania organizzati autonomamente, viene sperimentata da alcuni anni la riforma dell'esecuzione della pena, sulla base di un modello che prevede la risocializzazione e la formazione professionale. Lo stabilimento di Preungesheim s'informa al principio secondo il quale "nelle prigioni femminili si riscontrano in prevalenza personalità labili, emotive, fortemente turbate, che hanno paura della vita - paura che può esplicarsi nelle più diverse maniere - e alle quali mancano il coraggio per risolvere le difficoltà esistenziali e la coscienza delle proprie capacità e possibilità quanto a fornire una prestazione valida". L'esecuzione della pena vuole ridare coraggio alle donne e rafforzarne la fiducia nelle proprie capacità. Onde preparare il ritorno alla vita libera di donne entrate in conflitto con il codice penale, sono investiti moltissimi mezzi differenziati. Premesse essenziali di un'efficace esecuzione della pena sono:

- la formazione professionale del personale addetto all'esecuzione delle pene
- l'intensa assistenza terapeutica delle detenute
- l'istruzione delle detenute
- l'esecuzione graduale della pena con allentamento attuato grazie al congedo e all'uscita dallo stabilimento (possibilità esterna di lavoro)
- l'assistenza dopo la scarcerazione.

Il personale che si occupa delle detenute è preparato specialmente all'esecuzione dei compiti che lo attendono ed è continuamente oggetto di insegnamenti e di sorveglianza. Il personale viene a intervalli regolari consigliato ed istruito -

Preungesheim conosce la cosiddetta esecuzione per gruppi. Da 8 a 10 donne sono riunite in un gruppo assistito da un'assistente sociale. L'attribuzione a un gruppo è preceduta da un'intensa attività volta a chiarire quale persona debba entrare a far parte di un determinato gruppo. E' così possibile compensare gli svantaggi che sorgono con l'esecuzione unitaria della pena. Il gruppo non è integrato subito nel processo lavorativo, ma i primi tempi svolge unicamente un'attività di gruppo (discussione, distribuzione di ruoli, conversazione sulla situazione personale, attività pratiche quali: confezione di capi di vestiario, lavori d'economia domestica, composizione della lista delle vivande).

Si ritiene inopportuno, a Preungesheim, fornire alle detenute unicamente l'istruzione corrispondente all'immagine tradizionale sul ruolo e i compiti della donna quale madre e massaia. Poichè le detenute hanno in genere avuto soltanto una formazione scolastica incompleta e insufficiente, si tratta di colmare prima queste lacune. Nella Repubblica federale di Germania sono stati approntati programmi speciali dell'istruzione degli adulti adatti alle donne detenute. Nell'istituto di pena è data la possibilità di seguire una formazione professionale vera e propria, tuttavia per un periodo di non più di 2-3 anni. Le seguenti professioni possono essere apprese, fino al conseguimento di un titolo riconosciuto: pettinatrice, cuoca, impiegata d'ufficio, fiorista, allevatrice d'animali (formazione professionale all'esterno dello stabilimento). Alta è la percentuale delle detenute che hanno assolto un tirocinio del genere.

Quanto alla specializzazione (corsi), è stata fatta l'esperienza che la stessa è portata a compimento sempre che non sia attuata unicamente durante il tempo libero.

Il tempo di lavoro effettivo è di 35 ore settimanali. I corsi d'istruzione professionale possono essere seguiti durante le ore di lavoro e sono anche retribuiti. Fa stato, quando si tratta di fissare il peculio, unicamente la prestazione e non l'ulteriore comportamento delle detenute.

Le detenute portano i capi di vestiario personali. Al termine del lavoro, le detenute non sono rinchiusate nelle celle: le porte restano aperte, in modo che siano possibili le visite reciproche. Meno che in situazioni eccezionali, le porte delle celle non vengono chiuse neppure durante la notte. Visite di parenti e amici sono possibili ogni due settimane, senza la presenza di sorveglianti. I figli possono visitare le madri in prigione. Sono vietate per legge le pene d'arresto.

E' praticata l'esecuzione della pena graduale. In una prima fase, le detenute sono oggetto di un'assistenza intensa. Non appena possibile, le detenute sono trasferite in stabilimenti decentralizzati, più piccoli, a partire dai quali esse possono svolgere un'attività in semilibertà. Dopo la liberazione, le detenute godranno di un'assistenza continuata.

Le detenute possono essere accompagnate in prigione dai figli fino a 5 anni. Giunti all'età della scuola materna, essi si recano alla scuola pubblica.

Ogni semestre, le detenute designano "delegata" che godono del diritto di consultazione nelle seguenti materie:

- organizzazione del tempo libero e dei locali relativi
- riviste, libri
- composizione dei pasti
- programma di ricreazione

Ogni detenuta diviene a turno delegata. Si cerca di attuare un avvicendamento rapido, affinché non abbia a sorgere una situazione di burocrazia.

Ogni mese discussione con la direzione dello stabilimento, nella quale sono presentate e trattate lagnanze e proposte delle detenute.

Per gli impiegati hanno luogo conferenze settimanali. Gli assistenti si incontrano e discutono a metà giornata. Da queste discussioni esce la maggior parte delle proposte di innovazioni nell'esecuzione della pena.

#### 4.2 Presa di posizione in merito alla petizione delle de- tenute di Hindelbank

Nel mese di marzo del 1977, 66 detenute degli stabilimenti penali di Hindelbank hanno indirizzato all'allora presidente della Confederazione, on. K. Furgler, una petizione con le seguenti richieste:

##### 4.2.1 Tenore della petizione

- "1. Impianto di campanelli nelle celle, onde evitare il ripetersi di un secondo "caso Hussein".
2. Abolizione del sistema di costrizione vigente nell'istituto di pena, ad esempio:  
Abolizione del "sistema di note"  
Creazione di un sistema di libero acquisto di generi di prima necessità - eventualmente in uno spaccio dello stabilimento, come già esistente altrove. Abolizione della costrizione esercitata sulle malate con il ritiro delle sigarette o della radio o con la limitazione delle compere.
3. Soppressione della detenzione in cella d'isolamento (cfr. anche l'articolo del 18.12.1976 nel Tagesanzeiger con il titolo 'Demonstration gegen die Isolierhaft - 23 Selbstmorde seit Februar 1975 in Schweizer Gefängnissen')  
Apertura delle porte il sabato e la domenica e la sera possibilità alle detenute di discutere o fare giochi di società, per almeno 1-2 ore giornaliere.

4. Riduzione delle attuali 9 ore di lavoro, ritenute troppo pesanti, a 7 ore giornaliere.
5. Ogni giorno due volte movimento all'aria libera per 1/2 ora ogni volta.
6. Tempo di visita di due ore la settimana, per poter curare il contatto con i familiari, di grande importanza per le donne.
7. Ricorso a proprie spese alle cure di un medico di fiducia, essendo i medici dello stabilimento del tutto sovraccarichi.
8. Non far dipendere la prescrizione di una dieta dal divieto di fumare.
9. Abolizione della limitazione di leggere giornali e libri e della censura (attualmente per due settimane soltanto tre libri, di una biblioteca antiquata).
10. Permesso di acquistare più di 3 pacchetti di sigarette la settimana.
11. Nuovo programma d'istruzione e ricreazione, dopo discussione con le detenute."

4.2.2  
Risposta del Consigliere federale on. Furgler

Il capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia rispose il 2.9.1977, con lettera alle istanti, che il Consiglio federale non poteva trattare la loro petizione come ricorso all'istanza di vigilanza (il Consiglio federale, appunto), non essendo esaurite le possibilità di ricorso alle autorità cantonali. Il Consigliere federale Furgler, tuttavia, faceva alcune considerazioni nella sua lettera. Fra l'altro, lasciava intravedere che nelle celle sarebbe stato installato un telefono di servizio e che le celle di rigore sarebbero presto state trasformate: la direzione della polizia del Cantone di Berna stava studiando un nuovo sistema d'acquisto, della riduzione del tempo di chiusura delle celle, l'allacciamento della biblioteca dello stabilimento alla Biblioteca popolare svizzera e un nuovo ordinamento o addirittura la liberazione del consumo delle sigarette. Anche nei concordati si sarebbe cercato di unificare le questioni inerenti al peculio e alle visite in carcere. Diversi altri miglioramenti sarebbero invece impossibili, mancando il personale necessario. Altri postulati delle detenute sarebbero invece basati su un'erronea interpretazione dei fatti: il divieto di fumare per le donne malate o sotto dieta è deciso dal medico curante; anche le malate possono ascoltare la radio e ricorrere al sistema d'acquisto; le ore effettive di lavoro sono non più di 38 3/4 a 40 ore settimanali.

4.2.3  
Presenza di posizione della commissione

La commissione s'è premurata di trattare in dettaglio i singoli punti della petizione. Ecco le sue conclusioni:

4.2.3.1  
Citofoni

Richiesta d'impianto di campanelli nelle celle

Non appena una detenuta è rinchiusa in cella, essa è totalmente isolata e nell'impossibilità assoluta di comunicare. Le donne non hanno altra possibilità di farsi intendere se non battendo alle pareti o chiamando.

La segregazione non è risentita soltanto dalle detenute, bensì anche dalla persona addetta alla vigilanza. La notte e il finesettimana, questa donna è l'unica responsabile della vita delle detenute affidatele. Pichè vi sono anche donne malate e incinte, la sorvegliante non può praticamente riposare, dovendo temere di non udire eventuali colpi o richiami di detenute bisognose d'aiuto. La necessità di un sistema di campanelli non è perciò soltanto dalla parte delle detenute, ma anche delle sorveglianti.

Nel frattempo, il Gran Consiglio Bernese ha stanziato un credito di costruzione per Hindelbank, di 1 milione e 870 mila franchi, contro il quale non è stato inoltrato referendum (il termine utile scade il 15.5.1978). Fra l'altro sarà installato anche il telefono di servizio:

"Nei locali d'abitazione, gli impianti elettrici esistenti sono completati con un sistema di segnali e di citofoni. I locali adibiti all'abitazione delle detenute sono perciò collegati con quelli delle sorveglianti. Una chiamata rimasta inevasa è automaticamente trasmessa al centro di servizio della cancelleria del Castello. Diversi impianti sono previsti onde assicurare il collegamento delle chiamate notturne. Grazie a impianti di ricerca delle persone e di citofoni, possono essere raggiunti e allarmati sia i sorveglianti, sia tutto il personale dello stabilimento." (Proposta del Consiglio di Stato al Gran Consiglio).

4.2.3.2  
"celle aperte"

La commissione ritiene che valga la pena di esaminare se, nel corso dei lavori di trasformazione, non sia possibile apporre chiavistelli anche all'interno delle porte delle celle. In casi particolari (gravidanza, malattia, indisposizione), le detenute potrebbero perciò lasciare liberamente le celle. Sarebbero così create le premesse dell'introduzione a Hindelbank, del principio delle "celle aperte" - già esistente in altri stabilimenti - quale graduale allentamento dell'esecuzione della pena. I chiavistelli sarebbero fonte di alleviamento e di certa distensione delle detenute. Con la possibilità di aprire spontaneamente le porte delle celle, dovrebbe essere introdotta una regola che imponga alle detenute un orario durante il quale esse devono trovarsi all'interno delle celle. Onde ovviare ai furti, nel sistema delle celle aperte, basterebbe provvedere le celle di armadi con chiusura a chiave (apribili soltanto in presenza della detenuta, in caso di perquisizione delle celle).

4.2.3.3  
Comportamento nello  
stabilimento quale  
criterio per la  
parte disponibile  
del peculio

Richiesta d'abolizione del sistema di costrizione nello stabilimento

---

Ai detenuti che lavorano nell'ambito dell'organizzazione dello stabilimento, deve essere versato un compenso in denaro (art. 376 segg. CP, nel quale si parla d'assegnazione di "una parte del guadagno" - peculio).

Nulla è detto nelle disposizioni menzionate quanto all'ammontare del guadagno. La prestazione professionale (qualità, assiduità, accuratezza, ecc.) non è misura dell'ammontare assoluto, ma soltanto mezzo per l'assegnazione della parte del guadagno entro i limiti massimi e minimi prestabiliti. Al criterio della prestazione lavorativa sono affiancati a Hindelbank (come pure in altri stabilimenti) anche criteri indipendenti dal lavoro prestato, quali buona condotta, puntualità, ordine, pulizia. Il comportamento globale entra a far parte del complesso dei criteri di valutazione per ottenere un indirizzo generale di condotta, senza dover ricorrere a provvedimenti disciplinari. Tale sistema di valutazione corrisponderebbe al desiderio delle detenute che vorrebbero, nel nuovo regolamento interno, vedere preso in considerazione anche il comportamento globale, quando si tratta di fissare il peculio. Attualmente è allo studio su tutto il territorio del Paese la possibilità di una limitazione al criterio della prestazione professionale soddisfacente.

Sembra giusto alla commissione che il comportamento globale, ove non sia in rapporto con il lavoro, non debba essere preso in considerazione quando si tratta di fissare il peculio. D'altra parte esiste unità di vedute sul fatto che il comportamento globale debba, in un modo qualsiasi, essere oggetto di valutazione. Il compenso del lavoro prestato agisce sul detenuto, non soltanto per quanto concerne il suo ammontare, ma anche relativamente alla misura in cui sia possibile disporre. Il regolamento del peculio è d'interesse diretto e primordiale per il detenuto. E' con ciò data la possibilità di influire con il regolamento del peculio, sul comportamento globale del detenuto. Sarebbe immaginabile assegnare i detenuti a diverse classi di comportamento, secondo le quali gli stessi potrebbero disporre di una certa, diversa parte del loro peculio. Una simile classificazione toccherebbe direttamente il detenuto, influenzando sul suo comportamento in modo almeno ugualmente efficace a quanto fa un calcolo avulso da considerazioni sul comportamento. La ricompensa del lavoro commisurata unicamente secondo la prestazione del lavoro, diventa un provvedimento atto primariamente a incitare il detenuto al lavoro. Oltre a ciò esso assume anche rilievo indipendente quale prevenzione speciale: in effetti, il risparmio accumulato dal detenuto sarà, almeno per di primi tempi dopo la scarcerazione, un valido aiuto nelle difficoltà finanziarie e con ciò una

diminuzione del pericolo di ricaduta. D'altra parte è anche possibile che il detenuto possa, con tali mezzi, sostenere la propria famiglia. Il compenso per il lavoro prestato viene con ciò ad assumere una funzione importante del reinserimento nella vita libera. Questa funzione del compenso finanziario non è però riconosciuta ove un detenuto, con un comportamento non soddisfacente, abbia ad ottenere soltanto un compenso minimo, nonostante una buona prestazione nel lavoro.

Simile prassi corrisponderebbe anche alle esigenze dell' art. 376 CP. Secondo Heising, (Michael Heising, Die Entlohnung der Gefangenearbeit, Basler Studien zur Rechtswissenschaft Heft 83, Basel und Stuttgart 1968, p. 37), l'art. 376 CP vuole obbligare i Cantoni, ove siano date certe premesse, a concedere un compenso per il lavoro prestato:

"Es verbietet sich demgemäss nur eine zu enge, nicht aber eine zu weite Auslegung dieser Verpflichtung durch den kantonalen Gesetzgeber. Dieser mag auf die Voraussetzung des guten Verhaltens sogar ganz oder teilweise verzichten, solange dadurch der Sinn des Strafvollzugs nicht gefährdet wird"

Tale pericolo non è dato con l'ordinamento proposto. In pratica, l'art. 376 CP è applicato in modo diverso nel senso che, dalle ricerche di Heising, risulta come il comportamento globale del detenuto venga preso in considerazione soltanto in circa la metà degli stabilimenti di pena. Il comportamento globale potrà sempre essere preso in considerazione con effetti diretti per le detenute, nel quadro del sistema delle agevolazioni. E' però auspicabile che le qualifiche vengano comunicate e discusse a voce con le detenute, ad esempio, in un rapporto settimanale.

#### 4.2.3.4 Possibilità effettive d'acquisto

A Hindelbank non esiste un negozio, nel quale le detenute possano comperare merci. E' invece dato un sistema di acquisto indiretto, senza denaro liquido: la detenuta riempie una lista e quanto è desiderato le viene fornito in cella. La commissione propone, nel senso del desiderio espresso nella petizione, che venga istituita una possibilità effettiva d'acquisto (ad esempio in un locale adibito all'uopo, oppure con un carrello mobile, come esiste negli ospedali). Sarebbe più facile impedire così che il rapporto con il denaro abbia a essere turbato a causa del sistema di conteggio e che abbia a sorgere un incentivo all'acquisto, con effetto negativo per il periodo dopo la scarcerazione. Di rilievo nell'ottica dell'autoeducazione sarebbe anche un diritto di proposta riconosciuto alle detenute in merito alla scelta dell'assortimento e del luogo d'acquisto della merce (negozio specializzato o discount).

#### 4.2.3.5 Ritiro delle agevolazioni in caso di malattia

L'abolizione delle agevolazioni nel caso di malattia vuole forse impedire o limitare la simulazione. Appare evidente alla commissione che, in caso di malattia il consumo di sigarette sia limitato o vietato per decisione del medico curante. Se però manca tale ordinanza da parte del medico, decide la malata liberamente di fumare o meno. Poichè nè l'ascolto della radio, nè il libero acquisto di merci all'

interno dello stabilimento sono in rapporto diretto con la malattia, il loro divieto non appare opportuno. Le agevolazioni devono essere ritirate soltanto qualora ciò sia in rapporto diretto con lo scopo dell'esecuzione. Il ritiro di un'agevolazione è altrimenti da considerare una vessazione che rende ancora più triste lo stato di malattia. E' più importante che le vere malate abbiano a essere trattate con umanità, piuttosto che sia impedito alle simulanti di godere di privilegi ai quali non hanno diritto.

#### 4.2.3.6

Rinuncia all'arresto di rigore quale pena disciplinare

#### Richiesta dell'abolizione dell'isolamento

Secondo il § 55 del regolamento interno dello stabilimento, un arresto fino a 14 giorni al massimo può essere deciso nei confronti delle detenute. Non è invece detto a quale intervallo tale misura possa essere ripetuta. Questa misura disciplinare è la più dura possibile. In pratica sono comminate pene d'arresto di 3 giorni al massimo.

Secondo la pratica giudiziaria, l'arresto è una misura costituzionale, ove siano adempite le seguenti premesse: l'arresto può essere deciso soltanto per infrazioni gravi e ripetute (DFT 99 Ia 290). Esso non può, per la sua lunga durata, né per la conformazione della cella nella quale è eseguito, oppure con l'abolizione concomitante di agevolazioni, compromettere la salute fisica o psichica del detenuto.

Anche qualora tali premesse siano date, la commissione considera la pena dell'arresto un provvedimento discutibile (soprattutto quando detenute, possibili suicide, sono rinchiusi in cella d'arresto fino all'arrivo dello psichiatra, anche a titolo cautelativo). Secondo le più recenti cognizioni, la detenzione in stato d'isolamento, anche se di breve durata, può causare gravi danni alla psiche dell'interessata. La commissione deplora perciò che nei prossimi lavori di trasformazione a Hindelbank, siano previsti nuovi locali d'arresto nella sezione E. Meglio sarebbe rinunciare completamente alla cella di rigore e abolire l'arresto dal catalogo delle pene disciplinari, come è stato fatto da parecchio tempo nella Repubblica federale di Germania. Ove questo provvedimento disciplinare non possa essere abolito, la sua esecuzione dovrebbe essere limitata al giorno ed essere attuata nelle celle singole abituali. Va inoltre rilevato che, con la futura esecuzione della pena in un gruppo, dovrebbe essere sempre più inutile l'adozione di una simile misura.

#### 4.2.3.7

Chiusura eccessivamente lunga della cella il fine settimana

Non soltanto la pena dell'arresto, ma anche il fatto d'essere rinchiusi troppo a lungo nelle celle singole, può far sorgere conseguenze come quelle dovute all'isolamento. Poiché il sabato e la domenica non si lavora, le detenute sono particolarmente e lungamente sole in queste giornate. Il sabato mattina le ore di chiusura in cella sono 2 e il sabato pomeriggio - se non si seguono corsi - le detenute sono in cella dalle 12.30 alle 18. La domenica esse sono rinchiusi dalle 8 alle 11 e il pomeriggio, a seconda della durata della

passeggiata, dalle 13 alle 18.

Le recidive poi, prendono i pasti in cella: la loro segregazione in cella si prolunga perciò di altre due ore per giorno.

La commissione è del parere che l'isolamento delle detenute nel fine settimana è senza ragione troppo lungo e non corrisponde alle necessità che esse avrebbero, invece, di scambio d'idee e di relazioni umane. Essa è consapevole che l'apertura delle celle durante il fine settimana causa un aumento di lavoro al personale di sorveglianza e che tali giornate potrebbero anche scorrere meno "tranquille". Val tuttavia la pena d'esaminare la possibilità di aprire le celle durante alcune ore almeno, fatto che potrebbe avere un effetto positivo sull'atmosfera generale dello stabilimento.

4.2.3.8  
Un'ora di  
discussione al  
giorno

Per gli stessi motivi, la commissione auspica che alle detenute sia offerta la facoltà di disporre liberamente di un'ora giornaliera, ad esempio dopo la cena (per discussioni, giochi, ecc.). Dalla documentazione a disposizione della commissione non appare quando e dove le detenute possano, secondo la prassi attuale, discutere liberamente senza sorveglianza. Sembra che le primarie sono lasciate sole, per breve tempo, durante i pasti in comune. Questa facoltà manca però alle recidive che prendono i pasti in cella. Dopo il pranzo è concessa alle detenute una pausa di 5-30 minuti nel cortile, dove pure sono libere d'intrattenersi senza sorveglianza. Altre possibilità di libera discussione sono date durante le serate organizzate settimanalmente e le passeggiate domenicali occasionali. L'occupazione del tempo libero fra le 19 e le 21.30 vale quale agevolazione. L'introduzione di un'ora di libera discussione ogni sera, presuppone l'esistenza di locali adatti. Ove non esistessero locali del genere, si potrebbe prevedere l'apertura delle celle durante tale tempo, affinché le detenute possano rendersi visita. Questa soluzione avrebbe il vantaggio di accordare alle detenute una misura limitata di "vita privata", di grande importanza per noi donne.

4.2.3.9  
Riduzione a  
7 1/2 delle  
ore di lavoro

#### Richiesta di ridurre a sette le ore di lavoro

Il paragrafo 18 del regolamento interno prevede un orario di lavoro di 9 ore giornaliera, con due pause di 10 minuti ciascuna. Deve inoltre essere detratto il tempo, libero da lavoro, durante il rapporto che il venerdì le sorveglianti devono fare al direttore. Durante le ore di lavoro hanno pure luogo le visite del medico, dello psichiatra, del dentista, i colloqui con il padre spirituale e le visite dei familiari ed è per questo che, secondo la risposta del Consigliere federale Furgler alle istanze di Hindelbank, risulta un tempo effettivo medio di lavoro di 38 3/4 a 40 ore settimanali.

4.2.3.12

Per un impeccabile servizio sanitario ma contro il ricorso a un medico di propria scelta

Richiesta di ricorrere, a proprie spese, a un medico di propria scelta

Le istanti motivano la necessità di potersi rivolgere a medici di propria scelta con il sovraccarico del medico dello stabilimento. Se il medico dell'istituto disponesse di più tempo per le proprie pazienti, la sua opera sarebbe più attendibile. In effetti l'ambulatorio è aperto una volta la settimana, per un solo pomeriggio. In casi speciali e urgenti, si possono avere consultazioni eccezionali, o sono chiamati a consulto medici specialisti, oppure avviene il ricovero in una clinica (il reparto d'osservazione dell'ospedale cantonale femminile). Nel 1977 sono state tenute 1123 visite mediche ordinarie, cioè in media 22 per ogni consultazione settimanale. Una consultazione durerebbe perciò meno di 10 minuti - non meno e non più del tempo che un medico generico concede attualmente ai propri clienti. Che tale media non sia però soddisfacente, viene rilevato da ormai parecchio tempo anche da parte dei medici stessi. Le condizioni particolari di una casa di pena fanno sì che si debba ancora maggiormente deprecare la durata di una consultazione limitata all'essenziale.

La commissione è del parere che dovrebbe essere dato il tempo necessario per un servizio sanitario adeguato. Il medico e lo psichiatra non sono, nello stabilimento di pena, unicamente "funzionari della medicina o tecnici della cura", come dice Irma Weiss. Essi dovrebbero invece collaborare nell'assistenza alle detenute, con gli assistenti sociali, i pastori e le sorveglianti, nell'ambito di una terapia sociale globale. A tale compito sono adatti i medici preposti allo stabilimento, seri e comprensivi, tanto quanto lo possono essere medici esterni all'istituto di pena.

La richiesta delle detenute che vorrebbero che il medico disponesse di più tempo per i loro bisogni, va perciò presa in considerazione. Ciò sarebbe possibile con l'assunzione di medici che, in qualità di funzionari addetti al servizio sanitario, curassero i detenuti di diversi stabilimenti penali, oppure - come il direttore della polizia di Berna ha rilevato in un'intervista al giornale "Bund", il 6.4.1978 - con l'assunzione di due medici accessori per ogni istituto di pena.

La direzione di polizia e sanitaria del Cantone di Berna sono attualmente allo studio di una nuova concezione per migliorare l'assistenza psichiatrica. Sono previsti mutamenti radicali. Nella clinica universitaria psichiatrica della Waldau, sarà creata una nuova sezione che sottoporrà a perizia gli accusati e, in collaborazione con il servizio psichiatrico sociale del policlinico universitario, provvederà all'assistenza dei detenuti. Analogamente al reparto d'osservazione per malati dell'ospedale dell'Isola, sarà installato un reparto per i detenuti in un'ospedale psichiatrico.

L'alta vigilanza sull'assistenza sanitaria dei detenuti nelle case di pena non sarebbe più affidata alla direzione di polizia, bensì alla direzione sanitaria.

Da questa innovazione, la commissione si aspetta un'assistenza medica incensurabile: inutile sarebbe perciò il ricorso a un medico di propria scelta. Anche per altri motivi la commissione si oppone però all'istanza delle detenute. E'incerto che una tale possibilità torni veramente utile alle detenute, tanto più che la maggior parte non dispone dei mezzi necessari per rivolgersi a un medico di propria scelta. D'altra parte, la commissione ritiene che spetti ai Cantoni provvedere a un servizio sanitario gratuito per le detenute. Occorre a tal uopo estendere l'assicurazione contro le malattie a tutte le detenute (108); attualmente esse sono assicurate unicamente contro gli infortuni. In ogni caso occorre evitare che le detenute abbienti abbiano a godere di un privilegio per quanto attiene all'assistenza sanitaria (e ci si deve anche chiedere, con l'attuale sovraccarico nel campo della medicina, quale medico accetterebbe di recarsi per consultazione a Hindelbank).

Per contro dovrebbe essere abbandonata la pratica attuale che vuole di regola la presenza di una sorvegliante durante le consultazioni: non si può altrimenti parlare di un rapporto di fiducia che abbia a instaurarsi fra medico e paziente, premessa di un'efficace assistenza sanitaria. Se è turbato il rapporto di fiducia con il medico dello stabilimento, la detenuta ha il diritto, secondo la DTF 102 Ia 302 segg., alla visita e al trattamento di un altro medico, tuttavia però non di propria scelta. Il rapporto di fiducia fra un detenuto e il medico dello stabilimento è turbato "quando esistono fondati timori che motivi personali impediscano o rendano particolarmente difficile un trattamento ineccepibile del detenuto".

4.2.3.13  
Divieto di fumare durante una dieta soltanto se ordinato dal medico

Richiesta di non far dipendere la prescrizione di una dieta dalla rinuncia al consumo di sigarette

Come già rilevato nella presa di posizione in merito alla seconda istanza, giusta il parere della commissione, la prescrizione di seguire una dieta speciale non dovrebbe coinvolgere il divieto di fumare, a meno che ciò sia prescritto dal medico. Se a una detenuta astretta a una dieta è vietato il fumo per motivo diverso da indicazioni d'ordine medico, tale divieto appare come un'angheria, alla quale le detenute, a giusta ragione, si oppongono.

4.2.3.14  
Nessuna limitazione quanto al numero dei libri

Richiesta dell'abolizione della prescrizione che limita il numero dei giornali e dei libri e della censura

La cifra 55 del regolamento interno permette, come una prescrizione potestativa, l'abbonamento ad un quotidiano e a un settimanale; non permesso è invece l'invio o qualsiasi

altra distribuzione di giornali, riviste, giornaletti, ecc. Il § 55 dispone esplicitamente che l'abbonamento a giornali come pure la distribuzione di libri sono agevolazioni che possono essere tolte ad ogni istante, senza procedura particolare, in caso di infrazioni contro la disciplina, oppure anche di "abusi". Se da una parte è relativamente chiaro in quali casi il privilegio possa cessare, non è però evidente a quali condizioni sia dato il diritto a tale privilegio. Il fatto che nulla figura nel regolamento interno e che il § 55 è conformato come prescrizione potestativa, fa presumere che il direttore disponga, secondo il proprio libero apprezzamento, della concessione del privilegio. In un punto totalmente rilevante quanto all'occupazione del tempo libero, come pure quanto al reinserimento nella vita in libertà e alla cultura generale delle detenute, la commissione ritiene insostenibile un ordinamento del genere.

4.2.3.15  
Disporre di alcuni quotidiani e settimanali

A parte il lavoro che incomberebbe allo stabilimento, non è comprensibile come mai il privilegio d'abbonarsi a un giornale debba essere limitato a un solo foglio. Venire a conoscenza di un solo tipo di rappresentazione della realtà e di una sola scelta, sentire un unico parere non promuove certo le possibilità d'apprendimento ed orientamento, che sono le premesse importanti della preparazione alla vita in libertà. Lo stesso dicasi per il divieto di ricevere più di un settimanale. La commissione è del parere, che faccia parte del promovimento dei contatti con l'esterno (compito che figura al § 40 del regolamento interno) che lo stabilimento abboni alcuni quotidiani e settimanali, come ciò avviene regolarmente - se è concesso un confronto - durante il servizio militare.

4.2.3.16  
Rinnovamento della biblioteca - locale per la lettura

Niente è detto nel regolamento interno sulla biblioteca. Nelle direttive alle detenute, la cifra 12 limita il numero dei libri a 3 per due settimane. Si tratta di una regola incomprensibile che dovrebbe subito essere abolita. Il carico amministrativo che ne risulterebbe, sarebbe più che contro-bilanciato dai progressi culturali ed informativi delle letture. Tuttavia lo stabilimento dovrebbe poter disporre di una biblioteca con un inventario che non copra unicamente interessi specifici della prigionia, bensì contenga anche libri di letteratura amena e libri che trattano di materie particolari, come le biblioteche pubbliche. E' con viva soddisfazione che la commissione ha preso conoscenza del fatto che la biblioteca sarà prossimamente riveduta da esperti, rinnovata e completata e infine curata dal gruppo regionale della Fondazione della Biblioteca popolare svizzera. La commissione auspica tuttavia che parallelamente al rinnovo dell'inventario e alla facilitazione dell'accesso ai libri, vengano migliorate anche le condizioni del consumo. Annettere una sala di lettura alla biblioteca significherebbe renderla più attraente, attuare un apporto importante alle occupazioni del tempo libero.

4.2.3.17  
Nuovo ordinamento  
sul fumo

Richiesta di poter acquistare più di tre pacchetti di sigarette la settimana

In questo punto, la prassi è nel frattempo cambiata. Secondo le informazioni dell'ispettore delle prigioni bernesi, l'acquisto delle sigarette pur non essendo illimitato, possono ora essere comperate sigarette per una somma corrispondente alla metà della parte disponibile del peculio - vale a dire al massimo 50 franchi al mese -. Dovrebbe con ciò essere possibile acquistare 25 o più pacchetti di sigarette al mese, cioè il doppio di quanto era sinora possibile.

4.2.3.18  
Miglioramento dell'  
offerta di possibilità  
d'istruzione

Richiesta di scegliere, dopo discussione con le detenute, un nuovo programma istruttivo e ricreativo

L'offerta di possibilità d'istruzione è molto limitata a Hindelbank. I motivi sarebbero due: l'istruzione è considerata un'occupazione del tempo libero, come una necessità alla quale occorre pure sovvenire, ma che non può tuttavia avere importanza preminente nel quadro dell'esecuzione della pena. Poi, con la durata relativamente breve delle pene (nel 1976, di 110 detenute, 43 purgavano una pena fino a 12 mesi e 30 altre una pena privativa della libertà fino a due anni), e la mancanza d'interessi e costanza, difficilmente sormontabili, esistono anche difficoltà obiettive che lo stabilimento non può risolvere con i mezzi di cui dispone.

Sono offerti corsi di francese e tutta la gamma dei corsi della "Akademikergemeinschaft" di Zurigo. Grande sarebbe l'interesse all'inizio dei corsi, per poi cadere però molto rapidamente. Nel 1976 (mancano i dati del 1977) 7 detenute hanno seguito i corsi di formazione della "Akademikergemeinschaft" - che mette gratuitamente a disposizione il materiale e cura anche gratuitamente l'assistenza delle allieve (correzioni ecc.), tuttavia non è stato possibile sapere quante hanno portato a compimento i corsi iniziati.

In altri anni sono stati tenuti anche corsi di dattilografia e di stenografia.

Poichè la commissione è con Eisele del parere che il trattamento riservato alle donne durante l'esecuzione della pena debba avere soprattutto l'effetto di incoraggiare e di rafforzare la sicurezza e la fiducia in sè - e la cui mancanza è basata sovente su una carenza d'istruzione - essa ritiene un'istruzione generale e adeguata alle esigenze professionali, un elemento centrale dell'esecuzione della pena. Non basta certo disporre di un'offerta interessante: sono indispensabili anche misure terapeutiche per sostenere la motivazione e la volontà e la perseveranza. Occorre che oltre alle nozioni generali e alla formazione professionale vera e propria si aggiungano, come avviene oggi nelle classi finali della scuola primaria, esercitazioni di comportamento sociale.

Un'offerta d'istruzione, aperta e differenziata, dovrebbe soprattutto colmare la lacuna esistente fra le conoscenze e le capacità pratiche delle singole detenute e la media della popolazione (Regensdorf: i detenuti che denunciano lacune d'istruzione, sono obbligati a seguire i corsi scolastici). Si tratta, in primo luogo, delle cognizioni acquisite nella scuola primaria e di una conoscenza elementare di almeno una lingua straniera. In generale occorre però partire dal presupposto che, per quanto concerne il livello delle scuole seguite, il detenuto corrisponde alla media della popolazione globale. Questo fatto permette di non giudicare troppo negative le premesse delle detenute quanto a una formazione professionale. E' però comprensibile che tirocini professionali veri e propri non possano essere organizzati a Hindelbank, dato il numero esiguo di partecipanti e la durata relativamente breve delle pene. Occorre però esaminare se, in casi singoli, e nell'interesse delle detenute, non sarebbe possibile ovviare alle difficoltà d'ordine organizzativo con un lavoro esterno (al posto di tirocinio e nella scuola professionale); il rapporto per il 1976 fa stato di ben undici casi di tirocini in prova che sono stati realizzati in un coop-center, in una casa di cura per vecchi, in un ristorante, in un negozio d'animali, in una discoteca e in un negozio per abiti.

Va poi rilevato che le condizioni d'internato vigenti a Hindelbank sono in principio favorevoli all'assolvimento di un programma di studio. E' un fattore che dovrebbe avere effetti particolarmente benefici soprattutto su donne di volontà carente. La commissione ritiene in ogni caso proficuo se le istituzioni preposte all'istruzione per adulti volessero elaborare programmi relativi, in collaborazione con le autorità preposte all'esecuzione della pena.

#### 4.2.3.19 Istruzione durante le ore del lavoro

Importa che l'istruzione non sia confinata nelle ore del tempo libero della sera. A parte il fatto che sarebbe più semplice trovare i docenti per le ore del tardo pomeriggio che non per la sera, alle detenute riuscirebbe più facile concentrarsi sullo studio prima della cena, che non dopo il penso di una giornata al posto di lavoro. Chi segue un corso di formazione professionale dovrebbe essere liberato - senza detrazione dal compenso effettivo - dall'obbligo di prestare la propria opera.

#### 4.2.3.20 Programma ricreativo

Salta evidente che il programma ricreativo offerto a Hindelbank nel 1976, come nel 1977, sia basato quasi unicamente sulla distrazione e sull'edificazione morale. Prevale il carattere provinciale, già qualche pò fuori moda. Fra le pellicole mancano, ad esempio, film di una certa esigenza (lacuna che non può essere corretta dalla televisione). Quanto al teatro predomina il popolare e il riflessivo. Hindelbank è "campagna" non soltanto dal punto di vista geografico, ma anche da quello culturale. Resta probabilmente

rispettata la distanza con l'ambiente abituale delle detenute anche durante la ricreazione. Pur senza insistere affinché si venga incontro ad esigenze di altre classi culturali, la commissione è del parere che non si tenga abbastanza conto di tutte le necessità delle detenute.

4.2.3.21  
Promuovere le  
possibilità di occuparsi  
nel tempo libero

Non tocca a noi formulare le necessità delle detenute: dovrebbero, ai sensi della petizione, averne esse stesse la possibilità. Vorremmo però dire che anche nel settore della attività ricreative, l'offerta sarà tanto migliore quanto più varie saranno le occasioni concesse alle donne di agire in modo creativo. In primo piano c'è senz'altro il teatro, con tutte le sue svariate possibilità d'espressione. Affine, e sicuramente praticabile a Hindelbank, il balletto, e soprattutto la danza jazz. Quale variante con carattere terapeutico non va escluso il psicodramma. Vivamente consigliati sono i lavori di ceramista, al tornio, la tessitura, lavori di smaltatura, ecc. (da qualche tempo si tiene un corso di pittura). Adatti sono pure la lavorazione del legno, la confezione di abiti (corso per sarte). Già abbiamo scritto sul valore della lettura. E neppure occorre rilevare in modo particolare l'importanza di una discussione condotta su temi generali. La commissione desidera tuttavia sottolineare i pericoli che presenta la via della minore difficoltà, cioè il libero accesso alla televisione, addirittura concedendo di tenere un apparecchio privato in cella. Poiché in effetti, se aumenterà l'offerta di ricreazione, crescerà certamente anche il pericolo d'isolamento, cosa che, invece, con la ricreazione - e in generale con tutta l'esecuzione della pena - è proprio quanto si vuole combattere.

4.3 Proposte di misure  
a lunga scadenza  
onde migliorare  
l'esecuzione delle  
pene per le donne

La commissione non si limita ai miglioramenti, attuabili a breve scadenza, che propone e sostiene della presa di posizione relativa alla petizione. Noi siamo convinti piuttosto che le condizioni dell'esecuzione della pena debbano essere radicalmente mutate, a lunga scadenza, ove si voglia attuare l'obiettivo fissato all'art. 37 cpv. 1 CP. E se, in seguito presentiamo proposte basate su esperienze fatte all'estero e in stabilimenti di pena per uomini, in Svizzera, ci limitiamo però ai postulati che ci sembrano attuabili nel quadro del sistema penale vigente ed entro i limiti dell'esecuzione della pena. Non ci sfugge come siano a ciò necessari sforzi rilevanti e un importante ripensamento; le nostre proposte non sono tuttavia irrealizzabili.

Per la maggior parte esse non sono neppure nuove, ma risultano dall'evoluzione dal concetto di rappresaglia a quello dell'esecuzione di un trattamento. Dal 1942, scopo della pena privativa della libertà personale è, secondo l'articolo 37 CP un'azione educativa che prepari il ritorno del condannato alla vita privata. 23 anni hanno - invece - le "Regole minime per il trattamento delle persone detenute", concretizzate nel 1955 da un Congresso delle Nazioni unite per la prevenzione dei reati e il trattamento dei delinquenti, in quasi cento prescrizioni.

Principio basilare delle stesse è che il trattamento delle persone detenute deve servire ad affermare la fiducia nelle proprie capacità e a rafforzare il loro senso di responsabilità sociale. Tali regole sono "completate" dalle "Direttive minime" - adottate dal Consiglio d'Europa - "per il trattamento dei detenuti". Nell'esecuzione della pena, preminente è l'educazione: la concezione dell'espiazione e della repressione non vi trovano più posto. La pena privativa della libertà personale deve essere eseguita in modo da causare il minore danno possibile e da avere il maggior effetto possibile. "Der Uebelscharakter der Strafe besteht in allen Fällen ausschliesslich in dem erzwungenen Entzug der Freiheit sowie aus den Nachteilen, welche sich unvermeidlich aus der unausweichlichen engen Gemeinschaft mit einer grösseren Zahl von Menschen, insbesondere daraus, dass es eine negative Auswahl ist, in einer Anstalt ergeben. Alle weitergehenden, nur nachteiligen Einwirkungen auf den Gefangenen sind gesetzwidrig". Non basta attuare la disciplina fra i detenuti, ed eliminare gli errori, ma piuttosto si tratta di riconoscere e promuovere le qualità buone e valide degli stessi, anche se sorgono difficoltà eccezionali nello stabilimento - fino a perturbare l'evoluzione, finora tranquilla. In effetti, oggi, e ancora più in avvenire - la commissione è del parere di Ernst Burren, direttore dello stabilimento penale di Lenzburg - "sono i più validi assistiti coloro che non accettano tutto passivamente, coloro che sanno anche difendersi, che fanno proposte e che anche perdono di quando in quando la pazienza. Queste persone sono spesso scomode per il personale dell'istituto. Ove sia però possibile indurli a controllare le proprie reazioni, a presentare proteste e idee in forma civile, essi sono le più valide persone quanto all'esecuzione della pena" - e quelle per le quali possono essere formulate le prognosi migliori.

Le proposte seguono le linee della prima parte del presente rapporto: esse si basano su quanto è stato colà riconosciuto.

#### 4.3.1 Creazione di altri stabilimenti per le donne

Hindelbank, con la sezione femminile della Stampa, non deve restare l'unico istituto di pena femminile della Svizzera. Nonostante la separazione fra primarie e recidive, l'esecuzione nelle due sezioni si differenzia ben poco, vigendo per entrambe lo stesso regolamento interno. Manca perciò una scelta delle possibilità d'esecuzione. Soprattutto le donne provenienti da ambienti cittadini sono strappate dalla loro cerchia abituale e perdono il contatto con la famiglia e gli amici. Sarebbe auspicabile poter disporre di più stabilimenti decentralizzati, di piccole proporzioni, ad esempio uno ciascuno per la Svizzera romanda, per la Svizzera centrale e per la Svizzera orientale, o almeno uno in ognuno dei tre gruppi del concordato. Albergando un numero minore di persone, tali istituti di pena avrebbero un carattere più intimo e raccolto e sarebbe rafforzato un carattere più personale dell'esecuzione della pena.

Questa soluzione offrirebbe anche l'occasione benvenuta - così dice l'ex- direttore delle carceri di Regensburg - "di scambiare gli individui più difficili". Sarebbe poi possibile, come già per gli uomini, prendere in considerazione anche desideri di trasferimento. Sarebbe necessario avere uno o due stabilimenti in città oppure nelle vicinanze di una città o comunque in un punto di facile accesso. D'altra parte occorrerebbe evitare che sia assistito in un determinato stabilimento soltanto un gruppo o l'altro di delinquenti: in effetti, se, così facendo, sarebbe attuabile una migliore diversificazione dell'esecuzione, la decentralizzazione non sarebbe d'altra parte più possibile. La commissione desidera inoltre rilevare come non si debba semplicemente rinunciare alla decentralizzazione sotto ogni aspetto auspicabile, soltanto perchè gli stabilimenti di Hindelbank sono stati, alla fine degli anni cinquanta, concepiti di troppo vaste proporzioni.

4.3.2  
Stabilimenti femminili  
diretti da una donna

Quando si tratterà di provvedere alla nomina del nuovo direttore di Hindelbank (e ove i detentori di cariche corrispondenti debbano essere sostituiti in altri stabilimenti), si dovrebbe, se possibile, ricorrere a una donna. Al I° Congresso delle Nazioni Unite sulla prevenzione dei reati e il trattamento dei delinquenti, tenuto a Ginevra, nel 1955, era stato inoltrato il postulato doversi affidare a una donna la direzione degli stabilimenti femminili indipendenti. Non è più oltre sostenibile che la carica di direttore e per così dire di capo-famiglia abbia ad essere tenuta, nello stabilimento, da un uomo. Il relativo postulato, fatto valere già in occasione della costruzione dei nuovi edifici di Hindelbank, nel 1955 dovrebbe finalmente essere attuato, soprattutto dopo l'ottima esperienza fatta a Francoforte-Preungesheim.

4.3.3  
Parificazione del  
personale maschile e  
femminile dello sta-  
bilimento

Va da sè che proprio in uno stabilimento per donne, il personale femminile e quello maschile dovrebbero, a parità di prestazione e di qualificazione, godere di uguale trattamento sotto ogni aspetto (competenze, orario di lavoro, salario, alloggio). Ove fossero appianate le numerose differenze ancora esistenti, più numerose si interesserebbero anche donne qualificate, per il servizio degli stabilimenti penali.

4.3.4  
Riesame dell'impiego  
di diaconesse per le  
recidive

Val la pena d'esaminare attentamente se, nello stabilimento destinato alle recidive, debbano essere impiegate unicamente diaconesse. Per un verso, il numero delle nuove diaconesse continua a diminuire. E poi, proprio l'esecuzione della pena, vista nell'ottica della preparazione al reinserimento nella vita in libertà, richiede un personale

assistente che conosca le difficoltà della vita: d'altra parte le diaconesse che si sottopongono liberamente alle regole speciali di una comunità religiosa protestante, tuttavia, non in ogni caso hanno scelto spontaneamente di venire a prestare la loro opera a Hindelbank. E' poi discutibile se e in quale misura sentimenti caritativi bastino da soli all'adempimento del difficile compito. Ci sia infine concesso ritenere, insieme ad A. Leuthard, non doversi aspettare che le religiose abbiano a prestare il loro servizio in un atteggiamento d'assoluta indifferenza per rapporto ai sentimenti religiosi delle persone assistite." Ihrer sicherlich gut gemeinten und ohne Druck ausgeübten Mission zu widerstehen, wird nicht jedermanns Sache sein, zumal ja gerade die labileren Insassinnen sich in der totalen Institution gar nicht mehr anders verhalten können, als sich - in der Hoffnung auf Anerkennung und Zuneigung - anzupassen". Andrebbe esaminata la possibilità di assegnare le religiose unicamente al servizio di cura e assistenza di detenuti malati (anche uomini).

4.3.5  
Formazione speciale e  
aggiornamento del  
personale di stabilimenti penali  
femminili

Poichè l'esecuzione della pena presenta particolari difficoltà nel caso delle donne, dovrebbero tenersi nel Centro svizzero di formazione per il personale di stabilimenti penali, corsi speciali d'istruzione per il personale di stabilimenti femminili. Nella stessa sede dovrebbero poi tenersi anche corsi regolari e obbligatori d'aggiornamento. Occorre inoltre esaminare se sia possibile trovare il modo e l'istanza che abbia a ispezionare il personale degli stabilimenti.

4.3.6  
Chiara divisione  
dei compiti e delle  
competenze

Una chiara divisione dei compiti e delle competenze è assolutamente necessaria nell'interesse dell'esecuzione della pena e dell'atmosfera dello stabilimento, come pure delle detenute. Attualmente ancora troppi fattori dipendono dalla direzione dello stabilimento, che decide direttamente della maggior parte delle questioni. E' auspicabile, per il rapporto fra detenute e personale che quest'ultimo possa prendere autonomamente certe decisioni. La delega di compiti e competenze allevia la direzione dello stabilimento, ed è incentivo d'altra parte, per le collaboratrici (i collaboratori) a dar prova d'iniziativa e ad agire indipendentemente. Quale "pendant", dovrebbe poi essere introdotto un ampio diritto del personale a essere consultato quando si tratta di decidere di questioni dell'esecuzione. Dovrebbe poi essere data la possibilità di sottoporre proposte e di condurre discussioni in occasione dei rapporti settimanali. E infine, sarebbe assolutamente necessario promuovere incontri regolari degli assistenti.

4.3.7  
Introduzione dell'  
esecuzione in gruppo

Per facilitare il passaggio all'esecuzione del trattamento, è in primo luogo auspicabile l'introduzione dell'esecuzione in gruppo. Va riconosciuto che il Cantone di Berna si premura di creare le necessarie premesse in ordine alle costruzioni, alla gestione e al personale degli stabilimenti. Sulla base della concezione sviluppata per il Centro d'esecuzione delle misure di St. Johannes, e adottata nello stabilimento per primari di Witzwil, anche Hindelbank sarà ora in parte trasformato e riorganizzato. Una concezione precisa con il relativo programma di realizzazione non è tuttavia stata finora adottata: è possibile intravedere soltanto un abbozzo in diversi atti esistenti che concernono peraltro soltanto indirettamente Hindelbank.

E' previsto di suddividere le detenute dello stabilimento per le primarie e dello stabilimento per le recidive in due gruppi ciascuno che, all'infuori dell'orario di lavoro, condurrebbero vita domestica in comune. Un gruppo di 20 detenute sarebbe assistito da un'équipe di quattro persone, accuratamente preparate per questo compito particolare. Per la vita in comune il gruppo disporrebbe di un locale di soggiorno con cucinino e di un locale per la televisione i quattro gruppi (come pure la sezione per le giovani e la sezione madre e figlio) sarebbero attorniate da una cerchia di servizi e attrezzature comuni, quali la direzione, l'amministrazione, l'assistenza, il servizio sanitario, l'assistenza sociale, i posti di lavoro e le installazioni per le attività del tempo libero. Questa concezione vuol servire ad adeguare la vita nello stabilimento a quella in libertà e prevede a tal uopo:

- la creazione, entro i limiti dello stabilimento, di diversi settori (abitazione/cibo/sonno/lavoro/tempo libero) fra i quali le detenute si possono spostare
- lasciare alle detenute la maggiore indipendenza possibile e affidare alle stesse la responsabilità dell'iniziativa, soprattutto nel settore abitazione e lavoro, ma anche della scelta della attività del tempo libero
- approntare il più ampio spettro di mezzi possibili onde influire sull'atteggiamento delle detenute: ordine e disciplina; lavoro; istruzione scolastica e formazione professionale; interessanti attività del tempo libero; assistenza sanitaria, psicologica e psichiatrica; giochi e sport; disporre e curare relazioni continuate con l'esterno; ottimi contatti fra le detenute e con il personale.

Questo catalogo d'intenzioni sarà messo in pratica soltanto gradualmente. Due passi sono però già stati impresi:

- in primavera, il Gran Consiglio ha stanziato un credito di 1 milione e 870 mila franchi destinato soprattutto all'attuazione di provvedimenti di sicurezza: fra l'altro, in ogni sezione saranno soppresse da 2 a 3 celle che saranno trasformate in locali di soggiorno, per la tele-

visione, con cucinino.

- Nonostante la limitazione nell'assunzione di nuovo personale, la direzione della polizia assegna ogni anno uno o due nuovi posti allo stabilimento di Hindelbank, con i quali è possibile integrare le équipes costituite di assistenti sociali.

L'attuazione di altre misure dipende anche dalla disponibilità di personale qualificato per compiti del genere.

La commissione è del parere che i gruppi previsti di 20 componenti siano troppo numerosi per realizzare un'ottima esecuzione della pena per le donne; in gruppi con la metà di componenti, sarebbero possibili fra le detenute e con il personale, migliori e più intense relazioni, ciò che tornerebbe molto utile alle donne, divenute delinquenti e che, nella maggior parte dei casi, hanno sofferto di profonde turbe nelle relazioni umane. Il Rapporto alternativo di legge d'esecuzione penale, prevede, al § 201, per stabilimenti penali femminili, sezioni di 32 persone al massimo e gruppi di vita in comune di 8 posti al massimo.

La commissione, nonostante l'ottima intenzione della direzione di polizia del Cantone di Berna, preferisce la soluzione corrispondente al desiderio espresso sopra che vuole decentralizzare l'esecuzione delle pene e delle misure per le donne, per rapporto all'esecuzione in gruppo a Hindelbank, nonostante questa, per rapporto alla situazione attuale, rappresenti un'evoluzione importante.

#### 4.3.8 Favorire il lavoro esterno

Nell'ambito dell'esecuzione della pena prescritta per legge (art. 37, 37 bis e 38 CP), si dovrebbe tentare di procurare alle detenute di Hindelbank, già prima della semilibertà, offerte di lavoro esterne. Poiché la segregazione cellulare, quale prima fase (art. 37 n. 3 cpv. 1 CP) è ormai praticamente abolita, sarebbe possibile, facendo seguire al lavoro dello stabilimento, il lavoro esterno, ottenere un certo grado di diversificazione.

#### 4.3.9 Piano di trattamento.

Nel corso delle prime settimane, per ogni detenuta nuova arrivata, dev'essere steso un piano di trattamento ai sensi del Progetto alternativo di legge sull'esecuzione della pena. Il piano, che va fissato con la collaborazione dell'interessata (come si fa oggi anche in stabilimenti penali maschili per primari, come ad esempio a Saxerriet) dovrebbe contenere le regole principali per l'attuazione dell'esecuzione e il trattamento della detenuta. Secondo il § 53 del Progetto alternativo, il piano dovrebbe regolare almeno:

- l'assegnazione di un assistente fisso
- misure necessarie per l'istruzione e il trattamento terapeutico
- il lavoro
- le attività del tempo libero e l'istruzione per adulti
- l'alleggerimento della pena
- la preparazione della liberazione, la casa di transizione prevista, come pure l'attribuzione a un dato patrono.

Il piano di trattamento va adeguato all'evoluzione dello stato della detenuta.

4.3.10  
Accrescere l'offerta  
di lavoro

Il lavoro eseguito in carcere non deve avere il carattere di un male. Esso deve invece essere conforme alle attitudini del detenuto e metterlo in grado di guadagnarsi la vita dopo la liberazione. Condizioni sono l'adeguatezza delle possibilità d'attività alle necessità del mercato del lavoro e la migliore corrispondenza possibile dei metodi di lavoro in carcere (per quanto concerne gli attrezzi, le macchine, l'orario di lavoro, la protezione contro gli incidenti) a quelli del lavoro, in libertà. La casa di pena deve perciò disporre di una vasta gamma di possibilità di lavoro; è inammissibile un lavoro improduttivo e avvilito. Ciò significa, per quanto attiene agli stabilimenti di pena femminili, che occorre superare lo stadio dell'occupazione monotona nei lavori casalinghi, nei lavori femminili o nel lavoro industriale svuotato d'interesse. Ove non sia possibile ottenere lavoro interessante ed avvincente per lo stabilimento, occorre ricercare possibilità di lavoro esterno allo stabilimento, obiettivo che sarebbe, comunque, da perseguire.

Per quanto concerne la critica - che si può rivolgere anche a Hindelbank - contro le possibilità d'attività pratica negli stabilimenti, non più conformi al mercato del lavoro, va tuttavia rilevato che "dass die häufig lebensuntüchtigen, schwierigeren Arbeitsvorgängen nicht gewachsen und daher nicht uneingeschränkt berufsfähigen Insassen von Strafanstalten gerade mit Hilfe solcher 'sterbender' Berufe in unserer industriellen Massengesellschaft eine 'soziale Nische' zu finden vermögen, die sie vor Rückfälligkeit bewahrt: Nicht selten sind sie ja gerade deshalb straffällig geworden, weil sie den überaus hohen und differenzierten Ansprüchen der modernen Arbeitswelt nicht gewachsen waren". La commissione desidera sottolineare la validità di queste osservazioni, senza tuttavia volerle imporre quale motivazione dell'attuale offerta di possibilità di lavoro, senz'altro troppo esigue. Essa è invece del parere che proprio tale riflessione illustri la necessità di un'istruzione generale e di una formazione professionale durante l'esecuzione della pena.

4.3.11  
Compenso per il  
lavoro, conforme  
alla situazione  
del mercato

Il lavoro ha un'azione educativa soltanto se anche il compenso sarà conforme alle condizioni vigenti nella vita in libertà. La concessione di un semplice salario di plauso a detenuti che producono un lavoro valido non risponde all'obiettivo dell'esecuzione. Appare perciò necessario "il pagamento di una mercede normale, che

corrisponda a quella del lavoratore libero, premesso che la prestazione sia identica per quantità e qualità". La detenuta sarebbe perciò in grado di sopperire alle necessità del proprio sostentamento, di estinguere i debiti, di risarcire la sua vittima. La famiglia della detenuta non le farebbe sentire la propria compassione e lo Stato vedrebbe risparmiata almeno una parte delle prestazioni assistenziali. Naturalmente da tale mercede dovrebbero essere dedotte le prestazioni dell'istituto di pena (alloggio, vitto, imposte, eventuali contributi d'assicurazioni sociali); non si tratta tuttavia di accollare i costi dello stabilimento alle detenute poichè l'esecuzione della pena, quale compito incombente alla società non deve essere oggetto di una speculazione finanziaria - in ogni caso non può esserlo, almeno così sembra a noi.

4.3.12  
Creare processi di lavoro che sfocino in un risultato riconosciuto

Il lavoro in prigione è un'azione educativa, non l'unica. La formazione (e la terapia, della quale però non diremo oltre nel presente rapporto) hanno almeno altrettanto importanza; essa non può perciò restare più oltre nell'ombra del lavoro e essere accantonata nelle ore dedicate al tempo libero. Obiettivo della formazione vuol essere da una parte lo studio delle nozioni scolastiche, sociali e politiche necessarie per destreggiarsi nelle difficoltà della vita pratica, dall'altra parte l'apprendimento della capacità e abilità professionali che diano diritto al conseguimento di titoli di studio riconosciuti dallo Stato. Occorre elaborare procedimenti di formazione professionale che permettano di assolvere un tirocinio anche durante un'esecuzione della pena di minore durata (fino a due anni). Poichè a tale esigenza non basterebbe quanto può offrire lo stabilimento, nè per l'aspetto pedagogico, nè per quanto attiene al numero, alla qualità e alla scelta dei posti di tirocinio, sarebbe bene far ricorso a specialisti dell'istruzione degli adulti che presterebbero la loro opera per incarico della Confederazione o dei Cantoni e cercare, nella misura del possibile, posti di tirocinio all'esterno dello stabilimento. Siamo convinti che, nelle condizioni d'internato, in principio favorevoli e con una forte motivazione e un solido appoggio - anche nei casi di tirocinio svolgentesi all'esterno dello stabilimento - sarebbe possibile raggiungere la stessa formazione, ma in un tempo più breve di quanto avviene per le persone, soprattutto quelle deboli di carattere, esposte, in libertà, a mille distrazioni e seduzioni.

4.3.12.1  
Istruzione durante il tempo del lavoro

E tuttavia da escludere che l'istruzione dopo le ore di lavoro abbia a poter essere un mezzo indipendente di rieducazione. Nella formazione professionale, poi, la guida e l'esperienza al posto di lavoro rivestono grande importanza.

Occorre creare condizioni favorevoli per l'istruzione e per la formazione professionale, in primo luogo impartendole durante le ore di lavoro. Ne consegue una riduzione generale delle ore di lavoro.

4.3.13  
Allentamento  
dell'esecuzione

Nel quadro del piano di trattamento deve essere previsto un allentamento dell'esecuzione. Ciò consiste in una diminuzione dell'intensità della sorveglianza da parte del personale dello stabilimento durante il lavoro (in questo ordine: lavoro sotto controllo all'esterno dello stabilimento, lavoro esterno senza controllo, uscita con e senza sorveglianza). Il congedo è un allentamento ulteriore. Esso dovrebbe essere permesso anche a detenuti che non desiderano trascorrerlo in famiglia, ma bensì recarsi da conoscenti. Diversamente da quanto avviene oggi, dovrebbe (come a Saxerriet) essere dato tale diritto, al quale sarebbe possibile rinunciare soltanto in determinate situazioni. I congedi dovrebbero avvenire a intervalli regolari e sempre più ravvicinati approssimandosi la liberazione, e durare almeno una fine settimana (da sabato a mezzodì fino alla domenica sera). I congedi dovrebbero, almeno all'inizio essere discussi e poi commentati, anzi pianificati. A seconda dei casi, si potrebbero anche impartire direttive per il congedo (come pure per l'uscita o per la libera uscita). Una persona del patronato oppure un'assistente sociale dello stabilimento dovrebbe pure preparare anche i familiari del detenuto che si reca in congedo. Onde attuare un'assistenza continuata occorre d'altra parte vegliare a che fra detenute e familiari, per mediazione di una terza persona, abbia a mantenersi un contatto che vada oltre le visite, i congedi e lo scambio di corrispondenza, per impedire che abbiano ad allentarsi i vincoli fra loro esistenti.

4.3.14  
Ampliamento della  
cerchia dei visita-  
tori

Onde intensificare e arricchire i contatti con il mondo esterno, sarebbe ottima cosa allargare la cerchia dei visitatori, oltre quella familiare. Degno d'esame appare il regolamento proposto dal § 109 del Progetto alternativo che prevede di ammettere tutte le visite utili in vista dell'obiettivo dell'esecuzione; "ciò vale soprattutto per le persone o i gruppi che si occupano dell'assistenza ai detenuti durante e dopo la liberazione".

4.3.15  
Semilibertà in  
sede decentralizzata

Ci chiediamo se, almeno fintanto che Hindelbank resterà l'unico stabilimento penale femminile in Svizzera, non sarebbe possibile eseguire almeno la semilibertà in diverse case di transizione a seconda dell'origine della detenuta. La commissione è del parere che sarebbe relativamente facile gestire altre case per la semilibertà, in Romandia, come pure in vicinanza di una grande città (Zurigo o Basilea) della Svizzera tedesca. A partire da queste case sarebbe possibile, almeno a una parte delle donne detenute, occuparsi dei familiari ancora durante la detenzione, affinché questi abbiano a patire il meno possibile le conseguenze dell'esecuzione della loro congiunta.

Occorre creare condizioni favorevoli per l'istruzione e per la formazione professionale, in primo luogo impartendole durante le ore di lavoro. Ne consegue una riduzione generale delle ore di lavoro.

4.3.13  
Allentamento  
dell'esecuzione

Nel quadro del piano di trattamento deve essere previsto un allentamento dell'esecuzione. Ciò consiste in una diminuzione dell'intensità della sorveglianza da parte del personale dello stabilimento durante il lavoro (in questo ordine: lavoro sotto controllo all'esterno dello stabilimento, lavoro esterno senza controllo, uscita con e senza sorveglianza). Il congedo è un allentamento ulteriore. Esso dovrebbe essere permesso anche a detenuti che non desiderano trascorrerlo in famiglia, ma bensì recarsi da conoscenti. Diversamente da quanto avviene oggi, dovrebbe (come a Saxerriet) essere dato tale diritto, al quale sarebbe possibile rinunciare soltanto in determinate situazioni. I congedi dovrebbero avvenire a intervalli regolari e sempre più ravvicinati approssimandosi la liberazione, e durare almeno una fine settimana (da sabato a mezzodì fino alla domenica sera). I congedi dovrebbero, almeno all'inizio essere discussi e poi commentati, anzi pianificati. A seconda dei casi, si potrebbero anche impartire direttive per il congedo (come pure per l'uscita o per la libera uscita). Una persona del patronato oppure un'assistente sociale dello stabilimento dovrebbe pure preparare anche i familiari del detenuto che si reca in congedo. Onde attuare un'assistenza continuata occorre d'altra parte vegliare a che fra detenute e familiari, per mediazione di una terza persona, abbia a mantenersi un contatto che vada oltre le visite, i congedi e lo scambio di corrispondenza, per impedire che abbiano ad allentarsi i vincoli fra loro esistenti.

4.3.14  
Ampliamento della  
cerchia dei visita-  
tori

Onde intensificare e arricchire i contatti con il mondo esterno, sarebbe ottima cosa allargare la cerchia dei visitatori, oltre quella familiare. Degno d'esame appare il regolamento proposto dal § 109 del Progetto alternativo che prevede di ammettere tutte le visite utili in vista dell'obiettivo dell'esecuzione; "ciò vale soprattutto per le persone o i gruppi che si occupano dell'assistenza ai detenuti durante e dopo la liberazione".

4.3.15  
Semilibertà in  
sede decentralizzata

Ci chiediamo se, almeno fintanto che Hindelbank resterà l'unico stabilimento penale femminile in Svizzera, non sarebbe possibile eseguire almeno la semilibertà in diverse case di transizione a seconda dell'origine della detenuta. La commissione è del parere che sarebbe relativamente facile gestire altre case per la semilibertà, in Romandia, come pure in vicinanza di una grande città (Zurigo o Basilea) della Svizzera tedesca. A partire da queste case sarebbe possibile, almeno a una parte delle donne detenute, occuparsi dei familiari ancora durante la detenzione, affinché questi abbiano a patire il meno possibile le conseguenze dell'esecuzione della loro congiunta.

4.3.16  
Assistenza intensa  
dopo la liberazione

Alla liberazione, accuratamente preparata, dovrebbe far seguito un'assistenza continuata, a cura degli uffici preposti al patronato dei Cantoni che hanno deciso della detenzione. Le organizzazioni private di questo ramo rendono egregi servizi.

4.3.17  
Aggiornamento del  
regolamento interno;  
regolamenti diversi  
per primarie e  
recidive

La commissione ritiene urgente, adeguare il regolamento interno costantemente alla prassi valida in materia d'esecuzione. Questo è nell'interesse degli organi d'esecuzione e anche delle detenute, per quanto attiene alla realizzazione dei loro diritti e alla conoscenza dei loro obblighi. Sarebbe auspicabile l'adozione di regolamenti interni diversi per primarie e recidive, che tengano conto delle necessità diverse di sicurezza e mettano in evidenza come sia diversa l'esecuzione nei due gruppi.

4.3.18  
Consultazione  
Partecipazione  
Responsabilità

La commissione ritiene indispensabile riconoscere un diritto di essere consultate alle detenute, affinché imparino ad esprimere le loro necessità, ad accoriarle tra di loro e a sottoporre proposte alla direzione dello stabilimento. L'adozione delle decisioni potrebbe avvenire secondo le regole della democrazia diretta; il contatto con la direzione dello stabilimento dovrebbe eventualmente essere tenuto da una rappresentanza delle detenute. Il diritto a essere consultate dovrebbe vertere sulla lista delle vivande, sul programma del tempo libero, sull'assortimento del chiosco e sugli abbonamenti, a carico dello stabilimento, per giornali e riviste.

Sul diritto a essere consultate dovrebbero costruirsi la partecipazione e il suo "pendant", la corresponsabilità. Esse sono pensabili là ove si tratta di distribuire ed eseguire i lavori di casa, di procedere al servizio d'ordine, dei locali adibiti al lavoro e al tempo libero, della scelta delle rappresentanti presso la direzione dello stabilimento.

4.3.19  
Evitare, se possibile,  
la separazione del  
bambino dalla madre

La commissione si chiede se sia necessario separare dalla madre, già all'età di 18 mesi, i bambini fino ad allora cresciuti nella sezione madre e figlio. Essa consiglia di rinviare la separazione almeno fino all'entrata del bambino all'asilo infantile. I bambini oltre i 18 mesi e le cui madri entrano a Hindelbank, dovrebbero poterle seguire. A Francoforte-Preungesheim, i bambini restano presso la mamma detenuta, fino all'età di 5 anni. Dovrebbe poi essere possibile organizzare l'incontro dei pochi bambini dello stabilimento con altri bambini. La commissione propone uno studio circa gli effetti della permanenza nella sezione madre e figlio, sull'evoluzione del bambino.

4.3.20  
Modificare il  
sistema delle  
udienze e allargare  
le possibilità di  
colloquio

Il sistema delle udienze dovrebbe essere modificato, se non abolito. Chi desidera parlare con un membro della direzione dello stabilimento di questioni impellenti - in relazione all'esecuzione della pena - dovrebbe poterlo fare in qualsiasi momento. Per la discussione di problemi meno urgenti, potrebbe essere riservato un giorno per settimana: durante tale consultazione, le detenute dovrebbero poter comparire senza doversi annunciare prima. Per rispondere alle necessità, evidentemente importanti, delle detenute, di potersi esprimere, sarebbe inoltre necessario esaminare in quale misura sarebbe possibile allargare e completare la cerchia degli interlocutori "professionali" (pastore, psichiatra, medico, assistente sociale), ricorrendo a persone private, in grado di discutere con detenute singole o con gruppi di detenute, delle loro difficoltà e dei loro crucci. Simili discussioni dovrebbero essere intese come terapie in senso lato e da non computare sul tempo riservato alle visite. Inoltre dovrebbero essere organizzate le visite alle detenute che non hanno famiglia. Molte sono in questo campo le possibilità offerte alle organizzazioni femminili di esplicare la loro attività assistenziale.

4.3.21  
Abolire la  
segregazione

Si chiede urgentemente l'abolizione della segregazione in cantina, anche se le prossime trasformazioni apporteranno una migliore illuminazione delle celle di rigore. Con il passaggio all'esecuzione del trattamento, dovrebbe sparire anche quest'ultimo mezzo disciplinare che non corrisponde alle esigenze minime delle Nazioni Unite per il trattamento dei detenuti e potrebbe anche violare il divieto delle corporali, previsto all'art. 65 cpv. 2 della Costituzione federale. Ove una detenuta, per difficoltà d'ordine disciplinare, debba essere ammonita e ripresa, potrebbe servire all'uopo una cella prevista senza letto e da usarsi perciò soltanto di giorno. Da non dimenticare tuttavia che l'esecuzione della pena non deve "con la segregazione piegare la cattiva volontà, bensì rafforzare la volontà debole".

4.3.22  
Permettere abiti e  
biancheria personali  
e cure di bellezza

Per rafforzare la fiducia nelle proprie qualità, alle detenute dovrebbe essere permesso di portare abiti e biancheria personali. Dovrebbero essere autorizzate anche cure di bellezza. In generale va promossa la sicurezza nei propri mezzi e tralasciato tutto quanto deruba le detenute - siamo gli abiti che portiamo - della loro personalità o causi l'insorgere di complessi d'inferiorità. La commissione ricorda le ottime esperienze fatte a Preungesheim con la raccolta di abiti: le detenute entrano in possesso gratuitamente di pezzi recenti che possono anche scambiare.

4.3.23

Appianare  
le disparità di  
trattamento fra  
uomo e donna

La commissione desidera infine attirare l'attenzione dei Cantoni sul fatto che, nei limiti del concordato, non è garantita l'uguaglianza di diritto fra uomini e donne quanto all'esecuzione della pena, nei confronti dei detenuti. Va rilevato in merito che il "monopolio" di Hindelbank non permette alle donne la possibilità di essere trasferite in un altro stabilimento. Ricordiamo che il § 33 b della legge zurighese del 30.6.1974 sul diritto penale cantonale e sull'esecuzione delle pene e delle misure obbliga il Consiglio di Stato a ottenere, con la conclusione di convenzioni all'uopo, e ove la pena sia eseguita in uno stabilimento fuori dal Cantone, che siano applicati i principi dell'esecuzione previsti al § 30 (155). Questo non è tuttavia sinora avvenuto - nonostante rilevanti divergenze sull'esecuzione a Hindelbank - e sfavorisce le donne per rapporto agli uomini detenuti a Saxerriet e a Regensdorf. Va infine rilevato che esistono nel sistema di case per giovani, donne adolescenti e giovani adulte, importanti carenze strutturali che dovrebbero essere eliminate il più presto possibile. Speriamo che i Cantoni abbiano a far proprie le preoccupazioni della commissione e si ingegnino a trattare in parità donne e uomini, anche nell'esecuzione della pena.

La commissione termina il presente rapporto con una citazione, della quale abbia a trasparire chiaramente lo spirito al quale è improntato il nostro lavoro. Essa spera che le autorità federali e cantonali responsabili in materia d'esecuzione della pena abbiano a ritenersi vincolate dalla stessa utopia:

"Die offene Gesellschaft wie der oppositionelle Richter in der heutigen Gesellschaft sind gleichermassen utopische Bilder. Aber Utopie ist kein unerreichbares Ideal, sondern eine bindende Verpflichtung. Das Verbrechen wird nie auch in der offenen Gesellschaft nicht aussterben, weil es nicht nur aus gesellschaftlichen Missständen, sondern immer auch aus individuellen Fehlentwicklungen entsteht. Eine gut organisierte Gesellschaft wird aber versuchen, diese Fehlentwicklungen zu verhindern oder zu korrigieren. In einer repressiv manipulierten Gesellschaft bringt das Verbrechen dagegen ausser persönlichen Fehlern gesellschaftliche Missverhältnisse zum Ausdruck, und die Art und Weise seiner Unterdrückung stabilisiert diese Missverhältnisse. Deshalb ist unterdrückende Vergeltung der falsche, menschliche Respektierung symptomatischer Schicksale und ihre rationale Korrektur der richtige Weg. Die Mindestanforderung an jede Gesellschaft lautet, das Leiden, das das Verbrechen über die Gesellschaft bringt, durch die Strafe nicht noch zu verschlimmern und den Verbrecher nicht noch weiter zu kriminalisieren, indem man ihn in eine menschenunwürdige Scheinexistenz ausstösst".

(Helmut Ostermeyer, Strafrecht, München 1971 p.127)

RELAZIONE SULLA SEZIONE FEMMINILE DEL PENITENZIARIO DELLA STAMPA, ALLESTITA DAL DIPARTIMENTO TICINESE DI GIUSTIZIA A RICHIESTA DELLA COMMISSIONE PER LE QUESTIONI FEMMINILI

Dislocazione e strutture del Penitenziario

La sezione femminile del Penitenziario di Stato del Cantone Ticino "La Stampa" è sistemata in una delle quattro sezioni di cui è composto il carcere chiuso (giudiziari, primari, recidivi e femminile).

La Stampa, realizzata nel 1967 su un terreno situato nel Comune di Cadro, a nord di Lugano e a 6 Km dal centro cittadino, è una moderna costruzione in cemento, suddivisa in 4 blocchi separati più i servizi comuni e amministrativi, all'interno di una cinta di protezione eretta sul suo perimetro.

Uno di questi blocchi è adibito a carcere femminile. Esso consta di tre piani così suddivisi:

- Piano terreno, con 2 laboratori, 1 magazzino, 1 locale farmacia, 1 locale per le docce, 1 lavanderia, 1 cucinetta. Dal piano terreno si accede ad una zona aperta e cintata per il passeggio quotidiano delle carcerate.
- Primo piano, con 1 locale cucina e mensa, 1 soggiorno/locale TV, 12 celle a un letto e 2 celle a tre letti.
- Secondo piano, adibito al personale, con 1 locale soggiorno e pranzo, 1 cucinetta, 1 locale adibito a cappella, 6 camere da letto e 2 bagni.

Nel sottosuolo è sistemata una cella di rigore.

Un corridoio interno permette l'accesso diretto dal primo piano alla balconata della cappella centrale del carcere e a quella della sala multiuso (aula per intrattenimenti vari e palestra), balconate che sono riservate alle carcerate.

Nella sezione femminile non è prevista una separazione fra prevenute, primarie e recidive.

Le installazioni di sicurezza, oltre alla cinta esterna sul perimetro del carcere, sono le stesse di quelle previste per le tre sezioni maschili. Le celle sono munite di sbarre verticali in ferro alle finestre; le porte, pure in ferro, hanno aperture solo esterne; parimenti sono munite di sbarre le finestre dei corridoi e dei locali comuni (laboratori, docce, cucine e soggiorno). L'unico accesso alla sezione femminile si trova sul cortile interno del carcere, nel quale staziona ininterrottamente un agente di custodia. La ronda esterna assicura un controllo sulle facciate esterne della sezione.

La sorveglianza interna della sezione è assicurata dalle 3 suore che si alternano nella funzione durante le ore diurne. Questa sorveglianza si estende anche agli orari dei pasti consumati in comune dalle carcerate, al passeggio e al tempo libero.

### Carcerate

Nell'anno 1977 sono entrate alla Stampa 88 carcerate (compresi i fermi per accertamenti e le prevenute), mentre le scarcerazioni sono state complessivamente 77.

Le entrate si suddividono in 46 cittadine svizzere (29 ticinesi e 17 confederate di altri cantoni) e 34 straniere (26 cittadine italiane e 8 di altre nazioni).

Secondo l'età abbiamo la seguente suddivisione, sempre riferita alle entrate del 1977:

fra 18 e 25 anni	51 carcerate
fra 25 e 30 anni	10 carcerate
fra 30 e 40 anni	17 carcerate
fra 40 e 50 anni	6 carcerate
oltre i 50 anni	4 carcerate

La presenza al 31 dicembre 1977 era di 13 carcerate, con una presenza media nel corso dell'anno di 6 carcerate.

Altri dati statistici non sono evidenziati sistematicamente per le carcerate, ma si trovano inseriti nei dati globali (uomini e donne) pubblicati nel rapporto annuale del Penitenziario.

Si può comunque affermare che, ad eccezione di una condannata a vita per omicidio, le altre carcerate erano suddivise fra accusate o condannate per infrazioni alla Legge federale sugli stupefacenti e per reati contro il patrimonio.

### Direzione e personale

Il personale della sezione femminile è composto di 3 suore: una Madre superiora-infermiera, una Suora infermiera e una Suora educatrice.

Esse, pur godendo di una certa autonomia per la gestione quotidiana dei problemi della sezione, sottostanno alla Direzione del carcere per tutte le questioni d'origine generale e per l'osservanza delle disposizioni di legge e dei regolamenti. Le disposizioni in vigore sono le stesse per tutto il carcere, senza distinzioni per la sezione femminile.

Il Direttore del Penitenziario è pertanto responsabile anche per questa sezione.

Sono pure di competenza della Direzione i problemi d'ordine amministrativo e finanziario.

I tre educatori e assistenti sociali del Penitenziario assistono anche le carcerate nell'ambito delle loro mansioni. A tempo parziale le carcerate sono assistite da un cappellano, un medico generico, un medico dentista, un medico psichiatra e un'infermiera psichiatrica.

L'orario di lavoro del personale di custodia maschile si articola sulle 24 ore per un totale di 44 ore settimanali. Per il personale di Direzione e amministrativo vige il seguente orario: 08.00 - 12.00 / 14.00 - 17.30, dal lunedì al venerdì, per 42 ore settimanali. Hanno orari speciali i cuochi.

L'orario di lavoro delle suore, che si alternano nelle ore di riposo, è il seguente:  
06.00 - 12.00 / 14.00 - 23.00

Esse beneficiano delle vacanze previste dalla legislazione cantonale (3 settimane).

La loro remunerazione è adeguata a quella del personale di custodia maschile, oltre al vitto a alloggio.

La formazione della Suora madre superiora e della Suora infermiera, che assolvono a questa funzione sanitaria anche per le sezioni maschili, è quella di infermiere diplomate dalla Scuola Convitto Cotelengo di Torino/Italia, con pratica in vari ospedali.

La Suora educatrice ha frequentato i corsi del Centro studi FIRAS di Torine (Federazione italiana religiose assistenza sociale), ed ha un'esperienza pratica ospedaliera.

#### Mantenimento delle carcerate

Le carcerate sono sistemate in celle singole, salvo su loro specifica richiesta dove vengono utilizzate le celle a tre letti per non più di due persone.

Le celle, identiche a quelle delle sezioni maschili, misurano m 1.80 x 3.85. Esse comprendono un WC, un lavabo con acqua corrente fredda, uno specchio, un altoparlante collegato alla radio centrale del carcere, un letto con materazzo, lenzuola, coperte e cuscino, un armadio, un tavolino e una panca, una cornice e una tenda alla finestra.

Le porte, oltre all'apertura per le vivande, hanno uno spioncino di controllo.

Il riscaldamento è sistemato nel soffitto e la luce è diffusa da una lampada al centro del soffitto.

C'è inoltre un campanello per chiamate urgenti.

Una volta per settimana le carcerate possono usufruire della doccia, o più frequentemente su specifica richiesta. La stessa serve anche per lavare i capelli.

I pasti sono confezionati nella cucina centrale del carcere, in modo uniforme per le 4 sezioni, e sono ampiamente sufficienti. Il medico può ordinare diete particolari in caso di necessità. Nella sezione femminile i pasti vengono consumati in comune nell'apposito locale.

La metà del peculio, fino ad un massimo di Fr. 150.- mensili, può essere utilizzata per l'acquisto di generi voluttuari (sigarette, ecc.), giornali o altri articoli (assorbenti, ecc.) allo spaccio del penitenziario, due volte la settimana.

Il penitenziario fornisce grembiuli blu e magliette di cotone, senza tuttavia imporre l'obbligo alle carcerate di indossarle. Le carcerate possono usufruire della lavanderia della sezione per lavare i loro indumenti personali.

### Esecuzione delle pene

All'incarcerazione, dopo la registrazione dei dati personali da parte del personale di custodia maschile del Penitenziario, le carcerate vengono prese in carico da una suora che assegna loro una cella e le istruisce sul regolamento interno.

Entro pochi giorni esse hanno un colloquio con un membro della Direzione o con un assistente sociale.

Le carcerate sono sottoposte al regime progressivo conformemente alle disposizioni di legge e della Direzione; esso prevede un periodo d'isolamento cellulare (due settimane) e un ulteriore periodo di separazione e osservazione (altre due settimane), dopo di che la Direzione può decidere l'immissione della carcerata al regime ordinario, se non vi sono disposizioni diverse dell'autorità giudiziaria per le prevenute.

Il regime ordinario prevede la possibilità di beneficiare di tutte le attività di tempo libero: radio, televisione, cinema, esercizi fisici e sport, attività culturali e di svago.

Per le condannate vengono applicate le disposizioni di legge in merito alla progressione dell'esecuzione della pena. Difficoltà logistiche non hanno ancora permesso di far beneficiare le carcerate del regime di semilibertà.

I congedi sono regolati da un'ordinanza del Dipartimento di giustizia, che prevede la possibilità di congedi trimestrali a partire dalla metà pena, se giustificati dal comportamento della carcerata. La Direzione può concedere dei congedi accompagnati della durata massima di 8 ore in caso di particolari necessità.

La qualificazione delle carcerate, ai fini del beneficio delle facilitazioni previste e per la quantificazione del peculio, è formulata dalle suore d'intesa con il servizio sociale.

Le misure disciplinari, che vanno dall'isolamento cellulare all'arresto in cella di rigore, vengono decise dalla Direzione in funzione della gravità dell'infrazione ai regolamenti o a dipendenza di comportamenti scorretti o violenti nei riguardi del personale e delle cose.

La preparazione alla scarcerazione viene effettuata dal Servizio sociale del Penitenziario, in collaborazione con la Suora educatrice. Il Servizio sociale si occupa in particolare della ricerca di un posto di lavoro ed eventualmente di un alloggio, mentre il Servizio di patronato interviene per l'assistenza post-carceraria e per eventuali aiuti finanziari.

Il Consiglio di Vigilanza decide la liberazione condizionale allo scadere dei 2/3 della pena, sulla base delle proposte formulate dalla Direzione. E' pure di sua competenza la fissazione di un periodo di prova e l'affidamento al Patronato penale.

#### Assistenza delle carcerate

Le carcerate possono chiedere udienza al Direttore, al Vicedirettore, e agli assistenti sociali, per iscritto e con l'indicazione del motivo. Queste vengono concesse, a seconda della disponibilità delle persone, durante le ore lavorative dal lunedì al venerdì.

Gli assistenti sociali sono incaricati di assistere le carcerate nei loro problemi in rapporto alla famiglia e in quelli d'ordine finanziario.

Per problemi di natura spirituale, oltre alle stesse suore, è a disposizione a tempo parziale il cappellano del carcere.

Il Servizio sanitario consiste nella presenza del medico generico due volte la settimana, e una volta la settimana rispettivamente il medico dentista e il medico psichiatra. In casi gravi il medico può ordinare l'ospedalizzazione delle carcerate. Durante le consultazioni i medici sono assistiti da una suora-infermiera.

Una visita d'obbligo è prevista all'incarcerazione e alla scarcerazione. I medici prescrivono i medicinali, che vengono somministrati dalle suore-infermiere per tutto il Penitenziario. Le cure mediche e i medicinali sono a carico dello Stato, ad eccezione delle cure dentarie, che sono parzialmente a carico delle carcerate.

#### Libertà e contatti nel Penitenziario

L'ordine del giorno è il seguente:

##### Estivo (dal 1 aprile al 30 settembre)

06.45	sviglia e pulizia personale
07.00	ritiro della sussistenza
07.15-07.45	colazione e riordino della cella
08.00-11.15	lavoro
11.15-11.45	passaggio
12.00	pranzo
12.30-13.30	tempo libero, riordino della cella
13.45-17.15	lavoro
17.15-18.00	passaggio
18.00	ritiro della sussistenza
18.15-18.45	cena
19.00-23.00	tempo libero
23.15	silenzio e riposo

##### Invernale (dal 1 ottobre al 31 marzo)

identico a quello estivo con la seguente variante

13.45-14.30	passaggio
14.30-18.00	lavoro

Sabato

08.00-11.15 lavoro, ristabilimento, eventualmente cultura fisica, tempo libero  
14.00-16.30 ristabilimento, doccia, pulizia personale, tempo libero  
16.30-17.15 ispezione

il resto secondo l'ordine del giorno generale.

Domenica

07.45 sveglia e pulizia personale  
08.00 ritiro della sussistenza e colazione  
09.30 culto cattolico  
10.30-11.30 tempo libero  
14.00-17.00 tempo libero

il resto secondo l'ordine del giorno generale.

La sera dopo cena le carcerate hanno il diritto di assistere ai programmi televisivi nell'apposito locale, durante tutta la settimana.

Le carcerate sono sole quotidianamente dalle 12.00 alle 14.00 e dalle 23.00 alle 08.00.

Le carcerate hanno un rapporto relativamente intenso con le suore, ed in particolare con la Suora-educatrice. Soddisfacente, salvo casi eccezionali, è anche il rapporto delle carcerate fra di loro, senza particolari conflittualità. Non esistono restrizioni al dialogo fra le carcerate, salvo disposizioni contrarie della competente autorità giudiziaria.

Lavoro

Le carcerate sono tenute a lavorare circa 35 ore la settimana. Il lavoro, che è obbligatorio, viene loro assegnato dalla Suora Madre superiora, ed il rifiuto del lavoro viene punito con sanzioni disciplinari.

Esso ha inizio normalmente dopo l'isolamento cellulare, e nel limite del possibile viene tenuto conto delle preferenze individuali.

Le opportunità di lavoro alla Stampa sono purtroppo molto limitate per la sezione femminile, considerato anche il modesto e molto variabile effettivo di carcerate. Ad eccezione di saltuari lavori acquisiti all'esterno del penitenziario, le carcerate sono occupate con compiti interni di pulizia, lavanderia e cucito, ecc.

Il peculio, versato solo alle carcerate che lavorano, varia in funzione del lavoro svolto e della condotta. E va da un minimo di Fr. 100.- ad un massimo di Fr. 280.-- mensili (anno 1977).

### Formazione

Non esistono possibilità di apprendimento di un mestiere né di seguire una scuola.

### Impiego del tempo libero

La sera dalle 19.00 alle 23.00 le carcerate possono disporre del locale soggiorno, in quanto siano ammesse al regime ordinario. La domenica inoltre esse possono assistere nel locale multiuso alla proiezione di film. In questo stesso locale vengono saltuariamente organizzati spettacoli teatrali o musicali e conferenze, ai quali le carcerate partecipano, sempre dalla balconata loro riservata.

Nelle celle, oltre ai programmi trasmessi dalla radio centrale del penitenziario, sono autorizzati apparecchi radio individuali e apparecchi per musicassette.

I programmi televisivi possono essere scelti liberamente sul televisore sistemato nel locale soggiorno.

La biblioteca del Penitenziario è a disposizione anche delle carcerate, che possono inoltre abbonarsi liberamente a giornali e riviste.

Il culto cattolico ha luogo nella capella principale del Penitenziario ogni domenica mattina, e le carcerate vi possono assistere dalla balconata loro riservata.

### Rapporti con l'esterno

I contatti sono illimitati con il tutore e il difensore, ancorché autorizzati dalla competente autorità giudiziaria.

Le visite dei parenti sono autorizzate settimanalmente per 30 minuti, fino ad un massimo di due ore mensili, tutti i giorni dalle 14.30 alle 16.30 ad eccezione del lunedì. Le relative richieste vanno fatte al Servizio sociale con alcuni giorni di anticipo. I colloqui sono di regola controllati.

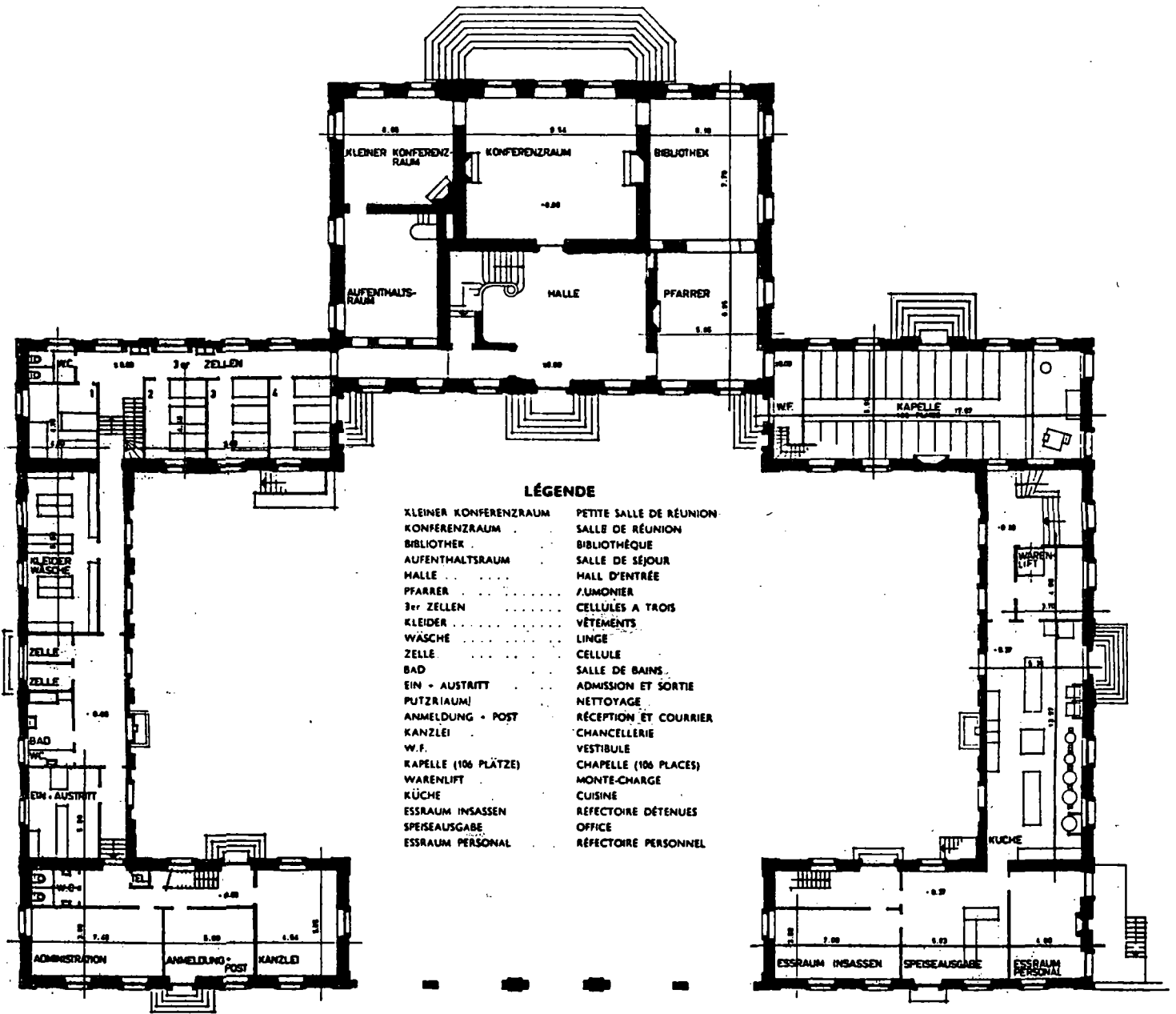
La corrispondenza è illimitata sia in entrata che in uscita, ed è controllata dal Servizio sociale del Penitenziario, che la distribuisce quotidianamente.

L'uso del telefono è ammesso solo in casi urgenti e motivati.

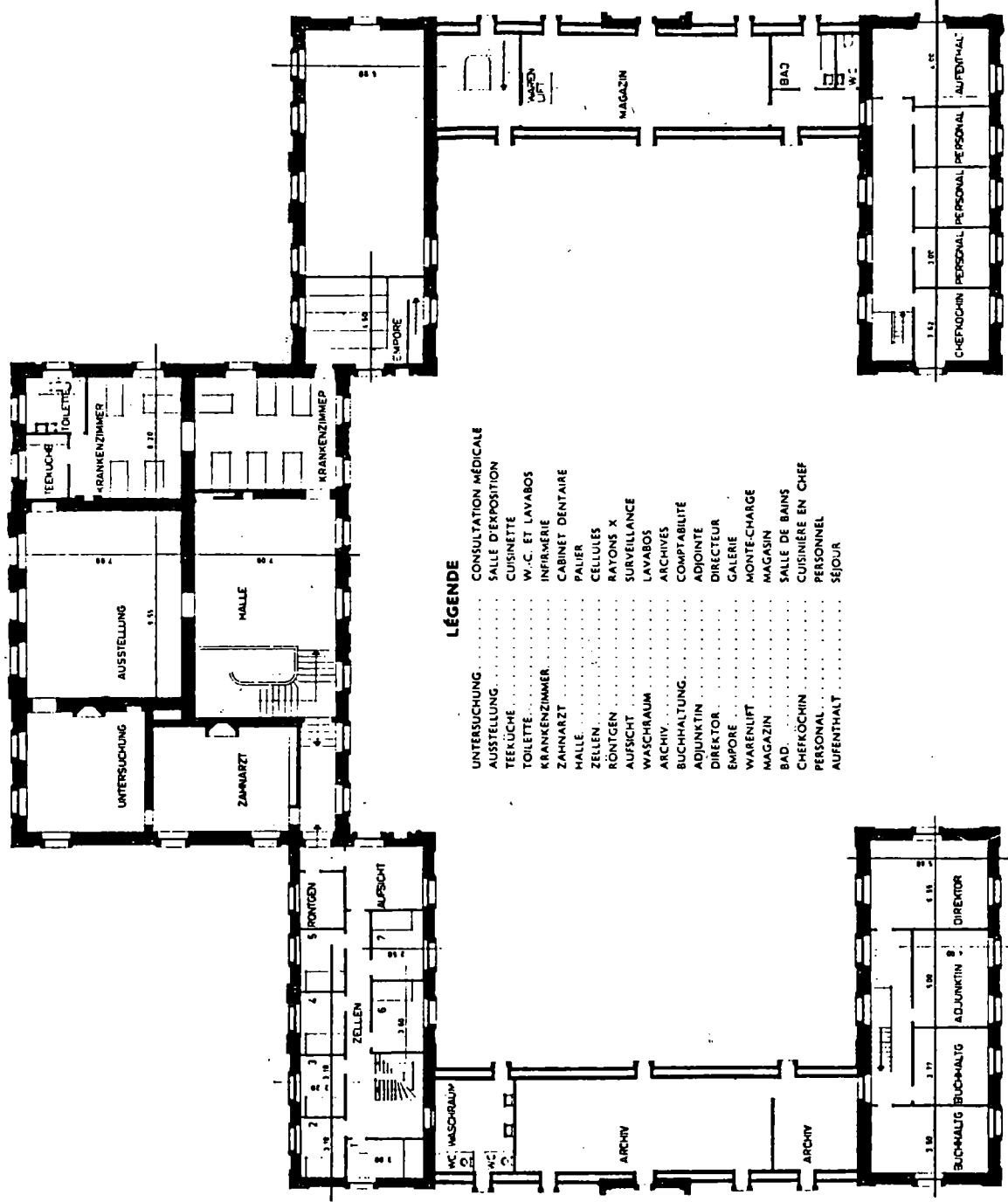
Le carcerate sono autorizzate a ricevere, mensilmente, un pacco del peso massimo di 5 kg, purché non contenga derrate deperibili, tabacchi, alcoolici e prodotti la cui confezione rende impossibile un controllo.

I congedi sono regolati secondo quanto indicato sotto 1.6.

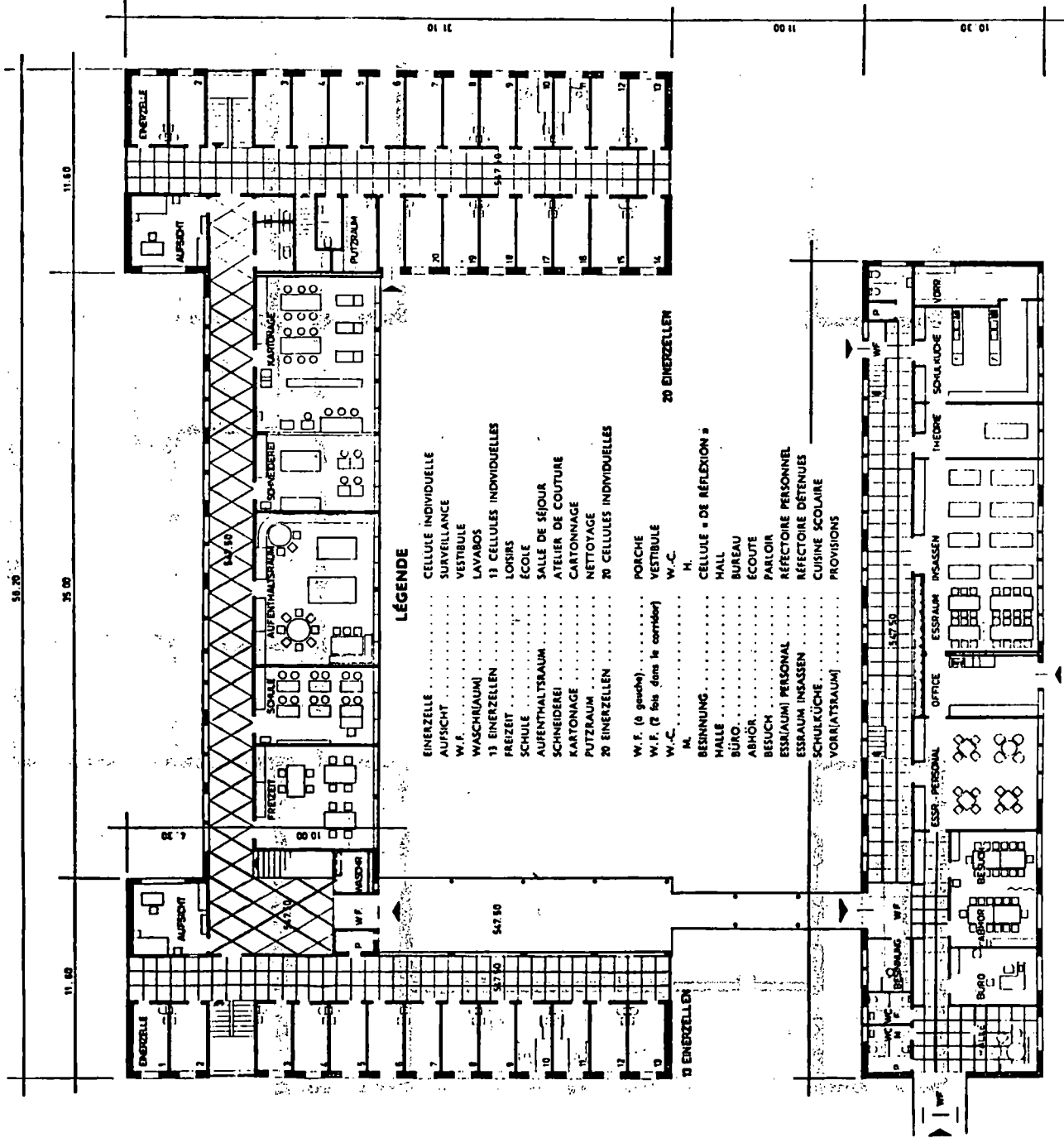




Château, plan du rez-de-chaussée.



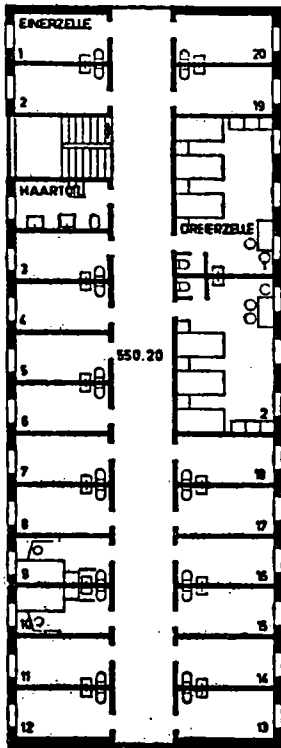
Château. plan du premier étage.



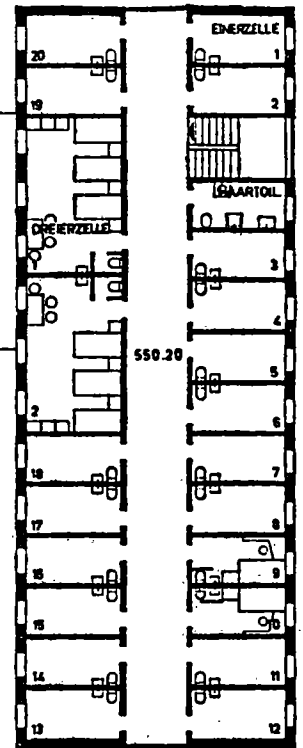
**LÉGENDE**

- |                                |                           |
|--------------------------------|---------------------------|
| EINERZELLE                     | CELLULE INDIVIDUELLE      |
| AUFSICHT                       | SURVEILLANCE              |
| W.F.                           | VESTIBULE                 |
| WASCHRAUM                      | LAVABOS                   |
| 13 EINERZELLEN                 | 13 CELLULES INDIVIDUELLES |
| FREIZEIT                       | LOISIRS                   |
| SCHULE                         | ÉCOLE                     |
| AUFENTHALTSRAUM                | SALLE DE SÉJOUR           |
| SCHNEIDEREI                    | ATELIER DE COUTURE        |
| KARTONAGE                      | CARTONNAGE                |
| PUTZRAUM                       | NETTOYAGE                 |
| 20 EINERZELLEN                 | 20 CELLULES INDIVIDUELLES |
| W.F. (à gauche)                | PORCHE                    |
| W.F. (à fois dans le corridor) | VESTIBULE                 |
| W.-C.                          | W.-C.                     |
| M.                             | M.                        |
| BENNING                        | CELLULE « DE REFLEXION »  |
| HALLE                          | HALL                      |
| BÜRO                           | BUREAU                    |
| ABHÖR                          | ÉCOUTE                    |
| BESUCH                         | PARLOIR                   |
| ESSRAUM PERSONAL               | REFECTORIO PERSONNEL      |
| ESSRAUM INKASSEN               | REFECTORIO DÉTENUES       |
| SCHULKÜCHE                     | CUISINE SCOLAIRE          |
| VORRATSTRAUM                   | PROVISIONS                |

Établissement pour délinquants primaires, rez-de-chaussée.



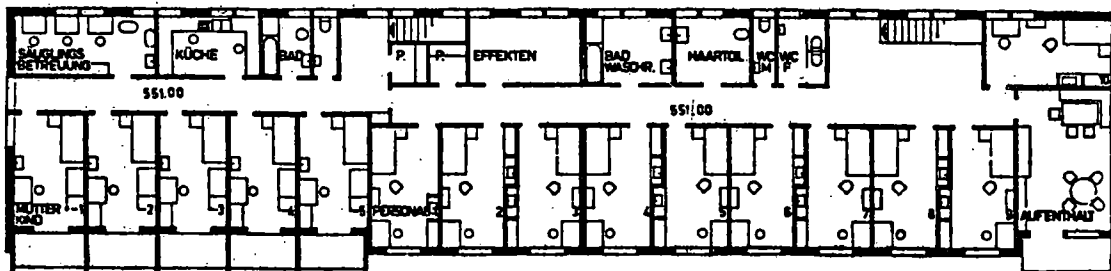
2 DREIERZELLEN  
20 EINERZELLEN



2 DREIERZELLEN  
20 EINERZELLEN

### LÉGENDE

EINERZELLE .....	CELLULE INDIVIDUELLE
DREIERZELLE .....	CELLULE A TROIS
2 DREIERZELLEN .....	2 CELLULES A TROIS
20 EINERZELLEN .....	20 CELLULES INDIVIDUELLES
HAARTOL(LETTE) .....	INSTALLATIONS POUR SOINS DES CHEVEUX
SÄUGLINGSBETREUUNG .....	SOINS AUX NOURRISSONS
MÜTTER + KIND .....	MÈRE ET ENFANT
KÜCHE .....	CUISINE
BAD .....	SALLE DE BAINS
PERSONAL .....	PERSONNEL
EFFEKTEN .....	EFFETS PERSONNELS
BAD WASCHR(AUM) .....	SALLE DE BAINS LAVABOS
HAARTOL(LETTE) .....	INSTALLATIONS POUR SOINS DES CHEVEUX
W.-C. ....	W.-C.
M. ....	H.
AUFENTHALT .....	SÉJOUR



Établissement pour délinquantes primaires, premier étage.



Nach dem StGB Verurteilte nach Vergehensgruppen, ausgewählten Straftaten, Geschlecht und Alter 1975  
 Condamnés en vertu du CPS, d'après les groupes de délits, les délits retenus, le sexe et l'âge, en 1975

12 Vergehensgruppen – Ausgewählte Straftaten Groupes de délits – Délits retenus	StGB Art. CPS	Insgesamt En tout	Männer / Hommes						Frauen / Femmes					
			Total	Alter / Age					Total	Alter / Age				
				18-24	25-29	30-44	45-64	65 und mehr 65 et plus		18-24	25-29	30-44	45-64	65 und mehr 65 et plus
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Total	111-332	18 996	15699	6369	2757	4418	1931	224	3297	1152	562	1010	514	59
Leib und Leben	111-136	2 112	1909	647	351	560	294	57	203	54	31	65	49	4
Vorsätzliche Tötung	111	19	19	7	1	5	6	-	-	-	-	-	-	-
Mord	112	5	4	-	2	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Totschlag	113	6	4	-	1	2	-	1	2	-	-	2	-	-
Fahrlässige Tötung	117	567	511	158	92	158	90	13	56	21	8	14	13	-
Abtreibung durch die Schwangere	118	6	3	1	1	-	1	-	3	2	-	1	-	-
Abtreibung durch Drittpersonen	119	7	4	1	-	1	1	1	3	-	-	1	1	1
Schwere Körperverletzung	122	18	15	5	-	6	3	-	3	1	-	2	-	-
Einfache Körperverletzung	123	568	536	176	114	168	66	12	32	5	10	12	5	-
Fahrlässige Körperverletzung	125	786	693	252	111	185	115	30	93	23	10	27	30	3
Uebrige		130	120	47	25	34	11	-	10	1	3	6	-	-
Vermögen	137-172	11 356	8858	4119	1549	2276	862	61	2498	905	438	758	364	33
Diebstahl, einfach	137.1	5 479	3819	2039	525	831	295	29	1660	570	283	513	270	24
Diebstahl, qualifiziert	137.2	674	637	373	118	121	24	1	37	21	6	10	-	-
Entwendung	138	124	46	17	10	10	7	2	78	16	10	29	21	2
Raub, einfach	139.1	103	102	76	14	10	2	-	1	1	-	-	-	-
Raub, qualifiziert	139.2	35	35	21	8	4	2	-	-	-	-	-	-	-
Veruntreuung	140	620	496	140	107	180	69	-	124	48	22	39	14	1
Betrug	148	1 617	1402	517	254	466	161	4	215	79	47	66	21	2
Zerschneiderei	150	215	195	71	38	51	33	2	20	7	2	8	2	1
Erschleichung einer Leistung	151	509	412	257	73	49	31	2	97	66	9	11	9	2
Erpressung	156	44	39	30	4	3	2	-	5	3	-	2	-	-
Verfügung über gepfändete Sachen	169	641	541	49	95	296	101	1	100	20	37	33	10	-
Uebrige		1 295	1134	521	203	255	135	20	161	74	22	47	17	1
Ehre	173-179	290	215	26	34	67	72	16	75	7	8	26	27	7
Freiheit	180-186	327	301	109	60	91	33	8	26	9	3	9	3	2
Freiheitsberaubung	182	35	28	11	8	9	-	-	7	3	1	3	-	-
Uebrige		292	273	99	52	82	33	8	19	6	2	6	3	2
Sittlichkeit	187-212	1 436	1396	609	213	362	183	29	40	10	8	13	8	1
Notzucht	187	45	45	25	9	9	2	-	-	-	-	-	-	-
Nötigung zu anderen unzüchtigen Handlungen	188	30	30	13	4	9	4	-	-	-	-	-	-	-
Unzucht mit Kindern	191	878	856	417	110	192	114	23	22	4	3	10	5	-
Uebrige		493	465	154	90	152	63	6	18	6	5	3	3	1
Familie	213-220	556	519	37	113	279	89	1	37	8	13	15	1	-
Vernachlässigung von Unterstützungspflichten	217	535	507	35	110	276	86	-	29	5	11	12	-	-
Uebrige		21	12	2	3	3	3	1	9	3	2	3	1	-
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	221-230	397	312	77	43	107	67	18	85	25	11	24	16	9
Vorsätzliche Brandstiftung	221	48	46	29	8	12	5	1	2	-	-	1	1	-
Fahrlässige Verursachung einer Feuerbrunst	222	239	207	45	26	73	43	15	82	25	10	23	15	9
Uebrige		60	59	12	9	22	14	2	1	-	1	-	-	-
Oeffentliche Gesundheit	231-236	10	10	2	2	4	1	1	-	-	-	-	-	-
Oeffentlicher Verkehr	237-239	582	534	189	85	160	91	9	48	20	10	11	6	1
Fälschung von Geld	240-250	23	21	12	3	5	1	-	2	-	-	1	1	-
Urkundenfälschung	251-257	562	429	139	95	148	42	5	133	55	12	45	21	-
Urkundenfälschung	251	387	269	83	51	100	33	2	119	51	11	42	14	-
Fälschung von Ausweisen	252	129	124	51	36	32	4	1	5	2	1	-	2	-
Uebrige		46	36	9	8	16	5	2	10	2	-	3	5	-
Oeffentlicher Friede	259-264	135	127	37	23	33	32	2	9	2	-	5	1	-
Staats- und Landesverteidigung	265-278	10	9	4	1	1	3	-	1	-	-	1	-	-
Volkswillen	279-284	4	3	1	-	-	2	-	1	1	-	-	-	-
Oeffentliche Gewalt	285-295	758	713	237	130	228	110	8	45	13	6	18	6	2
Gewalt und Drohung gegen Behörden	285	214	203	88	43	55	15	2	11	3	1	4	2	1
Uebrige		544	510	149	87	173	95	6	34	10	5	14	4	1
Störung der Beziehungen zum Ausland	296-302	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rechtspflege	303-311	357	266	120	47	65	27	7	91	40	22	19	10	-
Amts- und Berufspflicht	312-322	39	39	5	2	15	15	2	-	-	-	-	-	-
Uebertreten bundesrechtlicher Bestimmungen	323-332	42	38	9	6	17	7	-	4	3	-	-	1	-

Quelle/Source: Die Strafurteile in der Schweiz/Les condamnations pénales en Suisse 1975, Statistische Quellenwerke der Schweiz/Statistiques de la Suisse, Heft 597/597e fascicule, Bern 1977

Nach dem StGB verurteilte Frauen nach Urteilskantonen und verhängten Strafen 1975

Femmes condamnées en vertu du CPS, d'après le canton de la condamnation et les peines prononcées, en 1975

4 Urteilkantone	Insgesamt En tout	Zuchthaus / Réclusion							Gefängnis / Emprisonnement										Haft / Arrêt					Buße / Amende			Cantons de la condamnation				
		davon 1974 und früher dont 1974 et avant	unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis		Total	weniger als 1 Jahr moins d'un an					1 Jahr und mehr un an et plus					unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis			Freiheits- strafen mit Buße	Buße / Amende		Masse- nahme Art. 100 bis Mesures					
			Total	mittlere Straf- dauer in Jahren	Total	mittlere Straf- dauer in Jahren		Total	mittlere Straf- dauer in Monaten	unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis		Total	mittlere Straf- dauer in Monaten	unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis			Total	mittlere Straf- dauer in Tagen		Total	mittlere Straf- dauer in Tagen			Total	mittlere Straf- dauer in Tagen	Total	mittlere Straf- dauer in Tagen
										Total	mittlere Straf- dauer in Monaten	Total	mittlere Straf- dauer in Monaten			Total	mittlere Straf- dauer in Monaten	Total	mittlere Straf- dauer in Monaten	Total											
Zürich	564	6	2	2	2,8	-	-	446	434	1,3	26	1,7	409	1,2	12	17,1	4	19,5	8	15,9	16	-	-	16	16	16	100	363	-	Zürich	
Bern	565	1	2	1	6,0	1	1,0	445	438	1,0	40	1,9	398	0,9	7	15,1	2	20,0	5	13,2	49	4	32	45	11	1,9	69	177	-	Berne	
Luzern	149	-	2	2	2,5	-	-	100	94	1,2	5	0,8	89	1,2	6	16,0	1	24,0	5	14,4	5	1	7	4	15	7	4,2	104	-	Lucerne	
Uri	4	-	-	-	-	-	-	3	2	5,5	1	1,0	1	10,0	1	12,0	-	-	1	12,0	1	1	3	-	-	-	-	-	-	Uri	
Schwyz	34	-	-	-	-	-	-	23	23	0,9	1	0,1	22	0,9	-	-	-	-	-	-	2	1	10	1	39	1	9	17,3	-	Schwyz	
Obwalden	6	-	-	-	-	-	-	4	4	1,2	-	-	4	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	200	-	Obwald	
Nidwalden	12	-	-	-	-	-	-	7	7	1,4	-	-	7	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	5	180	-	Nidwald	
Glarus	6	-	-	-	-	-	-	3	3	0,8	-	-	3	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	233	-	Glaris	
Zug	27	-	1	1	1,2	-	-	22	21	0,9	-	-	21	0,9	1	14,0	1	14,0	-	-	1	-	-	1	3	2	3	87	-	Zoug	
Freiburg	81	-	-	-	-	-	-	64	61	1,3	11	2,1	50	1,1	3	13,3	-	-	3	13,3	1	-	-	1	1	1	16	224	-	Fribourg	
Solothurn	85	3	-	-	-	-	-	65	65	1,0	2	0,4	63	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	20	187	-	Soleure	
Basel-Stadt	252	1	1	-	-	1	1,3	146	139	1,6	10	2,4	129	1,5	7	15,7	5	14,8	2	18,0	17	8	16	9	31	3	88	75	-	Bâle-Ville	
Basel-Landschaft	44	-	1	1	6,0	-	-	32	31	1,2	1	1,0	30	1,2	1	12,0	-	-	1	12,0	4	1	5	7	18	3	7	257	-	Bâle-Campagne	
Schaffhausen	57	-	1	-	-	1	1,0	43	42	0,6	3	1,0	39	0,6	1	14,0	-	-	1	14,0	1	-	-	1	6	4	12	344	-	Schaffhouse	
Appenzell A.Rh.	10	-	-	-	-	-	-	7	7	0,6	2	0,8	5	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	3	217	-	Appenzell Rh.-Ext.	
Appenzell I.Rh.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Appenzell Rh.-Int.	
St. Gallen	237	-	1	-	-	1	1,5	202	202	0,6	5	0,4	197	0,6	-	-	-	-	-	-	6	-	-	6	5	7	28	194	-	Saint-Gall	
Graubünden	103	-	-	-	-	-	-	81	80	1,5	3	7,0	77	1,3	1	12,0	-	-	1	12,0	2	-	-	2	48	5	20	323	-	Grisons	
Aargau	243	-	2	-	-	2	1,0	152	149	1,2	6	1,2	143	1,2	3	16,0	-	-	3	16,0	7	-	-	7	12	12	82	236	-	Argovie	
Thurgau	50	1	-	-	-	-	-	40	39	1,8	2	2,4	37	1,8	1	12,0	1	12,0	-	-	2	-	-	2	13	1	8	620	-	Thurgovie	
Tessin	120	9	-	-	-	-	-	72	69	1,9	2	7,5	67	1,7	3	14,0	-	-	3	14,0	17	1	3	16	19	2	31	229	-	Tessin	
Vaud	341	4	4	3	1,3	1	1,5	256	250	1,1	53	2,0	197	0,9	6	15,5	2	18,0	4	14,3	18	1	10	17	8	10	63	238	-	Vaud	
Vallis	76	-	-	-	-	-	-	62	60	2,1	2	6,0	58	2,0	2	14,5	-	-	2	14,5	4	-	-	4	15	1	10	232	-	Valais	
Neuenburg	107	-	-	-	-	-	-	70	67	0,8	8	0,9	69	0,8	3	16,7	1	20,0	2	15,0	5	3	14	2	7	2	31	171	1	Neuchâtel	
Genève	123	-	-	-	-	-	-	74	67	2,0	13	3,0	64	1,8	7	15,1	3	17,3	4	13,5	17	-	-	17	8	9	32	456	-	Genève	
Bundesgericht	1	-	1	1	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Tribunal fédéral	
Andere Gerichte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Autres tribunaux	
Total	3 297	24	18	11	3,2	7	1,2	2419	2354	1,2	196	2,0	2158	1,1	65	15,4	20	17,5	45	14,5	175	21	16	154	14	109	684	231	1	Total	

# Nach dem StGB verurteilte Männer nach Urteilkantonen und verhängten Strafen 1975

## Hommes condamnés en vertu du CPS, d'après le canton de la condamnation et les peines prononcées, en 1975

3 Urteilkantone	Insgesamt En tout	Zuchthaus / Réclusion							Gefängnis / Emprisonnement											Haft / Arrêt				Freiheitsstrafen mit Busse Peines privatives de liberté avec amende		Busse / Amende		Messenahme Art. 100bis Mesures	Cantons de la condamnation	
		davon 1974 und früher dont 1974 et avant		unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis			weniger als 1 Jahr moins d'un an						1 Jahr und mehr un an et plus					unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis		Total	mittlere Betrag in Franken montant moyen en francs	Art. 100bis				
		Total	mittlere Straf-dauer in Jahren	Total	dauere moyenne de la peine en années	Total	unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis		Total	unbedingt sans sursis		bedingt avec sursis			Total	mittlere Straf-dauer in Tagen	Total	dauere moyenne de la peine en jours	Total	mittlere Betrag in Franken montant moyen en francs								
							Total	dauere moyenne de la peine en mois	Total	mittlere Straf-dauer in Monaten		Total	dauere moyenne de la peine en mois	Total	mittlere Straf-dauer in Monaten	Total							dauere moyenne de la peine en mois							
Zürich	2 600	18	50	44	2,5	6	1,4	1883	1710	2,6	516	3,4	1194	2,2	173	16,9	87	19,0	86	14,8	82	6	33	76	19	339	474	503	11	Zürich
Bern	2 211	14	64	52	2,8	12	1,3	1518	1358	2,5	409	3,1	949	2,2	160	16,4	80	18,0	80	14,8	174	67	16	107	17	217	446	222	9	Berne
Luzern	928	6	17	14	4,1	3	1,4	550	506	1,5	141	1,4	365	1,6	44	23,3	28	28,4	16	14,4	62	33	9	29	20	188	293	149	6	Lucerne
Uri	74	-	-	-	-	-	-	51	48	2,9	12	2,0	36	3,1	3	13,0	-	-	3	13,0	10	6	6	4	15	20	13	293	-	Uri
Schweyz	152	1	1	-	-	1	1,5	100	95	1,6	19	1,4	76	1,6	5	13,2	1	15,0	4	12,8	6	1	10	5	19	32	44	263	1	Schweyz
Obwalden	44	-	1	1	2,0	-	-	27	23	1,8	4	0,8	19	2,0	4	15,0	2	18,0	2	12,0	-	-	-	-	-	12	15	162	1	Obwald
Nidwalden	55	-	-	-	-	-	-	24	23	2,2	5	1,8	18	2,3	1	16,0	-	-	1	16,0	2	1	14	1	7	12	29	219	-	Nidwald
Glarus	31	1	-	-	-	-	-	20	18	3,0	2	2,5	16	3,0	2	15,0	-	-	2	15,0	-	-	-	-	-	8	11	315	-	Glaris
Zug	122	-	3	2	4,5	1	1,3	85	84	1,9	34	2,7	50	1,3	1	15,0	-	-	1	15,0	8	3	10	5	5	17	24	154	2	Zoug
Freibürg	600	5	4	3	3,3	1	1,5	478	452	2,2	151	2,0	301	2,3	26	16,0	11	17,5	15	14,9	16	5	7	11	5	62	191	224	1	Fribourg
Solothurn	480	6	12	11	1,8	1	1,3	351	343	2,5	94	3,1	249	2,3	8	17,6	6	18,9	2	14,0	17	7	11	10	12	75	99	252	1	Soleure
Basel-Stadt	459	3	20	12	4,1	8	1,4	523	458	3,1	182	3,4	276	2,9	65	18,6	37	21,6	28	14,5	73	47	5	26	30	80	143	111	-	Bâle-Ville
Basel-Landschaft	275	1	7	5	2,5	2	1,3	173	160	2,4	54	2,3	106	2,5	13	17,0	4	21,3	9	15,1	42	6	29	36	30	62	53	233	-	Bâle-Campagne
Schaffhausen	173	3	3	1	2,3	2	1,4	126	120	1,8	29	2,0	91	1,7	6	15,5	2	18,0	4	14,3	5	2	12	3	5	22	39	340	1	Schaffhouse
Appenzell A.Rh.	75	-	2	2	6,0	-	-	40	37	2,5	7	3,4	30	2,2	3	16,0	2	17,0	1	14,0	-	-	-	-	-	14	33	269	-	Appenzell Rh. Ext.
Appenzell I.Rh.	22	1	-	-	-	-	-	11	11	2,4	3	4,4	8	1,6	-	-	-	-	-	-	1	1	14	-	-	3	15	288	-	Appenzell Rh. Int.
St. Gallen	778	6	18	16	3,9	2	1,4	550	515	1,9	130	2,5	385	1,7	35	16,1	26	16,5	9	15,0	42	8	14	34	17	103	156	294	12	Saint-Gall
Graubünden	613	12	10	9	2,6	1	1,5	419	382	2,4	73	3,6	309	2,1	37	17,4	26	18,8	11	14,2	6	5	17	1	10	79	177	297	1	Grisons
Aargau	1 169	10	23	18	2,6	5	1,4	675	634	2,2	168	2,8	466	2,0	41	17,2	20	19,1	21	15,5	45	15	15	30	10	200	420	220	6	Argovie
Thurgau	326	4	10	9	2,9	1	1,5	229	199	2,4	51	3,2	148	2,1	30	15,7	15	17,4	15	14,1	17	1	9	16	36	72	61	467	9	Thurgovie
Tessin	806	42	16	14	6,5	2	1,5	582	546	1,9	110	2,0	436	1,8	36	16,4	17	19,1	19	13,9	78	8	47	70	24	28	130	275	-	Tessin
Vaud	1 446	7	64	59	3,4	5	1,4	1089	1026	2,0	438	2,3	589	1,8	63	16,6	41	17,2	22	15,5	96	26	13	70	16	97	195	331	2	Vaud
Valais	534	18	8	7	2,7	1	1,0	410	379	2,7	71	3,7	308	2,5	31	15,0	12	16,4	19	14,1	17	-	-	17	22	62	94	263	5	Valais
Neuchâtel	534	1	4	4	6,3	-	-	406	381	1,9	144	1,8	237	1,9	25	16,7	8	20,9	17	14,7	27	13	12	14	4	14	89	237	8	Neuchâtel
Genève	690	5	31	29	4,1	2	1,5	529	420	2,4	147	2,5	273	2,4	109	17,1	46	20,2	63	14,8	42	7	11	35	11	36	88	503	-	Genève
Bundesgericht	1	-	1	1	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Tribunal fédéral
Andere Gerichte	1	-	-	-	-	-	-	1	1	3,6	1	3,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Autres tribunaux
Total	15 699	164	369	313	3,4	56	1,4	10850	9929	2,3	2995	2,7	6934	2,1	921	17,0	471	19,3	450	14,7	868	268	13	600	18	1859	3536	281	76	Total

ANHANG/ANNEXE 3 Beurteilung und Verdienst des Insassen

Jahr: 197\_\_

Monat: \_\_\_\_\_

		+		0		-		+		0		-		+		0		-	
<b>1. Arbeitsverhalten</b>		Fleissig, einsatz- + arbeitsfreudig schwere od. geistig anspruchsvolle Arbeit geschickt, begabt, rasch ohne Kontrolle zuverlässig willig, interessiert, initiativ gründlich, genau, sauber erträgt Kritik, anerkennt Vorschläge hilfsbereit, verträglich, ruhig übernimmt auch un- beliebte Arbeit		faul, bequem, lustlos körperlich leichte Arbeit unbeholfen, ungeschickt unzuverlässig widerwillig, desinteressiert unordentlich, ungenau rechthaberisch, besserwissend unkameradschaftlich, tätlich, Schwätzer sucht sich seine Arbeit aus, unset															
Gewerbe: _____ Punkte: _____																			
<b>2. Platzbewertung</b>		Tätigkeit: _____ Punkte: _____																	
<b>3. Verhalten Allgemein</b>		Betragensnote: _____ Freizeit, Aufsicht + / - Punkte: _____ Remerkungen: _____																	
<b>4. Abweichung Normalarbeitszeit</b>		Grund: _____ + _____ -		Std		Std		Std											
<b>5. Beschäftigte Tage</b>																			
<b>6. Abrechnung</b>		Total Verdienstpunkte: _____ Verdienstpunkte - Ansatz in Rp. Verdienstpunkte x beschäftigte Tage Freizeitverdienst Fr % Ansatz Fr Stempel Fr Prämie: _____		Fr		Fr		Fr											
<b>7. Vergütung</b>		Total																	
<b>8. Ordnung (Zelle, Kleidung)</b>		gut / schlecht Selbstbeherrschung: nicht/leicht a.d.Fsg. zubr. Geltungsbedürfnis: bescheiden/aufschneiderisch																	
Datum: _____																			
Unterschrift: _____																			
Visum: _____																			

